

# Wirtschaft in Zahlen

AUSGABE 1983



STATISTISCHES BUNDESAMT

Verlag W. KOHLHAMMER

Herausgeber  
Statistisches Bundesamt  
Gustav-Stresemann-Ring 11  
6200 Wiesbaden  
Auslieferung Verlag W. Kohlhammer GmbH  
Abt. Veröffentlichungen des Statistischen  
Bundesamtes  
Philipp-Reis-Straße 3  
6500 Mainz 42

Erschienen im September 1983

Preis DM 28, —

Bestellnummer 1020800-83900

ISBN 3-17-003273-9

Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe unter Einsendung eines Belegexemplares gestattet

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	7

## Wirtschaft im Überblick

1	Entwicklung des Sozialprodukts	9
2	Wirtschaftsstrukturen	10
2 1	Wertschöpfung	10
2.2	Erwerbstätige und Arbeitsproduktivität	12
3	Grundlagen des wirtschaftlichen Geschehens	14
3.1	Wirtschaftseinheit Unternehmen	14
3 2	Erwerbstätige („Produktionsfaktor Arbeit“)	17
3 3	Anlagevermögen, Investitionen („Produktionsfaktor Kapital“)	18
3.4	Infrastruktur	21
3.5	Energie- und Rohstoffversorgung	21
3 6	Finanzielle Grundlagen	24
4	Preis- und Lohnentwicklung	25
5	Außenwirtschaftliche Verflechtung	28
5 1	Außenhandel und Handel mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost)	28
5 2	Außenhandelspreise	31

## Wirtschaftsbereiche

1	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	33
1 1	Betriebe	33
1 2	Beschäftigte	37
1 3	Mechanisierung	39
1.4	Düngemittelverbrauch	39
1.5	Bodennutzung	40
1 6	Pflanzliche Produktion	43

1.7	Viehbestände	46
1.8	Tierische Produkte	47
1.9	Fischerei	49
1.10	Preisentwicklung im landwirtschaftlichen Bereich	50
1.10.1	Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	50
1.10.2	Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	51
1.11	Selbstversorgungsgrad	52
1.12	Ein- und Ausfuhr landwirtschaftlicher Güter	53
2	Produzierendes Gewerbe	56
2.1	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	57
2.1.1	Unternehmen, Betriebe	57
2.1.2	Beschäftigte, Arbeiterstunden, Lohn- und Gehaltsumme	60
2.1.3	Produktion	62
2.1.4	Umsatz	67
2.1.5	Investitionen	71
2.1.6	Energieverbrauch	73
2.1.7	Kostenstruktur	74
2.1.8	Preise	76
2.2	Baugewerbe	78
2.2.1	Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz	78
2.2.2	Investitionen	80
2.2.3	Bautätigkeit, Wohnungen	81
2.2.4	Baupreise	84
2.3	Energieversorgung	85
2.3.1	Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz	85
2.3.2	Investitionen	86
2.3.3	Kraftwerke und Stromerzeugungsanlagen	87
2.3.4	Aufkommen und Verwendung von Gasen, Kohle und Heizöl	87
3	Dienstleistungsbereich	89
3.1	Handel	89

3.1.1	Gesamtüberblick	89
3.1.2	Unternehmen und Beschäftigte	90
3.1.3	Unternehmensgrößen	92
3.1.4	Beschäftigtenstruktur	93
3.1.5	Umsatz	94
3.1.6	Aufteilung des Umsatzes: Kostenstruktur, Wertschöpfung, Wareneinsatz	98
3.1.7	Handelsbereiche	100
3.1.7.1	Großhandel	100
3.1.7.2	Handelsvermittlung	102
3.1.7.3	Einzelhandel	104
3.1.8	Saisonverläufe im Handel	109
3.1.9	Preise im Groß- und Einzelhandel	111
3.2	Gastgewerbe	112
3.2.1	Gesamtüberblick	112
3.2.2	Unternehmen und Beschäftigte	112
3.2.3	Betriebsarten des Gastgewerbes, Umsatz	116
3.2.4	Aufteilung des Umsatzes: Kostenstruktur, Wertschöpfung, Wareneinsatz	118
3.2.5	Preise für Leistungen des Gastgewerbes	119
3.3	Reiseverkehr	120
3.3.1	Gesamtüberblick	120
3.3.2	Ankünfte und Übernachtungen, durchschnittliche Aufenthaltsdauer, Kapazitätsauslastung	120
3.3.3	Ankünfte und Übernachtungen von Auslandsgästen	124
3.3.4	Urlaubs- und Erholungsreisen	126
3.3.5	Entwicklung der Reiseverkehrsbilanz	128
3.4	Verkehrswirtschaft	129
3.4.1	Einführung	129
3.4.2	Eisenbahnen	132
3.4.3	Straßenverkehr	137

3.4.4	Binnenschifffahrt	145
3.4.5	Seeschifffahrt	149
3.4.6	Luftfahrt	151
3.4.7	Rohrfernleitungen	155
3.4.8	Post- und Fernmeldewesen	156
3.4.9	Preise für Verkehrsleistungen	158
3.5	Kreditinstitute	163
3.5.1	Unternehmen	164
3.5.2	Beschäftigte und Personalkosten	165
3.5.3	Geschäftstätigkeit	165
3.6	Versicherungen	167
3.6.1	Unternehmen und Beschäftigte	167
3.6.2	Geschäftstätigkeit	168
3.7	Freie Berufe	169
3.7.1	Freiberuflich tätige Personen und deren Einkünfte	170
3.7.2	Beschäftigte	170
	Literaturverzeichnis	173
	Stichwortverzeichnis	189

## **Vorwort**

Der vorliegende Band „Wirtschaft in Zahlen“ versucht, in leicht verständlicher, aufgelockerter Form einen Überblick über das wirtschaftliche Geschehen in der Bundesrepublik Deutschland zu vermitteln. Mit einer komprimierten Darstellung der Wirtschaftsstrukturen und -abläufe in Zahl, Wort und Graphik soll er eine Lucke im Veröffentlichungsangebot des Statistischen Bundesamtes schließen. Im Vordergrund steht dabei die Betrachtung einzelner Wirtschaftsbereiche und ihres Beitrags zur gesamtwirtschaftlichen Leistung. Daneben soll auch verdeutlicht werden, unter welchen allgemeinen Rahmenbedingungen das wirtschaftliche Geschehen abläuft. Es würde allerdings den Rahmen dieser Veröffentlichung sprengen, die Grundlagen der Wirtschaftsordnung (soziale Marktwirtschaft, freier Außenhandel, Wettbewerbsgesetze, Einbindung in die Europäischen Gemeinschaften u. ä.) und die staatliche Wirtschaftspolitik im einzelnen darzustellen. So werden im einführenden Kapitel „Wirtschaft im Überblick“ lediglich in zusammenfassender Form zahlenmäßig belegbare Aussagen über die Bedeutung des Unternehmenssektors für die Gesamtwirtschaft, über Wirtschaftsstrukturen, Produktivitätsentwicklung, Rohstoffversorgung, Außenhandelsverflechtungen u. ä. gemacht. Im zweiten Abschnitt werden die einzelnen Wirtschaftsbereiche behandelt. Dabei wird versucht, jeweils die Produktionsgrundlagen (Wirtschaftseinheiten, Beschäftigte, Anlagen, Energie- und Rohstoffverbrauch usw.), die Produktion (Produzierte Waren bzw. Dienstleistungen) und den Absatz der produzierten Güter am Markt (Umsatz, Preise, Ausfuhr, Verwendung im Inland usw.) darzustellen.

Das Statistische Bundesamt hat in der Veröffentlichung besondere Mühe darauf verwandt, die grundlegenden wirtschaftlichen Zusammenhänge herauszuarbeiten und eine geschlossene Darstellung zu geben. Aufgrund von Unterschieden in den statistischen Methoden, der Materialsituation u. ä. war es allerdings erforderlich, in den einzelnen Kapiteln unterschiedliche Schwerpunkte zu setzen und von Fall zu Fall die Gliederungstiefe bzw. den zeitlichen Horizont der statistischen Nachweisungen zu variieren.

Das Statistische Bundesamt hofft, trotz dieser Einschränkungen mit der vorliegenden Veröffentlichung dem Wunsch — insbesondere von kleineren Betrieben — nach einem Kompendium mit Zahlen über die Wirtschaft entgegenzukommen.

Wiesbaden, im September 1983

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes  
Egon Hölder





# Wirtschaft im Überblick

## 1 Entwicklung des Sozialprodukts

Als allgemeine Maßgröße für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wird vielfach das Bruttosozialprodukt verwendet. Es faßt die von den Bewohnern eines Landes erbrachten wirtschaftlichen Leistungen zu einer in Geldeinheiten bewerteten Größe zusammen. 1982 betrug das Bruttosozialprodukt in der Bundesrepublik Deutschland 1 600 Mrd. DM und war damit mehr als fünfmal so hoch wie 1960.

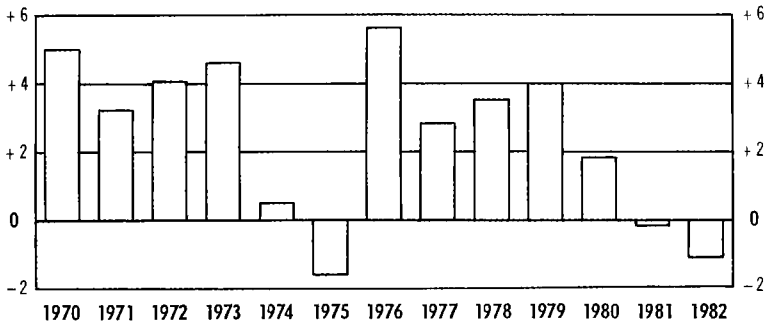
**Tabelle 1: Entwicklung des Bruttosozialprodukts**

Mill DM

Jahr	Bruttosozialprodukt	
	In jeweiligen Preisen	In Preisen von 1976
1960	303 000	613 400
1965	458 200	778 700
1970	675 700	957 500
1975	1 028 900	1 063 900
1980	1 484 200	1 264 300
1981	1 543 100	1 261 900
1982	1 600 000	1 248 600

### WACHSTUMSRATEN 1970 BIS 1982

Veränderung des Bruttosozialprodukts in Preisen von 1976 gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Bundesamt 83 0661

Legt man den Berechnungen die Preise des Jahres 1976 zugrunde, eliminiert man also die Preissteigerungen, hat sich das Bruttosozialprodukt im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelt.

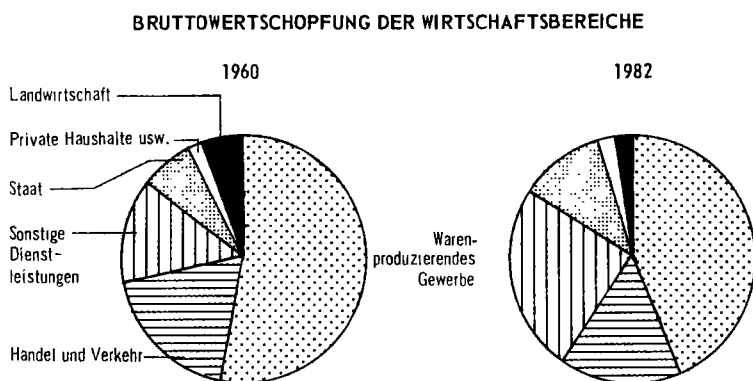
Die Entwicklung des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen wird sowohl durch die Entwicklung der (realen) gesamtwirtschaftlichen Leistung als auch durch die allgemeine Preisentwicklung beeinflusst. Die Preiskomponente wird bei der Berechnung in konstanten Preisen ausgeschaltet, so daß die Veränderungsraten des Bruttosozialprodukts in konstanten Preisen auch als Maßstab des Wirtschaftswachstums verwendet werden können.

## 2 Wirtschaftsstrukturen

Zur Beurteilung der Wirtschaftsstrukturen im Hinblick auf die Bedeutung der einzelnen Wirtschaftsbereiche für die Gesamtwirtschaft können unterschiedliche Maßstäbe herangezogen werden. Zwei davon sollen im folgenden betrachtet werden: Der Beitrag der Wirtschaftsbereiche zur Wertschöpfung der Volkswirtschaft und die Verteilung der Beschäftigten auf Wirtschaftsbereiche.

### 2.1 Wertschöpfung

Für die Berechnung des Bruttosozialprodukts wird die Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche bzw. Sektoren herangezogen. Sie ist

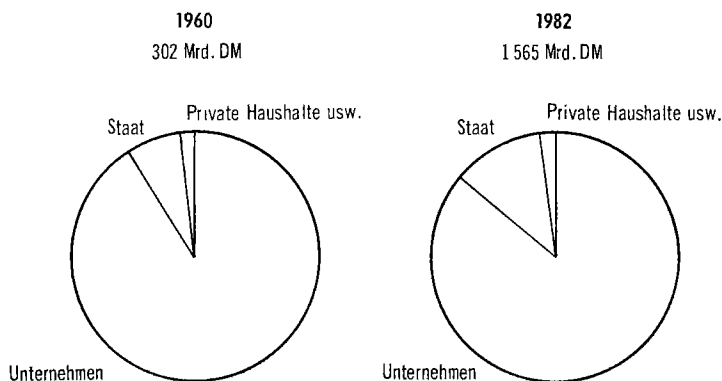


Statistisches Bundesamt 830663

definiert als die Differenz zwischen dem Produktionswert (von inländischen Wirtschaftseinheiten produzierte Waren und Dienstleistungen) und den Vorleistungen (z. B. Rohstoffe, Vorprodukte, Handelsware, Reparaturleistungen usw.).

In der Bundesrepublik Deutschland wurden von der gesamten Bruttowertschöpfung von rd. 1565 Mrd. DM im Jahr 1982 rd. 86% von den Wirtschaftsunternehmen erbracht. Hier ist zu beachten, daß nur die wirtschaftlichen Leistungen, d.h. die für den Markt produzierten Waren und Dienste sowie die Eigenleistung der Unternehmen, in diese Größe eingehen. Die Leistungen des Staates, die nicht über den Markt gehandelt

#### BRUTTOWERTSCHÖPFUNG NACH SEKTOREN



Statistisches Bundesamt 830662

**Tabelle 2: Beiträge der Wirtschaftsbereiche zur Bruttowertschöpfung  
(in jeweiligen Preisen) in %**

Jahr	Land- und Forstwirtschaft	Energie- und Wasserversorgung Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	Staat	Private Haushalte usw.
1960	5,8	5,2	40,3	7,7	18,5	13,6	7,2	1,7
1970	3,4	3,5	40,2	8,0	16,0	17,7	9,7	1,5
1980	2,1	3,7	36,0	7,7	15,0	22,3	11,5	1,7
1981	2,2	4,0	33,1	6,7	15,7	24,2	12,3	1,9
1982	2,3		43,1		15,3	25,3	12,1	1,9

werden, werden zu ihren Kosten einbezogen. Die in den privaten Haushalten geleistete Hausarbeit wird nur insofern berücksichtigt, als sie von bezahlten Arbeitskräften erbracht wird.

Innerhalb des Unternehmenssektors war 1982 das Verarbeitende Gewerbe mit rd. einem Drittel an der gesamten Wertschöpfung beteiligt, die Dienstleistungsunternehmen erwirtschafteten rd. ein Viertel, Handels- und Verkehrsunternehmen rd. 15 % der Bruttowertschöpfung.

Ein längerfristiger Vergleich zeigt, daß der Dienstleistungsbereich seinen Anteil wesentlich erhöht hat. Auffällig ist ferner der starke Rückgang des Anteils der Land- und Forstwirtschaft an der gesamtwirtschaftlichen Leistung.

## 2.2 Erwerbstätige und Arbeitsproduktivität

Ein analoges Bild ergibt sich, wenn man die Wirtschaftsstruktur nicht an der Wertschöpfung, sondern an der Entwicklung der Beschäftigten- bzw. Erwerbstätigenzahlen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen mißt.

**Tabelle 3: Erwerbspersonen und Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen in %**

Wirtschaftsbereich	Erwerbspersonen			Erwerbstätige	
	16 6 1925 (Reichs- gebiet)	17 5 1939 (Reichs- gebiet)	13 9 1950 (Bundes- gebiet)	1960	1982
Land- und Forstwirtschaft	30,5	25,0	22,1	13,7	5,4
Warenproduzierendes Gewerbe	41,4	40,8	44,7	47,9	42,6
Handel und Verkehr	16,5	17,0	15,9	18,3	19,0
Sonstige Dienstleistungsbereiche	11,7	17,2	17,2	20,0	33,0
Insgesamt (%)	100	100	100	100	100
(Mill.)	32,0	35,7	23,5	26,1	25,6

Auch unter diesem Blickwinkel zeigt sich längerfristig ein Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft und ein Zuwachs im Dienstleistungsbereich. In diesen Zahlen wird der Strukturwandel deutlich, der auch in vergleichbaren Industrieländern festzustellen ist. Er ist dadurch gekennzeichnet, daß der tertiäre Sektor (Handel, Verkehr, sonstige Dienstleistungsbereiche) zunehmende Bedeutung gewinnt.

Diese Strukturverschiebungen sind vor allem darin begründet, daß sowohl im landwirtschaftlichen Bereich als auch im Produzierenden Gewerbe große Produktivitätsfortschritte erzielt werden konnten, während dies im Dienstlei-

stungsbereich in wesentlich geringerem Umfang gelang (siehe dazu Tab. 5). Außerdem veränderte eine zunehmende Sättigung mit Konsumgütern im weitesten Sinn die Nachfragestruktur zugunsten der Dienstleistungen (Mahlzeiten in Restaurants, Reisen, Bankdienstleistungen, Versicherungen usw.).

Die in den Wirtschaftsbereichen stark unterschiedlichen Produktivitätsfortschritte zeigen sich in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität in den letzten 20 Jahren (siehe Tab. 5). Um die Arbeitsproduktivität zu ermitteln, wird die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche auf die Erwerbstätigen in den jeweiligen Wirtschaftsbereichen bezogen

**Tabelle 4: Erwerbspersonen im internationalen Vergleich nach Wirtschaftsbereichen**

Land	Jahr	Ins-gesamt		Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Verteilung und Dienstleistungen	Unzureichend beschrieben
		Mill.	%				
Bundesrepublik Deutschland <sup>1)</sup>	1965	26,6	100	11,1	48,6	40,0	0,3
	1980	26,9	100	5,3	43,3	51,3	—
Frankreich	1962	19,7	100	19,8	37,7	38,6	3,8
	1980	22,9	100	8,1	33,1	51,1	7,7
USA	1965	78,4	100	6,2	34,1	55,5	4,2
	1980	106,8	100	3,4	30,7	63,1	2,8
Japan	1965	49,0	100	26,9	30,5	41,8	0,8
	1980	56,5	100	10,2	34,6	52,9	2,2

<sup>1)</sup> Nur Erwerbstätige

Während die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft von 1960 bis 1982 um mehr als das Dreieinhalbfache zunahm, konnte sie im Warenproduzierenden Gewerbe und im Handel und Verkehr etwas mehr als verdoppelt werden; bei den Dienstleistungsunternehmen stieg sie dagegen nur um gut zwei Drittel.

**Tabelle 5: Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen (in Preisen von 1976)**  
**1960 = 100**

Jahr	Land- und Forstwirtschaft	Warenproduzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungsunternehmen	Unternehmens-sektor insgesamt
1965	117	125	128	115	127
1970	180	158	161	128	162
1975	235	184	174	144	189
1980	303	218	214	164	228
1982	360	222	211	169	234

In allen Wirtschaftsbereichen wurde verstärkt Kapital eingesetzt. Die Kapitalintensität, die den Kapitaleinsatz je Erwerbstätigen ausdrückt, war — wie Tab. 6 zeigt — 1980 im Bereich Energie- und Wasserversorgung, Bergbau sowie im Verkehrsbereich (einschl. Nachrichtenübermittlung) am höchsten und im Baugewerbe am schwächsten. Betrachtet man die Entwicklung der Kapitalintensität von 1960 bis 1980, ergibt sich eine besonders starke Zunahme in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, im Bereich Energie- und Wasserversorgung, Bergbau und im Handel. Stark unterdurchschnittlich stieg dagegen die Kapitalintensität der Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen.

**Tabelle 6: Kapitalintensität**  
**(Bruttoanlagevermögen in Preisen von 1976 je Erwerbstätigen)**  
 1 000 DM

Wirtschaftsbereich	1960	1970	1980
Unternehmen insgesamt	72,8	127,0	200,8
darunter			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	36,4	81,5	144,8
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	155,7	327,3	566,6
Verarbeitendes Gewerbe	29,9	55,8	86,8
Baugewerbe	8,1	19,9	27,9
Handel	20,4	40,7	58,6
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	100,8	162,4	243,9
Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen	61,4	79,2	112,7

### 3 Grundlagen des wirtschaftlichen Geschehens

#### 3.1 Wirtschaftseinheit Unternehmen

Die Unternehmen als kleinste rechtlich selbständige Wirtschaftseinheiten sind in der Marktwirtschaft wichtige Träger des wirtschaftlichen Geschehens. Die Zahl der Unternehmen, ihre Verteilung auf die einzelnen Bereiche sowie die Größenstrukturen sind daher von besonderem Interesse.

Zeitnahe Angaben über die Zahl der Unternehmen in der gesamten Wirtschaft liegen aus der Umsatzsteuerstatistik vor, die aber wegen ihres sekundärstatistischen Charakters mit 1,69 Mill. Steuerpflichtigen im Jahr 1980 weder die Gesamtzahl der Unternehmen noch den gesamten wirtschaftlichen Umsatz umfaßt. Sie beschränkt sich auf die Erfassung der der Umsatzsteuer-Überwa-

chung unterliegenden Unternehmen mit steuerbarem Jahresumsatz über 20 000 DM, wobei diejenigen Steuerpflichtigen ausgeschlossen bleiben, die wegen hoher steuerfreier Umsätze keine Voranmeldung abzugeben haben (z. B. Steuerpflichtige im freiberuflichen Gesundheitswesen). Eine weitere Erfassungslücke ergibt sich aus der steuerrechtlichen Sonderregelung für die Landwirtschaft. Nicht einbezogen werden ferner die Innenumsätze der Organkreise sowie die Zahl der Organgesellschaften, da diese gemäß Umsatzsteuerrecht zusammen mit der Organmutter e i n e n Steuerpflichtigen bilden.

Die tatsächliche Zahl aller Unternehmen kann nur in einer umfassenden Arbeitsstättenzählung ermittelt werden. Im Jahr 1970 übertraf sie die in der Umsatzsteuerstatistik<sup>1)</sup> ermittelte Zahl um knapp 300 000. Die Angaben der Umsatzsteuerstatistik geben dennoch einen Anhaltspunkt über die Verteilung der Unternehmen auf Wirtschaftsbereiche. Sie sind ferner im Hinblick auf Unternehmensgrößen (gemessen am Umsatz) interessant.

1) 1970 lag die Erfassungsgrenze bei Unternehmen mit einem steuerbaren Umsatz von mindestens 12 000 DM

**Tabelle 7: Aufteilung der Unternehmen nach Wirtschaftsbereichen 1980**

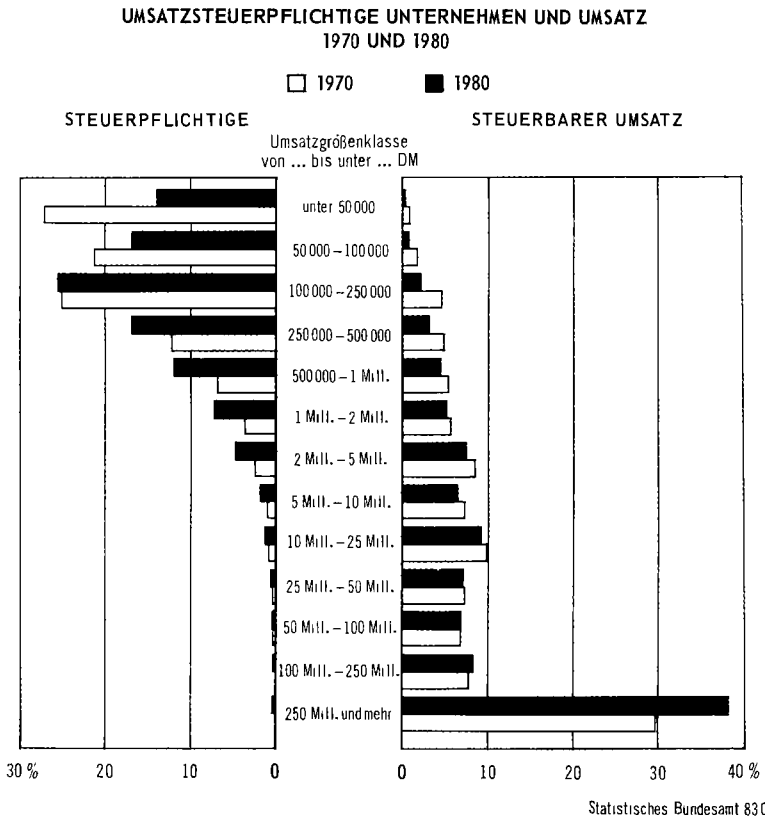
%

Wirtschaftsbereich	Anteil an den Unternehmen insgesamt
Land- und Forstwirtschaft Tierhaltung, Fischerei	1,8
Produzierendes Gewerbe	28,3
Handel	32,3
Übrige Wirtschaftsbereiche	37,6

**Tabelle 8: Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen und steuerbarer Umsatz nach Umsatzgrößenklassen**

Umsatzgrößenklassen von bis unter DM	Steuerpflichtige Unternehmen		Steuerbarer Umsatz	
	1970	1980	1970	1980
	Anzahl		Mill. DM	
unter 100 000	783 402	515 950	37 888	28 804
100 000 — 1 Mill	715 621	916 279	210 619	312 760
1 Mill — 10 Mill	111 324	224 991	305 380	608 065
10 Mill — 100 Mill	13 685	28 756	341 667	734 745
100 Mill — 250 Mill	731	1 712	110 369	261 001
250 Mill und mehr	405	1 002	424 478	1 215 590
Insgesamt	1 625 168	1 688 690	1 430 400	3 160 966

Die „kleineren“ Unternehmen mit weniger als 1 Mill. DM Umsatz machten 1980 rd. 85 % der Gesamtzahl der Unternehmen aus, sie sind am Gesamtumsatz aber nur mit rd. 11 % beteiligt. Umgekehrt erwirtschafteten die „großen“ Unternehmen mit mind. 100 Mill. DM Umsatz (0,16 % der Unternehmen) rd. 47 % des gesamten steuerbaren Umsatzes.



Beim Vergleich der Ergebnisse von 1970 und 1980 muß berücksichtigt werden, daß in diesem Zeitraum in allen Bereichen eine deutliche Preissteigerung zu verzeichnen war. Die Indizes der Erzeugerpreise, Großhandelsverkaufs- und Einzelhandelspreise sowie der Verbraucherpreise erhöhten sich in diesem Zeitabschnitt jeweils um 58 bis 68 %. Diesen Preissteigerungen steht ein Anstieg des steuerbaren Umsatzes von rd. 120 % gegenüber. Die Umsatzsteigerungen sind somit in nicht geringem Umfang auf Preiserhöhungen zurückzuführen.



### 3.2 Erwerbstätige („Produktionsfaktor Arbeit“)

Die der Wirtschaft zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte, ihre Qualifikation und Einsatzbereitschaft sind von entscheidender Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Leistung und Entwicklung. In der Bundesrepublik Deutschland gab es im Durchschnitt des Jahres 1982 rd. 25,6 Mill. Erwerbstätige, von denen rd. 20,8 Mill. in Unternehmen tätig waren. 4,8 Mill. Personen waren beim Staat, in privaten Haushalten oder bei Organisationen ohne Erwerbszweck (z. B. Kirchen, karitative Organisationen) beschäftigt.

Von den im Bereich der Unternehmen tätigen Personen waren rd. 85 % Arbeitnehmer, 15 % Selbständige und Mithelfende Familienangehörige. Über die Qualifikation der Erwerbstätigen — gemessen am Ausbildungsabschluß — liegen zuletzt Ergebnisse aus dem Mikrozensus 1982 vor.

**Tabelle 9: Erwerbstätige nach Berufsbereichen und höchstem Ausbildungsabschluß  
April 1982**

Berufsbereich	Erwerbs- tätige insgesamt	Darunter mit			
		praktischer Berufsausbil- dung oder gleichwertig- em Berufsfach- schul- abschluß <sup>1)</sup>	Meister-/ Techniker- oder gleichwertig- em Fachschul- abschluß	Fachhoch- schulab- schluß <sup>2)</sup>	Hochschul- abschluß
	1 000	%			
Erwerbstätige insgesamt	26 774	54,5	6,6	2,7	5,9
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	1 386	33,4	4,8	0,7	0,5
Bergleute, Mineralgewinner	127	54,7	/	/	/
Fertigungsberufe	8 601	55,5	6,0	0,2	0,1
Technische Berufe	1 545	39,3	23,4	19,3	9,2
Dienstleistungsberufe	14 834	57,8	5,5	2,6	9,6
Sonstige Arbeitskräfte	281	39,9	4,1	/	2,1

<sup>1)</sup> Einschließlich beruflichem Praktikum — <sup>2)</sup> Einschließlich Ingenieurschulabschluß — Schragstrich (/) = Kein Nachweis, da das Ergebnis nicht ausreichend genau ist

Ein besonders hoher Prozentsatz von Erwerbstätigen mit qualifiziertem Ausbildungsabschluß ist in den technischen Berufen zu finden. Hier hatte jeder zweite Erwerbstätige 1982 eine Fachschul-, Fachhochschul- oder Hochschul-

ausbildung. Ebenfalls leicht über dem Durchschnitt liegt der Anteil von entsprechend qualifizierten Berufstätigen (17,7 % gegenüber 15,2 % im Durchschnitt aller Erwerbstätigen) im Bereich der Dienstleistungsberufe, zu denen u. a. Lehrer, Ärzte, Apotheker, Juristen, Verwaltungsfachleute sowie Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler rechnen.

Im Vergleich zu den Erwerbstätigen sind die Arbeitslosen im Durchschnitt weniger gut ausgebildet

**Tabelle 10: Erwerbstätige und Erwerbslose<sup>1)</sup> nach höchstem Ausbildungsabschluß  
April 1982**

Ausbildungsabschluß	Erwerbstätige		Erwerbslose	
	insgesamt	darunter Frauen	insgesamt	darunter Frauen
Insgesamt	26 774	10 182	1 560	732
			0,6	
darunter mit				
Praktischer Berufsausbildung oder gleichwertigem Berufsfachschulabschluß <sup>2)</sup>	54,5	51,3	44,5	41,8
Meister-/Techniker- oder gleichwertigem Fachschulabschluß	6,6	2,9	2,7	1,8
Fachhochschulabschluß <sup>3)</sup>	2,7	1,3	1,4	1,2
Hochschulabschluß	5,9	5,2	3,2	3,0

<sup>1)</sup> Als erwerbslos gelten alle Nichterwerbstätigen, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt registriert sind oder nicht — <sup>2)</sup> Einschließlich beruflichem Praktikum — <sup>3)</sup> Einschließlich Ingenieurschulabschluß

### 3.3 Anlagevermögen, Investitionen („Produktionsfaktor Kapital“)

Neben dem Produktionsfaktor Arbeit und dem Produktionsfaktor Boden, der hier nicht näher betrachtet werden soll, ist das Kapital nach der volkswirtschaftlichen Theorie die dritte Säule aller Produktionsprozesse. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermitteln hierzu Angaben über den Bestand sowie über den Zugang an Sachvermögen während einer Periode (Investitionen)

Das Anlagevermögen gliedert sich in Ausrüstungsvermögen (Maschinen, maschinelle Anlagen, Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattungen) und

Bauten. Im Jahr 1981 entfiel auf die Bauten ein Anteil von rd. 78 % des gesamten Anlagevermögens. In diesen Angaben ist der öffentliche Tiefbau nicht berücksichtigt. Der Bewertung wurden die Preise zugrunde gelegt, zu denen die entsprechenden Vermögenswerte 1981 hätten wiederbeschafft werden können.

Im Unterschied hierzu setzt sich das Anlagevermögen des Unternehmensbereichs ohne Wohnungsvermietung zu 54 % aus Bauvermögen und zu 46 % aus Ausrüstungsvermögen zusammen. Der Wirtschaftsbereich Warenproduzie-

**Tabelle 11: Anlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen nach Wirtschaftsbereichen Anfang 1981  
Mrd. DM (brutto)**

Wirtschaftsgliederung	Anlage- vermögen	davon	
		Ausrüstungen	Bauten
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	263,8	112,8	151,0
Warenproduzierendes Gewerbe	1 400,7	757,2	643,5
darunter			
Verarbeitendes Gewerbe	971,0	566,6	404,4
Handel und Verkehr	702,2	294,2	408,0
Dienstleistungsunternehmen	3 348,0	172,3	3 175,7
darunter			
Wohnungsvermietung	2 781,4	—	2 781,4
Unternehmen	5 714,7	1 336,5	4 378,2
Staat <sup>1)</sup>	500,1	65,2	434,9
Alle Wirtschaftsbereiche <sup>1) 2)</sup>	6 351,2	1 419,4	4 931,7

<sup>1)</sup> Ohne öffentlicher Tiefbau — <sup>2)</sup> Einschl. Privater Organisationen ohne Erwerbszweck

**Tabelle 12: Entwicklung der Anlageinvestitionen in Preisen von 1976**

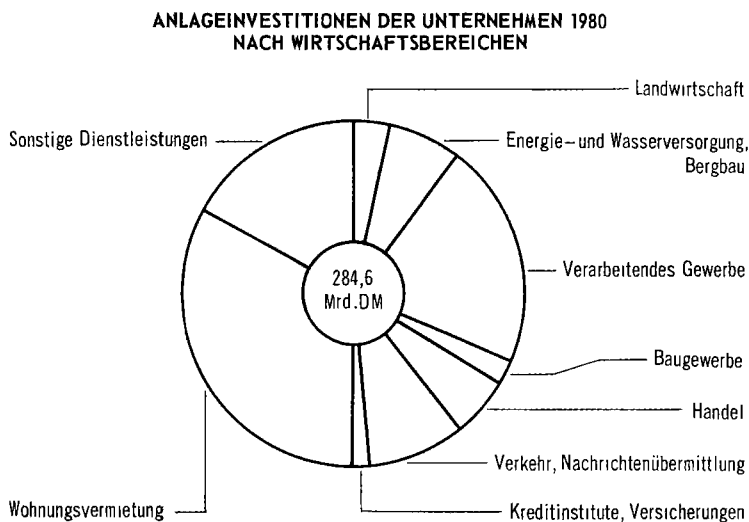
Jahr	Anlage- investitionen		davon		
			Ausrüstungs- investitionen	Bauinvestitionen	
	insgesamt	darunter von Unternehmen	insgesamt	darunter	
	Mill. DM	%		Wohn- bauten	%
1960	148 400	87,5	45 710	102 690	35,8
1965	195 010	82,7	64 070	130 940	32,5
1970	231 280	82,5	88 310	142 970	27,5
1975	216 090	81,2	81 030	135 060	28,3
1980	272 410	84,6	113 450	158 960	27,5
1982	247 260	85,7	101 770	145 490	27,6

rendes Gewerbe verfügt über mehr als die Hälfte (57 %) des Ausrüstungsvermögens und über rd. 40 % des Bauvermögens der Unternehmen ohne Wohnungsvermietung.

Die Größenordnung des Anlagevermögens wird durch die Investitionstätigkeit von Unternehmen und Staat bestimmt. Im Vergleich zu 1960 haben sich die jährlichen Investitionen der Unternehmen 1982 (gerechnet in Preisen von 1976) um 63 % und die des Staates um 90 % erhöht.

Der Anteil des Staates an den Investitionen war von 1960 bis 1975 ansteigend und sinkt seither. Ursache für den relativen Rückgang ist in erster Linie die angespannte Haushaltslage der öffentlichen Hand.

Einen besonders großen Anteil an den Investitionen des Unternehmenssektors hatten 1980 die Wirtschaftsbereiche Wohnungsvermietung, Verarbeiten- des Gewerbe und die Sonstigen Dienstleistungen.



Statistisches Bundesamt 83 0665

Das gesamte Anlagevermögen des Staates kann man auch als Infrastruktur im weitesten Sinn bezeichnen. Von seiner Zielsetzung her dient es als Grundlage sowohl für die Versorgung der Bevölkerung mit Waren und Dienstleistungen als auch für die Belange der Wirtschaft.

Von besonderer Bedeutung für das wirtschaftliche Geschehen ist die Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Schienen- und Wasserwege, Häfen, Flughäfen etc.) sowie die Ausstattung mit Versorgungsleitungen (Strom, Gas, Wasser, Pipelines etc.), ohne die eine industrialisierte Volkswirtschaft kaum denkbar wäre.

In der Bundesrepublik Deutschland war das überörtliche Straßennetz 1982 rd. 172 500 km lang, rd. 31 300 km Schienenwege waren in Betrieb, und knapp 4 300 km Wasserwege wurden benutzt.

**Tabelle 13: Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur  
km**

Verkehrszweig	1950	1960	1970	1982
Straßennetz (Bundes-, Landes-, Kreisstraßen)	127 593 <sup>1)</sup>	135 300	162 300	172 490
darunter Autobahnen		2 551	4 110	7 784
Gemeindestraßen		233 000	270 000	312 000
Schienennetz	38 608	36 019	33 010	31 280
Benutzte Wasserstraßen			4 383	4 322
Rohrfernleitungen		455	1 579	1 579

<sup>1)</sup> Ohne Saarland und Berlin

gerade eine moderne Industriegesellschaft von der Energie- und Rohstoffversorgung abhängt, hat die „Ölkrise“, aber auch die Diskussion über den Einsatz der Kernenergie deutlich gemacht.

Zur Messung des Energieverbrauchs lassen sich zwei verschiedene Größen heranziehen: zum einen der Primärenergieverbrauch, der die aus der Natur gewonnenen Energiemengen angibt, zum anderen der Endenergieverbrauch, der es ermöglicht, den Verbrauch bei den Endabnehmern (im wesentlichen Industrie, Verkehr, Haushalte) nachzuvollziehen.

Vereinfachtes Schema der Energiebilanz:

Primärenergieverbrauch

%. Nichtenergetischer Verbrauch (z. B. Verwendung als Rohstoff für die Kunststoffherzeugung)

%. Verbrauch im Energiesektor

%. Umwandlungsverluste

= Endenergieverbrauch

1981 lag der Primärenergieverbrauch um 176 %, der Endenergieverbrauch um 184 % höher als 1950. Während in den fünfziger und sechziger Jahren hohe Steigerungsraten zu beobachten waren — von 1960 bis 1973 stieg der Primärenergieverbrauch im Jahresdurchschnitt um 4,5 % —, kam diese

**Tabelle 14: Entwicklung des Energieverbrauchs<sup>1)</sup>  
Petajoule<sup>2)</sup>**

Jahr	Primärenergieverbrauch	Endenergieverbrauch
1950	3 971	2 541
1960	6 199	4 270
1970	9 870	6 751
1971	9 948	6 761
1972	10 383	7 034
1973	11 092	7 442
1974	10 723	7 139
1975	10 191	6 859
1976	10 853	7 293
1977	10 912	7 305
1978	11 401	7 605
1979	11 946	7 892
1980	11 436	7 529
1981	10 964	7 221

<sup>1)</sup> Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland —

<sup>2)</sup> Petajoule =  $10^{15}$  Joule = 1 Mill. t SKE

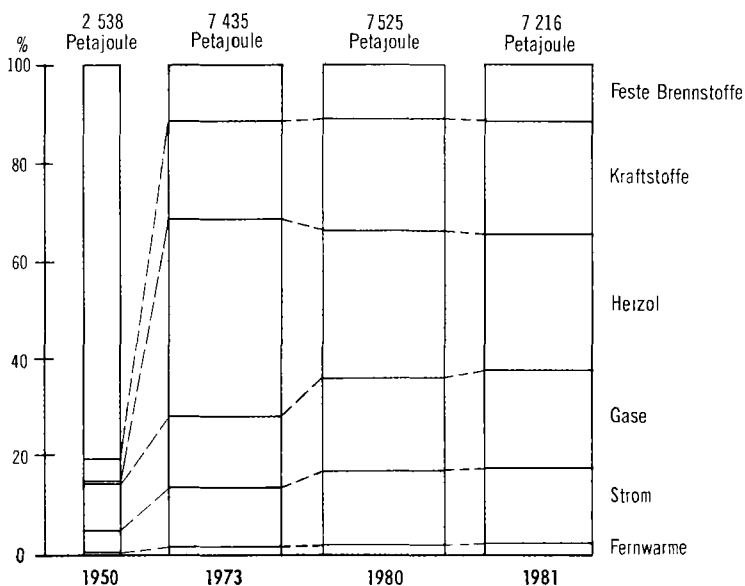
Entwicklung im Jahr der ersten Ölkrise zum Stillstand. 1981 waren sowohl Primär- als auch Endenergieverbrauch niedriger als 1973.

Am Endenergieverbrauch hatten 1981 Haushalte und Kleinverbraucher mit 41,9 % den größten Anteil, während 1950 noch die Industrie die meiste Energie benötigte (45,8 %).

Der im Vergleich zum Wirtschaftsbereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe hohe Zuwachs beim Energieverbrauch der Haushalte und Kleinverbraucher ist auf die stark gestiegene Zahl von Haushalten, ihren erhöhten Lebensstandard mit einer großen Zahl technischer Geräte, auf größere Wohnungen, bessere Beheizung usw. zurückzuführen. Außerdem wirkt sich die zunehmende Technisierung der kleinen Gewerbebetriebe und der sonstigen Kleinverbraucher aus.

Von der gesamten verbrauchten Primärenergie sind 1981 knapp zwei Drittel eingeführt worden. Nur etwas mehr als ein Drittel stammte aus inländischem

#### ENDENERGIEVERBRAUCH NACH ENERGIETRÄGERN<sup>1)</sup>



1) Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

Aufkommen, während 1950 noch 94 % der verbrauchten Energie aus dem Inland kamen. Entscheidend für diese Entwicklung war vor allem die zunehmende Bedeutung des Mineralöls, das 1950 rd. 5 % und 1981 über 50 % der verbrauchten Endenergie lieferte. 1950 stammten 63 %, 1981 nur noch 9 % der Energie von Steinkohle und Steinkohlenprodukten.

Ebenso wie beim Erdöl, das 1981 zu 96 % eingeführt wurde, ist die Bundesrepublik Deutschland bei der Versorgung mit sonstigen Rohstoffen nahezu ausschließlich auf den Bezug aus dem Ausland angewiesen. Als rohstoffarmes Land verfügt sie lediglich bei Steinkohle, Braunkohle und Salz über größere Lagerstätten. Eisenerz, Erdöl und Erdgas stehen in geringen Mengen aus eigener Förderung zur Verfügung, während beispielsweise Kupfer, Bauxit, Mangan, Blei, Zink, Aluminium, Zinn u. ä. Rohstoffe ausschließlich aus dem Ausland bezogen werden.

### **3.6 Finanzielle Grundlagen**

Das Geld gewinnt seine zentrale Bedeutung für die Marktwirtschaft in erster Linie durch die nationale und internationale Arbeitsteilung. Ohne die Geldwirtschaft wäre die Verteilung des breit gefächerten Waren- und Dienstleistungsangebots zwischen den einzelnen Wirtschaftseinheiten einer Volkswirtschaft bzw. über die Grenzen hinweg kaum denkbar.

Die Rahmenbedingungen der Geldwirtschaft werden in der Bundesrepublik Deutschland hauptsächlich durch die Deutsche Bundesbank gesetzt. Darüber hinaus wirken sich die Einflüsse der internationalen Verflechtungen im Bereich der Geld- und Kreditwirtschaft aus

Die konsolidierte Bilanz des Bankensystems gibt Aufschluß über die vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen den Banken (Deutsche Bundesbank und Kreditinstitute) und den übrigen Wirtschaftseinheiten. Sie läßt vor allem das zur Verfügung stehende Geldvolumen und die für das wirtschaftliche Geschehen besonders bedeutsamen Kreditbeziehungen erkennen

Auf der Aktivseite der Bilanz ist vor allem die große Steigerung der Kreditforderungen hervorzuheben. Ihr Wert erreichte 1960 rd. 60 % des erwirtschafteten Bruttosozialprodukts, lag aber 1981 schon höher als diese Größe. Auf der Passivseite sind vor allem die überproportional gestiegenen Auslandspassiva (30facher Betrag) und die unterdurchschnittliche Erhöhung des Bargeldumlaufs (4fache Höhe) auffällig.



**Tabelle 15: Konsolidierte Bilanz des Bankensystems  
Mrd. DM**

Bilanzposten	1960	1970	1980	1982
Aktiva (Forderungen) insgesamt	223 7	654 3	1 839 9	2 110 7
darunter				
Kredite an				
inländische öffentliche Haushalte	36 4	94 1	335 0	422 5
inländische Unternehmen und				
Privatpersonen	140 5	430 9	1 142 0	1 290 9
Forderungen an das Ausland	37 8	104 5	275 5	307 9
Passiva (Verbindlichkeiten)				
insgesamt	223 7	654 3	1 839 9	2 110 7
darunter				
Geldvolumen M 1	51 1	108 2	257 4	273 0
hierzu gehören				
Bargeldumlauf	20 8	36 9	84 0	88 6
Sichteinlagen inländischer				
Nichtbanken	30 3	71 3	173 4	184 4
Termingelder inländischer				
Nichtbanken mit Befristung bis				
unter 4 Jahren	21 6	65 2	183 3	229 2
Spareinlagen inländischer				
Nichtbanken mit gesetzlicher				
Kündigungsfrist			298 8	328 8
Geldkapital inländischer				
Nichtbanken bei den				
Kreditinstituten			809 5	945 5
Verbindlichkeiten gegenüber dem				
Ausland	6 0	37 0	180 6	193 3

## 4 Preis- und Lohnentwicklung

Zur Beurteilung längerfristiger Entwicklungstendenzen ist die Einbeziehung der Preisentwicklung einerseits und der Lohn- und Gehaltsentwicklung andererseits unerlässlich. Sowohl Preise als auch Löhne und Gehälter sind für Arbeitnehmer und Unternehmen gleichermaßen bedeutsam: Lohn- und Gehaltszahlungen sind für die einen Hauptbestandteil des Einkommens, für die anderen ein wichtiger Kostenfaktor (siehe dazu die Ausführungen zur Kostenstruktur in den einzelnen Kapiteln). Die Preise wiederum bestimmen die Kaufkraft der Einkommen ebenso wie — etwa bei Grundstoffen, Investitionsgütern u. ä. — die Kostensituation der Unternehmen.

Für die Darstellung der allgemeinen Preisentwicklung<sup>1)</sup> während eines längeren Zeitraumes eignet sich am besten der Preisindex für die Lebenshaltung, der sich auf den Privaten Verbrauch bezieht. Seine Berechnung basiert auf der Beobachtung der Preisentwicklung einer gezielten Auswahl von rd. 800 Waren und Dienstleistungen, die Fülle und Vielfalt des Marktangebotes möglichst gut repräsentieren sollen. Sie werden unter Auswertung der Anschreibungen in Haushaltsbüchern in den sog. „Warenkorb“ der Indexberechnung aufgenommen. Entsprechend ihrer Verbrauchsbedeutung, die sich aus dem jeweiligen Anteil am Haushaltsbudget ableitet, wird ihnen im Warenkorb ein entsprechendes „Gewicht“ zugeteilt. Dadurch ist gewährleistet, daß z. B. eine Preiserhöhung bei Brot in der Indexberechnung stärker durchschlägt als eine Verteuerung von Damenhandschuhen oder einem anderen Gut mit geringer Verbrauchsbedeutung

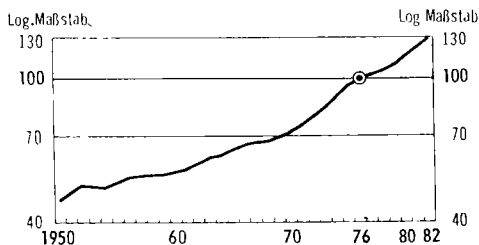
Von den gegenwärtig berechneten Verbraucherpreisindizes ermöglicht nur der Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen einen Vergleich mit den 50er Jahren (und sogar mit noch früheren Zeitpunkten). Von 1950 bis 1982 erhöhte sich dieser Index um insgesamt 179,7 %. Einen Indexrückgang von einem Jahr zum anderen hat es nur einmal gegeben, nämlich von 1952 auf 1953 (— 1,8 %), als sich das während der vorangegangenen Korea-Krise herausgebildete übermäßig hohe Verbraucherpreisniveau ermäßigte. Nach der Korea-Krise war der jährliche Indexanstieg von 1973 auf 1974 am stärksten. Hier zeigten sich die Auswirkungen einer konjunkturellen Überhitzung und die Folgen der ersten Erdölkrise

<sup>1)</sup> Die Preisentwicklungen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen werden in den jeweiligen Abschnitten dargestellt

**Tabelle 16: Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen**

1976 = 100

1950	46,2
1955	50,8
1960	55,6
1965	63,8
1970	71,5
1975	95,8
1980	116,0
1982	129,2



**Tab. 17: Preisindex für die  
Lebenshaltung  
aller privaten Haushalte**

1976 = 100

1962	58,1
1965	63,2
1970	71,2
1975	95,9
1980	117,0
1982	130,5

**Tab. 18: Index der tariflichen Monats-  
gehälter der männlichen Angestellten  
in der gewerblichen Wirtschaft und bei  
Gebietskörperschaften**

1976 = 100

1950	18,6
1955	25,3
1960	32,9
1965	44,8
1970	59,3
1975	94,9
1980	124,3
1981	130,7
1982	136,4

Der seit 1962 berechnete Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte stieg von 1962 bis 1982 um 124,6 %. Der Preisanstieg lag dort also etwas höher als beim Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen, der sich von 1962 bis 1982 um 120,5 % erhöhte.

Einen beträchtlichen Anteil an dem Anstieg des Gesamtindex von 1962 auf 1972 (+ 36,1 %) hatten die Wohnungsmieten (+ 81,7 %) sowie die Preise für Waren und Dienstleistungen für die Körper- und Gesundheitspflege (+ 60,2 %) und für Bildungs- und Unterhaltungszwecke (+ 38,5 %). Von 1972 bis 1982 zog der Hauptgruppenindex für Elektrizität, Gas und Brennstoffe mit + 174,5 % am stärksten an. Hierin kommt das Energieproblem des letzten Jahrzehnts ebenso zum Ausdruck wie in dem Anstieg der Kraftstoffpreise während dieses Zeitraums von 117,2 %. Am wenigsten erhöhten sich in der Zeit von 1972 auf 1982 die Hauptgruppenindizes für Bildungs- und Unterhaltungszwecke (+ 47,4 %) und für Nahrungs- und Genußmittel (+ 55,5 %).

Die Löhne sind von 1950 bis 1982 noch stärker gestiegen als die Preise. Gemessen an dem Index der tariflichen Monatsgehälter der männlichen Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften, dem umfassendsten Maß für die Veränderung der Arbeitnehmereinkommen in der Gesamtwirtschaft, haben sie sich in diesem Zeitraum mehr als versiebenfacht (+ 633 %). Das bedeutet eine durchschnittliche jährliche Veränderung von + 6,1 %. Der Index der tariflichen Monatsgehälter mißt nur

die reine Tarifentwicklung, d. h. den Preis für den Produktionsfaktor Arbeit unter Ausschaltung von Änderungen in der Beschäftigtenstruktur. Er hat damit die gleiche Zielsetzung wie der Preisindex für die Lebenshaltung.

Verfolgt man die Indexentwicklung seit 1950, so fällt auf, daß die höchsten Tarifsteigerungen den Zeitraum von 1970 bis 1974 betreffen, d. h. die Periode unmittelbar im Anschluß an die erste rezessive Phase der Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland (1967/68). Parallel zu den Lohnsteigerungen für die Arbeitnehmer vollzog sich die Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften von 48 Stunden im Jahr 1950 auf 40 Stunden (1982). Die tatsächliche Wochenarbeitszeit (einschließlich Mehrarbeitsstunden) verminderte sich z. B. bei den männlichen Arbeitern in der Industrie von 49,4 Stunden (1950) auf 40,7 Stunden (1982).

Insgesamt hat sich die Kaufkraft der Arbeitnehmerinkommen deutlich erhöht, da — wie erwähnt — die Löhne und Gehälter stärker gestiegen sind als die Preise. Der Mehrzahl der privaten Haushalte war es möglich, mehr zu sparen. Dies gilt auch unter der Einschränkung, daß die steigenden Löhne und Gehälter durch erhöhte Sozialabgaben und durch die Auswirkungen der Einkommensteuer-Progression belastet werden.

Unter dem Aspekt der Produktionskosten ist anzumerken, daß die gesamten Personalkosten (also Bruttolöhne und -gehälter zuzügl. der sog. Personalnebenkosten, wie Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und sonstige gesetzliche, tarifliche oder betriebliche Sozialleistungen) sich für die Unternehmen noch stärker erhöht haben als in der Indexreihe der tariflichen Monatsgehälter sichtbar wird. Dabei ist jedoch zu beachten, daß auch die Produktivität je Erwerbstätigen beträchtlich gestiegen ist (s. Punkt 2.2).

## **5 Außenwirtschaftliche Verflechtung**

### **5.1 Außenhandel und Handel mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost)**

Die Bundesrepublik Deutschland ist wirtschaftlich eng mit dem Ausland verflochten; ihre Wirtschaft gilt als „exportabhängig“. Umgekehrt ist sie aber

auch in entscheidendem Maße auf Importe, insbesondere von Rohstoffen, angewiesen. So lag die Relation zwischen Warenausfuhr und Bruttosozialprodukt 1982 bei 26,7 %, zwischen Wareneinfuhr und Bruttosozialprodukt bei 23,5 %.

**Tabelle 19: Entwicklung von Warenein- und -ausfuhr**

Jahr	Waren-einfuhr	Waren-ausfuhr	Brutto-sozial-produkt	Waren-einfuhr	Waren-ausfuhr
	Mrd DM			% des Bruttosozialprodukts	
1960	42 7	47 9	303 0	14 1	15 8
1965	70 4	71 7	458 2	15 4	15 6
1970	109 6	125 3	675 7	16 2	18 5
1975	184 3	221 6	1 028 9	17 9	21 5
1980	341 4	350 3	1 484 2	23 0	23 6
1981	369 2	396 9	1 543 1	23 9	25 7
1982	376 5	427 7	1 600 0	23 5	26 7

Wie Tab. 19 zeigt, hat die Bedeutung des Außenhandels für die Wirtschaft in der Bundesrepublik stetig zugenommen. Die wichtigsten Handelspartner, d. h. die Länder, mit denen die höchsten Umsätze im Außenhandel getätigt wurden, waren 1982 Frankreich und die Niederlande. Es folgten in gewissem Abstand Italien, Großbritannien sowie Belgien und Luxemburg, die alle bezüglich des Außenhandelsumsatzes für die Bundesrepublik Deutschland von gleich großer Bedeutung waren.

**Tabelle 20: Die 8 wichtigsten Handelspartner der Bundesrepublik Deutschland 1982**

Anteile an Einfuhr bzw. Ausfuhr in %

Herstellungs- bzw Verbrauchsland	Wareneinfuhr			Warenausfuhr		
	1960	1970	1982	1960	1970	1982
Frankreich	9 4	12 7	11 4	8 8	12 4	14 1
Niederlande	8 5	12 1	12 2	8 8	10 6	8 5
Italien	6 2	9 9	7 6	5 9	8 9	7 6
Großbritannien	4 6	3 9	7 2	4 5	3 6	7 3
Belgien und Luxemburg	5 7	9 5	6 8	6 0	8 2	7 3
Vereinigte Staaten	14 0	11 0	7 5	7 8	9 1	6 6
Schweiz	3 8	3 0	3 4	6 2	6 1	5 1
Osterreich	2 7	2 1	3 0	5 1	4 5	4 8

Auch der innerdeutsche Handel mit der Deutschen Demokratischen Republik und Ost-Berlin, der nicht zum Außenhandel rechnet, hat stetig zugenommen — allerdings in geringerem Umfang. Während der Wert der Ein- bzw. Ausfuhr 1982

fast neunmal so hoch war wie 1960, stieg der Wert der Bezüge aus der bzw. der Lieferungen in die DDR um etwa das Sechsfache.

**Tabelle 21: Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)**  
Mill. DM

Bezüge Lieferungen	1960	1965	1970	1975	1980	1982
Bezüge des Bundesgebietes	1 122	1 260	1 998	3 342	5 580	6 639
Lieferungen des Bundesgebietes	960	1 206	2 416	3 922	5 293	6 382

**Tabelle 22: Ein- und Ausfuhr nach Warengruppen (in %)**

Warengruppe	Einfuhr			Ausfuhr		
	1960	1970	1982	1960	1970	1982
Ernährungswirtschaft	26,3	19,1	13,2	2,3	3,5	5,6
Gewerbliche Wirtschaft	72,7	79,6	85,4	97,4	95,9	93,7
Rohstoffe	21,7	13,5	15,8	4,6	2,5	1,7
Halbwaren	18,9	16,1	18,5	10,4	7,6	8,0
Fertigwaren	32,2	50,0	51,1	82,4	85,8	84,1

Die warenmäßige Aufschlüsselung der Exporte und Importe läßt erkennen, daß Ein- und Ausfuhr unterschiedlich strukturiert sind und sich die Zusammensetzung der Warenströme im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte verändert hat.

In der Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland sind Fertigwaren mit einem nahezu gleichbleibenden Anteil von über 80 % dominierend. Auf der Importseite ist der Fertigwarenanteil von rund einem Drittel (1960) auf mehr als die Hälfte (1982) gestiegen. Die Güter der Ernährungswirtschaft (z. B. Nahrungsmittel tierischen und pflanzlichen Ursprungs, Genußmittel) machten 1960 rund ein Viertel der Einfuhr aus, 1982 nur noch etwa 13 %. Trotz dieses relativen Rückgangs ist die Einfuhr dieser Güter nach wie vor von größerem Gewicht als die Ausfuhr. Aus Tab. 22 wird auch die relativ geringe Bedeutung der Ausfuhr von Rohstoffen gegenüber der Einfuhr deutlich.

Um das Bild der außenwirtschaftlichen Verflechtungen zu vervollständigen, müssen der Handelsbilanz, in die die Ein- und Ausfuhr von Waren eingeht, die Dienstleistungs- und Übertragungsbilanz sowie die Kapitalbilanz gegenübergestellt werden.

Seit 1952 hat die Bundesrepublik im Warenverkehr mit dem Ausland einen Exportüberschuß, im Dienstleistungsverkehr (seit 1960) und bei den

Übertragungen dagegen stetig steigende Negativsalden zu verzeichnen. Das steigende Defizit im Dienstleistungsverkehr ist ganz wesentlich auf die Reisefreudigkeit der Deutschen zurückzuführen, während bei den Übertragungen u. a. die Transfers der „Gastarbeiter“ in ihre Heimatländer eine wichtige Rolle spielen.

**Tabelle 23: Salden der Zahlungsbilanz**  
**Mill. DM**

Jahr	Saldo der Leistungsbilanz				Saldo der Kapitalbilanz
	Insgesamt	Außenhandel	Dienstleistungen	Übertragungen	
1960	+ 4 783	+ 8 447	— 176	— 3 488	+ 1 727
1965	— 6 223	+ 5 200	— 5 046	— 6 377	+ 2 416
1970	+ 3 183	+20 820	— 7 878	— 9 759	+15 113
1975	+ 9 932	+43 331	—15 520	—17 879	—13 282
1980	—28 541	+18 886	—22 883	—24 544	+ 3 845
1981	—14 693	+40 403	—28 232	—26 864	+ 9 182
1982	+ 8 067	+63 750	—27 594	—28 089	— 5 123

Quelle: Deutsche Bundesbank Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank, Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik

## 5.2 Außenhandelspreise

Der Index der Einfuhrpreise stieg von 1950 bis 1982 um + 112 %, dies entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Veränderung von + 2,4 %.

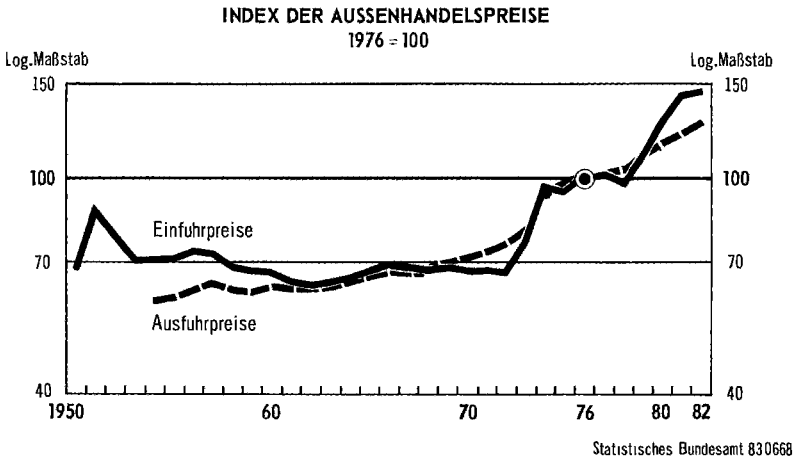
**Tabelle 24: Index der Außenhandelspreise**  
**1976 = 100**

Jahr	Einfuhrpreise	Ausfuhrpreise
1950	68,4	
1955	70,6	60,3
1960	65,7	62,3
1965	66,6	65,2
1970	66,2	70,5
1975	94,2	96,3
1980	125,3	115,1
1982	145,0	126,5

Einen überdurchschnittlichen Anstieg verzeichnete das Jahr 1951 (+ 28 %), als sich vor dem Hintergrund der Korea-Krise vor allem gewerbliche Rohstoffe und Halbwaren stark verteuerten. In den Folgejahren ging der Einfuhrpreisindex sogar zurück bzw. stagnierte, bis die erste Ölkrise 1973/74 einen erneuten Preisschub verursachte: der Index stieg von 1972 bis 1974 um 45 %. In dieser Zeit wurden Erdöl und Mineralölerzeugnisse um 220 % teurer. Auch für den relativ starken Anstieg des Index von 1979 auf 1981 (+ 31 %) waren vor allem die Preiserhöhungen für Erdöl (+ 120 %), aber auch für Erdgas (+ 99 %) sowie NE- und Edelmetalle (+ 29 %) ausschlaggebend.

Der Index der **Ausfuhrpreise**, der seit 1954 berechnet wird, zeigt bis 1982 eine Gesamtveränderung von + 114 %. Daraus errechnet sich eine durchschnittliche jährliche Veränderung von + 2,8 %. Diese Steigerungsraten entsprechen denen des Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz (siehe Kap. „Produzierendes Gewerbe“, Abschnitt „Preise“).

Bis Anfang der 70er Jahre blieb der Ausfuhrpreisindex relativ stabil. Die höchsten Steigerungsraten wurden von 1972 bis 1974 (+ 25 %) und von 1978 bis 1981 (+ 17 %) ermittelt.





# Wirtschaftsbereiche

## 1. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

### 1.1 Betriebe

In keinem Wirtschaftsbereich ist seit Ende des Zweiten Weltkrieges der Strukturwandel so nachhaltig gewesen wie in der Landwirtschaft. Das Ausmaß der strukturellen Veränderungen wurde dort im wesentlichen von drei Faktoren bestimmt:

- den Unterschieden in den Einkommens- und Lebensverhältnissen zwischen Landwirtschaft und übriger Wirtschaft,
- dem Angebot an außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen in den ländlichen Gebieten und
- dem Anpassungsvermögen und der Anpassungsbereitschaft der in der Landwirtschaft Tätigen.

Gefördert wurde dieser unter den gegebenen ökonomischen Verhältnissen gesunde Umwandlungsprozeß u. a. durch Programme wie Flurbereinigung,

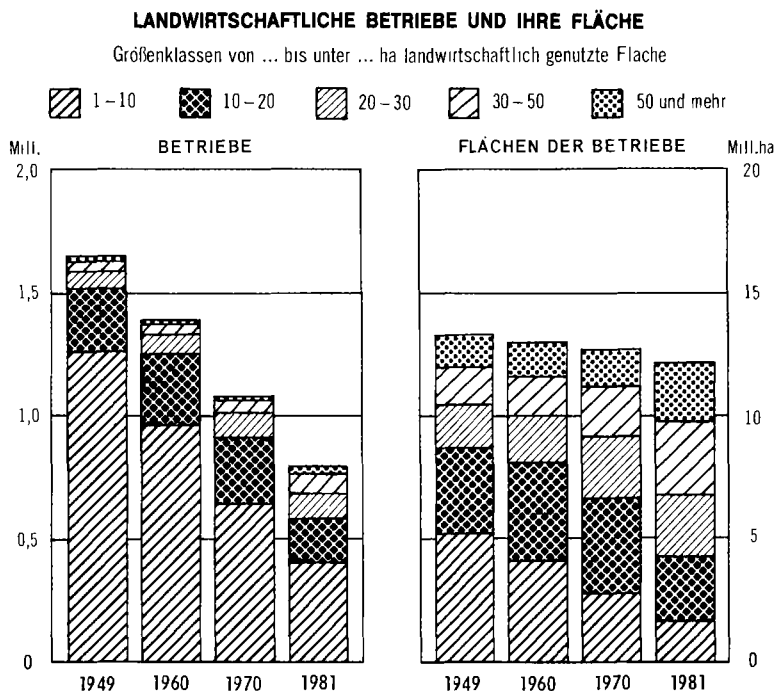
**Tabelle 1: Zahl und Fläche der landwirtschaftlichen Betriebe nach Größenklassen**

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha	1949	1960	1970	1981
Betriebe in 1000				
1 – 5	858,8	617,4	405,8	250,9
5 – 10	403,7	343,0	232,7	144,4
10 – 20	256,3	286,5	267,8	176,4
20 – 30	72,2	79,2	104,1	100,6
30 – 50	40,3	42,9	53,4	75,9
50 – 100	12,6	13,7	16,3	27,8
100 und mehr	3,0	2,6	3,0	4,6
Insgesamt	1646,8	1385,3	1083,1	780,5
Landwirtschaftlich genutzte Fläche in 1000 ha				
1 – 5	2270,8	1622,0	1058,0	641,1
5 – 10	2860,1	2483,3	1691,4	1051,7
10 – 20	3543,2	3990,5	3847,9	2564,1
20 – 30	1739,5	1903,6	2507,4	2458,9
30 – 50	1504,5	1600,9	1987,6	2861,8
50 – 100	817,3	884,5	1050,2	1797,9
100 und mehr	544,1	450,1	502,4	736,4
Insgesamt	13279,6	12934,8	12644,7	12111,9

Dorfaussiedlung und andere auf Verbesserung der Agrarstruktur zielende Maßnahmen.

So gab es 1949 im Bundesgebiet noch rd. 1,6 Mill. Betriebe ab 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche. 1981 waren es dagegen nur noch rd. 0,8 Mill. oder etwas weniger als die Hälfte. Die Abnahme verlief nicht kontinuierlich, sondern war in Abhängigkeit von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen von Jahr zu Jahr unterschiedlich. Von 1949 bis 1981 betrug die durchschnittliche jährliche Abnahmerate 2,3 %, von 1971 bis 1981 2,6 % und von 1980 auf 1981 2,1 %.

Die Abnahme der Betriebe beschränkte sich durchweg auf die unteren und mittleren Betriebsgrößenklassen. Die umfangreichen strukturellen Umschichtungen zwischen den einzelnen Betriebsgrößenklassen und sozialökonomischen Betriebsgruppen vollziehen sich seit Jahren vornehmlich auf dem Pachtwege, weil die Grundstückseigentümer im allgemeinen nicht bereit sind,



Statistisches Bundesamt 830669

ihr Land zu verkaufen. Die Zupacht hat in vielen Fällen zu einer günstigeren Kombination der Produktionsfaktoren und damit zu einer Verbesserung der Ertrags- und Einkommenslage geführt.

Die durchschnittliche Betriebsgröße aller Betriebe ab 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche ist seit 1949 ständig gewachsen; sie betrug:

1949	8,06 ha
1960	9,34 ha
1970	11,67 ha
1980	15,27 ha
1981	15,52 ha

Nach der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung variiert sie wie folgt:

**Tabelle 2: Durchschnittliche Betriebsgröße 1981**

Betriebsform	Landwirtschaftlich genutzte Fläche in ha
Marktf Frucht	17,4
Futterbau	16,9
Veredlung	12,7
Dauerkultur	4,8
Gemischt	18,6

Der Erwerbscharakter landwirtschaftlicher Betriebe wird z. T. entscheidend von der Verfügbarkeit außerlandwirtschaftlicher Einkommensmöglichkeiten geprägt. So führten u. a. steigende Einkommensansprüche bei nicht ausreichender Entwicklungsfähigkeit vieler Betriebe zur Umwandlung von Vollerwerbsbetrieben in Neben- und Zuerwerbsbetriebe<sup>1)</sup>, indem eine relativ große Zahl von Betriebsinhabern oder deren Familienangehörige auch außerlandwirtschaftlich erwerbstätig wurden.

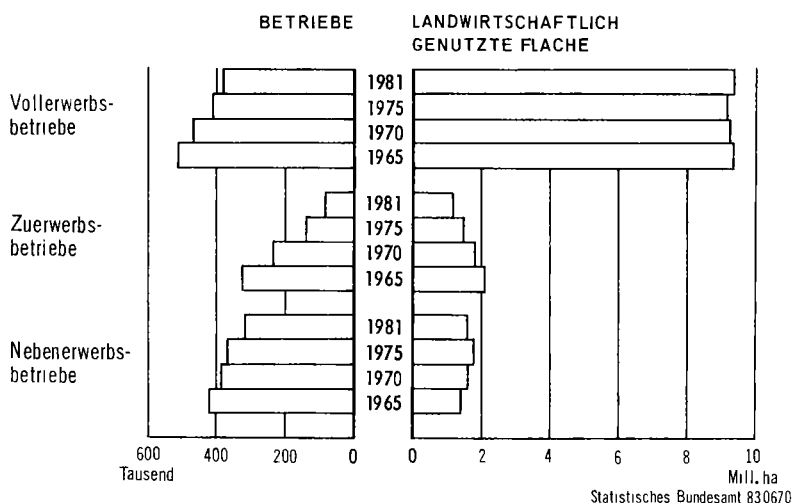
<sup>1)</sup> Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetriebe unterscheiden sich wie folgt

Vollerwerbsbetriebe = außerbetriebliches Erwerbseinkommen des Inhaberehepaares — soweit überhaupt vorhanden — unter 10 % des gesamten Erwerbseinkommens,

Zuerwerbsbetriebe = Anteil des außerbetrieblichen Erwerbseinkommens des Inhaberehepaares von 10 bis unter 50 %,

Nebenerwerbsbetriebe = alle anderen Betriebe

## ERWERBSCHARAKTER DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN BETRIEBE



**Tabelle 3: Erwerbscharakter der landwirtschaftlichen Betriebe**

Gliederung	1965	1970	1975	1981
Zahl der Betriebe in 1000				
Vollerwerbsbetrieb	511,8	466,5	409,1	385,4
Zuerwerbsbetrieb	322,9	233,9	138,7	83,2
Nebenerwerbsbetrieb	417,7	382,7	356,9	311,9
Insgesamt	1252,4	1083,1	904,7	780,5
Durchschnittsgröße je Betrieb in ha landwirtschaftlich genutzter Fläche				
Vollerwerbsbetrieb	18,28	19,90	22,44	24,32
Zuerwerbsbetrieb	6,56	7,74	10,75	14,11
Nebenerwerbsbetrieb	3,27	4,05	5,02	5,02
Insgesamt	10,25	11,67	13,77	15,52

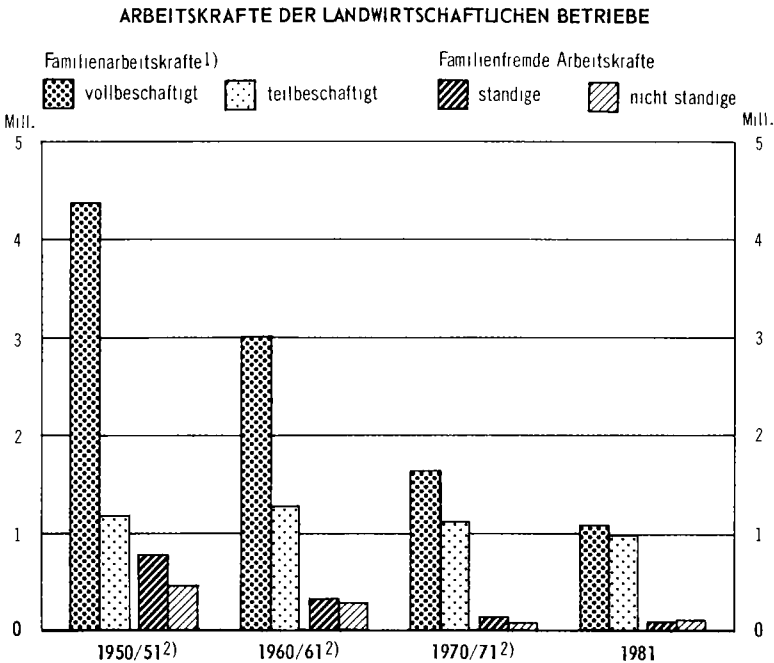
Von den insgesamt 0,8 Mill. Betrieben ab 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche entfielen 1981:

- 49 % oder 385 400 auf Vollerwerbsbetriebe
- 11 % oder 83 200 auf Zuerwerbsbetriebe
- 40 % oder 311 900 auf Nebenerwerbsbetriebe.

Während die Zahl der Vollerwerbsbetriebe — mit Abstand die bedeutendste Gruppe für die Agrarproduktion, die 77 % der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche bewirtschaftet — seit 1965 um 25 % abnahm, war bei den Zuerwerbsbetrieben im gleichen Zeitraum eine Verminderung um 74 %, bei den Nebenerwerbsbetrieben dagegen nur um 25 % zu verzeichnen. Die Zu- und Nebenerwerbsbetriebe ergänzen in erster Linie mit ihrer Agrarproduktion das Familieneinkommen. Im Zuge des landwirtschaftlichen Strukturwandels kann die betriebliche Organisationsform des Nebenerwerbs außerdem den Übergang zur völligen Betriebsaufgabe erleichtern.

## 1.2 Beschäftigte

Durch den Wirtschaftsaufschwung der Industrie nach der Währungsreform gaben zahlreiche Erwerbstätige der Landwirtschaft ihre bisherige Tätigkeit zugunsten besserer Verdienstmöglichkeiten auf. Die Handarbeit mußte und



1) Im Betrieb einschl. Haushalt des Betriebsinhabers beschäftigt.— 2) Betriebe ab 0,5 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche.

konnte mehr und mehr durch Maschinenarbeit ersetzt und die Betriebsorganisation dem veränderten Betriebsmitteleinsatz angepaßt werden. Der erhöhte Aufwand an sächlichen Betriebsmitteln konnte nur durch eine parallel laufende Einsparung von Lohnkosten einigermaßen ausgeglichen werden.

Die zahlenmäßige Verringerung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte ist verbunden mit einer nachhaltigen Veränderung der Struktur und der Qualifikation dieses Personenkreises. Im Jahr 1981 waren noch 2,1 Mill. Familienarbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben (einschl. Haushalt des Betriebsinhabers) voll- oder teilbeschäftigt. Hiervon waren lediglich rd. 0,48 Mill. nur mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigt. Nur noch in etwa 5 % der landwirtschaftlichen Betriebe werden ständige Lohnarbeitskräfte eingesetzt. Von diesen rd. 99 000 Arbeitskräften waren 1981 32 % Frauen. In den Betrieben ab 50 ha und mehr landwirtschaftlich genutzter Fläche sind rd. 30 % der Lohnarbeitskräfte beschäftigt und etwa 32 % arbeiten in Betrieben unter 5 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche. Hierbei dürfte es sich allerdings überwiegend um Sonderkulturbetriebe (z. B. Gartenbau- und Weinbaubetriebe) handeln.

Um die Entwicklung der Zahl der Beschäftigten im landwirtschaftlichen Bereich, trotz Teilzeitarbeit und Verflechtung von Betrieb und Haushalt, darstellen zu können, wird die betriebliche Arbeitsleistung in AK-Einheiten<sup>1)</sup> gemessen. Danach ergibt sich folgende Entwicklung:

**Tabelle 4: Betriebliche Arbeitsleistung  
AK-Einheiten<sup>1)</sup>**

Wirtschaftsjahr Jahr	1000	Je 100 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche
1950/51 <sup>2)</sup>	3885	29,0
1960/61 <sup>2)</sup>	2415	18,5
1970/71 <sup>2)</sup>	1434	11,5
1981	968	8,1

Unter den strukturellen Veränderungen, die sich bei den landwirtschaftlichen Familienarbeitskräften vollzogen haben, ist die seit Einführung der Altershilfe

<sup>1)</sup> Die Arbeitsleistung einer mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten Arbeitskraft  
im Alter von 16 bis unter 65 Jahren = 1,0 AK  
im Alter von 14 bis unter 16 Jahren = 0,5 AK  
im Alter von 65 und mehr Jahren = 0,3 AK  
Teilzeitbeschäftigungen werden mit entsprechenden Bruchwerten berücksichtigt

<sup>2)</sup> Betriebe ab 0,5 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche

für Landwirte zu beobachtende Verjüngung im Altersaufbau der Betriebsinhaber bemerkenswert.

### 1.3 Mechanisierung

Nach Wiederaufnahme der landwirtschaftlichen Mechanisierung — die bereits in den 30er Jahren verstärkt begann — und dem Übergreifen der Motorisierung auf alle Betriebsgrößenklassen der landwirtschaftlichen Betriebe hatten im ersten Nachkriegsjahrzehnt zunächst die Kleinschlepper den Vorrang. Danach hat sich — z. T. im Wechselspiel mit den Strukturveränderungen — der Einsatz der Technik in der Landwirtschaft gewaltig vergrößert und auch in der Art gewandelt. Durch die Entwicklung leistungsstärkerer, aber auch entsprechend teurerer Maschinen spielt nun der überbetriebliche Maschinen- und Geräteeinsatz (Maschinenringe) eine zunehmende Rolle, da die Kosten der neuen Großmaschinen die Kapitalkraft vieler Betriebe übersteigen.

**Tabelle 5: Schlepperbestand im Alleinbesitz der landwirtschaftlichen Betriebe nach Nennleistung**

Merkmal	1950	1960	1970	1981
Schlepper insgesamt	1 000 Stück			
	139	797	1 235	1 254
davon mit einer Nennleistung von . . bis . . kW	Anteil in %			
	unter 18	78	42	18
	18—25	17	27	21
	26—37	} 5	24	33
	38 und mehr		7	28

**Tabelle 6: Mähdrescher und Melkmaschinen im Alleinbesitz der Betriebe**

Merkmal	1949	1960	1971	1981
Mähdrescher	100	32 600	140 400	150 958
Melkmaschinen	5 600	291 400	480 500	

### 1.4 Düngemittelverbrauch

Der Handelsdüngerverbrauch nahm in den letzten drei Jahrzehnten mit recht unterschiedlichen Raten zu. Neben der Anwendung von wirtschaftseigenem, aus der Viehhaltung anfallendem Stalldung (organischer Dünger) ist die

Verwendung von Mineraldünger eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Erzielung hoher Ernteerträge.

**Tabelle 7: Düngemittellieferungen für den Verbrauch in der Landwirtschaft**

Düngerart	Wirtschaftsjahr			
	1950/51	1960/61	1970/71	1981/82
<b>Gesamtlieferung</b>	1 000 t Nährstoff			
Stickstoff (N)	361,6	618,6	1 130,8	1 323,0
Phosphat (P <sub>2</sub> O <sub>5</sub> )	417,7	662,4	913,1	752,7
Kali (K <sub>2</sub> O)	659,0	1 006,5	1 184,6	1 054,9
Kalk (CaO)	671,6	535,0	672,1	1 243,2
<b>Je ha landwirtschaftlich genutzter Fläche</b>	kg Nährstoff			
Stickstoff (N)	25,6	43,5	83,3	108,5
Phosphat (P <sub>2</sub> O <sub>5</sub> )	29,6	46,6	67,2	61,7
Kali (K <sub>2</sub> O)	46,7	70,8	87,2	86,5
Kalk (CaO)	47,5	37,6	49,5	101,9

Die Höhe des Düngeraufwands für einzelne Kultur- oder Fruchtarten kann statistisch nicht quantifiziert werden, da nur die Lieferung von Handelsdünger insgesamt an die Landwirtschaft ermittelt wird. Der Trend vom Einzeldünger zur arbeitssparenden Verwendung von Mehrnährstoffdünger halt weiter an. So stiegen die Anteile von Phosphat und Kali im Mehrnährstoffdünger, bezogen auf den gesamten Düngeraufwand, innerhalb der letzten dreißig Jahre von 11 bzw. 6 % auf 81 bzw. 64 %.

## 1.5 Bodennutzung

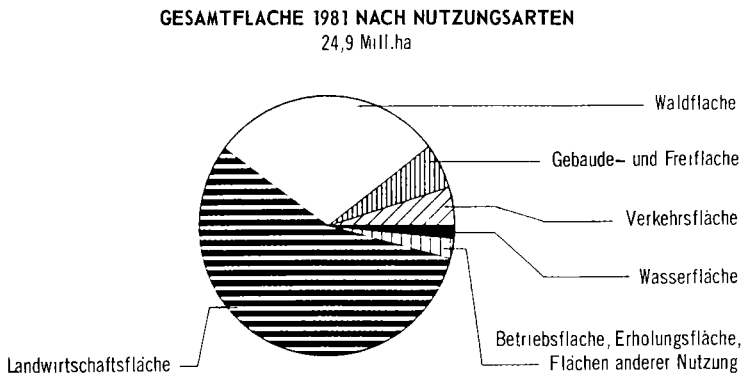
In der Aufteilung der Gesamtfläche des Bundesgebietes nach Nutzungsarten haben die Landwirtschaftsfläche (einschl. Brachland, Heide und Moor) mit 56 % und die Waldfläche mit 29 % die größten Anteile

**Tabelle 8: Gesamtfläche nach Nutzungsarten 1981**

Nutzungsart	Fläche		
	insgesamt		je Einwohner
	1 000 ha	%	m <sup>2</sup>
<b>Gesamtfläche</b>	24 869,2	100	4 032
Landwirtschaftsfläche			
(einschl. Brachland, Heide u. Moor)	13 953,7	56,1	2 262
Waldfläche	7 328,0	29,5	1 188
Gebäude- und Freifläche	1 360,2	5,5	221
Verkehrsfläche	1 169,0	4,7	190
Wasserfläche	429,8	1,7	70
sonstige Fläche	628,6	2,5	102



Die Entwicklung der Flächennutzung in den letzten Jahrzehnten ist durch wachsende Inanspruchnahme von Land für Wohn-, Industrie- sowie Verkehrs- und Versorgungszwecke gekennzeichnet. Zur Zeit wird rd. ein Zehntel der Gesamtfläche des Bundesgebietes für diese Zwecke genutzt, das sind 50 % mehr als 1950. Hinzu kommt der in den letzten 15 Jahren steigende Bedarf an Spiel-, Sport- und Erholungsflächen.



Statistisches Bundesamt 830672

**Tabelle 9: Entwicklung ausgewählter Flächenanteile**  
**Anteil an der Gesamtfläche in %**

Fläche	1950	1960	1970	1981
Gebäude- und Hoffläche, Verkehrsfläche	6,7	7,3	8,7	10,2
Waldfläche	28,4	28,7	28,9	29,5

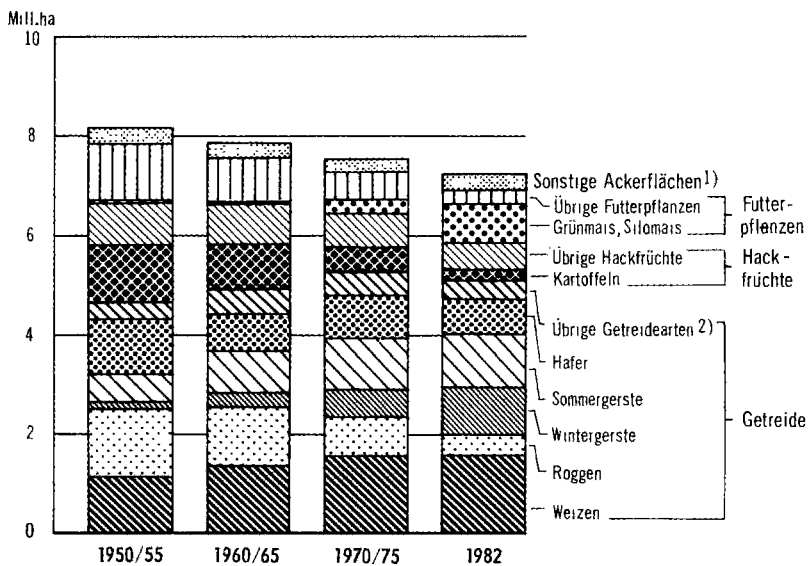
Auch die Waldfläche hat seit Kriegsende — entgegen oft geäußelter Meinung — nicht ab-, sondern zugenommen, da insbesondere außerhalb der Verdichtungsraume und in Regionen mit landwirtschaftlichen Grenzböden Neuaufforstungen vorgenommen wurden. Etwa 32 % der Waldfläche sind Staatswald, 25 % im Eigentum von Gemeinden und Körperschaften und 43 % im Privatbesitz. Durchschnittlich werden jährlich ca. 28 Mill. m<sup>3</sup> Holz geschlagen.

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche der landwirtschaftlichen Betriebe ab 1 ha Betriebsfläche wurde 1982 zu fast 60 % als Ackerland, zu 38 % als

**Tabelle 10: Anbau der wichtigsten Fruchtarten auf dem Ackerland  
1 000 ha**

Fruchtart	1950	1960	1970	1982
Ackerland	8 075,3	7 982,1	7 539,3	7 243,9
Getreide (einschl. Körnermais)	4 443,7	4 900,3	5 184,1	5 069,2
Weizen	1 020,3	1 395,7	1 493,4	1 577,7
Roggen	1 377,3	1 317,6	885,0	407,3
Wintergerste	127,8	263,3	462,4	966,3
Sommergerste	488,7	716,6	1 012,8	1 054,6
Hafer	1 172,3	747,6	825,1	723,2
Hackfrüchte	2 034,7	1 859,8	1 261,2	789,7
Kartoffeln	1 154,8	1 041,7	596,8	238,2
Zuckerrüben	193,1	293,5	302,9	417,6
Gemüse, Erdbeeren und andere Gartengewächse	89,9	91,6	82,2	54,4
Raps und Rübsen	50,3	32,1	84,9	189,2
Grünmais, Silomais	47,2	49,9	190,6	778,8

# **ANBAU AUF DEM ACKERLAND**



1) Hülsenfrüchte, Gemüse, Erdbeeren usw., Handelsgewächse, Gründüngung und Brache.-

2) Einschl. Körnermais.

Statistisches Bundesamt 83 0673

Grünland und zu 2 % für Dauerkulturen (Rebland, Obstanlagen, Baumschulen usw.) genutzt.

Innerhalb des Ackerlands nimmt das Getreide mit 70 % im Jahre 1982 gegenüber rd. 55 % im Jahre 1950 den weitaus größten Raum ein. Dies ist die Folge einer beinahe kontinuierlichen Entwicklung der letzten 30 Jahre.

Den ständigen Zunahmen von Weizen, Gerste und Grünmais steht der gravierende Rückgang von Roggen, Kartoffeln und Futterpflanzen (außer Grünmais) gegenüber. Diese Entwicklung war nicht allein an den Markterfordernissen orientiert. Aus Rationalisierungsgründen — z. B. Aufgabe der Viehhaltung — waren vielmehr zahlreiche Betriebe gezwungen, sich entweder auf reinen Ackerbau zu spezialisieren oder nur noch Fruchtarten anzubauen, die in Anbau, Pflege und Ernte mechanisierbar, also weniger arbeitsintensiv, sind.

## **1.6 Pflanzliche Produktion**

Neben den Anbauflächen sind die Hektarerträge das für die Ernte wesentliche Kriterium. Sie haben sich in den vergangenen drei Jahrzehnten zum Teil verdoppelt. Diese beachtliche und volkswirtschaftlich bedeutende Leistungssteigerung ist vor allem auf züchterische Verbesserungen, ertragssteigernde Mineraldüngung, verbesserte Anbau- und Erntetechnik sowie die Weiterentwicklung des Pflanzenschutzes zurückzuführen.

Dabei werden zwischen den Getreidearten größere Unterschiede sichtbar. Gegenüber Wintergerste und Winterweizen mit den absolut höchsten Zunahmen fallen Roggen und Hafer erheblich zurück. Bei den übrigen Ackerfrüchten — außer Körnermais — konnten allerdings nicht so starke Ertragssteigerungen erzielt werden. Die Tendenz weiterer Zunahmen der Hektarerträge dürfte — wenn evtl. auch nicht mehr im gleichen Ausmaß — anhalten, denn die Ertragsgrenzen sind offensichtlich noch nicht erreicht.

Auch die Gemüserträge haben sich kontinuierlich nach oben entwickelt; eine ähnliche Steigerung wie bei einigen Getreidearten konnte allerdings nicht erreicht werden, da der Verkaufsanbau auf dem Freiland und besonders der Unterglasanbau von Gemüse schon immer intensiv betrieben wurden.

In den Obst- und Weinmosterträgen spiegeln sich vor allem — wie die Rekorderträge von 1982 aufzeigen — die Witterungsverhältnisse wider,

wenngleich auch hier durch intensive und gezielte Pflegemaßnahmen sowie verstärkten Anbau von ertragreichen Rebsorten tendenzielle Ertragssteigerungen erreicht werden konnten. Beim Weinmost ist außerdem nicht nur die Menge des Ertrages, sondern der gütemäßige Ausfall der Ernte — der vom Witterungsverlauf besonders beeinflusst wird — von Bedeutung.

Aus Anbauflächen und durchschnittlichen Erträgen je Einheit errechnen sich die tatsächlich zur Verfügung stehenden Erntemengen (ohne Erträge aus Haus- und Kleingärten).

**Tabelle 11: Durchschnittliche Ernteerträge**

Frucht-/Gemüse-/ Obst, Wein	1950/55	1960/65	1970/75	1982
Feldfruchte dt je ha				
Weizen	27,4	33,5	43,6	54,7
Roggen	23,8	27,0	34,2	40,3
Wintergerste	29,9	34,2	44,8	51,9
Sommergerste	24,8	29,2	35,0	42,2
Hafer	24,3	28,9	36,3	43,0
Körnermais	26,8	34,6	51,1	65,8
Mittelfrühe und späte Kartoffeln	220,5	249,7	288,3	299,9
Zuckerrüben	344,7	380,7	443,5	544,4
Gemüse dt je ha				
Weißkohl	397,1	403,9	503,6	596,7
Kopfsalat	136,9	142,2	163,3	195,6
Möhren und Karotten	256,8	293,5	298,4	320,4
Sellerie	190,9	207,4	258,4	289,0
Frischerbsen	35,6	37,0	40,5	52,9
Obst kg je Baum				
Äpfel	29,4	31,7	33,2	60,8
Birnen	30,2	29,6	29,1	44,5
Süßkirschen	28,0	28,2	26,3	35,7
Pflaumen/Zwetschen	22,8	22,5	18,9	38,2
Wein hl je ha				
Weißmost	53,3	82,5	105,1	173,0
Rotmost	46,9	81,3	107,8	173,3

**Tabelle 12: Erntemengen**

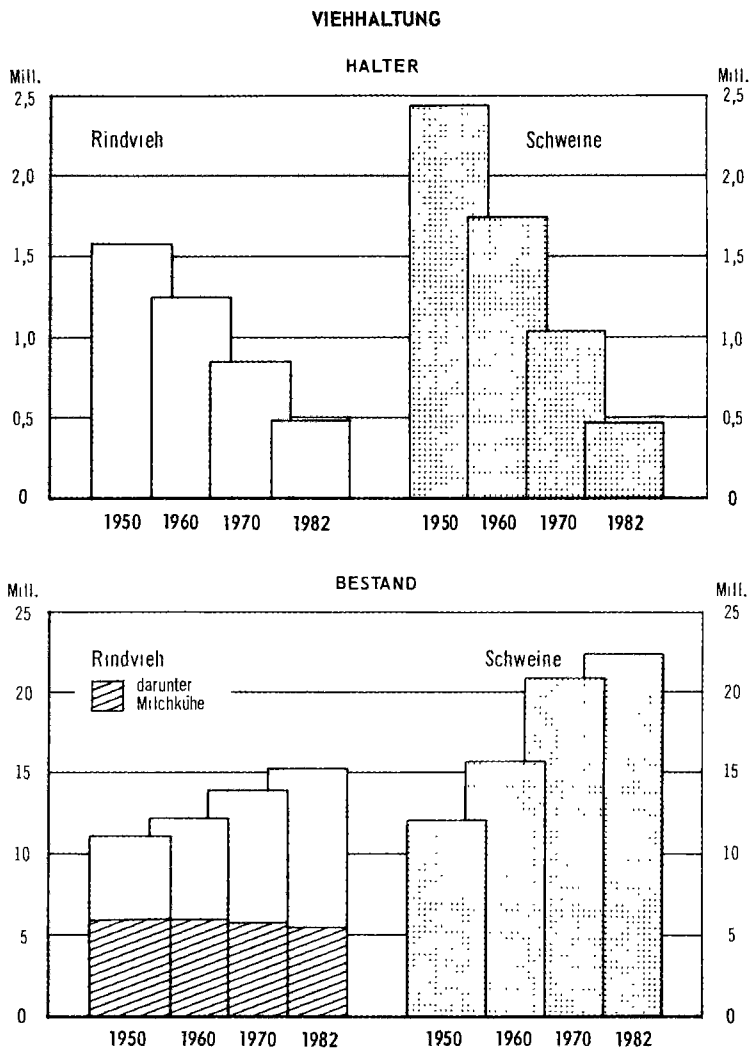
Frucht-/Gemüse-/ Obst, Wein	1950/55	1960/65	1970/75	1982
Feldfrüchte 1 000 t				
Weizen	3 069,7	4 666,9	6 886,8	8 631,6
Roggen	3 365,7	3 158,4	2 645,9	1 639,4
Wintergerste	408,4	1 019,7	2 648,1	5 012,2
Sommergerste	1 429,2	2 401,9	3 546,1	4 447,5
Hafer	2 608,6	2 184,2	3 063,4	3 113,0
Körnermais	19,2	48,7	548,2	1 054,2
Mittelfrühe und späte Kartoffeln	24 074,3	21 568,8	13 457,8	6 517,7
Zuckerrüben	7 916,7	11 232,9	15 492,3	22 732,0
Gemüse 1 000 t				
Weißkohl	330,3	291,4	339,5	365,7
Kopfsalat	41,8	52,4	69,8	70,5
Möhren und Karotten	84,9	140,0	159,3	132,9
Sellerie	25,8	33,9	38,6	38,8
Frischerbsen	18,4	29,8	24,1	19,8
Obst 1 000 t				
Äpfel	1 327,2	1 559,3	1 721,3	2 637,1
Birnen	438,2	447,8	406,8	533,8
Süßkirschen	119,0	151,1	153,7	172,4
Pflaumen/Zwetschen	417,6	450,9	368,2	609,9
Wein 1 000 hl				
Weißmost	2 246,5	4 594,7	7 186,8	13 562,5
Rotmost	593,7	937,0	1 165,9	1 840,4

**Tabelle 13: Weinmosternte nach Qualitätsstufen**

Qualitätsstufe	1974	1976	1978	1980	1982
	% der Erntemenge				
Tafelwein	8,0	0,3	3,6	2,8	8,0
Qualitätswein	68,0	17,4	73,9	65,1	68,8
Qualitätswein mit Prädikat	24,0	82,3	22,5	32,1	23,2

# 1.7 Viehbestände

In der deutschen Landwirtschaft spielt die Viehhaltung, die tierische Veredlungserzeugnisse hervorbringt, eine wichtige Rolle. Etwa 70 % der Gesamterlöse stammen aus diesem Betriebszweig



Die Entwicklung der Viehbestände seit 1950 ist gekennzeichnet durch eine annähernde Verdoppelung des Schweinebestandes, den Rückgang des Pferdebestands auf ein Viertel — wobei heute ein wesentlicher Teil Reit- und Hobbypferde sein dürften — und die Zunahme des Rinderbestandes um über ein Drittel.

Gravierender — infolge Abnahme der Betriebe und Veränderung der Betriebsstruktur — ist dagegen der Rückgang der Zahl der Viehhalter. Neben der Konzentration zu größeren Viehbeständen setzte sich die Spezialisierung, vor allem in der Schweine- und Hühnerhaltung, durch. Diese zeichnen sich durch geringe Fläche, sehr hohen Viehbesatz und hochtechnisierte Wirtschaftsweise aus.

**Tabelle 14: Viehhaltung (Anfang Dezember)**

Viehart	1950	1960	1970	1982
Viehhalter in 1 000				
Pferde	648,5	457,2	123,3	98,4
Rindvieh	1 559,8	1 254,0	843,0	490,6
dar.: Milchkühe			757,5	397,3
Schweine	2 434,1	1 741,4	1 028,5	489,7
Schafe	286,4	61,2	47,1	59,6
Hühner	3 508,2	2 807,9	1 304,6	379,1
Viehbestand in 1 000				
Pferde	1 583,9	711,7	252,5	369,1
Rindvieh	11 227,5	12 871,9	14 026,0	15 098,4
dar.: Milchkühe	5 785,0	5 800,4	5 560,8	5 530,3
Schweine	11 982,4	15 786,5	20 968,9	22 477,8
Schafe	1 652,4	1 036,7	842,5	1 172,2
Hühner	48 943,5	60 243,2	98 600,7	79 697,8

In den knapp 400 000 Vollerwerbsbetrieben werden derzeit rd. 81 % aller Milchkühe und etwa 83 % der Schweine (ohne Ferkel) gehalten.

## 1.8 Tierische Produktion

Die tierische Produktion hat seit 1950 mengen- und wertmäßig mehr zugenommen als die pflanzliche. Den größten Einnahmeposten bildet die Milch, gefolgt von Schweine- und Rindfleisch. Auch auf dem tierischen Sektor wurden die Produktionssteigerungen u. a. durch züchterische Maßnahmen, leistungssteigernde Fütterung und verbesserte Tierhaltungstechnik erzielt.

Von der erzeugten Milchmenge werden derzeit im Durchschnitt ca. 90 % an Molkereien und Händler geliefert, 1950 waren es dagegen nur rd. 71 %.

1982 waren die Schweine mit rd. 68 %, die Rinder und Kälber mit 32 % an der Gesamtschlachtmenge beteiligt; der Rest entfällt auf Schafe, Pferde und Ziegen

An Geflügelfleisch wurden 1982 im Bundesgebiet 331 000 t, das ist das Fünffache von 1965, und an Eiern 13 083 Mill. Stück produziert. Die durchschnittliche Legeleistung hat sich mit 243 Eiern je Huhn und Jahr seit 1950 verdoppelt

**Tabelle 15: Erzeugung von Kuhmilch**

Jahr	Insgesamt	Je Kuh	Fettgehalt der Milch
	1 000 t	kg	‰
1950	13 945	2 474	3,48
1960	19 264	3 396	3,75
1970	21 856	3 800	3,80
1980	24 779	4 548	3,84
1982	25 465	4 647	3,84

**Tabelle 16: Herstellung von Milcherzeugnissen  
1 000 t**

Jahr	Butter	Käse	Speisequark	Kondens- vollmilch
1960	406	164	125	370
1970	494	222	267	433
1980	576	408	368	469
1982	556	446	393	521

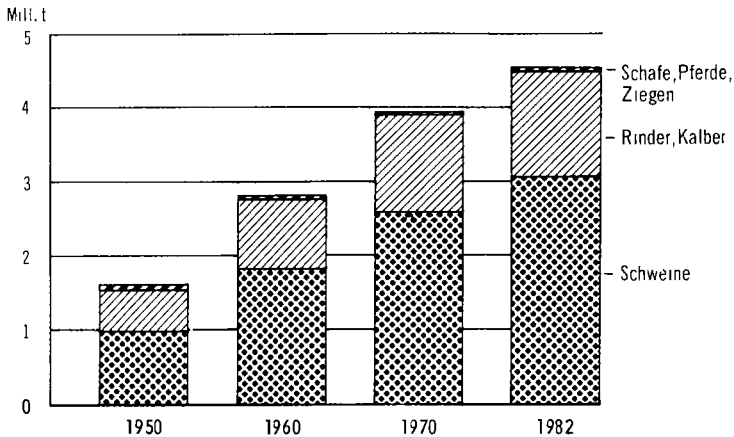
**Tabelle 17: Fleischerzeugung von Tieren inländischer Herkunft<sup>1)</sup>  
1 000 t**

Jahr	Rinder, Kälber	Schweine
1950	545,6	986,0
1960	934,4	1 818,8
1970	1 302,5	2 576,8
1980	1 541,7	3 125,9
1982	1 447,9	3 050,7

<sup>1)</sup> Einschl. Schlachtfett, ohne Innereien



# GESAMTSCHLACHTMENGE<sup>1)</sup>



1) Gesamtschlachtmenge an Fleisch (ohne Innereien) und an Schlachtfett von Tieren inländischer Herkunft

Statistisches Bundesamt 83 0675

## 1.9 Fischerei

Die Einführung der 200-Seemeilen-Fischereizonen, die Quotierungen von Fangmengen und andere restriktive Maßnahmen der internationalen Fischereipolitik haben u. a. die Fangergebnisse der deutschen Hochsee- und Küstenfischerei negativ beeinflußt. Die jahrelang wirtschaftlich bedeutendsten Fischarten Hering, Kabeljau und Rotbarsch hatten vor zwanzig Jahren noch einen Anteil an den Anlandungen von rd. 70 %; 1982 betrug er dagegen nur noch etwa 53 %.

**Tab. 18: Anlandungen der Hochsee- und Küstenfischerei  
1000 t (Fanggewicht)**

Jahr	Insgesamt	Darunter		
		Hering	Kabeljau	Rotbarsch
1960	644	191	111	153
1970	591	166	174	72
1980	287	10	59	53
1982	276	18	71	59

Die Flotte der Großen Hochseefischerei — die 1982 einen Anteil von 66 % an den Anlandungen hatte — umfaßte 1982 29 Einheiten (15 Fabrikschiffe, 12 Frischfischtrawler, 2 Logger) mit rd. 58 000 BRT.

Die Entwicklung der Binnenfischerei ist seit Jahren positiv, angesichts der geringen Erzeugungsmengen kann sie allerdings keinen Ausgleich für die rückläufige Seefischproduktion schaffen.

## 1.10 Preisentwicklung im landwirtschaftlichen Bereich

### 1.10.1 Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel

Der zur Messung der Preisentwicklung auf der Ausgabenseite der Landwirtschaft berechnete Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel hat sich in den Wirtschaftsjahren 1950/51 bis 1981/82 mit einem Anstieg um 180 % erheblich erhöht. Die Entwicklung wurde nur in den Wirtschaftsjahren 1967/68 (– 2,5 %), 1968/69 (– 2,3 %) und 1977/78 (– 1,2 %) unterbrochen. Ausschlaggebend hierfür waren überwiegend Verbilligungen von Betriebsmitteln, die direkt oder indirekt aus dem landwirtschaftlichen Bereich selbst stammen (Futtermittel, Saatgut, Nutz- und Zuchtvieh).

**Tab. 19: Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel<sup>1)</sup>**  
1976 = 100

Wirtschaftsjahr	Index	Wirtschaftsjahr	Index
1950/51	44,8	1970/71	69,0
1955/56	52,3	1975/76	96,4
1960/61	58,2	1980/81	116,8
1965/66	66,6	1981/82	125,3

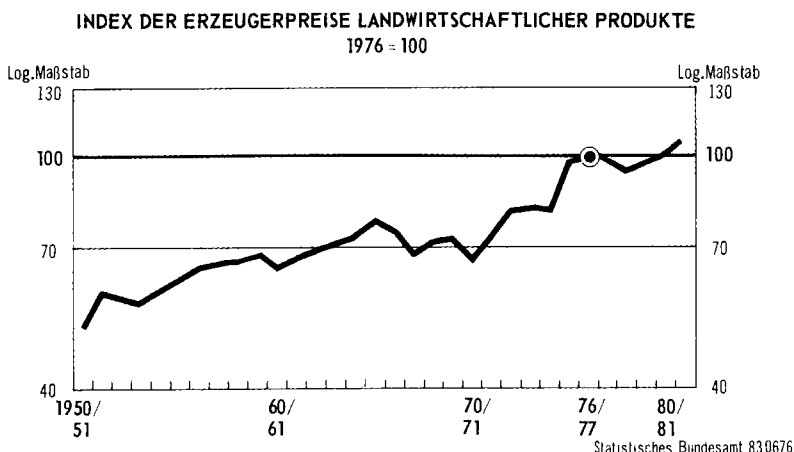
<sup>1)</sup> ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

An der langfristigen Verteuerung der Betriebsmittel zwischen 1950/51 und 1981/82 waren die Investitionen mit einem Preisanstieg von 262 % (davon Neubauten + 429 % und neue Maschinen + 220 %) beteiligt, die laufenden Betriebsausgaben dagegen mit einem Anstieg von „nur“ 161 % (darunter die Unterhaltung der Maschinen und Geräte + 333 %). Die Verteuerung der landwirtschaftlichen Betriebsmittel wird seit einigen Jahren immer mehr durch die Entwicklung der Energiepreise bestimmt. Dies zeigt sich deutlich an dem stark erhöhten Preisindex für die Gruppe Brenn- und Treibstoffe (einschl.

elektrischer Strom), der 1981/82 einen Stand von 182,4 (1976 = 100) erreichte. Annähernd hohe Werte wurden bei keinem anderen Gruppenindex beobachtet.

### 1.10.2 Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte

Der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte, der die Entwicklung der Verkaufspreise der Landwirtschaft beim Absatz im Inland mißt, wies in den Wirtschaftsjahren 1950/51 und 1981/82 einen deutlich schwächeren Anstieg (+ 111 %) auf als der Einkaufspreisindex landwirtschaftlicher Betriebsmittel. Im Gegensatz zu der fast ständig nach oben gerichteten Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebsmittelpreise, die damit weitgehend dem gesamtwirtschaftlichen Preisverlauf entsprach, verzeichneten die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise — nicht zuletzt wegen unterschiedlicher Ernteverhältnisse in den einzelnen Jahren — seit 1950/51 verhältnismäßig oft kräftige Preisausschläge nach beiden Seiten. Pflanzliche Produkte haben sich zwischen 1950/51 und 1981/82 mit + 138 % merklich stärker verteuert als tierische Produkte (+ 95 %).



Kennzeichnend für die letzten Wirtschaftsjahre — ausgenommen 1981/82 — war der Umstand, daß es bei den landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen

— entgegen der inflationären Preisentwicklung in fast allen anderen Wirtschaftsbereichen einschl. des Bereichs der landwirtschaftlichen Betriebsmittel — nicht nur zu verhältnismaßig geringen Preissteigerungen kam (so 1980/81 gegenüber Vorjahr + 1,5 %), sondern sogar zu deutlichen Preiserückgängen (1977/78 — 2,0 % und 1978/79 — 3,6 %) Im Wirtschaftsjahr 1980/81 hatte der landwirtschaftliche Erzeugerpreisindex mit 100,2 (1976 = 100) den gleichen Stand wie schon im Wirtschaftsjahr 1976/77 Dazu ist allerdings zu bemerken, daß die Preise für einige pflanzliche Produkte (vor allem Speisekartoffeln) im Wirtschaftsjahr 1976/77 — wegen der außergewöhnlichen Erntebedingungen in der Kampagne 1976/77 — extrem hoch lagen.

Der zuletzt wieder recht kräftige Anstieg des Index von 1980/81 auf 1981/82 mit + 7,4 % ist vor allem auf die starke Verteuerung bei Obst (+ 75 %, darunter Äpfel + 113 %) sowie bei Schlachtvieh (+ 12 %, darunter Schweine + 17 %) zurückzuführen.

**Tab. 20: Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte<sup>1)</sup>**  
**1976 = 100**

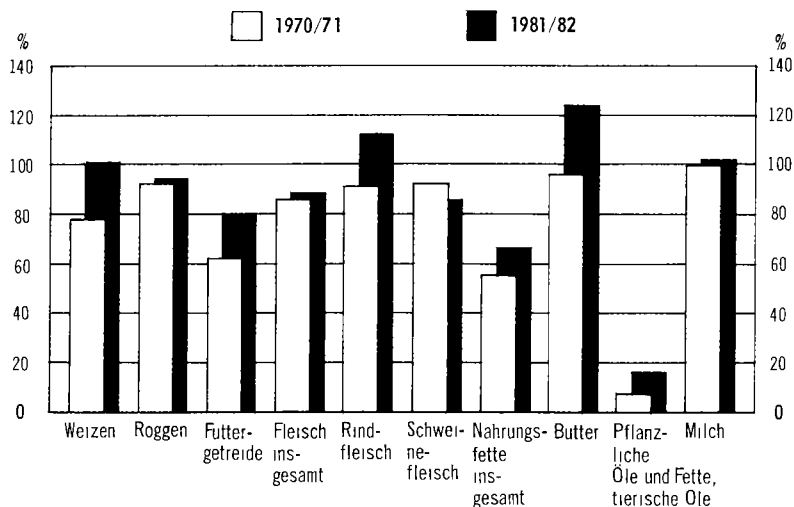
Wirtschaftsjahr	Landwirtschaftl. Produkte insgesamt	Pflanzliche Produkte	Tierische Produkte
1950/51	50,9	45,0	55,1
1955/56	62,5	64,6	62,4
1960/61	64,8	59,4	67,6
1965/66	77,6	77,8	78,7
1970/71	66,6	54,8	71,8
1975/76	96,5	87,4	100,0
1980/81	100,2	101,2	99,8
1981/82	107,6	107,3	107,7

<sup>1)</sup> Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

## 1.11 Selbstversorgungsgrad

Die nachstehende Grafik zeigt, in welchem Umfang die Erzeugung der deutschen Landwirtschaft den heimischen Bedarf (Gesamtverbrauch) an einigen wichtigen Nahrungsmitteln und Futtergetreide deckt bzw. um welchen Prozentsatz die Produktion den inländischen Bedarf (= 100) übersteigt

## SELBSTVERSORGUNGSGRAD



Statistisches Bundesamt 830677

Im Bundesgebiet betrug der Selbstversorgungsgrad im Jahre 1981/82 für Nahrungsmittel insgesamt 76 % ohne und 92 % mit Erzeugung aus Auslandsfuttermitteln.

### 1.12 Ein- und Ausfuhr landwirtschaftlicher Güter

Der deutlich unter 100 % liegende Selbstversorgungsgrad der Bundesrepublik Deutschland schlägt sich in der Handelsbilanz nieder. Die Lücke zwischen inländischer Erzeugung und inländischem Bedarf muß durch einen Einfuhrüberschuß im Warenverkehr mit dem Ausland gedeckt werden. Für die Waren der Ernährungswirtschaft insgesamt betrug dieser Einfuhrüberschuß im Jahr 1982 dem Wert nach 25,8 Mrd. DM. Er ergab sich als Saldo aus einem Einfuhrwert von 49,7 Mrd. DM und einem Ausfuhrwert von 23,9 Mrd. DM.

In der Gliederung nach Warengruppen zeigt sich, daß der Passivsaldo 1982 zu drei Vierteln bei Nahrungsmitteln pflanzlichen Ursprungs entstand, von denen 19,3 Mrd. DM mehr ein- als ausgeführt wurden, und nur zu etwa einem Zehntel bei Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs (2,3 Mrd. DM) bzw. zu etwa einem Sechstel bei Genußmitteln (4,4 Mrd. DM).

Langfristig entwickelten sich Ein- und Ausfuhr ernährungswirtschaftlicher Güter mit unterschiedlich hohen Veränderungsraten. Seit 1960 lag die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate der Ausfuhr bei 15,6 % und damit mehr als doppelt so hoch wie die entsprechende Zuwachsrate der Einfuhr mit 7 %. Während 1960 die Ausfuhr wertmäßig nur etwa 10 % der Einfuhr ausmachte, konnte dieser Anteil in den darauffolgenden Jahren stark verbessert werden und lag 1982 bei 48 %.

**Tab. 21: Ein- und Ausfuhr ernährungswirtschaftlicher Güter**  
Mill. DM

Warengruppe	1960	1970	1982
Einfuhr			
Ernährungswirtschaft	11 246	20 924	49 662
Lebende Tiere	600	338	650
Nahrungsmittel			
tierischen Ursprungs	2 476	4 815	11 873
pflanzlichen Ursprungs	6 531	12 870	29 104
Genußmittel	1 639	2 901	8 034
Ausfuhr			
Ernährungswirtschaft	1 091	4 380	23 871
Lebende Tiere	53	432	891
Nahrungsmittel			
tierischen Ursprungs	268	1 330	9 579
pflanzlichen Ursprungs	571	1 992	9 811
Genußmittel	200	625	3 590
Saldo			
Ernährungswirtschaft	- 10 155	- 16 544	- 25 791
Lebende Tiere	- 547	+ 95	+ 240
Nahrungsmittel			
tierischen Ursprungs	- 2 208	- 3 485	- 2 294
pflanzlichen Ursprungs	- 5 960	- 10 878	- 19 293
Genußmittel	- 1 439	- 2 275	- 4 444

Zu den wichtigsten Lieferländern für ernährungswirtschaftliche Waren zählten 1982, wie bereits 1970, die Niederlande mit einem wertmäßigen Anteil von fast 22 % sowie Frankreich und die Vereinigten Staaten mit Anteilen von 12 bzw. 11 %.

**Tabelle 22: Ein- und Ausfuhr ernährungswirtschaftlicher Güter  
nach wichtigen Herstellungs- bzw. Verbrauchsländern**

Herstellungs- bzw. Verbrauchsland	1960	1970	1982
	Anteile in %		
	Einfuhr		
Niederlande	13,1	20,1	21,5
Frankreich	6,3	11,6	11,7
Vereinigte Staaten	12,2	11,5	10,9
Italien	8,0	8,3	7,5
Dänemark	7,2	3,0	5,3
Belgien und Luxemburg	1,6	4,2	4,0
Brasilien	2,3	2,3	3,3
Kolumbien	2,1	1,7	2,9
Sonstige Länder	47,2	37,4	33,0
Insgesamt	100	100	100
	Ausfuhr		
Italien	10,6	23,2	22,0
Niederlande	9,9	13,5	12,1
Frankreich	11,9	12,0	10,8
Belgien und Luxemburg	5,4	5,3	6,8
Großbritannien	6,0	2,5	5,5
Dänemark	5,8	2,6	4,6
Österreich	6,3	4,4	3,8
Sowjetunion	0,0	0,1	3,4
Sonstige Länder	44,1	36,5	31,0
Insgesamt	100	100	100

Bei der Ausfuhr von Ernährungsgütern ist Italien das wichtigste Verbrauchsland. 22 % der an das Ausland gelieferten Waren der Ernährungswirtschaft gingen 1982 dorthin. Weitere wichtige Partner sind – analog zur Einfuhr – auch bei der Ausfuhr die Niederlande und Frankreich mit Anteilen von 12 % und 11 % im Jahre 1982. Gegenüber 1970 hat sich die regionale Struktur des ernährungswirtschaftlichen Warenexports nicht nennenswert verändert.

## 2 Produzierendes Gewerbe

Das Produzierende Gewerbe besteht aus den Bereichen Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe. In den Jahren von 1975 bis 1977 wurde die amtliche Statistik in diesem Bereich grundlegend reformiert. Dabei wurde angestrebt, ein in sich geschlossenes System aufeinander abgestimmter Statistiken zu schaffen. Das neue System hat den großen Vorteil, daß die Daten seit dieser Zeit gut miteinander vergleichbar sind. Nachteilig ist jedoch, daß — wie bei allen grundlegenden Umstellungen von Statistiken — längerfristige Vergleiche über den Umstellungszeitpunkt hinweg beeinträchtigt werden

Im folgenden liegt der Schwerpunkt der Darstellung deshalb auf der Zeit nach der Statistik-Reform. Für den Nachweis von längerfristigen Entwicklungen im Produzierenden Gewerbe wird im wesentlichen auf die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen von 1950, 1961 und 1970, der monatlichen Industrieberichterstattung und der Bauberichterstattung zurückgegriffen.

Das Produzierende Gewerbe bildet den größten Bereich des privaten, nichtstaatlichen Sektors der Volkswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Seine Bedeutung ist — gemessen am Beitrag zur Bruttowertschöpfung — in den Jahren seit 1950 relativ konstant geblieben

**Tabelle 1: Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen**

Jahr	Anteil in %
1950	49
1955	52
1960	53
1965	53
1970	52
1975	46
1980	45
1981	44

Der Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe sind der größte Teilbereich mit einem Anteil von rd. 76 % am Bruttoinlandsprodukt des gesamten Produzierenden Gewerbes. Auf die Energie- und Wasserversorgung entfallen etwa 8 %, auf das Baugewerbe die restlichen 16 %.

Von den rd. 26 Mill. Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Deutschland waren im Jahr 1982 etwa 44 % im Bereich des Produzierenden Gewerbes tätig. Das



entspricht einer Zahl von rd. 11 Mill. Personen. Davon waren rd. 94 % abhängig Beschäftigte (Angestellte, Arbeiter oder Auszubildende), die verbleibenden 6 % Selbständige oder Mithelfende Familienangehörige. Der Anteil der im Produzierenden Gewerbe beschäftigten Erwerbstätigen hat sich — ähnlich wie der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung — seit 1950 nur unwesentlich verändert.

**Tabelle 2: Anteil der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe an der Gesamtzahl aller Erwerbstätigen**

Jahr	Anteil in %
1950	43
1955	47
1960	48
1965	49
1970	49
1975	46
1980	45
1981	44

Die Verteilung der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer auf die Teilbereiche des Produzierenden Gewerbes zeigt ein ähnliches Bild wie die Verteilung des Anteils an der Bruttowertschöpfung: der weitaus größte Teil der Arbeitnehmer, nämlich rd. 80 %, ist im Verarbeitenden Gewerbe tätig, 15 % arbeiten im Baugewerbe, die restlichen 5 % in der Energie- und Wasserversorgung. Ungefähr ein Viertel dieser insgesamt 11 Mill. Personen sind Frauen.

## **2.1 Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe**

### **2.1.1 Unternehmen, Betriebe**

Im Jahr 1982 gab es im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 37 876 Unternehmen mit im allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Der überwiegende Teil hatte den Schwerpunkt seiner Tätigkeit im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe (14 778 Einheiten) und im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe (12 075 Einheiten). Die restlichen Einheiten verteilten sich auf das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (6 998 Unternehmen), das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (3 938 Unternehmen) und den Bergbau (87 Einheiten).

Betriebe — also örtliche Einheiten, im Gegensatz zu Unternehmen als wirtschaftliche Einheiten — mit im allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten gab es im gleichen Jahr insgesamt 47 215 im Bergbau und Verarbeitenden

Gewerbe. Auch die Betriebe konzentrierten sich zahlenmäßig im wesentlichen auf das Investitionsgüter produzierende Gewerbe und das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe (zusammen rd. 69 % aller Einheiten)

Vergleicht man in einer relativ groben, globalen Betrachtung die Durchschnittsgrößen der Betriebe und Unternehmen in den großen Hauptgruppen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes, so zeigt sich ein struktureller Unterschied: während die durchschnittliche Unternehmensgröße im Bergbau mit nahezu dem 14fachen des Gesamtdurchschnitts im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe weit aus dem Rahmen fällt, liegen in den anderen Hauptgruppen die durchschnittlichen Unternehmensgrößen nicht so weit auseinander. Dabei ist allerdings trotzdem sehr deutlich, daß im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe die Unternehmen im Durchschnitt fast doppelt so groß sind wie im Verbrauchsgüterbereich und im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.

**Tabelle 3: Beschäftigte und Umsatz im Bergbau  
und Verarbeitenden Gewerbe 1982**

Wirtschafts- gliederung	Unternehmen	Beschäftigte/Umsatz je Einheit		Betriebe	Beschäftigte je Einheit
	Anzahl	Anzahl/Milli DM		Anzahl	Anzahl
Bergbau	87	2 734	378	315	742
Verarbeitendes Gewerbe					
Grundstoff- u Produktions- gütergewerbe	6 998	212	59	9 456	153
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	14 778	245	35	18 389	199
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	12 075	113	14	14 403	98
Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	3 938	127	41	4 653	101
Insgesamt	37 876	190	34	47 215	153

Betrachtet man die durchschnittlichen Betriebsgrößen, so ergibt sich mit Ausnahme des Bergbaus ein ähnliches Bild. Der Grund dafür liegt darin, daß im Bergbau fast die Hälfte aller Unternehmen sogenannte Mehrbetriebsunternehmen sind, d. h. Unternehmen, die aus zwei oder mehr Betrieben bestehen. In den anderen vier Bereichen sind jeweils zwischen 80 und 90 % der Unternehmen Einbetriebsunternehmen, d. h. das Unternehmen besteht aus nur einer einzigen örtlichen Einheit.

Eine etwas andere Relation für die Unternehmensgrößen ergibt sich, wenn der Umsatz als Merkmal für die Größe der jeweiligen Einheiten herangezogen wird. Während der Umsatz je Unternehmen im Verbrauchsgütergewerbe rd. 14 Mill. DM beträgt, liegt dieser Durchschnittswert im Investitionsgüter- und Nahrungs- und Genußmittelbereich bei 35 Mill. bzw. 41 Mill. DM, im Grundstoff- und Produktionsgütersektor sogar bei 59 Mill. DM. Abgesehen vom Bergbau finden sich also die umsatzstärksten Unternehmen im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, während die Unternehmen mit den (durchschnittlich) höchsten Beschäftigtenzahlen zum Investitionsgüterbereich gehören.

Ergänzend sei angemerkt, daß von den rd. 233 600 Beschäftigten in den 315 Bergbau-Betrieben rd. 89 % in Großbetrieben mit mehr als 500 Beschäftigten tätig waren. Von diesen Großbetrieben wurden fast drei Viertel des gesamten Bergbau-Umsatzes erwirtschaftet.

Die Zahl der Unternehmen hat — wie die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen zeigen — zwischen 1950 und 1970 kontinuierlich abgenommen. Gleichzeitig haben die Zahl der Beschäftigten und die Bruttowertschöpfung des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes zugenommen, d. h. eine größere wirtschaftliche Leistung wurde von einer geringeren Zahl von Unternehmen erbracht. Das bedeutet, daß ein wirtschaftlicher Konzentrationsprozeß stattgefunden hat. Dies läßt sich auch an der Entwicklung der durchschnittlichen Unternehmensgrößen nachweisen.

**Tabelle 4: Unternehmen und Beschäftigte  
im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe**

Jahr	Unternehmen	Beschäftigte	Beschäftigte je Unternehmen
1950	766 465	7 563 876	10
1961	545 749	10 579 353	19
1970	415 775	10 588 950	25

Genauen Aufschluß darüber, ob sich diese Entwicklung auch nach 1970 fortgesetzt hat, können wegen der grundlegenden Reform der Industriestatistik in den Jahren 1976/77 erst die Ergebnisse der nächsten Arbeitsstättenzählung geben. Allerdings deuten einige Anhaltspunkte darauf hin, daß der Konzentrationsprozeß anhält. Dies macht insbesondere ein Blick auf die Betriebsstruktur im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe deutlich. (Die Betriebsergebnisse sind zumindest eingeschränkt für eine solche Interpretation geeignet, weil – wie bereits dargestellt – über 80 % der Betriebe Einheiten von Einbetriebsunternehmen, also mit dem jeweiligen Unternehmen identisch sind).

Sowohl 1977 als auch 1982 war rund die Hälfte aller Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Betrieben mit 500 oder mehr Beschäftigten tätig. Dabei ging die Zahl der Betriebe mit 20 oder mehr Beschäftigten in diesem Zeitraum von rd. 50 000 auf 47 000 zurück. Da die Zahl der Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten im gleichen Zeitraum nahezu konstant geblieben ist und die Zahl der industriellen Kleinbetriebe ebenfalls rückläufig war, kann man davon ausgehen, daß sich der Konzentrationsprozeß der Jahre 1950 bis 1970 zumindest in abgeschwächter Form fortgesetzt hat.

## 2.1.2 Beschäftigte, Arbeiterstunden, Lohn- und Gehaltssumme

Im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe waren 1982 in Betrieben mit 20 oder mehr Beschäftigten 7,2 Mill. Personen tätig, davon etwa die Hälfte im

**Tabelle 5: Beschäftigte in Betrieben des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes<sup>1)</sup>**  
**Jahresdurchschnitt 1982**

Wirtschaftsgliederung	Beschäftigte		Arbeiter	
	1 000	%	1 000	%
Bergbau	234	3,2	188	3,8
Verarbeitendes Gewerbe				
Grundstoff- und				
Produktionsgutergewerbe	1 448	20,0	963	19,3
Investitionsgüter				
produzierendes Gewerbe	3 655	50,7	2 463	49,2
Verbrauchsgüter				
produzierendes Gewerbe	1 418	19,6	1 077	21,5
Nahrungs- und				
Genußmittelgewerbe	472	6,5	310	6,2
Bergbau und Verarbeitendes				
Gewerbe insgesamt	7 227	100	5 001	100

<sup>1)</sup> Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Investitionsgüter produzierenden Gewerbe, etwa je ein Fünftel im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe, der Rest im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und im Bergbau. Der Anteil der Arbeiter betrug 69 %, d. h. rd. 5,0 Mill. Personen, wobei er im Bergbau mit 80 % deutlich über dem Gesamtdurchschnitt lag.

Von der Zahl der Beschäftigten her gesehen sind die Wirtschaftsgruppen Eisenschaffende Industrie, Chemische Industrie, Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau, Elektrotechnik, Textilgewerbe und Ernährungsgewerbe die größten des Verarbeitenden Gewerbes. In diesen sieben Wirtschaftsgruppen waren 1982 rd. 4,0 Mill. der 7,2 Mill. Beschäftigten, also über die Hälfte, tätig.

Insgesamt wurden 1982 im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe von den 5,0 Mill. Arbeitern rd. 8,3 Mrd. Arbeiterstunden geleistet. Ein Vergleich der Durchschnittszahlen zeigt deutliche Unterschiede in den einzelnen Bereichen:

**Tabelle 6: Geleistete Arbeiterstunden je Arbeiter im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1982**

Wirtschaftsgliederung	Geleistete Arbeiterstunden je Arbeiter
Bergbau	1 537
Verarbeitendes Gewerbe	
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1 675
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1 640
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1 635
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1 852
Insgesamt	1 655

Betrachtet man die Entwicklung der letzten zwölf Jahre, so waren 1970 in den Betrieben des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten rd. 8,9 Mill. Personen tätig, davon rd. 6,6 Mill. Arbeiter. Sie leisteten rd. 12,5 Mrd. Arbeiterstunden. Von 1970 bis 1982 hat sich die Zahl der Beschäftigten um 19 %, die Zahl der Arbeiter um 24 % verringert, die geleisteten Arbeiterstunden gingen um 34 % zurück. Im gleichen Zeitraum stieg der Umsatz um über 100 %, die Produktion um mehr als 20 %. Berücksichtigt man die Preisentwicklung, so verbleibt eine Steigerung des preisbereinigten Umsatzes von noch immer rd. 20 %. Noch deutlicher wird dies, wenn man die Arbeitsproduktivität, gemessen am Produktionsergebnis je Beschäftigten im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe, betrachtet: sie war 1982 rd. 45 % höher als 1970.

Die Daten zeigen, daß mit einer geringer werdenden Zahl von Beschäftigten mehr produziert wurde. Dieser Effekt beruht vor allem darauf, daß sich nach der Zeit des Wiederaufbaus in den 50er Jahren und einer Konsolidierungsphase in den Jahren von etwa 1961 bis 1972 (mit relativ gleichmäßigen Beschäftigtenzahlen) eine verstärkte Automatisierung und Rationalisierung vollzog.

**Tabelle 7: Durchschnittliche Lohn- und Gehaltssumme  
je Beschäftigten 1982 (DM)**

Wirtschaftsgliederung	Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten
Bergbau	41 438
Verarbeitendes Gewerbe	
Grundstoff- und Produktionsgutergewerbe	40 714
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	38 441
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	30 257
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	33 364
Insgesamt	37 046

An Löhnen und Gehältern wurden 1982 von den Betrieben des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten insgesamt rd 268 Mrd. DM gezahlt. Das ist ungefähr das Doppelte des Betrages von 1970. Je Beschäftigten ergibt sich für 1970 eine durchschnittliche Lohn- und Gehaltssumme von 14 389 DM, für 1982 ein Betrag von 37 046 DM. Dies entspricht einer Steigerungsrate von rd 157 %. Berücksichtigt man auch hier die Preisentwicklung seit 1970, so ergibt sich ein Zuwachs von rd. 40 %.

Die durchschnittliche Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten ist in den einzelnen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes unterschiedlich. Als Erklärung können zum einen die unterschiedlichen Grundgehälter und Stundenlöhne in den einzelnen Bereichen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes herangezogen werden, zum anderen ist zu berücksichtigen, daß die Struktur der Beschäftigten sehr unterschiedlich sein kann, je nachdem, wie viele Personen in den einzelnen Bereichen jeweils in den verschiedenen Gehaltstufen und Lohngruppen eingruppiert sind.

### **2.1.3 Produktion**

Zur Erläuterung der statistischen Nachweisungen über die Produktion müssen zunächst verschiedene Begriffe erläutert werden.

Als **Bruttoproduktionswert** wird der gesamte Wert aller erzeugten Produkte eines Betriebes, Unternehmens oder auch eines Wirtschaftsbereichs bezeichnet. Er umfaßt sämtliche im Unternehmen erstellten Erzeugnisse. Im Gegensatz zum Umsatz, der lediglich den Wert der verkauften Produkte umfaßt, gehören zum Bruttoproduktionswert auch die selbsterstellten Anlagen sowie die Bestandsveränderung an Halb- und Fertigerzeugnissen aus der eigenen Produktion.

Da der Bruttoproduktionswert auch den Wert der für die Produktion bezogenen Waren enthält, entspricht er nicht der eigenen Leistung des jeweiligen Unternehmens. Zieht man vom Bruttoproduktionswert den Materialverbrauch, die Handelsware und die Kosten für Lohnarbeiten (Aufträge an Subunternehmen) ab, so erhält man den **Nettoproduktionswert**.

Selbsterstellte Anlagen	Brutto- produktionswert	Nettoproduktionswert
Bestandsveränderung an Halb- und Fertigprodukten		Materialverbrauch, Handelsware, Kosten für Lohnarbeiten
Umsatz		

Statistisches Bundesamt 83 0678

Im Nettoproduktionswert sind immer noch eine Reihe „Vorleistungen“ anderer Unternehmen enthalten, so z. B. Transportleistungen, Versicherungsprämien, Kosten für Wartungsarbeiten usw. Setzt man diese Vorleistungen sowie die Abschreibungen, Mieten, Pachten und indirekten Steuern ab, so ergibt sich die **Nettowertschöpfung zu Faktorkosten**, d. h. die eigentliche Eigenleistung des Unternehmens. Im wesentlichen umfaßt diese Größe die Löhne und Gehälter (einschl. Sozialleistungen) und den Gewinn, also die Beiträge der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital zum Produktionsergebnis.

Der Bruttoproduktionswert aller Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe betrug 1981 rd. 1 284 Mrd. DM. Der entsprechende Nettoproduktionswert belief sich auf rd. 588 Mrd. DM, also fast die Hälfte. Die Nettowertschöpfung zu Faktorkosten lag bei rd. 367 Mrd. DM, das sind 29 % des Bruttoproduktionswertes. Das bedeutet, daß im gesamten Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 1981 mehr als ein Viertel des Bruttoproduktionswertes als „Eigenleistung“ der Unternehmen und Betriebe angesehen werden kann, die restlichen drei Viertel waren im weitesten Sinne Vorleistungen.

Da in den Bereichen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes die Produktionsprozesse und -verfahren sehr verschieden sind, ergeben sich auch unterschiedliche Relationen zwischen Bruttoproduktionswert, Nettoproduktionswert und Nettowertschöpfung zu Faktorkosten

Während im Investitionsgüter- und Verbrauchsgüterbereich weniger als die Hälfte des Bruttoproduktionswertes auf Materialeinsatz, Handelsware und Lohnarbeiten entfällt, beträgt der entsprechende Anteil im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe rd 61 %, im Nahrungs- und Genußmittelbereich 63 %, dagegen beim Bergbau nur 34 %. Noch deutlicher werden die unterschiedlichen Produktionsstrukturen, wenn man die Nettowertschöpfung betrachtet. Der Anteil der eigentlichen Eigenleistung am Bruttoproduktionswert liegt beim Nahrungs- und Genußmittelgewerbe bei „nur“ 16 %, im Grundstoffbereich bei 20 % und beim Bergbau sogar bei 40 %.

Wenn man sich die Produktionsprozesse in den verschiedenen Bereichen vergegenwärtigt, tritt der Grund für diese Unterschiede hervor: der relativ hohe Aufwand, der beispielsweise im Steinkohlenbergbau durch den Untertagebau erforderlich ist, um die Kohle zu „produzieren“, erfordert einen — gemessen am Wert der Kohle — wesentlich höheren Einsatz an eigener Leistung für den Produzenten als die Be- und Verarbeitung von Lebensmitteln — auch hier gemessen am Wert der Lebensmittel.

**Tabelle 8: Brutto- und Nettoproduktionswert der Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes<sup>1)</sup>**  
1981

Wirtschaftsgliederung	Brutto- produktionswert	Netto- produktionswert	Nettowertschöpfung zu Faktorkosten
	Mrd DM	in % des Bruttoproduktionswerts	
Bergbau	34	66	40
Verarbeitendes Gewerbe			
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	417	39	20
Investitionsgüter prod Gewerbe	511	51	37
Verbrauchsgüter prod Gewerbe	166	50	35
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	156	37	16
Insgesamt	1 284	46	29

<sup>1)</sup> Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



Die Produktionswerte und für bestimmte Fragestellungen auch die Nettowertschöpfung werden in der Regel als Maßstab herangezogen, um die relative Bedeutung der einzelnen Wirtschaftsbereiche zu beurteilen. Die folgende Tabelle läßt ein — für wirtschaftsstatistische Daten im übrigen nicht ungewöhnliches — Ergebnis erkennen: die Bedeutung der einzelnen Bereiche ist je nach der verwendeten Bezugsgröße unterschiedlich. Noch deutlicher wird dieser Effekt, wenn man die Daten tiefer gliedert, also Wirtschaftsgruppen oder -zweige vergleicht. Welches Quellenmaterial im Einzelfall verwandt werden darf, hängt vor allem von der jeweiligen Fragestellung ab und kann nicht global entschieden werden.

**Tabelle 9: Bedeutung ausgewählter Wirtschaftsbereiche im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe<sup>1)</sup>**  
1981

Wirtschaftsgliederung	Anteil am/an der		
	Brutto- produktionswert	Netto- produktionswert	Anzahl der Beschäftigten
	‰		
Bergbau	3	4	3
Verarbeitendes Gewerbe			
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	32	27	20
Investitionsgüter prod. Gewerbe	40	45	51
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	13	14	19
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	12	10	7
Insgesamt	100	100	100

<sup>1)</sup> Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr.

Die Entwicklung der Produktionstätigkeit im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe war in den letzten 30 Jahren durch die bereits in anderem Zusammenhang erwähnten Phasen gekennzeichnet und verlief in den einzelnen Bereichen unterschiedlich. In den Jahren 1950 bis etwa 1962 war die Aufwärtsentwicklung durch den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt. Bei der Produktionstätigkeit zeigte sich das in einem starken Anstieg des Produktionsindex, der als Indikator die Entwicklung der Produktion anhand der Warenmengen und preisbereinigten Produktionswerte beschreibt:

1960 war die Produktion im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe etwa zweieinhalbmal so groß wie im Jahr 1950; in den darauffolgenden zehn Jahren

erhöhte sie sich nochmals um über die Hälfte; von 1970 bis zu Beginn der achtziger Jahre betrug der Zuwachs dann „nur noch“ rd 20 %

**Tabelle 10: Nettoproduktionsindex für den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe  
1970 = 100**

Wirtschaftsgliederung	1950	1960	1970	1980	1982
Bergbau	81	106	100	84	81
Verarbeitendes Gewerbe					
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	21	54	100	121	107
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	18	58	100	123	121
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	28	65	100	117	104
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	29	64	100	126	121
Insgesamt	24	61	100	121	117

Während sich diese Entwicklung im großen und ganzen in allen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes in ähnlicher Weise verfolgen läßt, war die Produktionstätigkeit im Bergbau zum einen durch einen weniger starken Anstieg in der Nachkriegsphase gekennzeichnet, zum anderen ist die Kohleförderung seit Ende der sechziger Jahre permanent rückläufig. Erst seit etwa 1978 ist ein leichter Wiederanstieg zu verzeichnen.

Parallel zum laufend wachsenden Produktionsergebnis im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe begann etwa Mitte der fünfziger Jahre eine Umstrukturierung innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes, die sich an den Gewichten der Produktionsindizes auf Basis 1950, 1962, 1970 und 1976 zeigen läßt. Diese Werte entsprechen den Anteilen der einzelnen Bereiche am

**Tabelle 11: Gewichte der Nettoproduktionsindizes für den Bergbau und das  
Verarbeitende Gewerbe nach ausgewählten Basisjahren**

Wirtschaftsgliederung	Basisjahr			
	1950	1962	1970	1976
Bergbau	8	7	4	3
Verarbeitendes Gewerbe				
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	26	28	29	26
Investitionsgüter prod. Gewerbe	25	35	40	42
Verbrauchsgüter prod. Gewerbe	23	18	17	17
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	18	12	10	12
Insgesamt	100	100	100	100

gesamten Nettoproduktionswert des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes. Dabei wird deutlich, daß die relative Bedeutung des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes zwischen 1950 und 1962 sehr stark, danach noch erkennbar zugenommen hat, während vor allem der Verbrauchsgüterbereich und der Nahrungs- und Genußmittelsektor rückläufig waren.

In den größten Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes ist in den letzten zehn Jahren — abgesehen vom allgemeinen Konjunktur-Einbruch in den Jahren 1974/75 — in der Mineralölverarbeitung, der Chemischen Industrie, dem Maschinenbau, der Elektrotechnik und dem Ernährungsgewerbe auch weiterhin eine Tendenz zur mengenmäßigen Erhöhung der Produktion erkennbar. Rückläufige Entwicklungen sind vor allem bei der Eisenschaffenden Industrie, im Gießereibereich, beim Schiffbau und im Textilgewerbe sichtbar.

Die auffälligste Entwicklung hat sich im genannten Zeitraum im Bereich der Herstellung von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten abgespielt: hier lag die Produktion 1982 mehr als doppelt so hoch wie im Jahr 1973

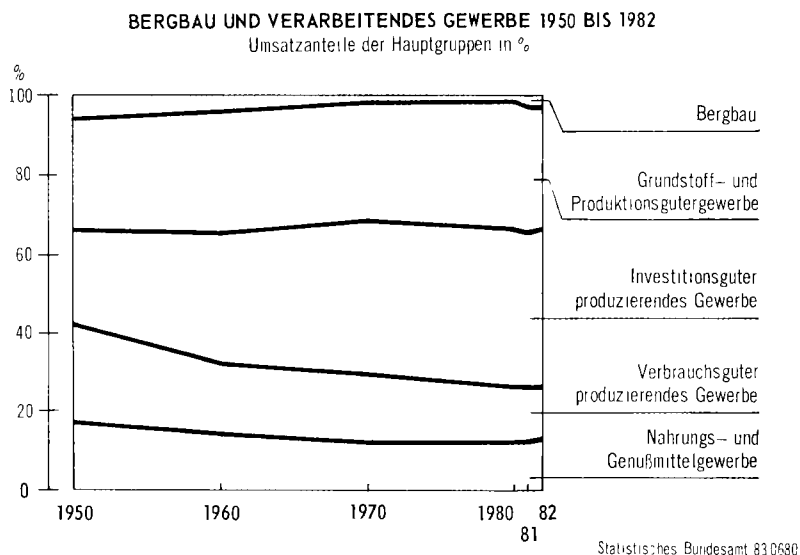
2.1.4 Umsatz

Der Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe hat sich von 1950 bis 1960 verdreifacht, von 1960 bis 1970 und wiederum von 1970 bis 1980 jeweils verdoppelt. Im immensen Wachstum in der ersten Dekade zeigt sich die Aufbauphase der Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg. Bei der Betrachtung des Umsatzes muß allerdings beachtet werden, daß die starke Steigerung nicht allein eine Folge des gestiegenen Produktionsvolumens ist. Hierbei wirkt sich vielmehr auch das steigende Preisniveau aus, weil sich der Umsatz als Wertgröße aus Preisen und Mengen zusammensetzt. Dieser Einfluß wird deutlich, wenn man die Entwicklung des Umsatzes mit der Entwicklung von Produktion und Preisen vergleicht:

**Tabelle 12: Indizes des Umsatzes, der Produktion und der Preise im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe**  
1950 = 100

Jahr	Umsatzindex	Produktionsindex	Preisindex
1950	100	100	100
1960	331	248	122
1970	731	432	139
1980	1 488	522	229
1982	1 579	497	246

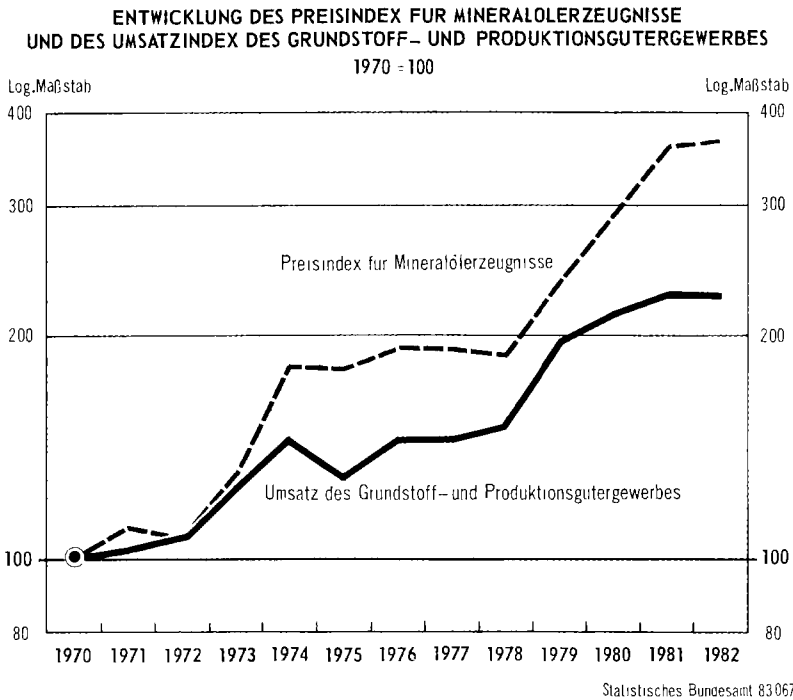
Auch an der Umsatzentwicklung läßt sich die Verschiebung der Gewichte innerhalb des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes ablesen. Die relative Bedeutung des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes hat sich seit 1950 deutlich erhöht, die Anteile des Bergbaus, des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes und des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes sind zurückgegangen, während sich der Anteil des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes nur unwesentlich veränderte



Die umsatzstärksten Wirtschaftspruppen des Verarbeitenden Gewerbes waren 1982 das Ernährungsgewerbe, die Chemische Industrie, der Straßenfahrzeugbau, der Maschinenbau und die Elektrotechnik. Von jedem dieser Bereiche wurden 1982 Erzeugnisse im Wert von über 100 Mrd. DM umgesetzt. Insgesamt entfiel allein auf diese fünf Wirtschaftspruppen über die Hälfte des gesamten Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe.

Betrachtet man die Umsatzentwicklung der letzten zehn Jahre genauer, so zeigt sich beim Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe an zwei Stellen der Einfluß der Preisentwicklung auf den Umsatz.

Die Umsatzsteigerungen 1973/74 und 1978/79/80 hängen ganz offensichtlich sehr eng mit den Preissteigerungen für Mineralölprodukte zusammen, die während und nach den „Ölkrisen“ 1973/74 und 1978—1980 eintraten. Ein Teil der Umsatzausweitung des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes geht also auf Preiserhöhungen für Mineralölprodukte zurück



Der Auslandsumsatz im Verarbeitenden Gewerbe war — ebenso wie der Gesamtumsatz — seit 1950 in stetiger Aufwärtsentwicklung begriffen. Die Exportquote — also der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz — hat sich dabei ständig erhöht.

An der Exportquote läßt sich die Exportintensität oder — anders ausgedrückt — die Abhängigkeit eines Wirtschaftszweiges vom Auslandsgeschäft erkennen. Es zeigt sich, daß über ein Drittel des Gesamtumsatzes im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe 1982 mit dem Ausland getätigt wurde. Dabei ist zu berücksichtigen, daß darin nur direkte Umsätze der

Hersteller mit ausländischen Abnehmern oder Exporteuren enthalten sind Umsätze mit Handelsunternehmen, die die Waren später exportieren, sind nicht einbezogen, so daß die Exportabhängigkeit in den dargestellten Quoten noch zu wenig zum Ausdruck kommt.

Untersucht man die einzelnen Wirtschaftsgruppen genauer, so läßt sich erkennen, daß die Exportquoten teilweise erheblich über dem Durchschnitt der jeweiligen Hauptgruppe lagen. So war z. B. 1982 bei der Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen über die Hälfte des Gesamtumsatzes Auslandsumsatz (55,4 %). Der Maschinenbau hatte eine Exportquote von 45,3 %, der Straßenfahrzeugbau von 47,2 % und der Schiffbau von 41,8 %. Auch die Chemische Industrie sowie die Eisenschaffende Industrie mit je 39,7 % und die Bereiche Feinkeramik und Feinmechanik/Optik mit jeweils 35,4 % sind stark exportabhängig.

**Tabelle 13: Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe 1982**

Wirtschaftsgliederung	Mrd. DM	%
Verarbeitendes Gewerbe	1 249	100
darunter		
Straßenfahrzeugbau	147	11,8
Ernährungsgewerbe	146	11,7
Chemische Industrie	142	11,4
Maschinenbau	131	10,5
Elektrotechnik	122	9,8
Mineralölverarbeitung	106	8,5
Eisenschaffende Industrie	45	3,6
Herstellung von Eisen- Blech- und Metallwaren	37	3,0
Textilgewerbe	32	2,6

**Tabelle 14: Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes in %**

Wirtschaftsgliederung	1950	1960	1970	1982
Verarbeitendes Gewerbe				
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	10,3	15,2	17,8	25,3
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	13,7	25,0	27,1	38,8
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	3,2	7,4	10,3	17,2
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	0,2	1,6	2,1	8,1
Insgesamt	8,3	15,3	18,2	27,5

## 2.1.5 Investitionen

Von den Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten wurden 1981 Investitionen in Höhe von rd. 55 Mrd. DM getätigt. Der größte Teil wurde in Maschinen, maschinelle Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattungen investiert (rd. 80 %), der Rest in Grundstücke und Bauten

Vom gesamten Investitionsbetrag im Verarbeitenden Gewerbe in Höhe von rd. 51 Mrd. DM entfielen 16 Mrd. DM auf das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, 23 Mrd. DM auf das Investitionsgüter produzierende Gewerbe, 7 Mrd. DM auf das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe und 5 Mrd. DM

**Tabelle 15: Investitionen der Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes<sup>1)</sup> 1981**

Wirtschaftsgliederung	Investitionen insgesamt	Anteil der Investitionen	
		für Maschinen und maschinelle Anlagen an den Gesamtinvestitionen	am Umsatz
	Mill. DM	%	%
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	54 732	80,3	4,3
Bergbau	3 216	76,5	10,0
Verarbeitendes Gewerbe	51 516	80,5	4,2
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	16 256	82,4	3,9
darunter			
Verarbeitung von Steinen und Erden	2 071	78,2	7,4
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	23 449	80,4	4,7
darunter			
Herstellung von Büromaschinen/ADV-Geräten und -Einrichtungen	1 701	85,2	12,6
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	6 532	78,1	3,9
darunter			
Herstellung und Verarbeitung von Glas	584	78,6	6,5
Druckerei/Vervielfältigung	1 089	81,2	6,2
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	5 279	78,4	3,4

<sup>1)</sup> Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

auf das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. Der Anteil der Investitionsausgaben für Maschinen und maschinelle Anlagen lag dabei zwischen 78 und 82 %.

Gemessen am Umsatz hatten die Investitionen im gesamten Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1981 einen Anteil von 4,3 %. Im Teilbereich des Verarbeitenden Gewerbes lag die Quote bei 4,2 %, während sich im Bergbau die Investitionen auf 10,0 % des Umsatzes beliefen. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes sind die Quoten bei den großen Bereichen ähnlich (jeweils um 4 %); im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe betragen sie 3,4 %.

Allerdings fällt auf, daß in den Wirtschaftszweigen Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden mit 7,4 %, Herstellung und Verarbeitung von Glas mit 6,5 %, Herstellung von Buromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen mit 12,6 % und Druckerei, Vervielfältigung mit 6,2 % die Investitionsquoten im Jahr 1981 überdurchschnittlich hoch waren. Die rege Investitionstätigkeit in diesen Bereichen ist auf technologische Umstrukturierungen und Modernisierungs-Investitionen zurückzuführen. Das zeigt sich auch daran, daß in fast allen genannten Wirtschaftszweigen der auf Maschinen und maschinelle Einrichtungen entfallende Teil der gesamten Investitionen über dem Durchschnittswert der jeweiligen Hauptgruppe liegt. In den Wirtschaftszweigen Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Herstellung und Verarbeitung von Glas sowie Druckerei, Vervielfältigung hat

**Tabelle 16: Investitionen der Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes<sup>1)</sup>**

Jahr	Investitionen		Preisindex für Erzeugerpreise des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes
	Mill. DM	1970 = 100	1970 = 100
1970	38 521	100	100
1971	40 802	106	106
1972	37 386	97	109
1973	35 757	93	114
1974	35 097	91	124
1975	34 263	89	133
1976	38 650	100	138
1977	41 245	107	143
1978	41 874	109	147
1979	47 522	123	151
1980	55 219	145	164
1981	54 733	142	177

<sup>1)</sup> Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



sich die Investitionsquote seit 1975 laufend erhöht, während sie im Bereich Buromaschinen/Datenverarbeitung traditionell 10 % und mehr erreicht.

## 2.1.6 Energieverbrauch

Der Energieverbrauch der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe hängt vor allem von den eingesetzten Produktionsverfahren ab und ist deshalb — bezogen auf die einzelnen Energieträger — teilweise sehr unterschiedlich.

Insgesamt wurden von den Betrieben des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes im Jahre 1982 162 098 Mill. kWh Strom, 5 576 Mill. m<sup>3</sup> Orts- und Kokereigas (einschl. Ferngas), 20 013 Mill. m<sup>3</sup> Erdgas (einschl. Erdolgas), 38,6 Mill. t Kohle und 17,6 Mill. t Heizöl verbraucht. Der größte Teil davon entfiel auf das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe. In deutlichem Abstand folgten Investitionsgüter produzierendes Gewerbe, Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe und Bergbau.

**Tabelle 17: Energieverbrauch im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1982**

Wirtschaftsgliederung	Strom	Gas	Kohle	Heizöl
	Mill. kWh	Mill. m <sup>3</sup>	1000 t	1000 t
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	162 098	25 589	38 618	17 585
	in % des Gesamtverbrauchs			
Bergbau	8,9	13,8	26,4	0,9
Verarbeitendes Gewerbe				
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	61,0	60,6	70,4	62,7
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	16,1	11,4	1,5	13,3
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	9,2	9,2	0,7	10,9
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	4,8	5,0	1,0	12,2

Die drei Wirtschaftszweige mit dem weitaus größten Energiebedarf, nämlich die Chemische Industrie, die Eisenschaffende Industrie und die Nichteisen-Metallerzeugung, vereinigten allein 45 % des Stromverbrauchs, 47 % des Gasverbrauchs, 59 % des Kohleverbrauchs und 24 % des Heizölverbrauchs im gesamten Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe auf sich. Zum Vergleich: in diesen drei Wirtschaftszweigen waren 1982 rd. 12 % der Beschäftigten tätig, die rd. 16 % des Gesamtumsatzes im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe erwirtschafteten. Der extreme Energiebedarf in diesen Wirtschaftszweigen erklärt sich durch die Produktionsverfahren, die in sehr hohem Maß auf Prozeßwärme und andere Energiezufuhr angewiesen sind.

Der gesamte Energieverbrauch des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes hat sich seit 1977 unterschiedlich entwickelt.

**Tabelle 18: Energieverbrauch der Betriebe des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes**

Jahr	Strom	Gas	Kohle	Heizöl
	Mill kWh	Mill m <sup>3</sup>	1000 t	1000 t
1977	158 144	27 883	36 415	26 696
1978	161 498	27 469	37 668	26 461
1979	170 542	29 729	40 943	25 999
1980	169 251	29 201	41 389	23 109
1981	167 689	27 795	41 546	19 111
1982	162 098	25 589	38 618	17 585

Der Gasverbrauch war 1978 leicht rückläufig, stieg 1979 wieder an und ging ab 1980 erneut zurück. Der Heizölverbrauch war seit 1977 permanent rückläufig. Dies ist eine Folge der Ölpreisentwicklung, die darauf hinwirkt, Heizöl durch andere Energieträger zu ersetzen. Besonders ins Auge fällt der Rückgang des Stromverbrauchs seit 1980. Zuvor war dies nur einmal der Fall, und zwar im Rezessionsjahr 1975.

### 2.1.7 Kostenstruktur

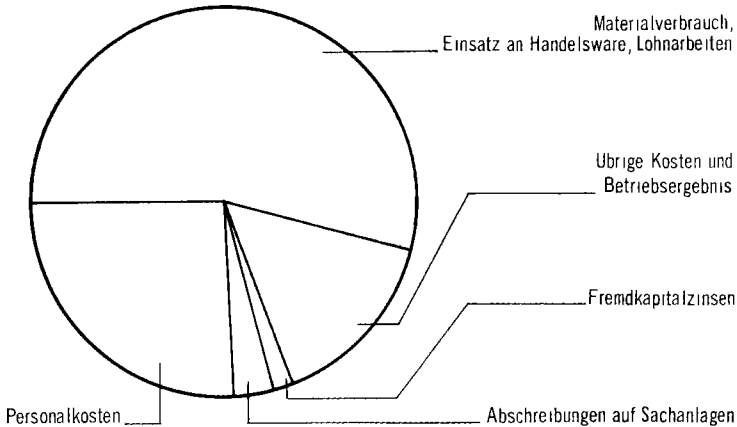
Den weitaus größten Block in der Kostenstruktur der Unternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe bildeten 1981 (mit wenigen Ausnahmen) die Kosten für Materialverbrauch, Einsatz an Handelsware und Lohnarbeiten. Auf sie entfiel im Durchschnitt über die Hälfte des Bruttoproduktionswertes. Der zweitgrößte Faktor waren die Personalkosten mit über einem weiteren Viertel des Bruttoproduktionswertes. Der Rest verteilte sich auf die Kosten für sonstige industrielle und handwerkliche Dienstleistungen, Mieten und Pachten, Kostensteuern, Abschreibungen auf Sachanlagen, Fremdkapitalzinsen und sonstige Kosten.

Während im Investitionsgüter- und Verbrauchsgüterbereich Materialverbrauch, Einsatz an Handelsware und Kosten für Lohnarbeiten etwa die Hälfte und die Personalkosten ungefähr ein Drittel des Bruttoproduktionswertes betragen, ist der Anteil des Materialverbrauchs im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe mit 63 % des Bruttoproduktionswertes relativ hoch, der Personalkostenanteil mit 13 % vergleichsweise niedrig. Im Bergbau erreichten die Personalkosten dagegen einen Anteil von 39 %, während Materialverbrauch, Einsatz an Handelsware und Lohnarbeiten mit einem Drittel des Bruttoproduktionswertes relativ niedrig sind.

## KOSTENSTRUKTUR 1981

Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes mit 20 Beschäftigten und mehr

### ANTEIL DER KOSTEN AM BRUTTOPRODUKTIONSWERT



Statistisches Bundesamt 830681

Auch hier wirken sich die verschiedenen physikalisch-technischen Produktionsbedingungen in den einzelnen Bereichen aus. Während die Produktionsleistung im Bergbau beispielsweise mit sehr hohem Personal- und Kapitaleinsatz (erkennbar am relativ hohen Anteil der Abschreibungen) erbracht wird – wobei relativ geringe Kosten für den Materialeinsatz entstehen –, findet im Gegensatz dazu beispielsweise im Nahrungs- und Genußmittelsektor überwiegend eine Be- und Verarbeitung von bereits am Beginn des Produktionsprozesses relativ hochwertigen Produkten statt. Der Materialverbrauch und der Einsatz an Handelsware haben deshalb einen Anteil von fast zwei Dritteln am Bruttoproduktionswert dieses Bereichs.

In der Mineralölverarbeitung und der Tabakverarbeitung sind die Personal-kostenanteile sehr niedrig. Das liegt daran, daß in beiden Wirtschaftsgruppen überwiegend hochautomatisierte Fertigungsverfahren eingesetzt werden. Außerdem haben sie einen sehr hohen Anteil an Kostensteuern. Demgegenüber verlieren die anderen Kostenarten relativ an Bedeutung.

Die eingangs erwähnten Wirtschaftszweige, bei denen der Personalkostenanteil größer ist als der Anteil der Kosten für Materialverbrauch, Einsatz an Handelsware und Lohnarbeiten, sind der Luft- und Raumfahrzeugbau, die Herstellung von Büromaschinen und Automatischen Datenverarbeitungsgeräten, die Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren und die Feinkeramik. In diesen Bereichen wird viel Forschungs- und Entwicklungsarbeit geleistet, die sich zum Teil in den Personalkosten niederschlägt

**Tabelle 19: Kostenstruktur der Unternehmen des Bergbaus  
und des Verarbeitenden Gewerbes<sup>1)</sup>  
1981**

Wirtschafts- gliederung	Personal- kosten	Materialver- brauch, Einsatz an Handelsware, Kosten für Lohnarbeiten	Abschreibungen auf Sachanlagen	Fremdkapital- zinsen	Übrige Kosten und Betriebs- ergebnis
	in % des Bruttoproduktionswertes				
Bergbau	38,9	34,1	3,8	1,6	21,6
Verarbeitendes Gewerbe					
Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	18,2	61,1	3,3	1,9	15,5
Investitions- güter produ- zierendes Gewerbe	33,5	48,6	3,4	1,8	12,7
Verbrauchs- güter produ- zierendes Gewerbe	30,9	50,0	3,2	2,0	13,9
Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	13,1	63,0	2,5	1,1	20,3
Insgesamt	25,8	54,2	3,3	1,8	14,9

<sup>1)</sup> Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

## 2.1.8 Preise

Die Entwicklung der Preise für die Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes ist in zweifacher Hinsicht von Bedeutung: zum einen bilden die Preise den Bewertungsmaßstab für den Wert der Produktion, zum anderen stellen sie

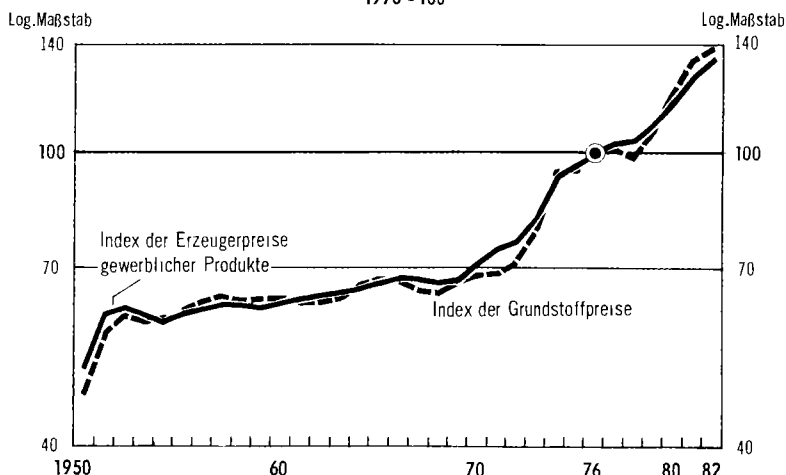
einen Kostenfaktor dar, weil in vielen Fällen die Erzeugnisse eines Unternehmens als Halb- oder Fertigprodukte in die Produktion eines anderen Unternehmens als Materialeinsatz wieder eingehen.

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) beschreibt die Preisentwicklung für die im Inland hergestellten und verkauften Produkte der gewerblichen Wirtschaft. Die Entwicklung der Einkaufspreise für die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes hängt jedoch nicht nur von den Erzeugerpreisen ab, sondern wird auch durch die Entwicklung der Grundstoffpreise beeinflusst.

Betrachtet man die Preisentwicklung für alle Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes, so fällt auf, daß sich — abgesehen von einem Preisschub im Jahr 1951 — die Preise von 1951 bis etwa 1968 nur geringfügig erhöht haben, und zwar um rd 6 %. Nach 1968 kam es zu einem relativ starken Anstieg der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte des Verarbeitenden Gewerbes, der am stärksten im Jahr 1974 war, danach wieder leicht abflachte und sich 1979/80 erneut beschleunigte, ab 1981 wieder verlangsamte.

Diese Entwicklung wurde entscheidend bestimmt durch den ebenfalls 1968 einsetzenden Anstieg der Grundstoffpreise, der von 1972 bis 1974 und ab 1978

**ENTWICKLUNG DER ERZEUGERPREISE GEWERBLICHER PRODUKTE  
UND DER GRUNDSTOFFPREISE**  
1976 = 100



Statistisches Bundesamt 83 0682

**Tabelle 20: Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)**  
1976 = 100

Jahr	Insgesamt	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- u. Genußmittel)
1950	51,1		
1955	60,5	47,8	58,6
1960	62,5	52,4	60,5
1965	66,6	59,6	66,0
1970	71,2	69,2	70,1
1975	96,4	95,8	96,5
1980	117,1	116,9	122,6
1981	126,2	122,2	133,0
1982	133,3	129,5	137,2

am stärksten war. Bei der Entwicklung der Grundstoffpreise lag das Erdöl an der Spitze, der Grundstoffpreisindex für rohes Erdöl zeigt von 1973 bis 1974 einen Anstieg von 159 % und von 1979 bis 1981 nochmals von 122 %. Diese sehr starken Preissteigerungen hatten insbesondere Auswirkungen auf die Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes, aber auch auf das gesamte übrige Preisgefüge.

## 2.2 Baugewerbe

Das Baugewerbe setzt sich aus dem Bauhauptgewerbe und dem Ausbaugewerbe zusammen. Das Bauhauptgewerbe errichtet Hoch- und Tiefbauten bis zum sogenannten Rohbau. Die Tätigkeit des Ausbaugewerbes erstreckt sich auf die weitere Fertigstellung der Bauten bis zur Gebrauchsfähigkeit, d. h. es umfaßt Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation, Installation von Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage, Elektroinstallation, Maler- und Lackiererarbeiten und ähnliche Tätigkeiten.

### 2.2.1 Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz

Im Jahr 1981 waren im Baugewerbe insgesamt 18 100 Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten tätig. In diesen Unternehmen waren rd. 1,2 Mill. Personen beschäftigt. Insgesamt wurde ein Umsatz von rd. 110 Mrd. DM erwirtschaftet. Über zwei Drittel der Unternehmen gehörten zum Bauhauptgewerbe, auf das auch der größte Teil des Umsatzes entfiel. Bei den meisten handelte es sich um kleine oder mittlere Einheiten (über zwei Drittel hatten

weniger als 50 Beschäftigte) Nur rd. 4 % der Unternehmen — und zwar überwiegend im Bauhauptgewerbe — zählten mehr als 200 Beschäftigte

Von den Unternehmen des Bauhauptgewerbes gehörten 5 300 zum Hochbau, 2 600 Unternehmen waren ohne ausgeprägten Schwerpunkt im Hoch- und Tiefbau tätig, rd. 2 700 Unternehmen wurden dem Tiefbau zugeordnet, der Rest den übrigen Zweigen des Bauhauptgewerbes. Im Ausbaugewerbe waren rd. 1 400 Unternehmen im Bereich der Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen tätig, rd. 1 300 Unternehmen gehörten zum Bereich der Elektroinstallation, weitere 1 200 Unternehmen waren Einheiten des Maler- und Lackierergewerbes und der Tapetenkleberei, die restlichen Unternehmen verteilten sich auf die Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation (rd. 850), Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerei (rd. 300) und die übrigen Zweige des Ausbaugewerbes.

Die Verteilung der Beschäftigten zeigte ein ähnliches Bild: von den 1,2 Mill. bei den genannten Unternehmen tätigen Personen waren 912 000 im Bauhauptgewerbe, 240 000 im Ausbaugewerbe beschäftigt. Innerhalb des Bauhauptgewerbes entfielen 35 % der Beschäftigten auf die Unternehmen des Hoch- und Tiefbaus ohne ausgeprägten Schwerpunkt, 30 % waren Mitarbeiter von Hochbau-Unternehmen, weitere 22 % bei Tiefbau-Unternehmen beschäftigt. Im Ausbaugewerbe waren die meisten Personen im Wirtschaftszweig Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen tätig (rd. 32 % aller Beschäftigten des Ausbaugewerbes), weitere 23 % im Bereich der Elektroinstallation, 20 % im Maler- und Lackierergewerbe und der Tapetenkleberei, die restlichen 25 % waren Mitarbeiter von Unternehmen der sonstigen Wirtschaftszweige des Ausbaugewerbes.

Von den rd. 110 Mrd. DM Umsatz der Unternehmen des Baugewerbes mit 20 oder mehr Beschäftigten im Jahr 1981 entfielen rd. 81 % auf das Bauhauptgewerbe, 19 % auf das Ausbaugewerbe. Innerhalb des Bauhauptgewerbes waren auch hier die Unternehmen des Hoch- und Tiefbaus ohne ausgeprägten Schwerpunkt mit einem Anteil von 37 % am Umsatz die stärkste Gruppe, gefolgt von den Hochbau- und Tiefbau-Unternehmen mit 29 bzw. 22 % des Umsatzes. Im Ausbaugewerbe entspricht die Verteilung des Umsatzes auf die Wirtschaftszweige ebenfalls der Verteilung der Beschäftigten: umsatzstärkster Zweig mit rd. 35 % des Umsatzes im Ausbaugewerbe war der Wirtschaftszweig Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen, an zweiter Stelle folgte die Elektroinstallation mit einem Anteil von 21 % vor dem Maler- und Lackierergewerbe und der Tapetenkleberei mit 15 %.

**Tabelle 21: Unternehmen, Beschäftigte und Umsatz im Baugewerbe 1981<sup>1)</sup>**

Wirtschaftszweig	Unternehmen	Beschäftigte	Umsatz
	Anzahl	1000	Mill. DM
Baugewerbe	18 073	1 151	110 298
Bauhauptgewerbe	12 502	912	89 806
Hoch- und Tiefbau ohne ausgeprägten Schwerpunkt	2 562	323	32 978
Hochbau	5 344	280	26 151
Tiefbau	2 711	202	19 853
Übrige Zweige	1 885	107	10 824
Ausbaugewerbe	5 571	240	20 492
Installation v. Heizungs-, Luftungs- u. a. Anlagen	1 442	75	7 258
Elektroinstallation	1 277	56	4 311
Maler- und Lackierergewerbe, Tapetenkleber	1 210	49	3 033
Sonstige Zweige	1 642	60	5 889

<sup>1)</sup> Unternehmen mit im allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten

## 2.2.2 Investitionen

Die Unternehmensstruktur des Baugewerbes spiegelt sich auch in der Investitionstätigkeit wider. Von den Unternehmen des Baugewerbes mit 20 oder mehr Beschäftigten wurden 1981 rd. 3,9 Mrd. DM in Sachanlagen investiert, von denen der weitaus größte Teil, nämlich rd. 89 %, auf das Bauhauptgewerbe entfiel. Von diesen 3,5 Mrd. wurden 1,3 Mrd. DM von Unternehmen des Hoch- und Tiefbaus ohne ausgeprägten Schwerpunkt investiert, 0,9 Mrd. DM von Hochbau-Unternehmen und 0,9 Mrd. DM von Unternehmen des Tiefbaus.

Der gesamte Investitionsbetrag von 3,9 Mrd. DM entfiel zu 80 % auf Baugeräte, Maschinen und Betriebsausstattung, die restlichen 20 % wurden in Grundstücke und Bauten investiert. Im Ausbaugewerbe war der auf Baugeräte, Maschinen und Betriebsausstattung entfallende Teil der Investitionen mit 75 % geringer als im Bauhauptgewerbe (80 %). Innerhalb des Bauhauptgewerbes entfielen im Hochbau 71 % der Investitionen auf Baugeräte, Maschinen und Betriebsausstattung, im Tiefbau sogar 89 %. Dies ist auf den intensiven Geräteeinsatz im Bereich des Straßenbaus zurückzuführen. Hier waren von



insgesamt 489 Mill. DM im Jahr 1981 435 Mill. DM Investitionen für Baugeräte, Maschinen und Betriebsausstattung

Der Anteil der Investitionen am Umsatz ist in den einzelnen Bereichen des Baugewerbes unterschiedlich. Während er im Bauhauptgewerbe 1981 im Durchschnitt rd. 4 % betrug, waren es im Ausbaugewerbe nur rd. 2 %.

**Tabelle 22: Investitionen im Baugewerbe 1981<sup>1)</sup>**

Wirtschaftszweig	Bruttozugänge an Sachanlagen		
	insgesamt	darunter Baugeräte Maschinen Betriebsausstattung usw.	Anteil am Umsatz
		Mill. DM	%
Baugewerbe	3943	3154	3,6
Bauhauptgewerbe	3524	2839	3,9
Hoch- u. Tiefbau ohne ausgeprägten Schwerpunkt	1331	1074	4,0
Hochbau	927	656	3,5
Tiefbau	879	780	4,4
Übrige Zweige	386	330	3,6
Ausbaugewerbe	419	315	2,0
Installation von Heizungs- Lüftungs- u. a. Anlagen	114	90	1,6
Elektroinstallation	109	80	2,5
Maler- und Lackierergewerbe			
Tapetenkleberei	75	57	2,5
Sonstige Zweige	120	88	2,0

<sup>1)</sup> Unternehmen mit im allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten

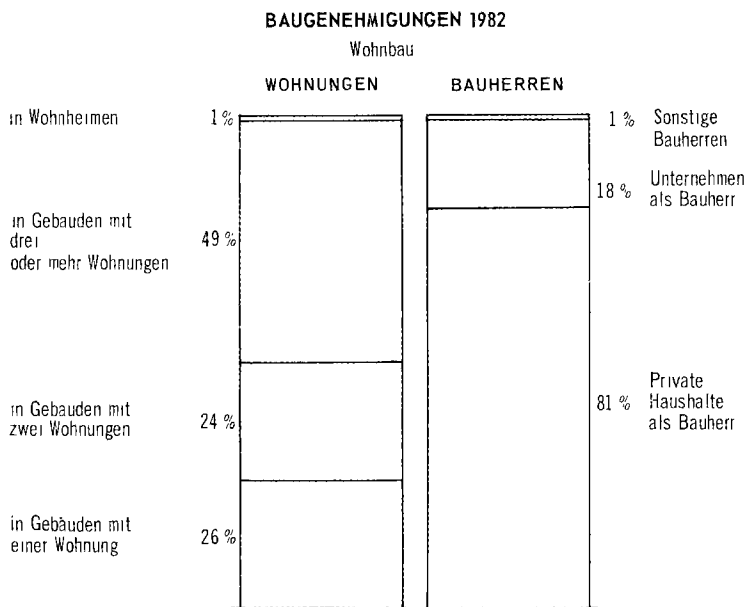
## 2.2.3 Bautätigkeit, Wohnungen

Die Bautätigkeitsstatistik erfaßt alle genehmigungs- und zustimmungsbedürftigen Baumaßnahmen im Hochbau, bei denen Wohnraum oder sonstiger Nutzraum geschaffen oder verändert wird. Dabei werden die Baugenehmigungen, Baufertigstellungen und der Bauüberhang (genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Bauvorhaben) am Jahresende nachgewiesen.

Im Jahr 1982 wurden insgesamt 220 028 Baugenehmigungen erteilt, davon 74 % für die Errichtung neuer Gebäude, die restlichen für Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden

Von den Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Gebäude betrafen 81 % den Wohnbau. Die hier geplanten Baumaßnahmen umfaßten 305 476 Wohnungen, für die rd. 51 Mrd. DM Baukosten veranschlagt waren. Von diesen Wohnungen waren etwa 26 % in Gebäuden mit einer Wohnung, rd. 24 % in Gebäuden mit 2 Wohnungen, rd. 49 % in Gebäuden mit 3 oder mehr Wohnungen, der Rest in Wohnheimen geplant. Bauherren waren vor allem private Haushalte (59 % der Wohnungen) und Unternehmen (39 % der Wohnungen).

Die Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Gebäude im Nichtwohnbau (veranschlagte Kosten rd. 28 Mrd. DM) wurden vor allem für die Errichtung nichtlandwirtschaftlicher Betriebsgebäude erteilt (49 % der Gebäude). Gut ein Drittel der Genehmigungen im Nichtwohnbau entfiel auf landwirtschaftliche Betriebsgebäude, weitere 6 % auf Büro- und Verwaltungsgebäude, 1 % auf

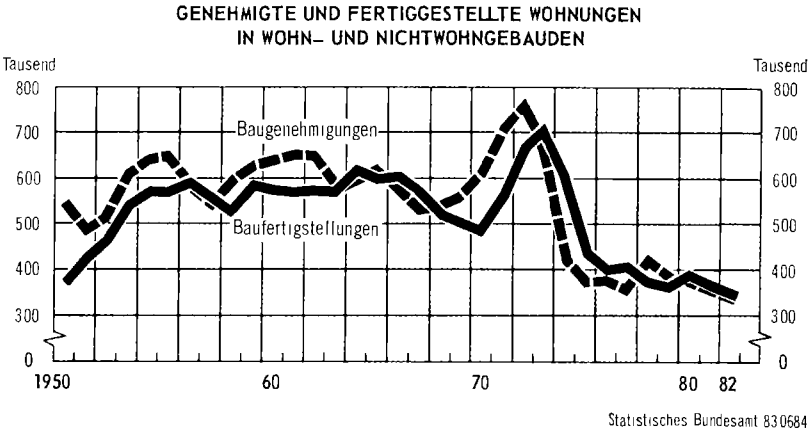


Angaben in % der genehmigten Wohnungen bzw. Baumaßnahmen

Statistisches Bundesamt 83 0683

Anstaltsgebäude, der Rest auf sonstige Nichtwohngebäude. Bauherren waren vor allem Unternehmen (über drei Viertel der Genehmigungen), außerdem private Haushalte (9 %) und öffentliche Bauherren (8 %).

Die Baufertigstellungen im Jahr 1982 beliefen sich auf insgesamt 254 946 Baumaßnahmen, davon 159 870 neuerrichtete Wohngebäude, das sind 82 % der neuerrichteten Gebäude mit zusammen 315 336 Wohnungen Die ursprünglich veranschlagten Baukosten hierfür betrugen rd. 51 Mrd. DM.



Von den 35 259 im Jahr 1982 fertiggestellten neuen Gebäuden im Nichtwohnbau entfielen 48 % auf nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude, 33 % auf landwirtschaftliche Betriebsgebäude, 11 % auf sonstige Nichtwohngebäude Bauherren waren vor allem Unternehmen (74 %), weiterhin öffentliche Stellen mit 10 % und private Haushalte mit 11 %

Der gesamte Wohnungsbestand belief sich am Jahresende 1981 auf rd. 26 Mill. Einheiten, davon hatten 10 % einen Raum oder zwei Räume, 24 % drei Räume, 30 % vier Räume, 18 % fünf Räume und 18 % sechs oder mehr Räume (jeweils einschließlich Küche). Die durchschnittliche Zahl der Räume je Wohnung ist seit 1970 langsam, aber stetig angestiegen:

**Tabelle 23: Anzahl der Räume je Wohnung**

1970	4,14	1978	4,20
1972	4,15	1980	4,22
1974	4,16	1982	4,23
1976	4,18		

Am 31.12.1982 gab es einen Bauüberhang von insgesamt 496 495 genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen in neuen Gebäuden. Davon befanden sich 70 % bereits im Bau, 30 % waren noch nicht begonnen.

**Tabelle 24: Baugenehmigungen und Baufertigstellungen 1982<sup>1)</sup>**

Gebäudeart	Baugenehmigungen		Baufertigstellungen	
	Gebäude	Wohnungen <sup>2)</sup> Rauminhalt <sup>3)</sup>	Gebäude	Wohnungen <sup>2)</sup> Rauminhalt <sup>3)</sup>
Insgesamt	163 384	314 108	195 129	328 528
Wohnbau	131 574	305 476	159 870	315 336
Gebäude mit				
1 Wohnung	78 207	78 207	101 558	101 558
2 Wohnungen	36 373	72 746	43 700	87 400
3 oder mehr Wohnungen	16 725	148 636	14 612	126 378
Wohnheime	269	5 887	—	—
Nichtwohnbau	31 810	140 548	35 259	160 532
Betriebsgebäude				
nichtlandwirtschaftlich	15 601	85 119	16 968	92 925
landwirtschaftlich	10 926	19 528	11 661	21 073
Büro- und Verwaltungsgebäude	2 008	15 634	2 069	14 381
Anstaltsgebäude	347	4 961	614	9 325
Sonstige Nichtwohngebäude	2 928	15 305	3 947	22 827

<sup>1)</sup> Errichtung neuer Gebäude. — <sup>2)</sup> Im Wohnbau: Anzahl der Wohnungen. — <sup>3)</sup> Im Nichtwohnbau: Rauminhalt in 1000 Kubikmeter.

Im längerfristigen Vergleich lag die Zahl der fertiggestellten Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden nach der Belegung der Wohnungsbautätigkeit Anfang der fünfziger Jahre bis etwa Mitte der sechziger Jahre bei jährlich 500 000 — 600 000. Anfang der 70er Jahre war ein starker Anstieg der Genehmigungen zu verzeichnen (1972: rd. 755 000). 1973 setzte eine rückläufige Entwicklung ein, die sich seither auf einem Niveau von etwa 300 000 — 400 000 fertiggestellten Einheiten pro Jahr einpendelte.

## 2.2.4 Baupreise

Von 1950 bis 1982 verteuerte sich das Bauen — gemessen am Baupreisindex für „Wohngebäude insgesamt“ — um 470 %. Die jährliche Veränderungsrate lag mit einem Mittelwert von + 5,6 % verhältnismäßig hoch.

**Tabelle 25: Preisindex für Wohngebäude insgesamt<sup>1)</sup>**  
**1980 = 100**

Jahr	Index	Jahr	Index
1950	19,1	1975	72,1
1955	24,2	1980	100
1960	30,0	1981	105,9
1965	40,1	1982	108,9
1970	52,0		

<sup>1)</sup> 1950 bis 1959 Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin

1960 bis 1965 Bundesgebiet ohne Berlin — Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Während dieses Zeitraums gingen die Wohnungsbaupreise nur zweimal zurück, und zwar nach dem Ende des Korea-Krieges 1953 (– 3,4 %) und während der Rezession 1966/67 (– 2,2 % von 1966 auf 1967). Zu besonders starken Indexerhöhungen kam es in den Jahren 1951 (+ 16,2 %), 1970 (+ 16,6 %), 1971 (+ 10,2 %) und 1980 (+ 10,6 %)

## **2.3 Energie- und Wasserversorgung**

### **2.3.1 Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz**

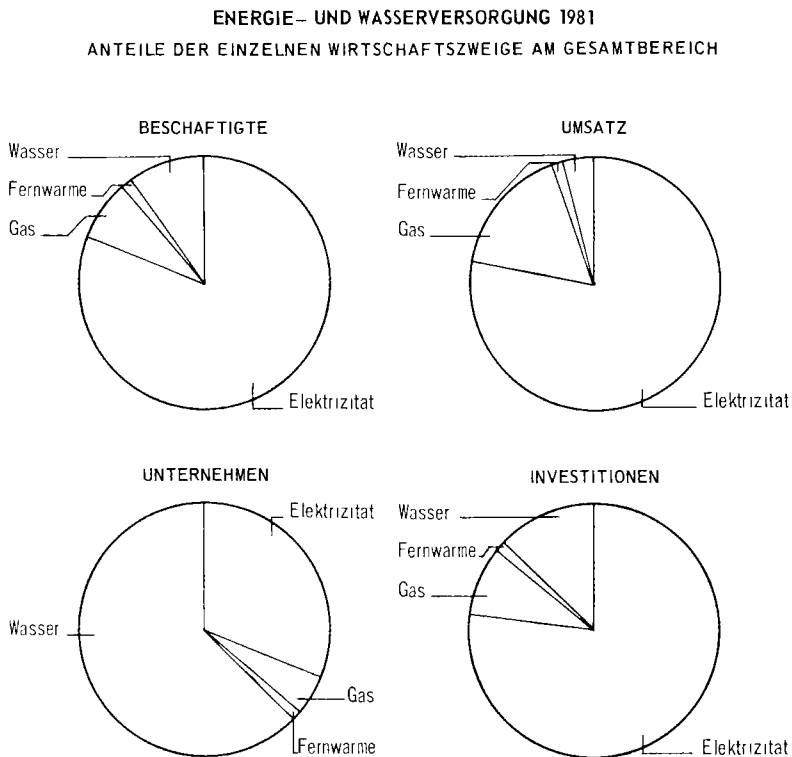
Im Bereich der Energie- und Wasserversorgung wurde 1981 von 3 193 Unternehmen ein Umsatz von 112,2 Mrd DM erwirtschaftet. In diesen Unternehmen waren insgesamt rd. 287 000 Personen beschäftigt, davon etwa 54 % Arbeiter, 42 % Angestellte und Beamte, die restlichen 4 % Inhaber oder Mitinhaber und regelmäßig zeitweise eingesetzte Arbeitskräfte. Von den rd. 155 000 Arbeitern wurden 259 Mill. Arbeiterstunden geleistet.

Der größte Bereich — sowohl vom Umsatz als auch von der Zahl der Beschäftigten her gesehen — ist der Bereich der Elektrizitätsversorgung. Hier waren rd. 81 % aller Beschäftigten der Energie- und Wasserversorgung tätig, vom Gesamtumsatz entfielen rd. 78 % auf diesen Bereich. Der Anteil an der Zahl der Unternehmen ist allerdings relativ gering: von den 3 193 Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung gehören nur 31 % zum Bereich der Elektrizitätsversorgung. Das bedeutet, daß es sich bei den Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft im Durchschnitt um wesentlich größere Unternehmen handelt als in den Bereichen der Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. Die Mehrzahl der Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung gehört zum Bereich der Wasserversorgung. Dieser Wirtschaftszweig ist zwar von der Zahl der Beschäftigten her der zweitgrößte, sein Umsatzanteil beträgt jedoch nur rd. 4 %.

## 2.3.2 Investitionen

Die Investitionen (Bruttozugänge an Sachanlagen) erreichten 1981 in der Energie- und Wasserversorgung 17 Mrd. DM. Von diesem Betrag wurden rd. 81 % in Maschinen und maschinelle Anlagen investiert, etwa 14 % in Grundstücke und Bauten. Rd. 29 % der Investitionen entfielen auf Anlagen zur Erzeugung, Gewinnung und Speicherung, rd. 60 % auf Anlagen zur Fortleitung und Verteilung. Mehr als die Hälfte der gesamten Investitionen wurden von Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten getätigt.

Während in der Fernwärmeversorgung 21 % und in der Elektrizitätsversorgung 31 % der Investitionen des Jahres 1981 zur Beschaffung oder Erstellung von



Anlagen zur Erzeugung, Gewinnung und Speicherung der Energie verwendet wurden, betrugen die entsprechenden Anteile bei der Wasserversorgung 26 %, bei der Gasversorgung lediglich 12 %.

### **2.3.3 Kraftwerke und Stromerzeugungsanlagen**

Im Jahr 1982 belief sich die gesamte Stromerzeugung der Bundesrepublik Deutschland auf 367 Mrd. kWh. Davon wurden 83 % von Kraftwerken der Energieversorgungsunternehmen produziert, weitere 15 % von Stromerzeugungsanlagen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, die restlichen 2 % von der Bundesbahn. Der größte Teil des Gesamtaufkommens wurde aus Kohle und sonstigen festen Brennstoffen erzeugt (60 %), aus Gas wurden 12 %, aus Kernenergie 17 % gewonnen. Anteile von 4 % bzw. 5 % entfielen auf Heizöl und Wasserkraft.

Zwischen 1970 und 1982 hat das Gesamtaufkommen an Elektrizität um 51 % zugenommen (1970: 243 Mrd. kWh, 1982 367 Mrd. kWh). Dabei ist der Anteil der Kohle von 65 % auf 60 % zurückgegangen, desgleichen der Anteil des Heizöls von 15 % auf 4 %. Dagegen hat sich der Anteil des Gases (überwiegend Erdgas) von 9 % auf 12 % erhöht. Der Anteil der Kernenergie stieg von 3 % auf 17 %.

### **2.3.4 Aufkommen und Verwendung von Gasen, Kohle und Heizöl**

Die Gaserzeugung insgesamt hat sich in den Jahren von 1971 bis 1981 nur wenig verändert. Während 1971 rd. 42 Mrd. m<sup>3</sup> Gas erzeugt bzw. gewonnen wurden, waren es 1981 rd. 41 Mrd. m<sup>3</sup>, das sind 2 % weniger. Die für die Inlandsversorgung zur Verfügung stehende Menge hat sich im gleichen Zeitraum von rd. 36 Mrd. m<sup>3</sup> auf rd. 66 Mrd. m<sup>3</sup> nahezu verdoppelt. Ursache hierfür war die steigende Nachfrage nach Gas, die durch starke Ausweitung der Einfuhrmengen von 7 Mrd. m<sup>3</sup> (1971) auf 41 Mrd. m<sup>3</sup> (1981) befriedigt wurde. So lag der Anteil des importierten Gases an der Inlandsversorgung 1971 noch bei rd. 19 %, 1981 dagegen bereits bei rd. 63 %.

Die gesamte inländische Steinkohlenförderung erbrachte 1982 rd. 89 Mill. Tonnen. Der Ausfuhrüberschuß betrug rd. 3 Mill. Tonnen. Für die Inlandsversorgung waren rd. 67 Mill. Tonnen verfügbar, davon etwa 84 % Steinkohle und Steinkohlenbriketts, der Rest Steinkohlenkoks. Auf Halde lagen am Jahresende rd. 20 Mill. Tonnen. Die seit Jahren rückläufige Steinkohlenförderung hat seit ihrem Tiefstand im Jahr 1978 wieder leicht

zugenommen, die Haldenbestände wurden 1979 und 1980 gegenüber den Vorjahren nahezu halbiert, stiegen jedoch 1981 wieder auf rd. 10 Mill. Tonnen und 1982 auf rd. 20 Mill. Tonnen an.

Die Braunkohlenförderung erreichte 1982 insgesamt rd. 127 Mill. Tonnen. Für die Inlandsversorgung standen rd. 121 Mill. Tonnen zur Verfügung, und zwar 111 Mill. Tonnen Braunkohle, 5 Mill. Tonnen Braunkohlenbriketts und -koks sowie 2 Mill. Tonnen Staub- und Trockenkohle. Hinzu kamen rd. 3 Mill. Tonnen österreichische und tschechische Hartbraunkohle.

Im Gegensatz zur Steinkohlenförderung ist der Braunkohlenabbau in den siebziger Jahren relativ gleichmäßig gestiegen. Er war 1979 rd. 21 % höher als im Jahr 1970. Seither stagniert er bzw. ging sogar leicht zurück. Die Lieferungen des Braunkohlenbergbaus an die öffentlichen Elektrizitätswerke stiegen zwischen 1970 und 1980 von rd. 78 Mill. auf rd. 110 Mill. Tonnen (1982: 107 Mill. Tonnen)

Die Heizöl-Erzeugung in der Bundesrepublik Deutschland betrug im Jahr 1982 rd. 39 Mill. Tonnen. Aufgrund von Bestandsveränderungen, Lieferungen an Großbenutzer und zusätzlichen Importen standen für die Inlandsversorgung rd. 46 Mill. Tonnen Heizöl zur Verfügung. Gegenüber den Vorjahren war die Menge rückläufig. Zu Beginn der siebziger Jahre waren für die Inlandsversorgung noch rd. 80 Mill. Tonnen verfügbar.



## **3 Dienstleistungsbereich**

### **3.1 Handel**

#### **3.1.1 Gesamtüberblick**

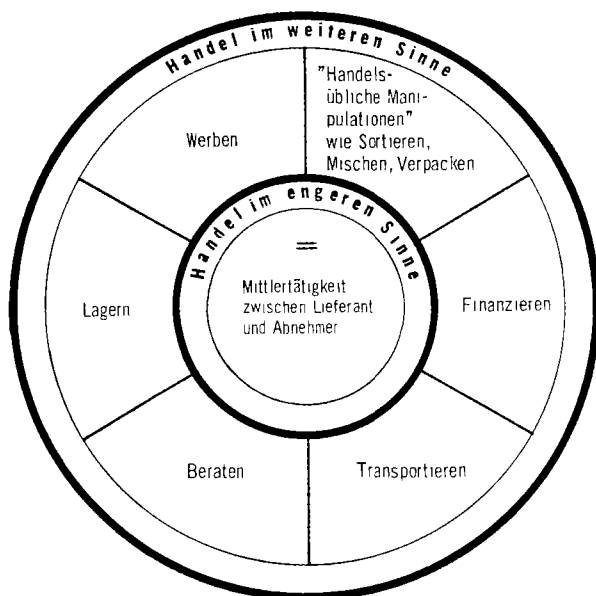
Der Handel ist ein wesentlicher Teilbereich der arbeitsteiligen Volkswirtschaft. Er übernimmt weitgehend die Aufgabe, produzierte Waren den Verbrauchern oder anderen Abnehmergruppen zugänglich zu machen. Neben der Überwindung der räumlichen und zeitlichen Trennung von Erzeugung und Verbrauch gehören hierzu auch andere Vertriebsaufgaben, die nur zu einem geringen Teil durch die Herstellerbetriebe oder durch die Abnehmer der Güter selbst erfüllt werden. So müssen z. B. oft Waren, die die verschiedenen, sehr spezialisierten Produktionsstätten verlassen, zu verbrauchsgerechten Sortimenten zusammengefaßt werden, damit sich der vielfältige und stark aufgefächerte Bedarf der Verbraucher befriedigen läßt.

Nicht immer werden jedoch die Vertriebsaufgaben von den Unternehmen des selbständigen Vermittlergewerbes, als das der Wirtschaftsbereich „Handel“ in der amtlichen Statistik abgegrenzt ist, wahrgenommen. Speziell in den noch weitgehend handwerklich strukturierten Wirtschaftszweigen werden die Waren vielfach von den Herstellerbetrieben selbst an die Verbraucher verkauft (z. B. Bäcker, Metzger). Dieser Direktverkauf wird in statistischer Sicht ausgeklammert. Der Handelsbereich umfaßt nur den von der Produktion losgelösten, auf selbständige Unternehmen übertragenen Vertrieb von Waren.

Über die reine Vermittlertätigkeit hinaus werden von den Handelsbetrieben üblicherweise eine Reihe von Hilfstätigkeiten, wie Lagern, Transport, Finanzierung und „handelsübliche Manipulationen“ (z. B. Sortieren, Mischen, Verpacken), ausgeübt, durch die der Absatz der Waren unterstützt oder überhaupt erst ermöglicht wird (siehe Schaubild). Im wesentlichen werden die Waren jedoch vom Handel fertig bezogen und unverändert weitergeleitet. Die Abgrenzung des Handels gegenüber anderen Wirtschaftsbereichen, wie dem Produzierenden Gewerbe oder sonstigen Dienstleistungen, ist somit wegen der vielfältigen betrieblichen Mischformen teilweise sehr schwierig.

Innerhalb des Warenhandels werden die Bereiche Großhandel, Einzelhandel und Handelsvermittlung unterschieden. In der Handelsvermittlung werden gegen Provision (in fremdem Namen auf fremde Rechnung) Handelsgeschäfte vermittelt. In den beiden anderen Handelsbereichen kaufen die Unternehmen dagegen die Waren selbst ein und treten auch selbst als Verkäufer auf dem Markt auf, der Absatz erfolgt also „in eigenem Namen“ (auf eigene oder fremde

## HANDEL UND EINIGE DER WICHTIGSTEN AUSGEÜBTEN NEBENTÄTIGKEITEN



Statistisches Bundesamt 830586

Rechnung). Groß- und Einzelhandel sind verschiedenen Handelsstufen zugeordnet: Während der Einzelhandel die privaten Haushalte beliefert, richtet sich der Großhandel z. B. an Wiederverkäufer oder Produktionsunternehmen

Die statistische Zuordnung der wirtschaftlichen Einheiten zu den verschiedenen Bereichen des Handels erfolgt bei gemischter Tätigkeit nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt.

### 3.1.2 Unternehmen und Beschäftigte

Im Handel hat sich in den letzten zwanzig Jahren ein ständiger Strukturwandel vollzogen. Während dieser Wirtschaftsbereich in den Jahren vor 1960 durch ein starkes Wachstum sowohl bei der Anzahl der Betriebe wie auch bei den Beschäftigten gekennzeichnet war, zeigen die Ergebnisse der Handels- und

Gaststättenzählungen 1968 und 1979, daß zwar die Beschäftigtenzahl immer noch zunahm, gleichzeitig aber die Unternehmenszahl erheblich zurückging

**Tabelle 1: Unternehmen und Beschäftigte im Handel**

Jahr	Wohn- bevölkerung	Unternehmen des Handels	Beschäftigte im Handel	Beschäftigte je Unternehmen
	1979 = 100			Anzahl
1950	82	132	60	3,4
1960	91	143	87	4,5
1968	98	120	95	5,9
1979	100	100	100	7,4

Während das wirtschaftliche Wachstum in den fünfziger Jahren noch zur Gründung von neuen Unternehmen führte, nahm das Wachstum im Handel seit Beginn der sechziger Jahre eine andere Qualität an; Rationalisierungsmöglichkeiten durch Vergrößerung der Unternehmen wurden vermehrt genutzt, der Konkurrenzdruck verstärkte sich, neue Betriebsformen (z. B. Verbraucher- oder Supermärkte) verdrängten teilweise die herkömmlichen kleinen Unternehmen vom Markt.

Im Jahr 1979 gab es 519 626 Unternehmen im Handelsbereich, die insgesamt 3 828 656 Personen beschäftigten, das war deutlich mehr als ein Zehntel aller Erwerbstätigen in der Bundesrepublik.

**Tabelle 2: Unternehmen und Beschäftigte am 31. 3. 1979  
in den einzelnen Handelsbereichen**

Handelsbereich	Unternehmen		Beschäftigte		Beschäftigte je Unternehmen
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
Großhandel	97 708	18,8	1 206 248	31,5	12,3
Handelsvermittlung	75 888	14,6	191 616	5,0	2,5
Einzelhandel	346 030	66,6	2 430 792	63,5	7,0
Insgesamt	519 626	100	3 828 656	100	7,4

Eine Aufgliederung des Handels (siehe Tab.2) zeigt nicht nur die unterschiedliche Bedeutung der einzelnen Handelsbereiche, sondern in Verbindung damit auch abweichende Größenstrukturen. So sind zwei Drittel aller Handelsunternehmen im Bereich des Einzelhandels zu finden, das restliche Drittel zu 19 % im Großhandel und zu 15 % in der Handelsvermittlung. Gemessen an der Anzahl der Beschäftigten verschiebt sich das Bild zugunsten

des Großhandels: 63 % aller im Handel tätigen Personen sind im Einzelhandel, 32 % im Großhandel und nur 5 % in der Handelsvermittlung beschäftigt. Ausschlaggebend hierfür ist, daß in den Unternehmen des Großhandels im Durchschnitt 12 Personen und damit rund funfmal so viele wie in der Handelsvermittlung beschäftigt werden. Die durchschnittliche Unternehmensgröße im Einzelhandel liegt bei 7 Beschäftigten je Unternehmen

### 3.1.3 Unternehmensgrößen

Der Handel ist durch eine vorwiegend mittelständische Struktur gekennzeichnet. Mehr als die Hälfte aller Handelsunternehmen beschäftigte 1979 nicht mehr als zwei Personen; in neun von zehn Unternehmen waren weniger als 10 Beschäftigte tätig. Dazu gehören meistens die Inhaber der Unternehmen selbst und oft auch deren mithelfende Familienangehörige.

**Tabelle 3: Unternehmensgrößenklassen nach der Anzahl der Beschäftigten**

Unternehmen mit bis Beschäftigten	Unternehmen				Beschäftigte			
	1979		1968	1960	1979		1968	1960
	Anzahl	%			Anzahl	%		
1— 2	268 782	51,7	56,6	64,4	397 515	10,4	14,3	20,2
3— 9	193 151	37,2	35,4	29,5	914 842	23,9	27,1	29,1
10—99	54 448	10,5	7,6	5,8	1 219 416	31,9	29,9	28,6
100 und mehr	3 245	0,6	0,5	0,3	1 296 883	33,9	28,7	22,1
Insgesamt	519 626	100	100	100	3 828 656	100	100	100

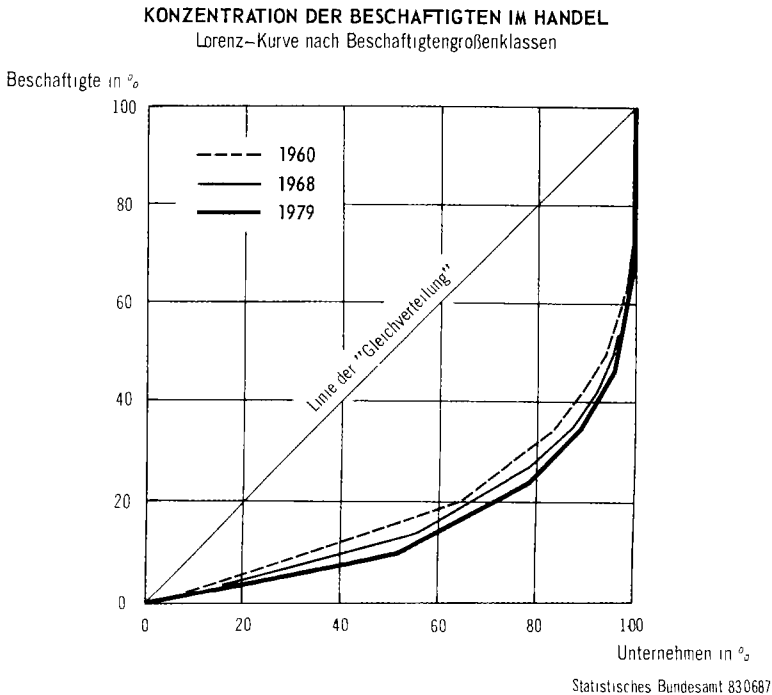
**Tabelle 4: Größenstruktur der Handelsbereiche am 31. 3. 1979**

Handelsbereich	Beschäftigte				
	insgesamt	davon in Unternehmen mit Beschäftigten			
		1 bis 2	3 bis 9	10 bis 99	100 und mehr
	Anzahl	%			
Großhandel	1 206 248	4,8	15,3	42,3	37,5
Handelsvermittlung	191 616	40,4	41,4	14,2	4,0
Einzelhandel	2 430 792	10,8	26,8	28,0	34,4
Insgesamt	3 828 656	10,4	23,9	31,9	33,9

Allerdings hat in den letzten beiden Jahrzehnten die wirtschaftliche Bedeutung mittlerer, vor allem aber großer Unternehmen auch im Handel ständig zugenommen. So ist der Anteil der Beschäftigten in den großen Unternehmen

mit mehr als 100 Beschäftigten von 1960 bis 1979 von 22 % auf 34 % gestiegen. Gleichzeitig fiel der Anteil der Beschäftigten in den kleinen Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten von rund 50 % auf 34 % zurück.

Die zunehmende Konzentration der Handelstätigkeit auf insgesamt weniger, dafür aber größere Unternehmen verdeutlicht das nachstehende Schaubild



In ihrer Größenstruktur unterscheiden sich die drei Handelsbereiche erheblich. Während in der Handelsvermittlung 1979 immerhin 82 % aller Beschäftigten in den kleinen Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten tätig waren, betrugen die Anteile im Einzelhandel 38 %, im Großhandel sogar nur 20 %.

### 3.1.4 Beschäftigtenstruktur

Die Beschäftigtenstruktur der Handelsunternehmen ist eng an die Größe sowie an die Rechtsform der Unternehmen gebunden. In kleinen Einzelunternehmen

oder Personengesellschaften sind neben den Inhabern meist nur wenige Arbeitnehmer beschäftigt. Dagegen sind in großen Unternehmen, speziell in Kapitalgesellschaften, vorwiegend oder ausschließlich Arbeitnehmer tätig. Sehr deutlich ist in diesem Zusammenhang wiederum der Unterschied zwischen den drei Handelsbereichen: In den vergleichsweise kleinen Unternehmen der Handelsvermittlung waren 1979 nur die Hälfte aller Beschäftigten Arbeitnehmer, im Einzelhandel betrug der Anteil dagegen 79 %, im Großhandel sogar 90 %.

**Tabelle 5: Beschäftigte nach Stellung im Betrieb sowie Teilzeitbeschäftigte am 31. 3. 1979**

Handelsbereich	Beschäftigte						
	insgesamt	und zwar					
		Inhaber oder Mit-helfende Familien-angehörige	Arbeitnehmer		Vollbe-schäftigte	Teilzeitbeschäftigte	
		Anzahl		%-Anteil an Besch insg		Anzahl	%-Anteil an Besch insg
Großhandel	1 206 248	124 382	1 081 866	89,7	1 045 754	160 494	13,3
Handelsvermittlung	191 616	98 976	92 640	48,3	152 881	38 735	20,2
Einzelhandel	2 430 792	512 331	1 918 461	78,9	1 787 029	643 763	26,5
Insgesamt	3 828 656	735 689	3 092 967	80,8	2 985 664	842 992	22,0

Von erheblicher Bedeutung ist bei den Handelsunternehmen die Teilzeitbeschäftigung. Das gilt vor allem im Einzelhandel, bei dem jeder vierte Beschäftigte nur zeitweise tätig ist. Teilzeitbeschäftigte werden immer dann eingesetzt, wenn besondere Belastungen vom ständig eingesetzten Personal nicht bewältigt werden können. Eine besondere Rolle spielen in diesem Zusammenhang nicht nur die starken saisonalen Schwankungen, sondern auch die unterschiedlichen Belastungen an den verschiedenen Wochentagen.

### 3.1.5 Umsatz

Als Maß für den Umfang der wirtschaftlichen Tätigkeit wird in der Regel der Umsatz herangezogen. Diese Größe ist statistisch verhältnismäßig problemlos zu erfassen, bei ihrer Interpretation ist jedoch zu beachten, daß ihr Aussagewert bestimmten Einschränkungen unterliegt.

Der Handelsumsatz stellt nicht den exakten Gesamtwert aller abgesetzten Handelswaren dar, weil — vorwiegend im Großhandel — der Absatzprozeß

teilweise mehrstufig ist. Dies bedeutet, daß mehrere Großhändler nacheinander mit ein und derselben Ware handeln und damit jeweils den Umsatz erhöhen. Ferner ist zu bedenken, daß die Versorgung mit Gütern nicht ausschließlich auf Tätigkeiten von Handelsunternehmen beruht, weil auch andere Unternehmen, wie z. B. Landwirte oder produzierende Handwerker, ihre Waren direkt an die Verbraucher verkaufen. Darüber hinaus ist die Höhe des Handelsumsatzes nicht nur von der abgesetzten Menge, sondern auch vom Preisniveau abhängig.

**Tabelle 6: Umsatz der Handelsunternehmen nach Art der wirtschaftlichen Tätigkeit 1978**

Handelsbereich Unternehmen mit bis Beschäftigten	Unter- nehmen am 31.3.1979	Umsatz <sup>1)</sup>					Umsatz insgesamt je Unter- nehmen
		ins- gesamt	davon aus				
			Groß- handel	Handels- vermittlung	Einzel- handel	sonstigen Tätigkeiten	
	Anzahl	Mill. DM	%				1 000 DM
Großhandel							
1 — 2	38 585	19 643	97,0	0,4	2,1	0,5	509
3 — 9	37 249	83 067	95,4	0,5	3,4	0,8	2 230
10 — 99	20 151	247 550	94,6	0,5	3,6	1,3	12 285
100 und mehr	1 723	263 092	92,7	0,4	5,5	1,5	152 694
Zusammen	97 708	613 352	94,0	0,5	4,3	1,3	6 277
Handelsvermittlung							
1 — 2	55 701	3 926	5,8	87,3	4,9	2,0	70
3 — 9	18 657	5 626	11,8	67,8	13,9	6,5	302
10 — 99	1 491	3 795	24,3	60,2	8,8	6,7	2 545
100 und mehr	39	1 229	25,5	50,0	12,9	11,5	31 521
Zusammen	75 888	14 577	14,6	69,6	10,1	5,7	192
Einzelhandel							
1 — 2	174 496	23 476	1,3	0,1	96,8	1,7	135
3 — 9	137 245	74 613	2,7	0,2	94,2	2,9	544
10 — 99	32 806	97 929	5,6	0,4	88,3	5,7	2 985
100 und mehr	1 483	135 499	2,4	0,1	95,6	2,0	91 368
Zusammen	346 030	331 517	3,3	0,2	93,2	3,3	958

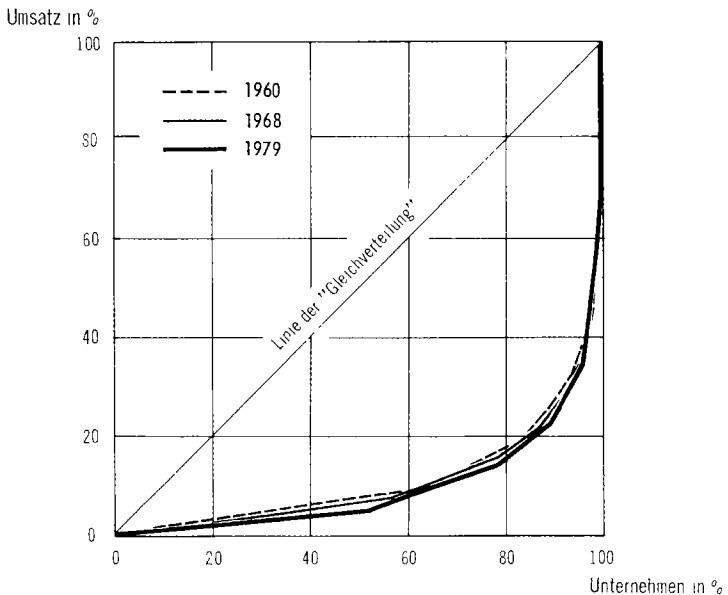
<sup>1)</sup> Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Als Maß für die Höhe der Wertschöpfung des Bereichs „Handel“ ist der Umsatz ebenfalls nur bedingt geeignet. Je nach Branche sind darin nämlich in unterschiedlichem Ausmaß auch Vorleistungen, also vor allem Warenbezüge, enthalten. Außerdem haben die Bestimmungen des Umsatzsteuerrechts einen starken Einfluß auf die Höhe des ausgewiesenen Umsatzes.

Beim Vergleich der drei Wirtschaftsbereiche des Handels spielt dies eine erhebliche Rolle. Der durchschnittliche Umsatz je Unternehmen liegt für den Handel insgesamt zehnmal höher als in der Handelsvermittlung. Ursache dafür ist — abgesehen von tatsächlichen Größenunterschieden — die Unterschiedlichkeit der Besteuerung zwischen den Handelsbereichen. Werden Geschäfte nur vermittelt, so ist lediglich auf die daraus erzielte Provision Umsatzsteuer zu entrichten; Umsatz ist in der Handelsvermittlung demnach gleichzusetzen mit der Summe der Provisionen und Kostenvergütungen. Werden Geschäfte dagegen in eigenem Namen getätigt, so ist Umsatzsteuer auf den Gesamtwert der Lieferungen zu zahlen; im Groß- und Einzelhandel entspricht der Umsatz also dem Verkaufswert der Waren.

Die ausgeprägten Unterschiede zwischen der Vielzahl kleiner Handelsunternehmen und den wenigen, aber sehr bedeutenden großen Unternehmen werden bei der Verteilung des Gesamtumsatzes auf die verschiedenen Größenklassen deutlich. Dies veranschaulicht das folgende Schaubild.

**KONZENTRATION DES UMSATZES IM HANDEL**  
Lorenz-Kurve nach Beschäftigtengrößenklassen



Statistisches Bundesamt 83 0588



Danach ist die Ungleichverteilung der Marktanteile relativ etwa gleichgeblieben, absolut steht dahinter aber eine starke Abnahme der Unternehmenszahlen im Bereich der kleinen Unternehmen. Demgegenüber wuchs der Anteil der großen Unternehmen sowohl gemessen an der Gesamtzahl der Unternehmen insgesamt wie auch am Gesamtumsatz. Im Handel hat sich also in den letzten beiden Jahrzehnten ein Strukturwandel vollzogen, der eindeutig zu Lasten der ganz kleinen Unternehmen ging, von dem aber — neben den schon seinerzeit bestehenden großen Unternehmen — eine steigende Anzahl expandierender Unternehmen profitieren konnte.

**Tabelle 7: Handelsunternehmen und ihre Umsätze nach der Anzahl der Beschäftigten**  
 %

Unternehmen mit bis Beschäftigten	Unternehmen			Umsätze		
	1979	1968	1960	1978	1967	1959
1 — 2	51,7	56,6	64,4	5,0	7,2	9,8
3 — 9	37,2	35,4	29,5	17,2	20,4	22,4
10 — 99	10,5	7,6	5,8	36,2	35,6	36,3
100 und mehr	0,6	0,5	0,3	41,6	36,7	31,4
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Die wirtschaftliche Tätigkeit der Handelsunternehmen geht z. T. weit über das eigentliche Aufgabengebiet des jeweiligen Bereichs hinaus. Das ist z. B. immer dann der Fall, wenn verhältnismäßig große Unternehmen auf mehreren Stufen des Absatzprozesses angesiedelt sind, wenn also etwa ein Großhandelsunternehmen in eigenen Läden auch Waren an private Haushalte verkauft. Ein anderes Beispiel zeigt die teilweise starke Verbindung mit dem Produzierenden Gewerbe: Einzelhändler mit Kraftfahrzeugen betreiben in ihren Unternehmen in der Regel auch Reparaturwerkstätten, üben also damit auch Tätigkeiten des Produzierenden Gewerbes aus.

Anhand der Umsatzaufteilung in Tab. 8 wird diese Verzweigung innerhalb der einzelnen Bereiche dargestellt. Am deutlichsten ist sie bei den großen Unternehmen der Handelsvermittlung. Hier werden die Güter teils im Wege des Fremdgeschäfts vermittelt, teils auf eigene Rechnung ge- und verkauft. Mit der Durchführung der verschiedenen Geschäftsarten sind Aufwendungen und Leistungen in sehr unterschiedlichem Ausmaß verbunden. Das reicht vom reinen Aushandeln der Lieferkonditionen über zentrale Regulierung der Abrechnungen bis zum eigenen Lagern und Ausliefern der Handelsware.

### 3.1.6 Aufteilung des Umsatzes: Kostenstruktur, Wertschöpfung, Wareneinsatz

Die Gesamtleistung eines Unternehmens in einer Periode ergibt sich aus dem Umsatz zuzüglich Lagerbestandsveränderungen an selbst hergestellten Erzeugnissen sowie zuzüglich aller in diesem Zeitraum selbsterstellten Anlagen. Diese beiden Korrekturgrößen dienen vor allem der richtigen Periodenabgrenzung in der Erfolgsrechnung. Im Handel können sie allerdings vernachlässigt werden, da sie entweder gar nicht oder nur in geringem Umfang vorkommen. Die Begriffe Umsatz und Gesamtleistung können unter dieser Voraussetzung gleichgesetzt werden.

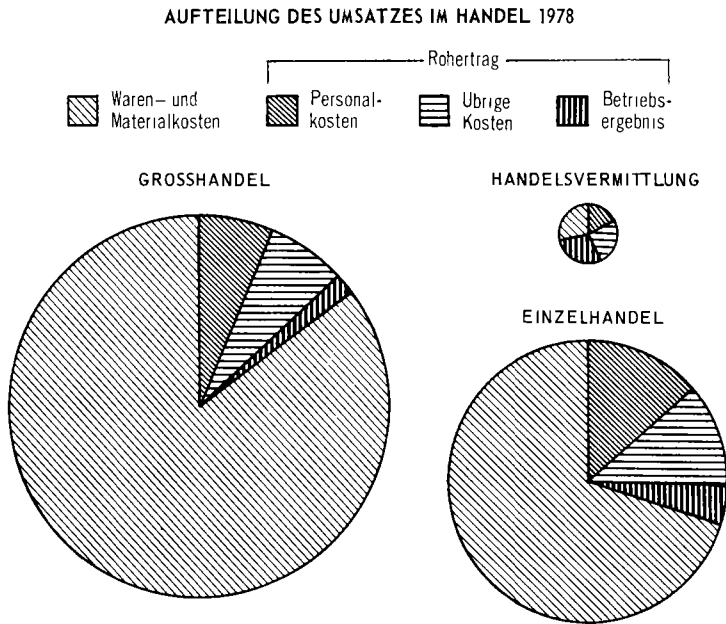
**Tabelle 8: Aufteilung des Umsatzes 1976/77**  
%

Handelsbereich	Vom Umsatz entfielen auf					
	Material- und Wareneinsatz	Rohertrag insgesamt	davon			
			Kosten insgesamt	darunter		Betriebs- ergebnis
				Personal- kosten	Mieten und Pachten	
Großhandel	85,2	14,8	13,0	6,4	0,8	1,8
Handelsvermittlung	28,4	71,6	43,0	17,7	2,1	28,6
Einzelhandel	70,1	29,9	25,2	13,5	3,0	4,7

Die eigentliche Wertschöpfung des Handels liegt nicht in einer zusätzlichen Verarbeitung der Produkte, sondern in der Warenverteilung an die Abnehmer, d. h. in der Wahrnehmung der Absatzfunktionen. Der Anteil der Wertschöpfung im Verkaufswert der Handelswaren ist in den einzelnen Handelsstufen deshalb auch vergleichsweise gering. Vor allem im Großhandel macht nach Abzug der Vorleistungen der Rohertrag (Wertschöpfung) nur 15 % des Umsatzes aus. Unter diesem Durchschnittswert liegen die Großhändler, die ihren Umsatz vorwiegend im Wege des Streckengeschäfts tätigen. Die Handelsware berührt dabei überhaupt nicht das Lager des Großhändlers, sondern wird direkt vom Lieferanten zum Kunden transportiert. Im Einzelhandel entfallen 30 % des Umsatzes auf den Rohertrag. Darin enthalten sind 13 % Personalkosten, 3 % Mieten und 5 % Betriebsergebnis, das ist der Gewinn vor Abzug der Steuern.

Im Gegensatz zu vielen Bereichen des Großhandels bedarf der Absatz der Waren im Einzelhandel oft umfangreicher Leistungen und Aufwendungen. Dazu gehört z. B. eine intensive Beratung der Kunden, insbesondere bei hochwertigen Gebrauchsgütern; damit sind relativ hohe Personalkosten für qualifiziertes Verkaufspersonal verbunden. Außerdem fallen in vielen Branchen

die Mieten und Pachten stark ins Gewicht, die speziell bei den guten Geschäftslagen an den Einkaufsstraßen der Großstädte sehr hoch sind. Problemlose Waren des täglichen Bedarfs, wie Nahrungsmittel, Getränke, Haushaltswaren oder Reinigungsmittel, werden dagegen heute überwiegend im Wege der Selbstbedienung verkauft. Auf diese Weise sollen vor allem die Personalkosten auf ein Mindestmaß beschränkt werden, um möglichst niedrige Verkaufspreise und damit hohe Umsätze zu erzielen. Dem geringen Umfang der Leistungen bei einer derartigen Form des Verkaufs entspricht dann ein verhältnismäßig geringer Anteil der Wertschöpfung am Umsatz



Statistisches Bundesamt 83 0689

Die Kostenstruktur der Handelsvermittlung unterscheidet sich aus zwei Gründen stark von den Verhältnissen in den beiden übrigen Handelsbereichen (siehe Schaubild). Zum einen ist der Umsatz beim reinen Vermittlungsgeschäft – unabhängig vom Wert der vermittelten Waren – gleich den Provisionen und Kostenvergütungen, also bereits identisch mit der Wertschöpfung. Nur wenn Handelsvermittler sogenannte „Eigengeschäfte“ tätigen, verzeichnen sie auch Wareneingänge. Hierbei ergibt sich der Rohertrag wie im Groß- und Einzelhandel als Differenz aus Umsatz und Wareneinsatz. Der Umsatzanteil des

eigenen Wareneinsatzes ist in der Handelsvermittlung jedoch mit 28 % sehr gering.

Die zweite Besonderheit im Handelsvermittlergewerbe läßt sich aus dem Verhältnis zwischen Personalkosten und Betriebsergebnis ablesen. Es macht den geringen Anteil der Arbeitnehmer an der Beschäftigtenzahl der Handelsvermittlung deutlich. Während im Großhandel und im Einzelhandel die Personalkosten etwa die Hälfte aller Kosten ausmachen und weit über dem Anteil des Betriebsergebnisses liegen, erreichen sie in der Handelsvermittlung nur 41 %.

### **3.1.7 Handelsbereiche**

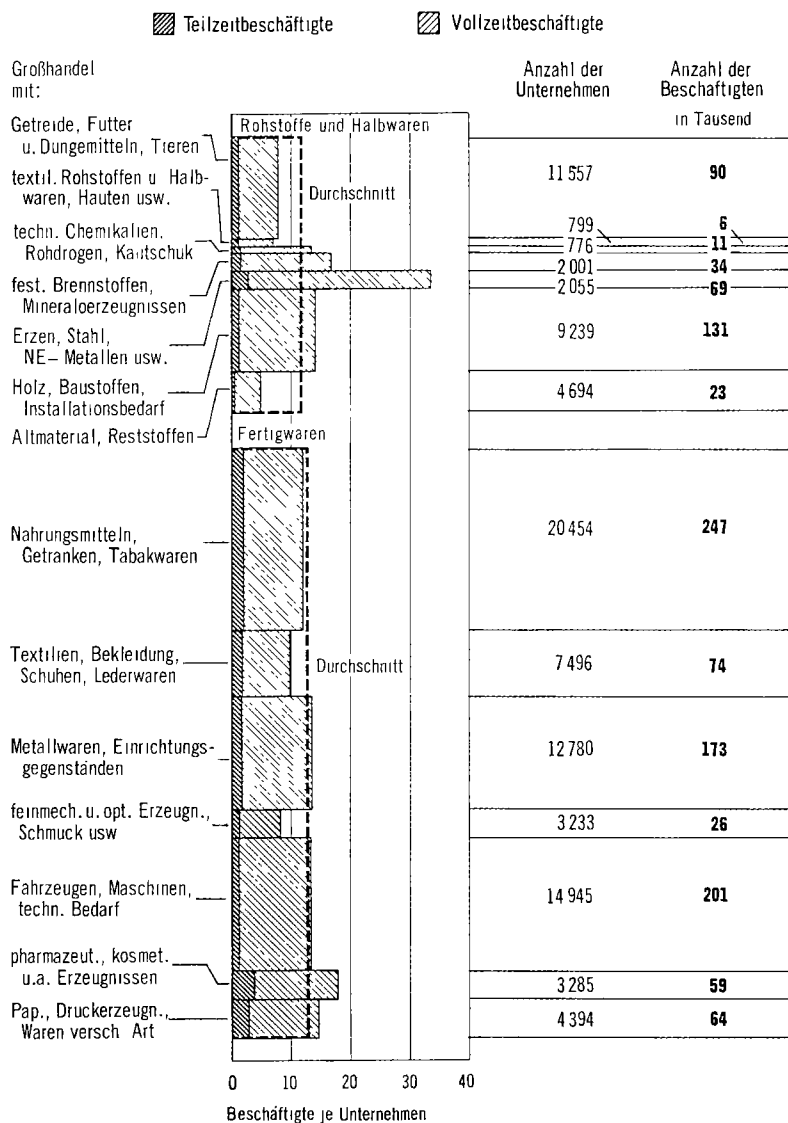
Wesentliches Merkmal zur Untergliederung des Handels in verschiedene Branchen ist das gehandelte bzw. vermittelte Warensortiment. Vielfach haben sich nämlich branchenspezifische Betriebstypen herausgebildet, die sich für den Handel mit bestimmten Warenarten als besonders günstig erwiesen haben. Die charakteristischen Handelseigenschaften der Waren, wie physische Beschaffenheit, Lagerdauer oder Beratungsbedarf beim Verkauf, sind dabei von besonderer Bedeutung.

#### **3.1.7.1 Großhandel**

Der Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren ist durch unterschiedliche Größenverhältnisse der Branchen gekennzeichnet (siehe Schaubild): Während beim Großhandel mit festen Brennstoffen, Mineralölerzeugnissen und beim Großhandel mit Erzen, Stahl, NE-Metallen usw. wenige sehr große Unternehmen das Gesamtbild bestimmen, dominiert beim Großhandel mit Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren oder beim Großhandel mit Altmaterial und Rohstoffen eher eine verhältnismäßig große Anzahl kleiner Unternehmen. Demgegenüber sind die Größenunterschiede zwischen den Unternehmen der Branchen des Fertigwarengroßhandels vergleichsweise gering.

In 85 % aller Großhandelsunternehmen werden die Waren überwiegend im Inland ge- und verkauft (Binnengroßhandel). Die restlichen 15 % der Unternehmen betätigen sich überwiegend im grenzüberschreitenden Warenhandel (Außenhandel). Allerdings sind dies verhältnismäßig umsatzstarke Unternehmen, auf die 27 % des Großhandelsumsatzes entfallen.

# **BESCHÄFTIGTE JE UNTERNEHMEN IM GROSSHANDEL 1979 NACH WIRTSCHAFTSGRUPPEN**



Statistisches Bundesamt 83 0690

**Tabelle 9: Binnengroßhandel und Außenhandel**

Art des Großhandels	Unter- nehmen	Arbeits- stätten	Beschäftigte		Umsatz 1978		
			insgesamt	je Unter- nehmen	insgesamt	je	
						Unter- nehmen	Beschäf- tigten
Anzahl					Mill. DM		1000 DM
Binnengroßhandel	83 142	101 804	1 013 113	12,2	450 067	5,4	444
Außenhandel	14 566	17 763	193 135	13,3	163 285	11,2	845
Insgesamt	97 708	119 567	1 206 248	12,3	613 352	6,3	508

### 3.1.7.2 Handelsvermittlung

In der Handelsvermittlung sind drei große Gruppen zu unterscheiden. Die „Vermittler“ richten sich bei ihren Warenverkäufen vorwiegend an gewerbliche Abnehmer. Dagegen werden von den „Versandhandelsvertretungen“ die Produkte hauptsächlich an private Haushalte vermittelt. Die dritte Gruppe bilden die „Agenturtankstellen“; diese verkaufen im allgemeinen Kraft- und Schmierstoffe im Namen und auf Rechnung der großen Unternehmen der Mineralölverarbeitung (demgegenüber handeln die „freien“ Tankstellen in eigenem Namen). Vergleichbar in der wirtschaftlichen Bedeutung werden diese Gruppen allerdings erst, wenn die „Vermittlung“ weiter unterteilt wird nach den vermittelten Warensortimenten (siehe Schaubild)

**Tabelle 10: Handelsvertreter und Handelsmakler**

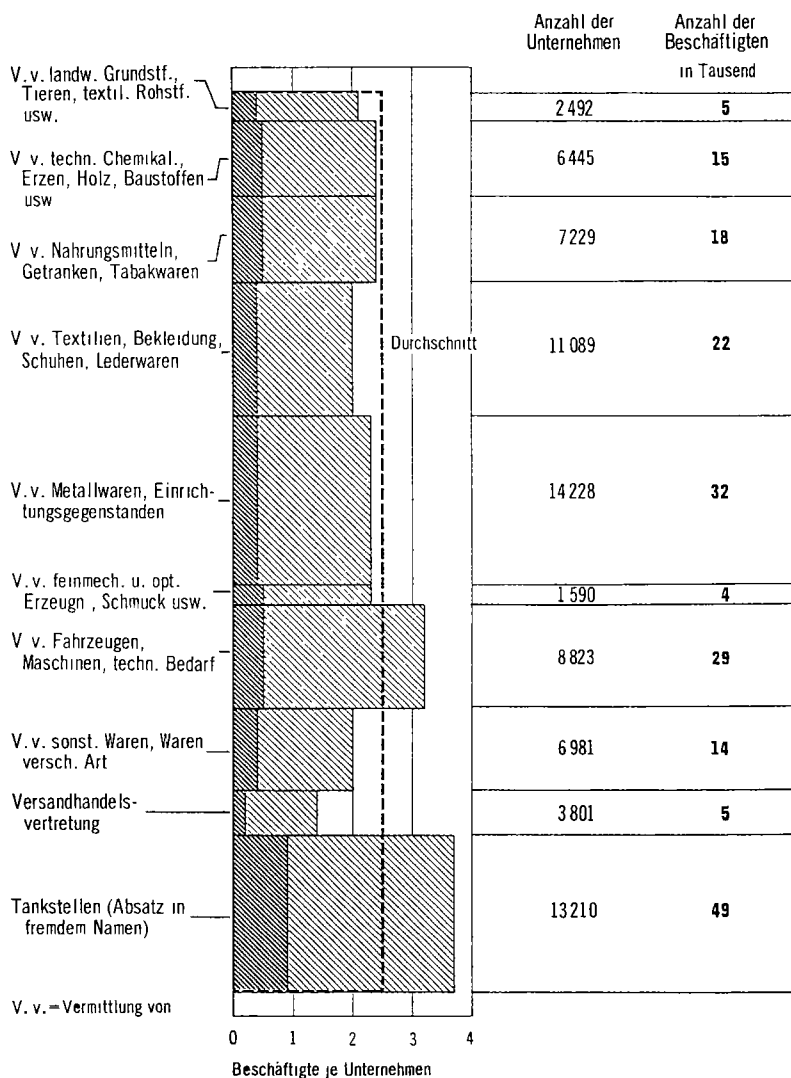
Art der Handels- vermittlung	Unter- nehmen	Arbeits- stätten	Beschäftigte		Umsatz 1978		
			insgesamt	je Unter- nehmen	insgesamt	je	
						Unter- nehmen	Beschäf- tigten
Anzahl					Mill. DM		1000 DM
Handelsvertreter	73 527	74 866	184 627	2,5	13 319	0,2	72
Handelsmakler	2 361	2 408	6 989	3,0	1 258	0,5	180
Insgesamt	75 888	77 274	191 616	2,5	14 577	0,2	76

Die Arten der Handelsvermittlung sind vorgegeben durch die Bestimmungen des Handelsrechts, nach denen unterschieden wird zwischen Handelsvertretern und Handelsmaklern. Im wesentlichen richtet sich diese Abgrenzung danach, daß der Handelsvertreter ständig damit betraut ist, für einen anderen Unternehmer Geschäfte zu vermitteln oder in dessen Namen abzuschließen, während der Makler — ohne ständige Bindung — Geschäftsabschlüsse zwischen Dritten vermittelt. Der weitaus größte Teil der Handelsvermittler ist

**BESCHÄFTIGTE JE UNTERNEHMEN IN DER HANDELSVERMITTLUNG 1979  
NACH WIRTSCHAFTSGRUPPEN**

■ Teilzeitbeschäftigte

▨ Vollzeitbeschäftigte



Statistisches Bundesamt 830691

den Handelsvertretern zuzuordnen; auf diese entfällt ein Anteil von 97 % aller Unternehmen und 96 % aller Beschäftigten der gesamten Handelsvermittlung. Dabei werden wegen der festen vertraglichen Bindung an bestimmte Unternehmen die Versandhandelsvertretungen und Agenturtankstellen ausschließlich von Handelsvertretern geführt.

Sehr gering ist die Anzahl von Mehrbetriebsunternehmen in der gesamten Handelsvermittlung. Im Gegensatz zu Groß- und Einzelhandel üben Handelsvermittlungsunternehmen nach wie vor ihre wirtschaftliche Tätigkeit in der Regel in nur einer Niederlassung aus.

### **3.1.7.3 Einzelhandel**

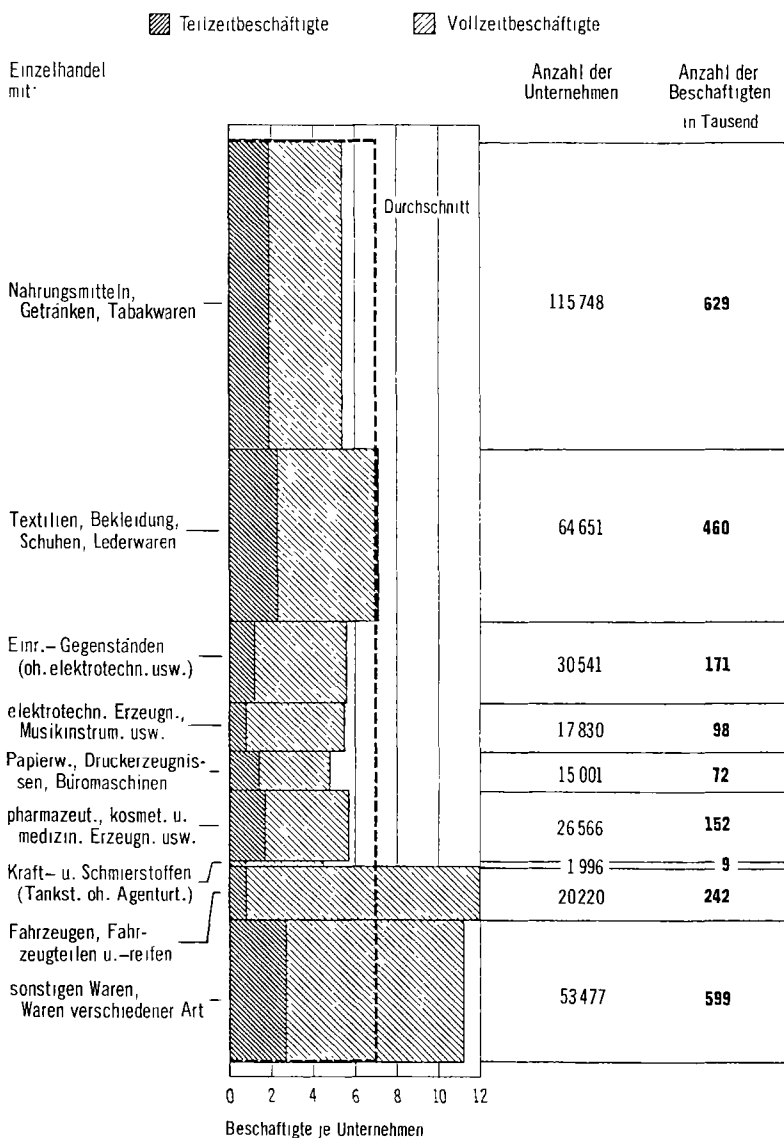
Der Einzelhandel umfaßt neben dem Fachhandel mit mehr oder weniger spezialisierten Sortimenten auch die Unternehmen des Handels mit Waren verschiedener Art. Während bei diesen z. T. sehr große Unternehmen mit sog. „modernen“ Betriebsformen (z. B. Warenhäuser oder Verbrauchermärkte) vorherrschen, sind im Fachhandel — zwar mit leichten Unterschieden zwischen den Wirtschaftsgruppen — noch überwiegend kleine Unternehmen mit nur wenigen Beschäftigten tätig (siehe Schaubild).

In der bedeutendsten Wirtschaftsgruppe des Facheinzelhandels, im Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren, sind im Durchschnitt 5 Personen tätig. Dagegen haben die Unternehmen im Einzelhandel mit „Sonstigen Waren, Waren verschiedener Art“ durchschnittlich 11 Beschäftigte, darunter die Unternehmen des Einzelhandels mit „Waren verschiedener Art“ sogar 64 Beschäftigte. Eine Sonderstellung nehmen sowohl der Einzelhandel mit Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen mit Absatz in eigenem Namen) sowie der Einzelhandel mit Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen ein: In beiden Gruppen liegt der durchschnittliche Unternehmensumsatz weit über dem Niveau des gesamten Einzelhandels. Außerdem ist der Einzelhandel mit Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen durch eine überdurchschnittliche Beschäftigtenzahl (12 Beschäftigte je Unternehmen) und einen sehr geringen Anteil teilzeitbeschäftigter Personen (nur 7 % der Beschäftigten) gekennzeichnet. Es wird dabei deutlich, daß von diesen Unternehmen oft nicht nur „reine“ Handelstätigkeiten ausgeübt, sondern zu einem gewissen Anteil auch Reparaturen, Wartungsarbeiten u. ä. durchgeführt werden.

Einzelhandel wird vorwiegend von festen Verkaufsstellen aus betrieben. Dieser sogenannte stationäre Einzelhandel umfaßt verschiedene Betriebsformen, wie



**BESCHÄFTIGTE JE UNTERNEHMEN IM EINZELHANDEL 1979  
NACH WIRTSCHAFTSGRUPPEN**



Statistisches Bundesamt 83 0692

Tankstelle, Handel vom Lager oder Kiosk; das Schwergewicht liegt dabei aber eindeutig bei den Ladengeschäften. Zu beachten ist allerdings, daß dies zwar die typischste Einzelhandelsform ist, daß aber häufig auch andere Unternehmen, obwohl sie nicht dem Einzelhandel angehören, ihre Produkte in Läden verkaufen. Hierzu gehören z B Backer oder Fleischer, die zum Produzierenden Gewerbe gerechnet werden.

Neben dem stationären Einzelhandel kommt — gemessen am Umsatz — dem Versandhandel besondere Bedeutung zu. Die im Durchschnitt relativ großen Unternehmen dieser Einzelhandelsform verkaufen ihre Waren überwiegend nicht im Ladengeschäft, sondern bieten sie durch Katalog, Prospekt, Anzeige, Muster usw. oder durch Versandhandelsvertreter an. Der „ambulante“ Handel — als dritte wichtige Erscheinungsform des Einzelhandels — bedient sich ebenfalls nicht fester Betriebsstätten, sondern vertreibt Waren im Markt-, Straßen- und Hausierhandel. Die Unternehmensgröße der „ambulanten“ Händler liegt in der Regel weit unter dem Durchschnitt des gesamten Einzelhandels.

**Tabelle 11: Stationärer und ambulanter Einzelhandel sowie Versandhandel**

Art des Einzelhandels	Unternehmen	Arbeitsstätten	Beschäftigte		Umsatz 1978		
			insgesamt	je Unternehmen	insgesamt	je	
	am 31. 3. 1979					Unternehmen	Beschäftigten
	Anzahl				Mill DM	1000 DM	
Ambulanter Einzelhandel	22 720	23 325	47 031	2,1	3 670	0,2	78
Versandhandel	5 275	6 594	78 701	14,9	16 121	3,1	205
Stationärer Einzelhandel	318 035	382 795	2 305 060	7,2	311 726	1,0	135
insgesamt	346 030	412 714	2 430 792	7,0	331 517	1,0	136

Der Standort der „stationären“ Einzelhandelsbetriebe richtet sich hauptsächlich nach dem Warensortiment und der notwendigen Nähe zu einem örtlich vorhandenen Bedarf. So ist der Handel mit Artikeln des kurzfristigen Bedarfs (z. B. Nahrungsmittelhandel, Drogerien) eher verbrauchernah angesiedelt als Geschäfte, die für ihr Sortiment von hochwertigen Artikeln des längerfristigen Bedarfs (z. B. Möbel, Schmuck) ein verhältnismäßig großes Einzugsgebiet benötigen. Aus diesen Standortbedingungen ergab sich die traditionelle Einzelhandelsstruktur, bei der sich sehr viele kleine Unternehmen in zumeist nur einer einzigen Niederlassung auf den Handel mit einem begrenzten Warensortiment spezialisierten. In den letzten Jahrzehnten hat sich dieses Bild allerdings mehr und mehr dadurch geändert, daß einerseits sehr große örtliche Einheiten entstanden, in denen für die vielfältigen Einkaufswünsche der

Kunden ein möglichst breites Sortiment an einer Stelle bereitgehalten wird; das sind vor allem die verschiedenen Formen von „großflächigen“ Ladengeschäften, wie Warenhäuser, Kaufhäuser und Verbrauchermärkte. Andererseits übernahmen vielfach Filialunternehmen mit einem weitverzweigten Netz von Niederlassungen die verbrauchernahe Versorgung mit Bedarfsartikeln.

1979 gab es insgesamt rund 406 000 Arbeitsstätten des Einzelhandels (dazu zählen neben den Einbetriebsunternehmen nur die Filialen von Mehrbetriebsunternehmen des Handels und Gastgewerbes, die selber auch Einzelhandel betreiben), von denen 93 % ihre Handelsware in „stationären“ Geschäfts- und Verkaufsräumen, 6 % im Markt-, Straßen- und Hausierhandel und 1 % im Versandgeschäft verkauften.

Als Standort für Einzelhandelsbetriebe haben Städte eine besondere Bedeutung. In ihnen sind nach wie vor viele Geschäfte angesiedelt, die zu einem beträchtlichen Anteil auch die angrenzenden ländlichen Regionen mit Gütern versorgen. Die Großstädte bieten vielen Einwohnern benachbarter Gemeinden Arbeitsplätze, was teilweise zur Folge hat, daß die beruflichen „Pendler“ Waren an ihrem Arbeitsort und nicht am Wohnort einkaufen. Außerdem werden die Waren bestimmter Einzelhandelsbranchen, wie dem Einzelhandel mit elektrotechnischen Erzeugnissen, mit Schmuck oder mit Antiquitäten, vorwiegend in der Stadt verkauft, weil zum einen erst das Umland ein genügend großes Einzugsgebiet für die Existenz der betreffenden Handelsbetriebe ergibt und weil zum anderen — vor allem beim Kauf von Gütern des gehobenen Bedarfs — von den Kunden ein vielfältiges Angebot gesucht wird, das außerdem in Verbindung mit einem städtischen Umfeld noch das Freizeitvergnügen eines Einkaufsbummels möglich macht.

Diese Stadorientierung des Einzelhandels kann dadurch belegt werden, daß man Einzelhandelsdaten in Beziehung zur Wohnbevölkerung setzt: Während 1979 im Bundesdurchschnitt auf 10 000 Einwohner rund 66 Arbeitsstätten des Einzelhandels mit 374 Beschäftigten und 53 Mill. DM Umsatz kamen, lag die entsprechende Kennzahl in den kreisfreien Städten bei 70 Arbeitsstätten, 489 Beschäftigten und 73 Mill. DM Umsatz je 10 000 Einwohner. Rein rechnerisch kommt darin vor allem zum Ausdruck, daß Städte eine „Zentralfunktion“ für ihr Umland ausüben, indem sie gute Einkaufsmöglichkeiten und gleichzeitig verhältnismäßig viele Arbeitsplätze im Handel anbieten.

Der Vergleich mit den entsprechenden Kennzahlen des Jahres 1968 (siehe Tab. 12) zeigt allerdings, daß die Bedeutung der Städte zu diesem Zeitpunkt noch höher war und seither abgenommen hat. So wurden 1968 in kreisfreien

**Tabelle 12: Regionale Verteilung der Arbeitsstätten, der Beschäftigten und des Umsatzes im Einzelhandel**

Kreisfreie Städte Kreise	Wohn- bevölkerung	Arbeitsstätten		Beschäftigte		Umsatz (1978 bzw. 1967 <sup>1)</sup> )	
		ins- gesamt	je 10 000 Einwohner	ins- gesamt	je 10 000 Einwohner	ins- gesamt	je 10 000 Einwohner
		Anzahl				Mill. DM	
Kreisfreie Städte	1000						
1968	23 184	186 401	80	1 203 068	519	85 012	37
1979	21 915	153 951	70	1 072 422	489	159 586	73
Veränderung 1979 gegenüber 1968	-5,5 %	-17,4 %	-12,5 %	-10,9 %	-5,8 %	+87,7 %	+97,3 %
Kreise							
1968	36 765	265 477	72	992 795	270	59 701	16
1979	39 406	251 889	64	1 223 541	310	166 151	42
Veränderung 1979 gegenüber 1968	+7,2 %	-5,1 %	-11,1 %	+23,2 %	+14,8 %	+178,3 %	+162,5 %
Insgesamt							
1968	59 949	451 878	75	2 195 863	366	144 713	24
1979	61 322	405 840	66	2 295 963	374	325 738	53
Veränderung 1979 gegenüber 1968	+2,3 %	-10,2 %	-12,0 %	+4,6 %	+2,2 %	+125,1 %	+120,8 %

<sup>1)</sup> Umsatz 1967 einschl. Umsatzsteuer nach altem Umsatzsteuerrecht; die durchschnittliche Steuerbelastung lag bei rd. 3 %.

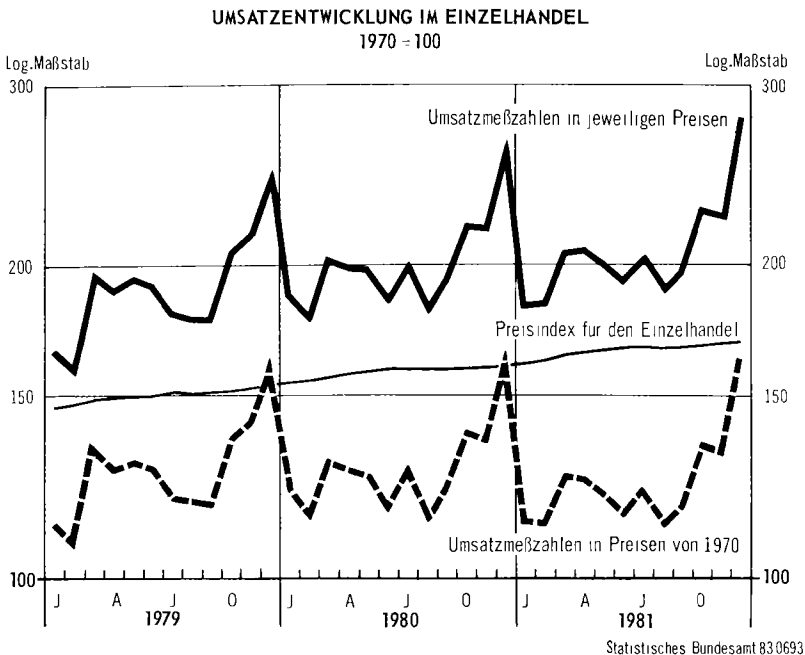
Städten noch 519 Beschäftigte je 10 000 Einwohner im Einzelhandel gezählt. In den (Land-)Kreisen stieg die entsprechende Anzahl der Beschäftigten je 10 000 Einwohner von 270 im Jahr 1968 auf 310 im Jahr 1979. Die Entwicklung der Anzahl der Arbeitsstätten und der Umsätze in den Kreisen war in diesem Zeitraum ebenfalls überdurchschnittlich.

Dieser Trend muß wohl auf vielfältige Ursachen zurückgeführt werden. Laßt man die Auswirkungen der Gebietsreformen außer acht, so ist einer der wichtigsten Gründe die Abnahme der Stadtbevölkerung und Zunahme der Landbevölkerung, die u. a. auch dem ländlichen Einzelhandel zugute gekommen ist. Außerdem wählten in diesen elf Jahren viele große Einzelhandelsbetriebe, wie Möbelhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte, einen Standort „auf der grünen Wiese“, weil sie dort ihre großflächigen Geschäfte zu günstigeren finanziellen Bedingungen und ohne Verkehrsprobleme errichten und betreiben konnten.

### 3.1.8 Saisonverläufe im Handel

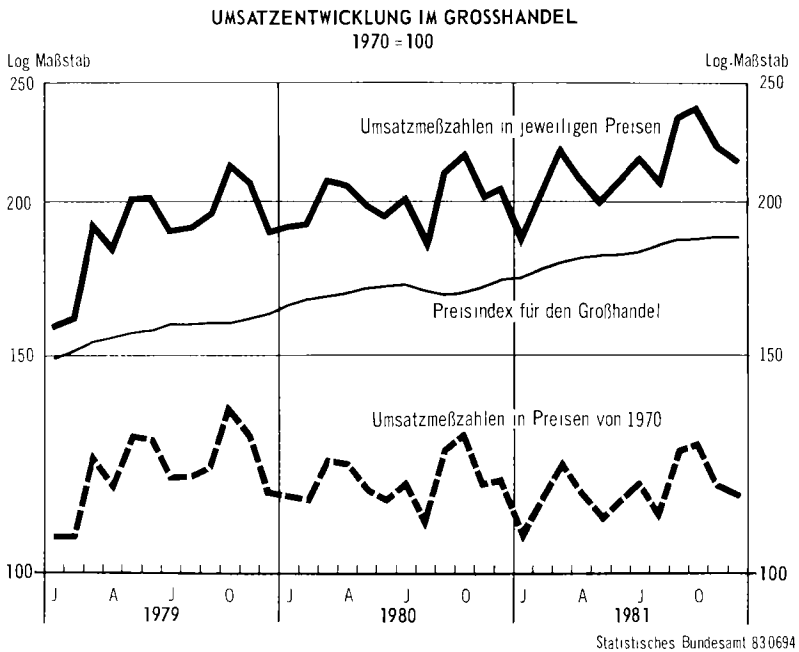
Die Umsätze des Handels sind im Jahresverlauf starken Schwankungen unterworfen. Abgesehen von der konjunkturellen Entwicklung bestimmen eine Reihe von Einflußfaktoren die monatlichen Betriebsergebnisse der Handelsunternehmen

Vor allem im Einzelhandel (siehe Schaubild) sind in diesem Zusammenhang Feiertage oder Ferien- und Urlaubszeiten von entscheidender Bedeutung. So sind im allgemeinen besonders hohe Monatsergebnisse in der Osterzeit (März/April) und im Monat Dezember zum Weihnachtsgeschäft zu beobachten. Ausgesprochen niedrige Umsätze werden dagegen nach Weihnachten in den Monaten Januar/Februar sowie während der Sommerferien im Monat August erzielt.



Im Großhandel (siehe Schaubild) ist der Saisonverlauf im wesentlichen durch die gleichen Spitzen und Tiefen gekennzeichnet. Die saisonalen Einflüsse machen sich allerdings etwas früher bemerkbar. So wirkt sich das

Ostergeschäft schon im März, das Weihnachtsgeschäft bereits im November umsatzerhöhend aus; das Wintertief beginnt dementsprechend auch schon im Monat Dezember, das Sommertief im Juli. Diese zeitliche „Vorankündigung“ der Saison in den Großhandelsumsätzen wird dadurch bewirkt, daß die Einzelhändler ihren Warenbestand an der erwarteten Umsatzentwicklung ausrichten. Vor dem saisonalen Hoch werden verstärkt Bestellungen beim Großhandel vorgenommen, vor dem saisonalen Tief werden dagegen die Lagerbestände möglichst reduziert.



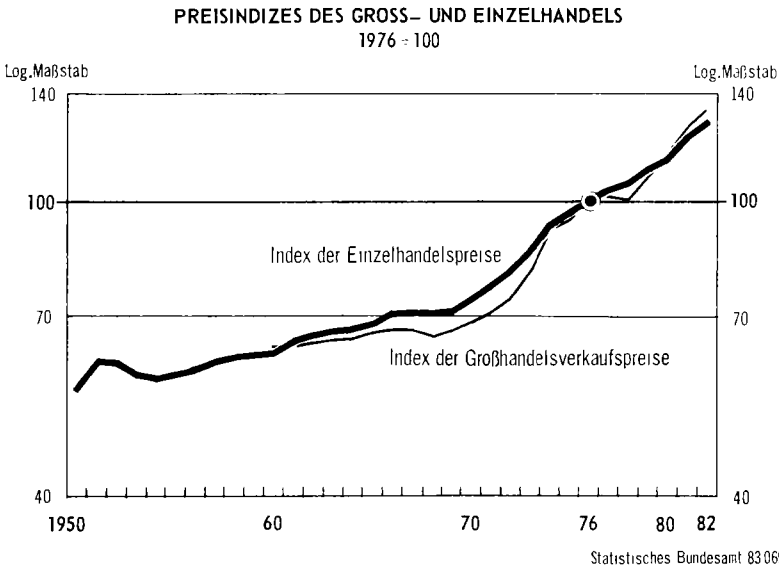
Betrachtet man die beiden Kurven zur Umsatzentwicklung, so zeigt sich, daß die Großhandelsumsätze im Verhältnis zum Einzelhandel geringere saisonale Schwankungen aufweisen. Ausschlaggebend hierfür ist, daß der Großhandel nicht nur den Einzelhandel beliefert, sondern im sogenannten Produktionsverbindungshandel auch Unternehmen anderer Bereiche (z. B. des Verarbeitenden Gewerbes), Gebietskörperschaften und sonstige Organisationen; außerdem fließt ein nicht unerheblicher Teil der Waren in das Ausland. Von der Endnachfrage der inländischen privaten Haushalte sind diese Umsätze nicht oder wenigstens nicht unmittelbar abhängig. Insoweit kommen im Großhandel

andere Einflußfaktoren als im Einzelhandel hinzu, wie Lieferzeiten von Saatgut und Düngemitteln für die Landwirtschaft oder Dauer der Schlechtwetterperiode im Baugewerbe u. a. Die Saisonverläufe in den einzelnen Großhandelsbranchen sind teilweise sehr ausgeprägt, bei der Aggregation zum Bereichsergebnis überlagern und kompensieren sie sich aber.

### 3.1.9 Preise im Groß- und Einzelhandel

Die Großhandelsverkaufspreise haben sich von 1960 bis 1982 um 108 % erhöht; das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate von + 3,4 %. Der stärkste Anstieg war von 1973 auf 1974 (+ 13 %) im Zusammenhang mit der ersten Ölkrise zu verzeichnen.

Der Index der Einzelhandelspreise erhöhte sich von 1950 bis 1982 um 131 %; daraus errechnet sich eine durchschnittliche Jahresveränderungsrate von + 2,7 %. Während sich das Preisniveau von 1950 bis 1970 nur geringfügig erhöhte, trat zu Beginn der 70er Jahre eine Beschleunigung des Preisauftriebs ein; der Index stieg von 1970 auf 1982 um 75 %, in der Wirtschaftsgruppe „Einzelhandel mit Kohle und Mineralölerzeugnissen“ sogar um 252 %.



**Tabelle 13: Preisentwicklung im Groß- und Einzelhandel  
1976 = 100**

Jahr	Index der	
	Großhandelsverkaufspreise <sup>1)</sup>	Einzelhandelspreise
1950		55,7
1955		58,3
1960	64 0	62,8
1965	66 6	68,9
1970	69 2	73,5
1975	94 5	96 9
1980	116 5	116,1
1982	133,4	128,6

<sup>1)</sup> Ab 1968 ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

## **3.2 Gastgewerbe**

### **3.2.1 Gesamtüberblick**

Das Gastgewerbe ist ein sehr traditionsreicher Wirtschaftsbereich, der sowohl die Beherbergung als auch die Bewirtung von Gästen umfaßt. Unter Beherbergung versteht man das Anbieten von Übernachtungsmöglichkeiten zum vorübergehenden Aufenthalt von Gästen (z. B. in Hotels und Pensionen). Gaststätten und Kantinen widmen sich vorwiegend der Bewirtung und Verpflegung. Charakteristisch für das Gaststättengewerbe ist, daß Speisen und Getränke angeboten werden, deren Verzehr üblicherweise an Ort und Stelle stattfindet. Die Verpflegung durch Kantinen erfolgt dagegen zum Teil — speziell bei Großküchen — auch außer Haus, in der Regel wird dabei jedoch ein fester Abnehmerkreis mit fertig zubereiteten Speisen beliefert.

Mit dem Gastgewerbe sind — wie im Handel — oft Nebentätigkeiten, wie besondere Dienstleistungen (z. B. Reinigung von Kleidern) oder das Anbieten von Unterhaltung, verbunden. Es treten daher wie im Handel häufig Abgrenzungsschwierigkeiten zu anderen Wirtschaftsbereichen auf.

### **3.2.2 Unternehmen und Beschäftigte**

Die Entwicklung des Dienstleistungsbereichs Gastgewerbe war in den letzten drei Jahrzehnten — vor allem in den fünfziger und sebziger Jahren — durch einen starken Aufwärtstrend gekennzeichnet.



Das Wirtschaftswachstum und die verbesserte Einkommenssituation brachten zunächst eine rein mengenmäßige Zunahme der Nachfrage nach Gastgewerbeleistungen mit sich. Im Laufe der Zeit hat sich aber auch ein Wandel in den Bedürfnissen vollzogen. Hier macht sich u. a. bemerkbar, daß der Freizeit ein höheres Gewicht beigemessen wird. Dies kam nicht nur dem Beherbergungsgewerbe über einen zunehmenden Reiseverkehr zugute, auch die Gaststätten konnten von dieser Entwicklung profitieren, indem sie der gestiegenen Nachfrage nach Unterhaltung, verbunden mit dem Verzehr von Speisen und Getränken, durch ein entsprechend ausgeweitetes Angebot entgegenkamen.

Das Wachstum des Gastgewerbes ergab sich vorwiegend aus einer Zunahme der Anzahl der ganz kleinen Unternehmen mit einem oder zwei Beschäftigten und der Unternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten.

Auch die großen Unternehmen — darunter vor allem die mit mehr als hundert Beschäftigten — konnten ihre Bedeutung ständig erhöhen. So stieg ihr Anteil an der gesamten Beschäftigtenzahl des Gastgewerbes von 31 % im Jahr 1960

**Tabelle 14: Unternehmen und Beschäftigte im Gastgewerbe**

Jahr	Wohn- bevölkerung	Unternehmen	Beschäftigte	Beschäftigte je Unternehmen
		im Gastgewerbe		
	1979 = 100			Anzahl
1950	82	72	53	3,1
1960	91	88	82	3,9
1968	98	89	87	4,1
1979	100	100	100	4,2

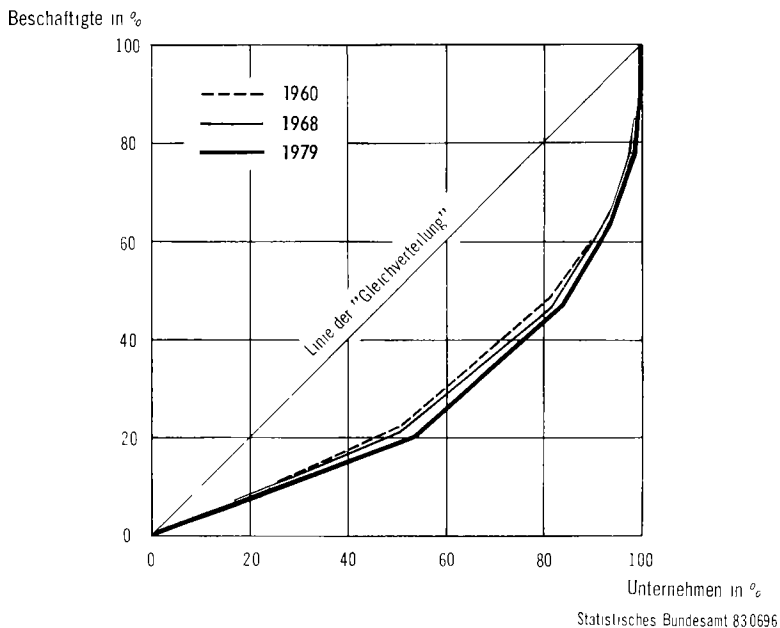
**Tabelle 15: Unternehmensgrößenklassen im Gastgewerbe nach der Anzahl der Beschäftigten**

Unternehmen mit bis Beschäftigten	Unternehmen				Beschäftigte					
					insgesamt				und zwar Anteil der	
									Arbeit- nehmer	Teilzeit- beschäf- tigten
	1979	1968	1960		1979	1968	1960		1979	
	Anzahl	‰			Anzahl	‰				
1 — 2	101 012	53,5	50,2	50,7	161 873	20,6	21,3	22,1	12,8	16,4
3 — 9	74 666	39,6	44,4	44,2	335 417	42,6	45,5	47,1	50,3	35,8
10 oder mehr	13 085	6,9	5,5	5,1	289 813	36,8	33,2	30,8	88,5	28,7
Insgesamt	188 763	100	100	100	787 103	100	100	100	56,6	29,2

auf 37% im Jahr 1979. Obwohl sich insgesamt also die wirtschaftliche Tätigkeit mehr auf die größeren Unternehmen konzentriert hat (siehe Schaubild), bestehen im Gastgewerbe dennoch auch für kleine Unternehmen weiterhin gute Marktchancen.

#### KONZENTRATION DER BESCHÄFTIGTEN IM GASTGEWERBE

Lorenz-Kurve nach Beschäftigtengroßenklassen



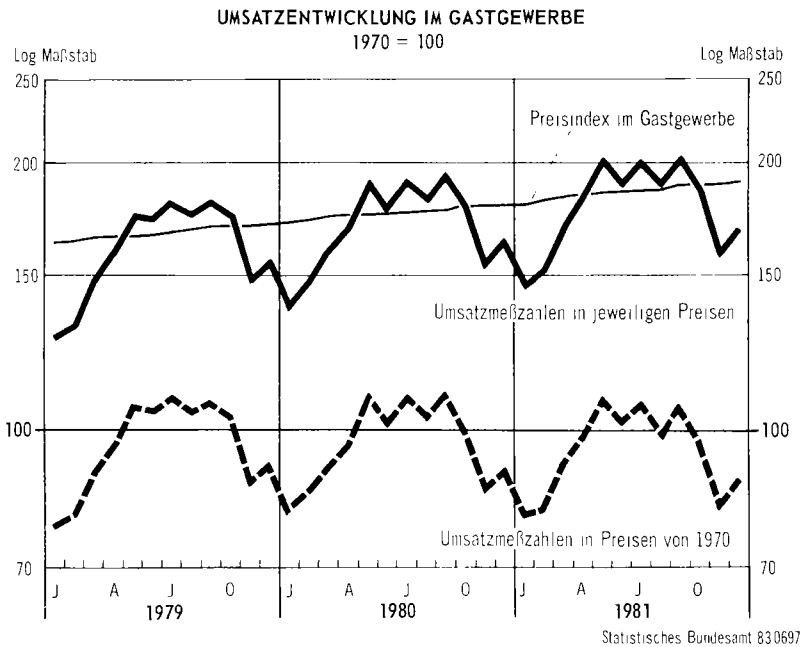
Im Gaststättengewerbe liegt der Anteil der Beschäftigten kleiner Unternehmen an der gesamten Beschäftigtenzahl mit 71 % besonders hoch. In diesem Bereich gibt es die verschiedenartigsten Spezialisierungsmöglichkeiten, wie z. B. Spezialitätenrestaurants oder Gaststätten mit musikalischer Unterhaltung, die sich für den Betrieb in kleineren Einheiten besonders gut eignen. Das verdeutlicht auch der sehr geringe Anteil der Mehrbetriebsunternehmen: nur jeder zehnte Beschäftigte im Gastgewerbe arbeitet in einem Unternehmen mit mehreren Arbeitsstätten, d. h. Filialen.

Entsprechend der vorwiegend mittelständischen Struktur des Gastgewerbes liegt der Anteil der Arbeitnehmer an den Beschäftigten insgesamt mit 57 % ausgesprochen niedrig; die Inhaber der kleinen Unternehmen betreiben ihre

Unternehmen oft ausschließlich unter Einsatz ihrer eigenen Arbeitskraft sowie der ihrer Familienangehörigen. Mit zunehmender Größe der Unternehmen steigt der Anteil der Arbeitnehmer zwar beträchtlich, die Mitarbeit der Inhaber selbst spielt jedoch auch in den größeren Unternehmen noch eine erhebliche Rolle.

Mit 29 % ist der Teilzeitbeschäftigungsgrad im Gastgewerbe relativ hoch. Es macht sich auch hier — ähnlich wie im Einzelhandel — die unterschiedliche Belastung der Unternehmen zu den einzelnen Tageszeiten, an verschiedenen Wochentagen wie auch in verschiedenen Jahreszeiten bemerkbar. Mit einem Einsatz von Vollbeschäftigten allein könnten die Betriebe der unterschiedlichen Nachfrage zu verschiedenen Zeiten nicht gerecht werden.

Die starken saisonalen Schwankungen im Gastgewerbe mit einem ausgeprägten „Hoch“ in der Sommersaison und einem „Tief“ in der Wintersaison — das von einem leichten Aufschwung in der Weihnachtszeit unterbrochen wird — zeigt das folgende Schaubild sehr deutlich.



### 3.2.3 Betriebsarten des Gastgewerbes, Umsatz

Innerhalb des Gastgewerbes kommt dem Gaststättengewerbe mit einem Anteil von 75 % an der Gesamtzahl der Unternehmen die größte Bedeutung zu.

**Tabelle 16: Betriebsarten des Gastgewerbes**

Wirtschaftsgruppe	Unter- nehmen	Bes- chaf- tigte	Umsatz <sup>1)</sup> 1978							
			ins- gesamt	davon aus					je	
	Gastgewerbe			Ein- zel- han- del	Backe- rei oder Flei- scherei	sonst Tätig- keiten	Unter- neh- men	Bes- chaf- tigten		
	Beher- bergung	Verpfle- gung								
									am 31 5 1979	
Anzahl	Mill DM	%					1000 DM			
Beherbergungs- gewerbe	42 702	238 518	11 836	40,3	56,9	0,8	1,2	0,9	277	50
Gaststättengewerbe	141 304	521 258	24 579	0,6	95,9	1,7	1,4	0,5	174	47
Kantinen	4 757	27 327	1 614	0,0	95,5	3,7	0,5	0,3	339	59
insgesamt	188 763	787 103	38 029	13,0	83,7	1,5	1,3	0,6	201	48

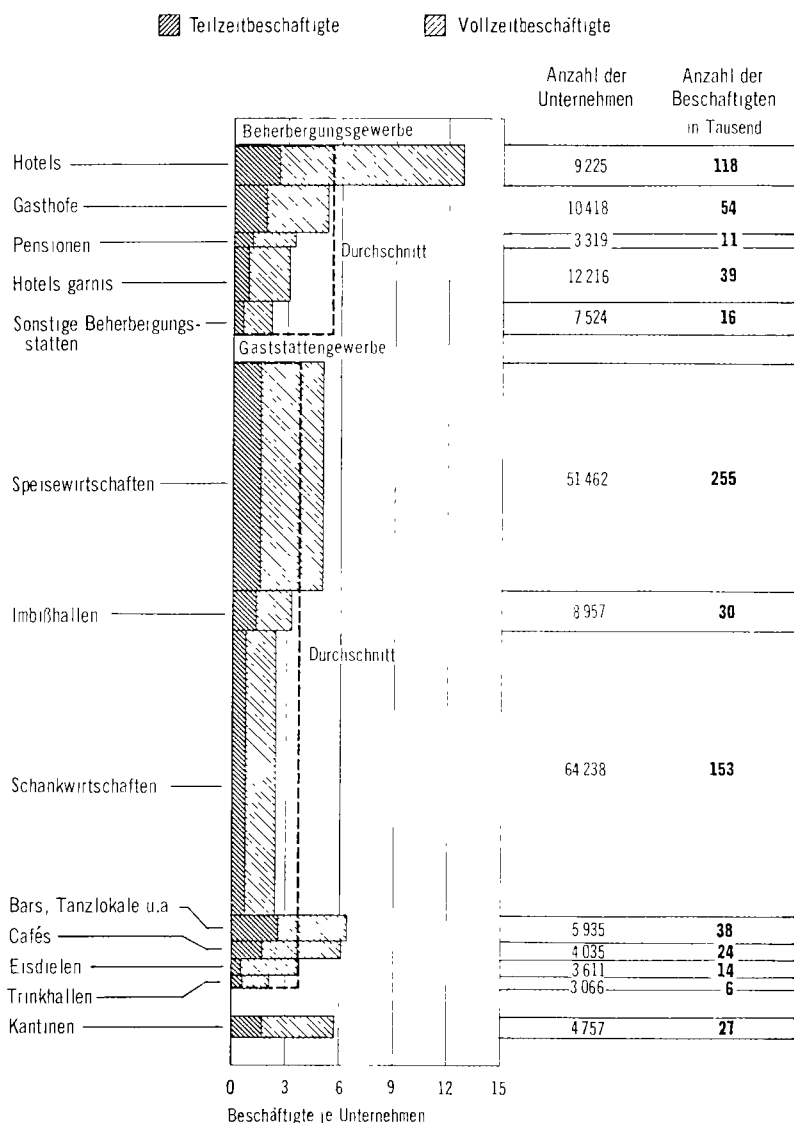
<sup>1)</sup> Einschließlich Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Als Gaststätten werden dabei eine Reihe verschiedenartiger Betriebsarten bezeichnet: die zahlreichen Speise- und Schankwirtschaften, die zusammen bereits 82 % aller Gaststättenunternehmen ausmachen, die Imbiß- und Trinkhallen mit einem Anteil von zusammen 9 %, die Bars und Tanzlokale mit einem Anteil von 4 % und schließlich die Cafés und Eisdielen mit Anteilen von je 3 %. Gaststätten sind meistens verhältnismäßig kleine Unternehmen, die im Durchschnitt nur 4 Personen beschäftigen. Auch in den einzelnen Betriebsarten weicht die durchschnittliche Unternehmensgröße nur wenig von diesem Mittelwert ab: während in den Schankwirtschaften und Trinkhallen mit 2 Beschäftigten die Unternehmensgröße am niedrigsten liegt, werden in Bars und Tanzlokalen sowie in Cafés mit durchschnittlich je 6 Beschäftigten die meisten Personen je Unternehmen im Gaststättengewerbe beschäftigt (siehe Schaubild).

Von den 38 Mrd. DM, die 1978 im Gastgewerbe insgesamt umgesetzt wurden, entfielen knapp zwei Drittel (24,6 Mrd. DM) auf das Gaststättengewerbe.

Den Gaststätten in der Art der gewerblichen Tätigkeit verwandt sind die Kantinen. In der wirtschaftlichen Bedeutung sind sie mit 4 757 Unternehmen und 27 000 Beschäftigten und 1,6 Mrd. DM Umsatz den weniger zahlreich besetzten Betriebsarten des Gaststättengewerbes vergleichbar (vgl. Schaubild).

# **BESCHAFTIGTE JE UNTERNEHMEN IM GASTGEWERBE 1979** **NACH BETRIEBSARTEN**



Statistisches Bundesamt 83 0698

Im Beherbergungsgewerbe sind Institutionen zusammengefaßt, deren Hauptzweck darin besteht, Gäste zu beherbergen und — je nach Betriebsart — auch zu bewirten. Neben den herkömmlichen Betriebsarten der Beherbergung (z.B. Hotel, Gasthof) sind einige Wirtschaftszweige — zumindest in nennenswertem Umfang — erst im Zusammenhang mit der starken Zunahme des Reiseverkehrs entstanden, wie Ferienhäuser, Ferienwohnungen und Ferienzentren. Im vorstehenden Schaubild wird jedoch deutlich, daß die Beherbergung von Gästen immer noch weitgehend in den herkömmlichen Beherbergungsstätten stattfindet. So sind von den 239 000 Beschäftigten des Beherbergungsgewerbes 93 % in Hotels, Gasthöfen, Pensionen oder Hotels garnis tätig, in Hotels allein sogar 50 %. Entsprechend entfallen auf diese vier Betriebsarten zusammen 95 % des Beherbergungsumsatzes (insgesamt 11,8 Mrd. DM), davon auf die Hotels 55 %

### 3.2.4 Aufteilung des Umsatzes: Kostenstruktur, Wertschöpfung, Wareneinsatz

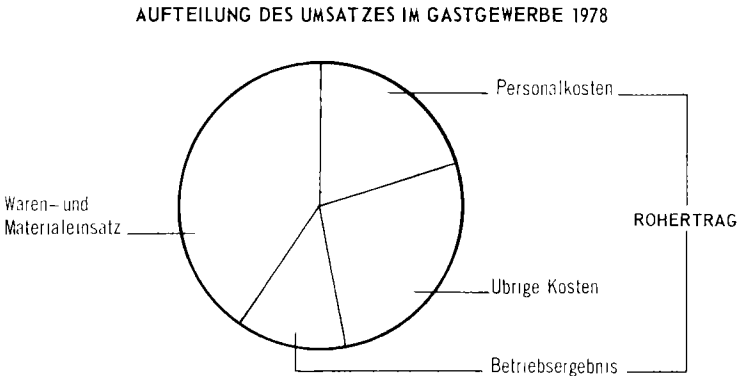
Im Umsatz bzw. der Gesamtleistung des Gastgewerbes ist ein verhältnismäßig hoher Anteil (59 %) eigener Wertschöpfung enthalten; nur 41 von 100 DM Umsatz werden an die Lieferanten des eingesetzten Materials und der Waren weitergegeben.

**Tabelle 17: Aufteilung des Umsatzes im Gastgewerbe 1977**  
%

Jahr	Vom Umsatz entfielen auf					
	Material- und Waren- einsatz	Roh- ertrag ins- gesamt	davon			
			Kosten ins- gesamt	darunter		Betriebs- ergebnis
				Personal- kosten	Mieten und Pachten	
1977	40,8	59,2	47,3	20,9	7,1	11,9

In dieser Aufteilung spiegelt sich wider, daß der Umsatz im Gastgewerbe im allgemeinen mit einem hohen Aufwand an Dienstleistungen erzielt wird. Das gilt vor allem für das Beherbergungsgewerbe, bei dem der Fremdbezug von Waren hauptsächlich zur Verpflegung der beherbergten Gäste notwendig ist. Dem Entgelt für die reine Beherbergung stehen dagegen im wesentlichen lediglich die „eigenen“ Leistungen des Betriebs gegenüber. Aber auch im Gastgewerbe spielt die reine und unveränderte Weitergabe der zugekauften Waren nur eine untergeordnete Rolle. Von großer Bedeutung für die Gäste sind z. B. Art und Qualität der Speisenzubereitung, die Atmosphäre der Gaststätte, das Unterhaltungsangebot usw. Auch Ausstattung und Lage der Räumlichkeiten

sowie das eingesetzte Bedienungspersonal dienen dem Wohlbefinden und der Zufriedenheit der Gäste, bestimmen aber auch ganz entscheidend die Höhe der Kosten. So entfallen 21 % der Gesamtleistung auf Personalkosten und 7 % auf Mieten und Pachten. Mehr als ein Zehntel des Umsatzes fließt darüber hinaus in das Betriebsergebnis; darin wird wiederum deutlich, daß ein relativ großer Anteil der Gesamtleistung von den Unternehmern persönlich erbracht wird



Statistisches Bundesamt 83 0699

**3.2.5 Preise für Leistungen des Gastgewerbes**

Die Preise für Leistungen des Gastgewerbes haben sich von 1962 bis 1982 um 186 % erhöht, wobei die jährlichen Veränderungsraten im allgemeinen zwischen + 5 und + 6 % schwankten. Durch den Übergang von der Allphasenumsatzsteuer auf die Mehrwertsteuer 1968 und durch die Erhöhungen der Branntweinsteuer in den Jahren 1966, 1972, 1976, 1977, 1980 und 1982 wurde die Indexentwicklung deutlich beeinflusst.

**Tabelle 18: Preisindex für Leistungen des Gastgewerbes  
1976 = 100**

Jahr	Index
1962	48,1
1965	55,4
1970	70,5
1975	95,4
1980	123,9
1982	137,6

### **3.3 Reiseverkehr**

#### **3.3.1 Gesamtüberblick**

Das Reisen ist für einen großen Teil der Bevölkerung heutzutage zur Selbstverständlichkeit geworden. Alljährlich suchen Millionen von Bundesbürgern Erholung und Entspannung fern von ihrem Wohnort. Reiseverkehr ist jedoch nicht nur durch Urlaub und Freizeit veranlaßt; auch die Wahrnehmung privater und geschäftlicher Kontakte, der Besuch von Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen, die Wiederherstellung der Gesundheit und andere Gründe können einen vorübergehenden Ortswechsel erfordern.

Vom Aufenthalt Ortsfremder gehen positive (Kaufkraftverlagerung) wie negative Wirkungen (Belastung von Umwelt und Infrastruktur) aus. Angaben über die Anzahl der Besucher, ihren Herkunftsort und die Dauer ihres Aufenthaltes sind für die Zielgebiete des Reiseverkehrs deshalb von besonderer Wichtigkeit. Entsprechende Informationen werden — mit gewissen Einschränkungen — durch die Erfassung der Ankünfte und Übernachtungen von Gästen der örtlichen Beherbergungsstätten gewonnen.

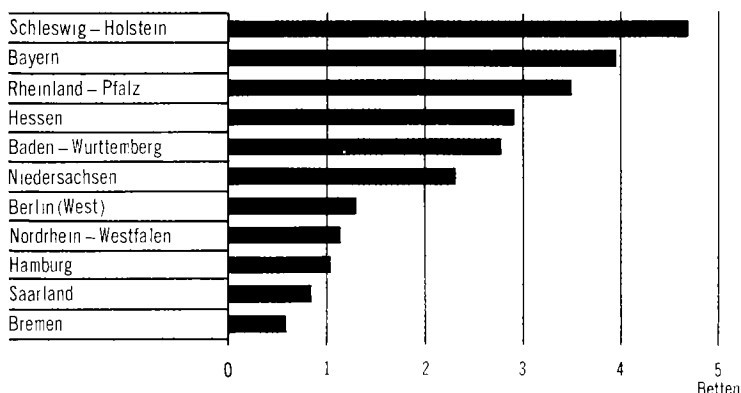
Da Reisende neben Beherbergungsleistungen Waren und Dienste unterschiedlichster Art in Anspruch nehmen, sind Aussagen über die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Reiseverkehrs schwierig. Zumindest über Aufwendungen für längere Urlaubs- und Erholungsreisen sind jedoch Daten aus Haushaltsbefragungen verfügbar, Informationsquellen, die vor allem auch Angaben über Umfang und Häufigkeit der Reisebeteiligung sowie Struktur und Richtung des Fremdenverkehrs im Inland und ins Ausland liefern. Außenwirtschaftliche Einflüsse des Gesamtreiseverkehrs (auch aus dem Ausland) werden durch devisenstatistische Nachweisungen erfaßt.

#### **3.3.2 Ankünfte und Übernachtungen, durchschnittliche Aufenthaltsdauer, Kapazitätsauslastung**

Wie in anderen Ländern konzentriert sich der Reiseverkehr in der Bundesrepublik Deutschland in besonderem Maße auf bestimmte Regionen. So wurden bis 1980 nur in gut einem Viertel aller Gemeinden jährlich jeweils mindestens 5 000 Gästeübernachtungen gezählt, kaum 3 % der rd. 8 500 Gemeinden erreichten 250 000 Übernachtungen und mehr.



**GASTEBETTEN AM 1.4.1981<sup>1)</sup>**  
 Je 100 Einwohner nach Bundesländern



1) In Beherbergungsstätten mit 9 Betten und mehr

Statistisches Bundesamt 830700

Andererseits waren die am 1. April 1981 von Beherbergungsstätten mit 9 Betten und mehr (ohne Jugendherbergen und Kinderheime) angebotenen rd 1,5 Mill. Gästebetten im Jahresdurchschnitt nur zu rd 38% ausgelastet, d. h. von Januar bis Dezember 1981 blieben rd. 340 Mill. Übernachtungsmöglichkeiten ungenutzt. Es stehen somit auch ohne Berücksichtigung der Kleinstbetriebe und Privatquartiere, die erfahrungsgemäß eine noch niedrigere Belegung aufweisen, ab 1981 aber nicht mehr bundeseinheitlich erfaßt werden, erheblich mehr Beherbergungsmöglichkeiten bereit als jahresdurchschnittlich beansprucht werden. Im Jahr 1981 wurden aber immerhin 210,0 Mill. Übernachtungen für rd 52 Mill. Reisende gezahlt, die sich damit im rechnerischen Durchschnitt 4,0 Tage in den Unterkunftsstätten aufhielten.

Obwohl Angaben über den Aufenthaltszweck der Reisenden nicht vorliegen, lassen sich mit einer Differenzierung nach Betriebstypen gewisse Aussagen über die Gästestruktur verbinden. Fast jeder zweite Reisende steigt in einem Hotel ab; die sehr kurze durchschnittliche Aufenthaltsdauer von rd. zwei Tagen deutet darauf hin, daß diese Unterkunftsart im Geschäfts- und Dienstreiseverkehr besonders bevorzugt wird.

Außerdem wirkt sich hierbei der vergleichsweise hohe Anteil von Auslandsgästen (20 %) aus, die selbst bei Privataufenthalten in der Bundesrepublik Deutschland häufig Rundreisen mit kurzen Aufenthalten an verschiedenen Orten durchführen. (In diesem Zusammenhang sei angemerkt,

**Tab. 19: Beherbergungskapazität und Inlandsreiseverkehr 1981 nach Betriebsarten**

Betriebsarten	Betten <sup>1)</sup>	Gaste-		Durchschnittliche	
		ankünfte	über- nachtungen	Aufenthalts- dauer	Kapazitäts- auslastung
		Januar bis Dezember 1981			
		1000		Tage	%
Hotels	465.2	27 497.7	63 756.1	2.3	37.5
Hotels garnis	140.7	6 779.0	18 964.6	2.8	36.9
Gasthöfe	265.1	7 805.6	23 671.0	3.0	24.5
Fremdenheime und Pensionen	251.0	4 320.6	32 357.3	7.5	35.3
Erholungs- und Ferienheime	120.8	3 029.0	19 786.1	6.5	44.9
Heilstätten und Sanatorien	114.2	1 258.7	35 188.3	28.0	84.4
Ferienhäuser und Ferienwohnungen	156.0	1 690.3	16 238.3	9.6	28.5
Insgesamt	1 513.0	52 381.0	209 961.6	4.0	38.0
Außerdem					
Jugendherbergen	71.0	3 468.8	10 591.6	3.1	40.8
Kinderheime	20.9	205.1	3 675.3	17.9	48.2
Campingplätze	x	3 732.0	17 355.3	4.7	—

<sup>1)</sup> Zum April 1981 fortgeschriebene Ergebnisse

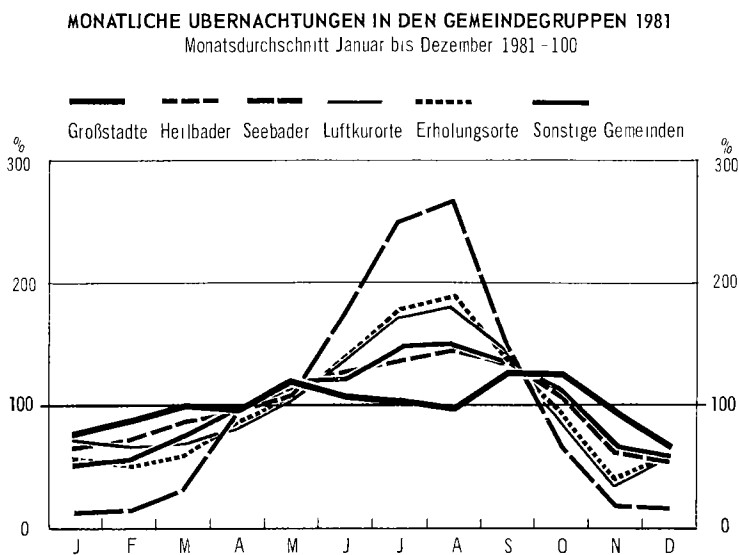
daß die Anzahl der Gasteankünfte in Beherbergungsstätten nicht identisch mit der Anzahl der Reisenden, sondern in dem Maße überhoht ist, wie innerhalb des Berichtszeitraumes Quartierwechsel oder Mehrfachreisen derselben Personen stattfinden.)

Ähnlich kurz (jeweils rd. 3 Tage) wie in Hotels ist die Verweildauer in Hotels garnis sowie in Gasthöfen, die sich in Ausstattung und Dienstleistungsangebot von Hotels häufig kaum unterscheiden.

Fremdenheime und Pensionen (durchschnittl. Aufenthaltsdauer 7,5 Tage) werden dagegen vergleichsweise mehr von Gästen in Anspruch genommen, die einen längeren Erholungsaufenthalt verbringen. Dies gilt auch für Erholungs- und Ferienheime sowie für Ferienhäuser und Ferienwohnungen, die nicht dem „klassischen“ Beherbergungsgewerbe zugerechnet werden. Die Sonderstellung des mit Kuraufenthalten in Heilstätten und Sanatorien verbundenen Reiseverkehrs spiegelt sich nicht nur in der sehr langen durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von rd. vier Wochen wider, sondern auch darin, daß diese Einrichtungen die bei weitem höchste Kapazitätsausnutzung (84 %) verzeichnen können

Rd. 7,4 Mill. Gäste mit fast 32 Mill. Übernachtungen wurden 1981 außerdem in Jugendherbergen, Kinderheimen und auf Campingplätzen gezählt.

Die unterschiedlichen Saisonverläufe einzelner Gemeindegruppen macht das nachstehende Schaubild deutlich. Über die Zuordnung entscheiden dabei bestimmte Merkmale, die qualitativer („Fremdenverkehrsprädikate“) oder quantitativer Art (Einwohnerzahl; durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste) sein können. Zu den Erholungsorten gehören z.B. entsprechend prädikatisierte Gemeinden sowie Orte mit einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer der Gäste von mindestens fünf Tagen. In diesen Gemeinden sowie in Luftkurorten, insbesondere aber in den Seebädern, überwiegt der Erholungstourismus, der sich erfahrungsgemäß auf die Sommermonate konzentriert. In Großstädten (Gemeinden mit 100 000 Einwohnern und mehr) sowie in sonstigen Gemeinden dürften dagegen der von den Jahreszeiten nahezu unabhängige Geschäfts- und Dienstreiseverkehr, der Kongreßtourismus usw. ein entscheidend größeres Gewicht haben. Ebenso weisen auch die in Heilbädern dominierenden Kuraufenthalte deutlich geringere Saisonauschläge auf.



Statistisches Bundesamt 830701

Aus methodischen Gründen, auf die hier nicht im einzelnen eingegangen werden kann, sind längerfristige Zeitvergleiche im Rahmen der Beherbergungsstatistik besonders problematisch. Ungeachtet dessen läßt sich feststellen, daß der Inlandsreiseverkehr — gemessen an der Zahl der

Gasteubernachtungen — seit 1960 (= 100 %) erheblich (1981 = rd 180 %<sup>1)</sup>), jedoch nicht ganz so stark wie das reale Bruttosozialprodukt (1981 = 206 %) zugenommen hat. Die Stagnation der Übernachtungszahlen 1967 und 1968 sowie ihr Rückgang 1976 lassen darüber hinaus auch auf eine gewisse Konjunkturabhängigkeit des Tourismus schließen, die sich offenbar erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung bemerkbar macht

<sup>1)</sup> Geschätzt unter Berücksichtigung zwischenzeitlicher Berichtskreisfluktuationen

**Tabelle 20: Inlandsreiseverkehr<sup>1)</sup>**

Jahr	Betten <sup>2)</sup>	Gaste-		Durchschnittliche	
	Anzahl	ankünfte <sup>3)</sup>	über- nachtungen <sup>3)</sup>	Aufenthalts- dauer	Kapazitäts- auslastung
		1 000		Tage	%
1960	701 175	30 377,5	127 705,2	4,2	49,8
1965	1 179 494	35 526,4	158 523,2	4,5	36,8
1970	1 424 625	39 887,2	184 667,5	4,6	35,5
1975	1 809 261	45 045,2	227 227,8	5,0	34,4
1980	2 012 899	54 098,1	249 963,8	4,6	33,9
1981	1 513 045	52 381,0	209 961,6	4,0	38,0

<sup>1)</sup> Bis 1980 in sog. Berichtsgemeinden mit 5 000 (vor 1971 3 000) Übernachtungen jährlich; ab 1981 in allen Beherbergungsstätten mit 9 Betten und mehr im Bundesgebiet — <sup>2)</sup> Stand jeweils 1. April, 1981 fortgeschriebenes Ergebnis — <sup>3)</sup> Ohne Jugendherbergen, Kinderheime und Campingplätze

### 3.3.3 Ankünfte und Übernachtungen von Auslandsgästen

Obwohl im Kalenderjahr 1981 an den Auslandsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland fast 200 Mill. Einreisen von Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit registriert wurden, meldeten die (zur Beherbergungsstatistik berichtspflichtigen) Unterkunftsstätten im selben Zeitraum nur 9,4 Mill. Ankünfte von Gästen mit ständigem Wohnsitz im Ausland. Abgesehen davon, daß durch die Grenzregistrierung auch Personen erfaßt werden, die nicht als Reisende im engeren Sinne zu bezeichnen sind (Pendler u. a.), erklärt sich dieser bemerkenswerte Unterschied insbesondere aus der Bedeutung, die die Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer zentralen Lage für den Transitreiseverkehr hat. Darüber hinaus ist sie auch ein wichtiges Zielland für den internationalen Geschäftsreiseverkehr und den Urlaubsverkehr. Dementsprechend konzentriert sich der Ausländerreiseverkehr — soweit er mit Übernachtungen verbunden ist — erfahrungsgemäß auf die großstädtischen Industrie- und Handelszentren sowie auf Orte mit hohem Bekanntheitsgrad. Es verwundert nicht, daß fast die Hälfte aller Auslandsgäste aus EG-Ländern kommt, unter denen die Niederlande mit Anteilen von rund 35 % an den

Ankünfte und 42 % an den Übernachtungen eine herausragende Stellung einnehmen. Unter den Reisenden aus den übrigen europäischen Ländern sind Gäste aus Schweden, der Schweiz und Österreich am häufigsten. Im Reiseverkehr aus der Vielzahl der außereuropäischen Länder bilden Besucher aus den Vereinigten Staaten die mit Abstand größte Gruppe.

Gäste aus Ländern, die nicht unmittelbar an die Bundesrepublik Deutschland angrenzen, übernachten ganz überwiegend in Hotels, Gasthöfen und Pensionen, während Besucher aus Nachbarstaaten häufig auch andere Unterkunftsstätten aufsuchen. So mieten sich beispielsweise Niederländer und Dänen in ihren Ferien eher in Ferienhäusern oder Ferienwohnungen ein als etwa Touristen aus den Vereinigten Staaten oder Japan

**Tabelle 21: Ankünfte und Übernachtungen von Auslandsgästen nach Herkunftsländern im Kalenderjahr 1981**

Herkunftsland (Standiger Wohnsitz)	Ankünfte		Übernachtungen		Durchschnittliche Aufenthalts- dauer Tage
	Anzahl	% <sup>1)</sup>	Anzahl	% <sup>1)</sup>	
Insgesamt <sup>2)</sup>	52 380 959	—	209 961 647	—	4,0
Ausland zusammen	9 445 563	100,0	21 331 330	100,0	2,3
Europa zusammen:	6 975 199	73,8	15 929 271	74,7	2,3
EG-Länder zusammen	4 689 215	49,6	10 951 353	51,3	2,3
darunter					
Niederlande	1 654 275	17,5	4 620 773	21,7	2,8
Großbritannien und Nordirland	917 809	9,7	1 954 482	9,2	2,1
Frankreich	615 837	6,5	1 198 430	5,6	1,9
Belgien/Luxemburg	492 139	5,2	1 126 041	5,3	2,3
Danemark	505 393	5,4	1 008 582	4,7	2,0
Italien	408 903	4,3	809 003	3,8	2,0
Übrige europäische Länder					
zusammen	2 285 984	24,2	4 977 918	23,3	2,2
darunter					
Schweden	467 806	5,0	742 718	3,5	1,6
Schweiz	427 571	4,5	910 758	4,3	2,1
Österreich	394 475	4,2	817 249	3,8	2,1
Außereuropäische Länder					
zusammen	2 470 364	26,2	5 402 059	25,3	2,2
darunter					
Vereinigte Staaten	1 260 557	13,3	2 469 301	11,6	2,0
Japan	327 124	3,5	604 634	2,8	1,8

<sup>1)</sup> Anteil an allen Ausländerankünften bzw. -übernachtungen — <sup>2)</sup> Inland und Ausland zusammen

**Tabelle 22: Übernachtungen von Auslandsgästen nach ausgewählten  
Herkunftsändern und Betriebsarten im Kalenderjahr 1981**  
%

Herkunftslander	Betriebe des Beherbergungsgewerbes					sonstige Unter- kunfts- arten
	insg	Hotels	Hotels garnis	Gast- höfe	Fremden- heime u Pensionen	
Auslandsgaste insgesamt	91	58	15	11	7	9
	darunter aus Nachbarländern					
Niederlande	74	41	6	19	7	26
Belgien/ Luxemburg	94	59	10	18	7	6
Frankreich	96	63	17	11	5	4
Schweiz	94	60	17	8	9	6
Danemark	82	60	9	9	5	18
Osterreich	97	54	20	13	10	3
	darunter aus sonstigen Ländern					
Vereinigte Staaten	99	72	14	6	6	1
Großbritannien und Nordirland	98	68	15	9	5	2
Italien	98	64	20	7	6	2
Schweden	98	73	16	6	3	2
Japan	99	80	15	2	3	1

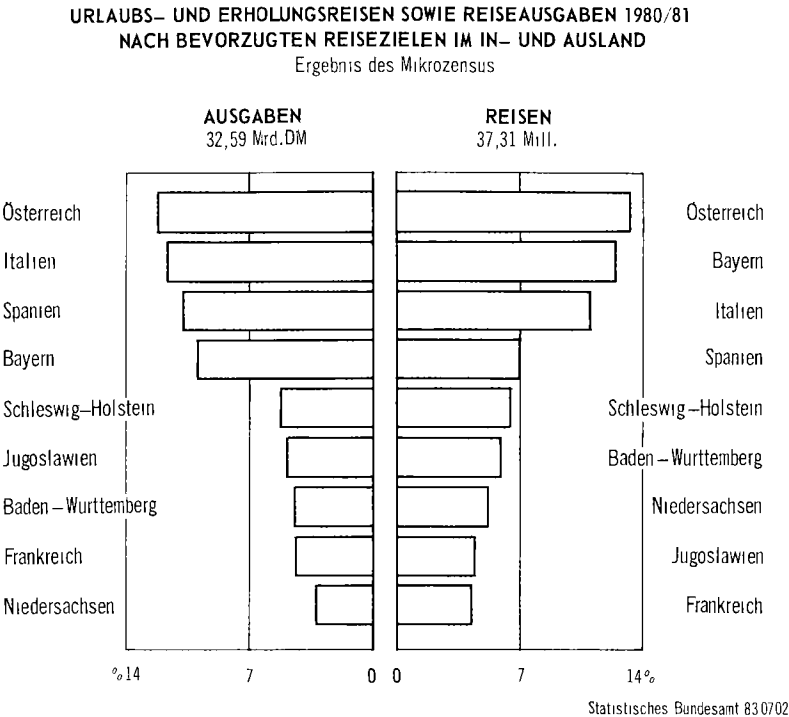
### 3.3.4 Urlaubs- und Erholungsreisen

Die seit 1962 mit einigen Unterbrechungen durch Haushaltsbefragungen gewonnenen Daten über das Reiseverhalten der (deutschen) Bevölkerung zeigen, daß die Urlaubsreise zunehmend an Bedeutung in den Verbrauchsentscheidungen der Konsumenten gewonnen hat. So hat sich die Zahl der Personen, die jährlich mindestens eine Urlaubs- und Erholungsreise (mit einer Dauer von 5 Tagen oder mehr) unternehmen, innerhalb von rd. 20 Jahren fast verdoppelt. Kamen Anfang der 60er Jahre auf je 100 Einwohner gut 27 Reisende (Reiseintensität), so waren es 1980/81 48; gleichzeitig stieg der Anteil der gereisten Personen mit wenigstens einer weiteren Reise von 6 auf 19 % an, d. h. um mehr als das Dreifache.

Zu dieser Entwicklung haben gesteigener Wohlstand, die Verlängerung von Urlaub und Freizeit, vor allem aber auch die zunehmende Motorisierung

beigetragen. Allerdings nimmt die Reiseintensität seit Mitte der 70er Jahre merklich langsamer zu, und es bleibt abzuwarten, welche Einflüsse auf das Urlaubsverhalten von den Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausgehen. So war 1980/81 gegenüber 1979/80 ein Rückgang der Reiseintensität von 49,9 % auf 48,0 % zu verzeichnen. Angesichts der erreichten Größenordnungen von 37,3 Mill. Urlaubs- und Erholungsreisen in der Zeit von April 1980 bis März 1981, für die insgesamt 32,6 Mrd. DM ausgegeben wurden, ist der Urlaubstourismus für die bevorzugt aufgesuchten Zielgebiete aber unverändert von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung.

Im Inland waren dies Bayern, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Niedersachsen, unter den ausländischen Staaten Österreich, Italien, Spanien, Jugoslawien und Frankreich. Zusammengenommen entfielen auf diese Zielgebiete im In- und Ausland rd 71 % aller Reisen bzw. ein Anteil von 66 % der Gesamtausgaben.



**Tabelle 23: Urlaubs- und Erholungsreisen**

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1962 <sup>1)</sup>	1966 <sup>1)</sup>	1970 <sup>1)</sup>	1975 <sup>2)</sup>	1980/81 <sup>3)</sup>
Wohnbevölkerung insgesamt	Mill	56,7	59,1	61,3	61,6	61,7
Nichtgereiste Personen	Mill	41,7	39,0	38,3	32,6	32,1
Reisende zusammen	Mill	15,0	20,1	23,0	29,0	29,6
mit 1 Reise	Mill	14,0	18,1	20,4	24,6	23,9
2 Reisen und mehr	Mill	1,0	2,1	2,6	4,3	5,7
Reiseintensität	% <sup>4)</sup>	26,4	34,1	37,5	47,1	48,0
Reisen	Mill	16,0	22,6	28,5	34,7	37,3
Reisen je Reisenden	Anzahl	1,1	1,1	1,2	1,2	1,3
Ausgaben insgesamt	Mrd DM	4,8		11,3	22,3	32,6

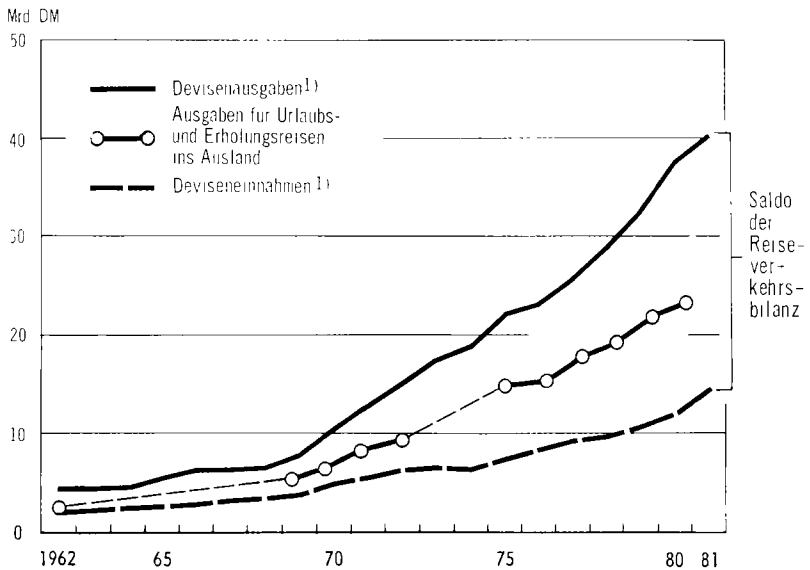
<sup>1)</sup> Oktober des Vorjahres bis September — <sup>2)</sup> Kalenderjahr — <sup>3)</sup> April bis März des folgenden Jahres —

<sup>4)</sup> Reisende in Prozent der Wohnbevölkerung

### 3.3.5 Entwicklung der Reiseverkehrsbilanz

Aufwendungen für längere Urlaubs- und Erholungsreisen (mit fünf Tagen und mehr) ins Ausland stellen nach groben Schätzungen nur knapp zwei Drittel des

#### EINNAHMEN UND AUSGABEN IM GRENZÜBERSCHREITENDEN REISEVERKEHR



1) Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Bundesamt 83 07/03



Gesamtbetrages dar, der jährlich im grenzüberschreitenden Reiseverkehr insgesamt ausgegeben wird (der Reiseverkehr insgesamt schließt neben den Ferienreisen auch Geschäfts- und Dienstreisen, Kurzurlaube usw. ein). 1981 betrugen diese Gesamtausgaben rd. 40 Mrd. DM. Die Bundesrepublik Deutschland blieb damit unverändert das Land mit den höchsten Devisenausgaben im Reiseverkehr. Nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) entfielen auf sie knapp 25 % der entsprechenden Aufwendungen aller OECD-Länder.

Die im selben Zeitraum aus dem internationalen Tourismus erzielten Deviseneinnahmen (rd. 14 Mrd. DM) lagen demgegenüber deutlich niedriger. Zwar waren die Einnahmen — auch im Vergleich zu anderen Ländern — keineswegs unbedeutend. Der traditionell negative Saldo der deutschen Reiseverkehrsbilanz erreichte mit gut 26 Mrd. DM jedoch einen neuen Höchststand und belastete damit die Leistungsbilanz beträchtlich.

### **3.4 Verkehrswirtschaft**

#### **3.4.1 Einführung**

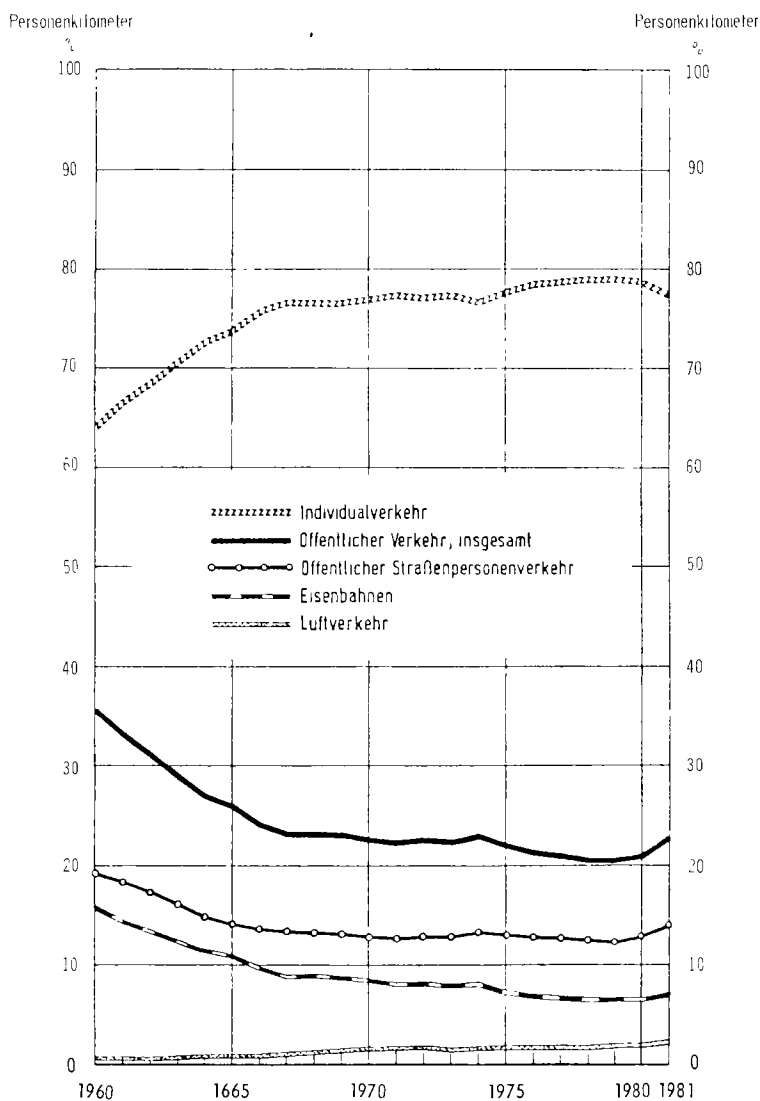
In einer arbeitsteiligen Volkswirtschaft kommt dem Verkehrswesen grundlegende Bedeutung zu. In seiner Vermittlungsfunktion sorgt es im Güterverkehr für die Verbindung zwischen Produzenten und Konsumenten, im Personenverkehr für die berufs- oder freizeitbedingte Mobilität der Bevölkerung und im Nachrichtenverkehr für den raumübergreifenden Austausch von Informationen.

Wirtschaftswachstum und zunehmende Arbeitsteilung sowie internationale Verflechtung haben in den vergangenen Jahrzehnten zu einer erheblichen Steigerung der Verkehrsleistung geführt. Dieser Struktureffekt wurde zum Teil von konjunkturellen Faktoren überlagert, die sich im Verkehrsgewerbe besonders auswirken.

Die Entwicklung im Personenverkehr war in erster Linie gekennzeichnet durch die zunehmende Bedeutung des privaten Pkw-Verkehrs. Im Güterverkehr erwies sich im Laufe der vergangenen Jahrzehnte der Lastkraftwagen — nicht zuletzt durch den massiven Straßenausbau besonders begünstigt — als ein Verkehrsmittel, das den modernen Transporterfordernissen besonders entgegenkommt.

Die Organisationsform der Verkehrswirtschaft reicht von überwiegend mittelständischen Unternehmen im Straßengüterverkehr bis zur Monopolstellung der Deutschen Bundespost im Post- und Fernmeldewesen.

# ANTEILE DER VERKEHRSBEREICHE AM PERSONENVERKEHR



Quelle: Bundesministerium für Verkehr (Hrsg.): Verkehr in Zahlen 1982, Bonn 1982

Statistisches Bundesamt 831004

## ANTEILE DER VERKEHRSBEREICHE AM GUTERVERKEHR

Tonnenkilometer

%

60

50

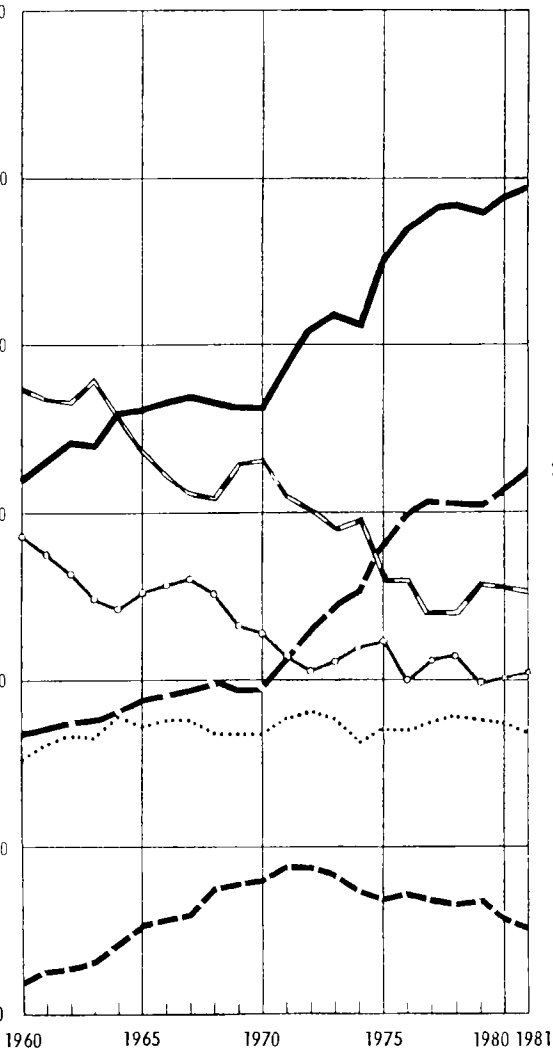
40

30

20

10

0



Straßengüterverkehr  
insgesamt

Straßengüterfernverkehr

Eisenbahnen

Binnenschifffahrt

Straßengüternahverkehr

Rohrfernleitungen

Quelle: Bundesministerium für Verkehr (Hrsg.): Verkehr in Zahlen 1982. Bonn 1982

Statistisches Bundesamt 830705

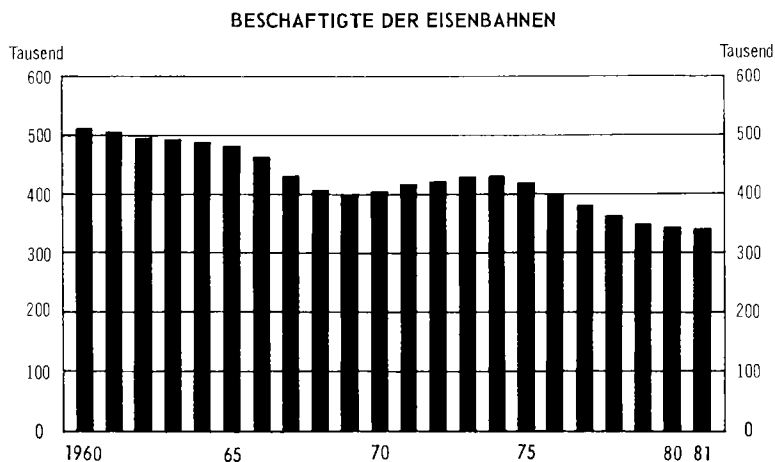
### 3.4.2 Eisenbahnen

#### Unternehmen

Der öffentliche Eisenbahnverkehr wird in der Bundesrepublik Deutschland überwiegend von der Deutschen Bundesbahn betrieben. In ihrem Eigentum befinden sich 90 % des gesamten Streckennetzes von 31 357 km. Daneben gibt es zur Zeit noch 111 Unternehmen der nichtbundeseigenen Eisenbahnen, die öffentlichen Schienenverkehr betreiben. Ihre Zahl ist während der letzten beiden Jahrzehnte laufend zurückgegangen. Gleichwohl konnten sie ihre Bedeutung im Güterverkehr behaupten, ihr Anteil an den Verkehrsleistungen im öffentlichen Schienenpersonenverkehr hat sich dagegen vermindert.

#### Beschäftigte

Obwohl die Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs 1981 eine größere Verkehrsleistung erbrachten als im Jahre 1960, ist ihr Personalbestand seit diesem Zeitpunkt um ein Drittel zurückgegangen. Im Durchschnitt des Jahres 1981 waren bei der Deutschen Bundesbahn rund 331 000 Personen und im Unternehmensteil Schienenverkehr der nichtbundeseigenen Eisenbahnen rund 7 300 Personen beschäftigt. Zu den Personaleinsparungen haben neben Streckenstillegungen vor allem Rationalisierung und Modernisierung der Betriebseinrichtungen und -abläufe beigetragen.



Statistisches Bundesamt 83 0706

## Fahrzeugbestand

Der Gesamtbestand an Triebfahrzeugen lag 1981 mit 10 176 Einheiten nur geringfügig niedriger als 1960, seine Zusammensetzung hat sich aber stark verändert. Am eindrucksvollsten zeigt sich dies bei den Dampflokomotiven: während im Jahr 1960 noch rund 7 700 im Einsatz waren, werden heute nur noch vier im öffentlichen Schienenverkehr eingesetzt. Die Deutsche Bundesbahn verfügt seit 1977 über keine Dampflokomotiven mehr.

Die Zahl der elektrischen Lokomotiven stieg von 1 070 im Jahr 1960 auf 2 741 im Jahr 1981 stetig an. Ihr vermehrter Einsatz wurde durch den Ausbau des elektrifizierten Streckennetzes ermöglicht, das mit rund 11 500 km heute fast dreimal so lang ist wie 1960.

Der Bestand an Diesellokomotiven lag im Jahr 1960 bei rund 1 360 Einheiten und wuchs bis 1976 auf rund 5 200 an. Seither ist — vermutlich als Reaktion auf die Ölpreisverteuerungen — ein Rückgang auf 4 767 Einheiten im Jahr 1981 festzustellen. Der Triebwagenbestand wurde während der vergangenen beiden Jahrzehnte ebenfalls vergrößert. Mit 2 664 lag er 1981 um 764 Einheiten höher als 1960.

Die Zahl der Personenwagen ging während des gleichen Zeitraums um ein Drittel auf rund 14 300 Einheiten zurück. Der Bestand an Güterwagen (einschl. Privat- und Dienstgüterwagen) war 1981 mit 343 107 Einheiten um 2,7 % höher als 1960. Dabei hat sich der Anteil der Wagen besonderer Bauart — wie z. B. Kesselwagen und Kühlwagen — bis zum Jahr 1981 auf 43 % des Gesamtgüterwagenbestands erhöht.

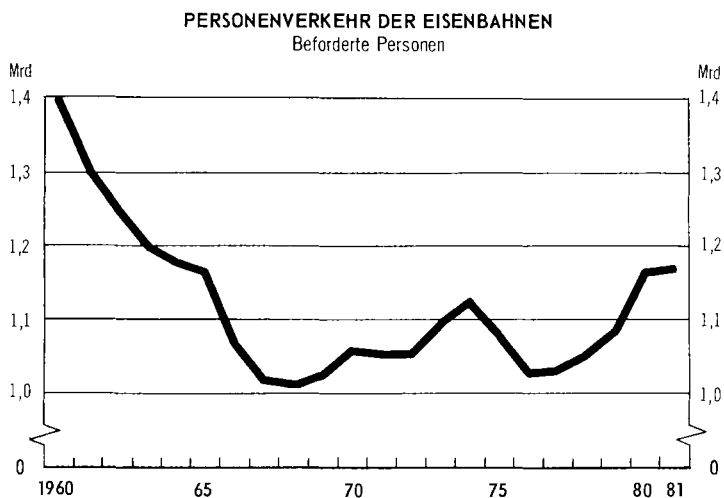
**Tabelle 24: Fahrzeugbestand der Eisenbahnen <sup>1)</sup>**

Fahrzeugart	1960	1970	1981
Triebfahrzeuge	11 983	10 489	10 176
davon:			
Dampflokomotiven	7 658	1 653	4
Elektr. Lokomotiven	1 070	2 296	2 741
Diesellokomotiven	1 355	4 587	4 767
Triebwagen	1 900	1 953	2 664
Personenwagen	21 951	18 218	14 263
Güterwagen			
(einschl. Privat- und Dienstgüterwagen)	334 241	331 800	343 107

<sup>1)</sup> Stand Jahresende

## Personenverkehr

Die private Motorisierungswelle während der 60er und 70er Jahre hat sich vor allem auf Kosten des Schienenverkehrs ausgebreitet. Während im Jahre 1960 noch knapp 1,4 Mrd. Personen mit den Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs befördert wurden, waren es 1970 nur noch 1,05 Mrd. Im Jahre 1981 lag die Zahl der Fahrgäste mit 1,17 Mrd. wieder deutlich höher, aber um über 230 Mill. niedriger als 1960. Seit 1977 wächst das Beförderungsaufkommen, was zum größten Teil auf die gestiegene Attraktivität des Schienennahverkehrs in den Ballungsgebieten (z. B. Ausbau des S-Bahn-Netzes) zurückzuführen ist.



Die Verkehrseinbußen der Eisenbahnen zugunsten des privaten Pkw-Verkehrs trafen vor allem den Berufsverkehr, der ungefähr ein Drittel des Beförderungsaufkommens der Eisenbahnen umfaßt. Im Jahr 1981 wurden im Berufsverkehr 375 Mill. Fahrgäste befördert. Von der Zunahme der Schülerfahrten während der letzten 20 Jahre profitierten die Eisenbahnen deutlich weniger als der öffentliche Straßenverkehr. Im Jahre 1970 wurden 214 Mill. Schüler mit Eisenbahnen befördert, im Jahre 1981 waren es 262 Mill.

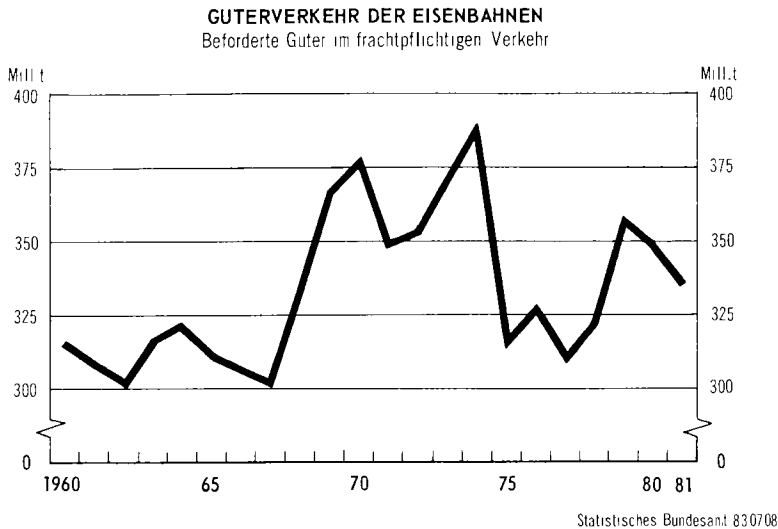
## Güterverkehr

Der Anteil der Eisenbahnen an den Verkehrsleistungen im Güterverkehr ist während der vergangenen 20 Jahre zurückgegangen. Heute wird etwa ein

134

Viertel der im gewerblichen Binnengüterverkehr geleisteten Tonnenkilometer von den Eisenbahnen erbracht.

Die beförderte Gütermenge unterliegt im Zeitablauf deutlichen Schwankungen. Während 1960 rund 309 Mill. t Güter im frachtpflichtigen Verkehr auf der Schiene befördert wurden, lag das Beforderungsaufkommen 1970 bei rund 372 Mill. t und 1981 bei rund 334 Mill. t. Der überwiegende Teil wurde im Wagenladungsverkehr transportiert. Der Stückgutverkehr spielt demgegenüber nur eine untergeordnete Rolle (1981: 3,1 Mill. t).



Die Zusammensetzung der mit Eisenbahnen transportierten Gütermenge hat sich während des vergangenen Jahrzehnts kaum verändert. Nach wie vor stammt über die Hälfte der Transportmenge aus dem Montanbereich; davon entfällt wiederum die Hälfte auf Kohletransporte, der Rest besteht aus Erzen und Metallabfällen sowie Eisen und NE-Metallen. Die zweitwichtigste Gütergruppe sind die Mineralölerzeugnisse, auf sie entfallen seit Jahren ungefähr 8%. Der Anteil von Steinen und Erden ist leicht zurückgegangen und lag 1981 ebenfalls bei 8%. Der Transportanteil von chemischen Erzeugnissen hat sich dagegen etwas erhöht und betrug 1981 5,9%. Der Anteil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse am Beforderungsaufkommen der Eisenbahnen erreichte im Jahr 1981 4,8%.

**Tabelle 25: Frachtpflichtiger Wagenladungsverkehr nach Güterabteilungen**

in Mill t

Güterabteilung	1970	1975	1981
Landwirtschaftliche Erzeugnisse	24,7	19,8	15,9
Andere Nahrungsmittel	8,6	6,5	8,7
Feste mineralische Brennstoffe	95,4	79,7	88,2
Mineralölerzeugnisse	30,8	26,2	25,8
Erze und Metallabfälle	54,1	43,6	43,3
Eisen, Stahl, NE-Metalle	57,0	51,4	59,3
Steine und Erden	38,7	28,3	26,7
Düngemittel	16,9	14,4	14,1
Chemische Erzeugnisse	18,4	16,3	19,5
Andere Halb- und Fertigwaren	18,9	14,4	15,5
Besondere Transportgüter	8,8	10,7	14,3
Insgesamt	372,3	311,4	331,4

Im Laufe der vergangenen zwei Jahrzehnte hat der Verkehr über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland seinen Anteil leicht ausweiten können. Auf ihn entfällt etwa ein Fünftel der gesamten Transportmenge. Der Verkehr innerhalb des Bundesgebietes erbringt aber immer noch — gemessen am frachtpflichtigen Wagenladungsverkehr — drei Viertel des gesamten Transportaufkommens der Eisenbahnen.

Der Durchgangsverkehr ist mit einem Transportanteil von nur 2,2 % nach wie vor unbedeutend. Der Verkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost), der überwiegend auf der Schiene abgewickelt wird, hat seinen Anteil am Beförderungsaufkommen der Eisenbahnen seit 1970 auf 4,3 % verdoppelt und erreichte damit im Jahre 1981 ein Volumen von rund 14,3 Mill. t.

Die nichtbundeseigenen Eisenbahnen, die öffentlichen Verkehr betreiben, konnten ihren Anteil von knapp einem Fünftel am Transportaufkommen im Güterverkehr der Eisenbahnen während der letzten 10 Jahre in etwa behaupten. Im Jahre 1981 beförderten sie auf der Schiene eine Gütermenge von rund 68 Mill. t.

### Einnahmen

Von den gesamten Einnahmen aus dem Eisenbahnverkehr in Höhe von rund 13,4 Mrd. DM ohne Umsatzsteuer entfielen im Jahre 1981 96,4 % auf die Deutsche Bundesbahn und der Rest auf die nichtbundeseigenen Eisenbahnunternehmen. Bei der Deutschen Bundesbahn stammten im Jahre 1981 über



zwei Drittel der Einnahmen aus dem Guter- und Expreßgutverkehr und nur ein knappes Drittel aus dem Personen- und Gepäckverkehr. Seit 1970 hat sich der Anteil der Einnahmen aus dem Personenverkehr leicht erhöht.

3.4.3 Straßenverkehr

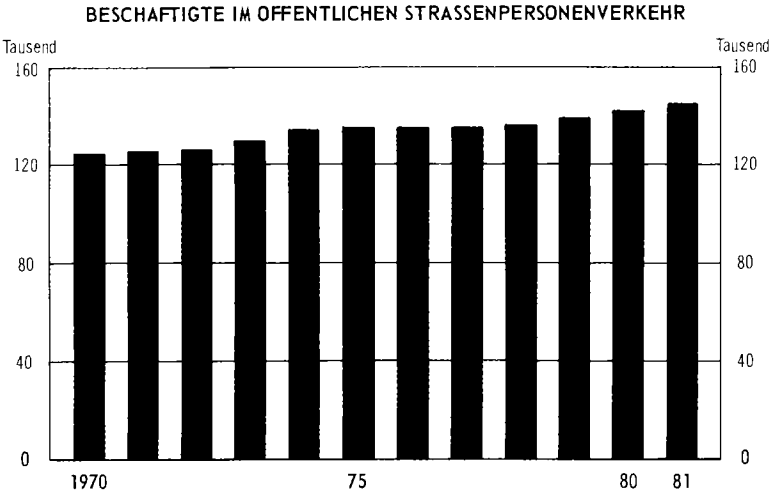
Unternehmen des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs

In der Bundesrepublik Deutschland waren im Jahr 1981 insgesamt 5 521 Unternehmen im öffentlichen Straßenpersonenverkehr tätig, 623 Unternehmen mehr als 1970. Davon betrieben 3 127 Unternehmen ausschließlich öffentlichen Straßenpersonenverkehr und 1 084 Unternehmen hatten ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt außerhalb dieses Bereichs.

Die überwiegende Zahl der Unternehmen in diesem Verkehrsbereich wird privat betrieben. Im Jahr 1981 waren hier außerdem 193 kommunale und gemischtwirtschaftliche Unternehmen sowie 51 Unternehmen der nichtbundes-eigenen Eisenbahnen tätig. Auch die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost sind im Straßenverkehr engagiert.

Beschäftigte

Die Unternehmen des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs haben ihren Personalbestand seit 1970 kontinuierlich erhöht. Im Jahr 1981 beschäftigten



Statistisches Bundesamt 83 07 09

sie insgesamt rund 145 000 Personen, das waren rund 21 300 mehr als 1970. Mit rund 87 000 Beschäftigten entfiel der größte Anteil auf die kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen. Rund 42 000 Personen waren bei privaten Unternehmen tätig. Bei der Deutschen Bundespost ging die Beschäftigtenzahl in diesem Unternehmensbereich auf rund 5 400 Personen zurück, während die Deutsche Bundesbahn mit rund 7 100 hier ebenso viele Beschäftigte hatte wie im Jahre 1970. Die nichtbundeseigenen Eisenbahnen vergrößerten dagegen ihren Personalbestand im Unternehmensteil Straßenpersonenverkehr auf rund 3 600 Beschäftigte.

## Fahrzeugbestand

Fahrzeugbestand und Kapazitäten des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs sind beträchtlich ausgeweitet worden. Der Bestand an Omnibussen hat sich seit 1960 mehr als verdoppelt; die Zahl der Fahrgastplätze ist sogar auf das Dreifache angestiegen.

Von den kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen wurden 1981 rund 19 000 Omnibusse mit rund 1,9 Mill. Sitz- und Stehplätzen eingesetzt. Die privaten Unternehmen des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs verfügten über 31 800 Omnibusse mit rund 2,1 Mill. Plätzen. Der Bestand an Stadtschnellbahnwagen erhöhte sich von 1 420 im Jahr 1960 auf 2 705 im Jahr 1981; die Zahl der Fahrgastplätze stieg im gleichen Zeitraum von 152 000 auf 463 000.

**Tabelle 26: Fahrzeugbestand im öffentlichen Straßenpersonenverkehr**

Fahrzeugart	1960	1970	1981
Stadtschnellbahnwagen			
Anzahl	1 420	1 628	2 705
Platzkapazität in 1 000	152	240	463
Straßenbahnwagen			
Anzahl	11 739	6 636	4 051
Platzkapazität in 1 000	1 045	881	705
Obusse			
Anzahl	1 022	204	104
Platzkapazität in 1 000	77	23	15
Kraftomnibusse <sup>1)</sup>			
Anzahl	23 500	24 000	50 800
Platzkapazität in 1 000	1 290	2 564	3 983
Taxis und Mietwagen	27 300	44 200	56 000

<sup>1)</sup> Ohne Kraftomnibusse der Eisenbahnen und der Deutschen Bundespost

Demgegenüber sind Bestand und Platzkapazität der Straßenbahnen und Obusse während der vergangenen zwei Jahrzehnte laufend reduziert worden. Im Jahr 1981 wurden mit 4 051 Einheiten weniger als halb so viele Straßenbahnwagen eingesetzt wie 1960. Die Zahl der Plätze ist um ungefähr ein Drittel auf 705 000 gesunken. Der Abbau des Obusbestandes war noch stärker; 1981 war mit 104 Wagen die Zahl der Obusse auf ein Zehntel des Bestands von 1960 zurückgegangen. Die Zahl der Taxis und Mietwagen verdoppelte sich indessen auf 56 000 im Jahr 1981.

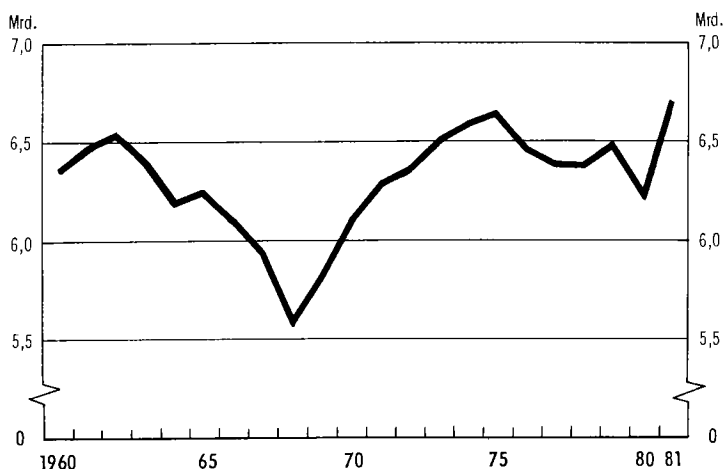
## Verkehrsleistungen

Der öffentliche Straßenpersonenverkehr verringerte seinen Anteil am gesamten Personenverkehr von 27 % im Jahr 1960 auf 19 % im Jahr 1981. 1981 wurden mit Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obussen und Kraftomnibussen rund 6,8 Mrd. Beförderungsfälle gezählt, das waren etwa 380 Mill. Personen mehr als im Jahr 1960.

Ähnlich wie beim Eisenbahnverkehr wurde im Jahr 1968 mit rund 5,7 Mrd. Personen die niedrigste Beförderungszahl erreicht. Danach stieg das Fahrgastaufkommen bis Mitte der 70er Jahre auf 6,6 Mrd. Personen an und ging dann erneut zurück. Seit 1979 sind wieder positive Zuwachsraten zu verzeichnen.

### ÖFFENTLICHER STRASSENPERSONENVERKEHR

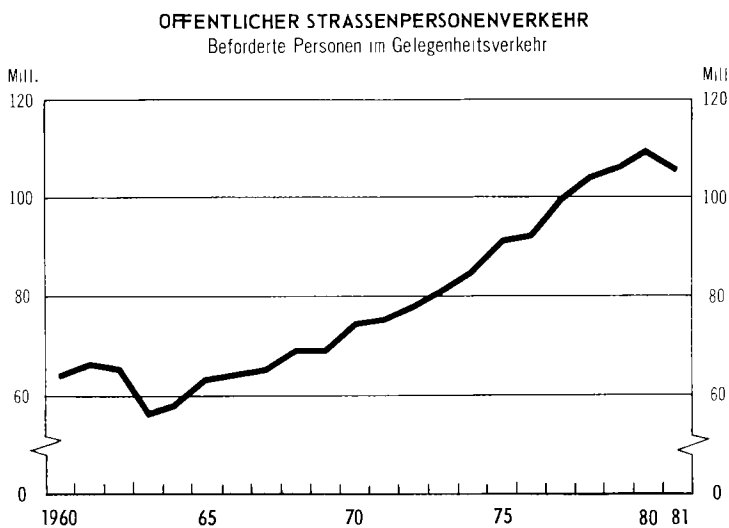
Beförderte Personen im Linienverkehr



Statistisches Bundesamt 83 0710

Der öffentliche Straßenpersonenverkehr wird überwiegend im Linienverkehr abgewickelt. Im Jahr 1981 wurden 6,7 Mrd. Personen mit Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obussen und Kraftomnibussen befördert. Die dabei erbrachte Verkehrsleistung belief sich auf 50,8 Mrd. Personenkilometer.

Im Gegensatz zum Linienverkehr hatte der Gelegenheitsverkehr (z. B. Ausflugsfahrten, Ferienziel-Reisen, Verkehr mit Mietomnibussen) seit 1963 — abgesehen von einem leichten Rückgang 1980 auf 1981 — ununterbrochen Zuwachsraten zu verzeichnen. 1981 erreichte er ein Beförderungsaufkommen von 105 Mill. Personen, im Vergleich zu 64 Mill. im Jahr 1960. Die Verkehrsleistung hat sich während dieses Zeitraums mehr als verdoppelt. Mit 24,9 Mrd. geleisteten Personenkilometern im Jahr 1981 war sie fast halb so groß wie im Linienverkehr.



Statistisches Bundesamt 83.0711

## Umsatz

Der Umsatz aus der Personenbeförderung im Straßenverkehr betrug im Jahr 1980 rund 9,1 Mrd. DM einschließlich Mehrwertsteuer. Davon entfielen gut drei Viertel auf den Linienverkehr. Im Vergleich zu 1970 ist sein Anteil am Umsatz leicht zurückgegangen. Im Jahr 1980 wurde hier ein Umsatz von 1,5 Mrd. DM erwirtschaftet.

Im Gelegenheitsverkehr lag der Umsatz im Jahr 1980 bei rund 1,6 Mrd. DM. Sein Anteil am gesamten Umsatz im öffentlichen Straßenpersonenverkehr vergrößerte sich von 12 % im Jahr 1970 auf 17 % im Jahr 1980. Hierzu haben Ausflugsfahrten, Ferienziel-Reisen und Mietomnibusverkehr gleichermaßen beigetragen.

## Unternehmen des Straßengüterverkehrs

Das Straßengüterverkehrsgewerbe ist in der Bundesrepublik Deutschland mittelständisch strukturiert. Im gewerblichen Straßengüterfernverkehr wurden bei der letzten Erhebung im November 1978 über 9 000 Unternehmen gezählt, im Jahr 1960 hatte es noch rund 11 300 Unternehmen gegeben. Auch hier hat also während der vergangenen beiden Jahrzehnte eine Konzentration stattgefunden.

**Tabelle 27: Unternehmen des gewerblichen Straßengüterfernverkehrs**

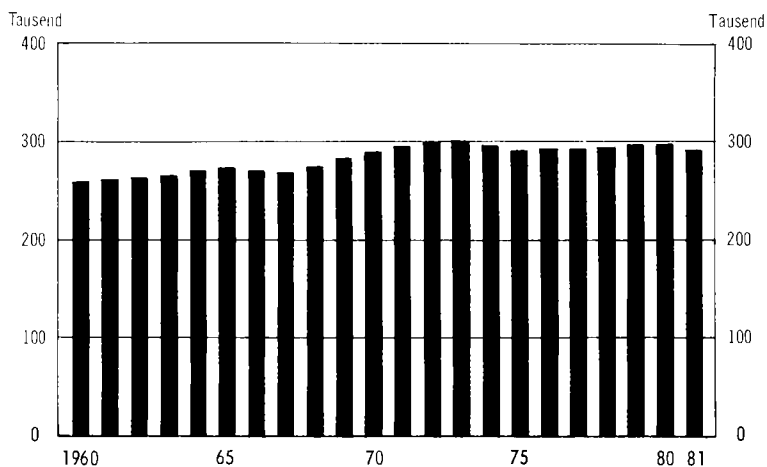
Genehmigungen je Unternehmen	August 1960	Juli 1970	November 1978
1	5 838	3 774	2 967
2	2 655	2 310	2 037
3	1 114	1 217	1 176
4 — 6	1 138	1 413	1 631
7 — 10	352	554	686
11 und mehr	192	346	534
Insgesamt	11 289	9 614	9 031

Im gewerblichen Straßengüterfernverkehr waren im Jahr 1980 knapp 43 000 Unternehmen tätig. Davon war gut die Hälfte ausschließlich im Güterfernverkehr engagiert, der Rest betrieb noch weitere Tätigkeiten.

## Beschäftigte

Die Zahl der im Güterkraftverkehr und Verkehrsnebgewerbe (Spedition, Lagerei und Verkehrsvermittlung) Beschäftigten lag im Jahr 1981 mit 292 000 Personen um 33 000 höher als 1960. Während im Verlaufe der 60er Jahre bis Anfang der 70er Jahre die Beschäftigtenzahl — abgesehen von dem Konjunkturinbruch 1966/67 — von Jahr zu Jahr zunahm, kam diese Entwicklung danach zum Stillstand.

## BESCHAFTIGTE IM GÜTERKRAFTVERKEHR UND VERKEHRSNEBENGEWERBE



Statistisches Bundesamt 830712

### Fahrzeugbestand

Im Straßengüterfernverkehr nahm die Zahl der Lastkraftfahrzeuge von 43 000 im Jahr 1960 auf 55 000 im Jahr 1981 zu. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Ladekapazität um 90 % auf 750 000 t.

**Tabelle 28: Lastkraftfahrzeuge und Ladekapazität im Straßengüterfernverkehr<sup>1)</sup>**

Merkmal	Einheit	1960	1970	1981
Lastkraftfahrzeuge	1 000	43	45	55
Ladekapazität	1 000 t	395	505	750

<sup>1)</sup> Stand 1.7.

Im Straßengüternahverkehr wurden im Jahr 1981 mit 201 000 Lastkraftfahrzeugen fast viermal so viele Fahrzeuge eingesetzt wie im Fernverkehr. Gegenüber 1960 ist der Fahrzeugbestand des Nahverkehrs um 45 % vergrößert worden, während die entsprechende Zuwachsrate beim Fernverkehr mit + 28 % deutlich niedriger war. Die Ladekapazität erhöhte sich während dieses Zeitraums von 645 000 t auf 1,7 Mill. t. Damit entfallen heute fast drei Viertel der Ladekapazität des gewerblichen Straßengüterverkehrs auf den Nahverkehr.

**Tabelle 29: Lastkraftfahrzeuge und Ladekapazität im Straßengüternahverkehr<sup>1)</sup>**

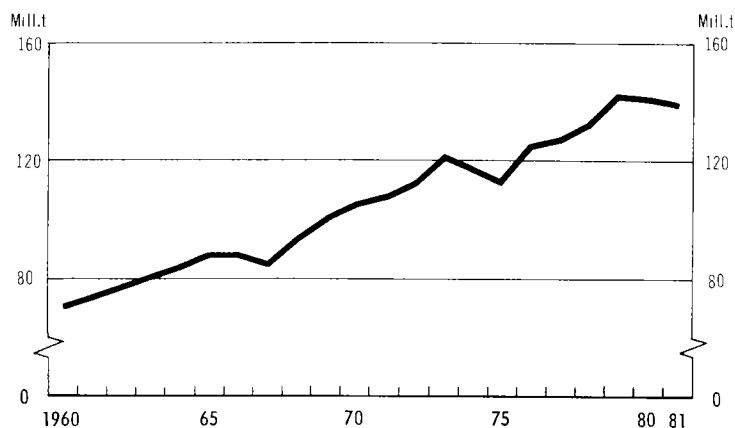
Merkmal	Einheit	1960	1970	1981
Lastkraftfahrzeuge	1 000	139	184	201
Ladekapazität	1 000 t	645	1 405	1 740

<sup>1)</sup> Stand 1.7

## Verkehrsleistungen

Im Güterverkehr auf der Straße hat sich die Transportmenge seit 1960 mehr als verdoppelt. Da die Güter heute im Durchschnitt über weitere Strecken transportiert werden, ist die Verkehrsleistung — sie wird in Tonnenkilometern gemessen — noch starker gestiegen. Ein beachtlicher Teil der auf der Straße transportierten Gütermenge wird im Werkverkehr befördert.

### GEWERBLICHER STRASSEN-GÜTERFERNVERKEHR Beforderte Güter



Statistisches Bundesamt 83 0713

Im gewerblichen Straßengüterfernverkehr lag das Beforderungsaufkommen mit rd. 139 Mill. t im Jahr 1981 doppelt so hoch wie 1960. Die Transportleistung hat sich sogar mehr als verdoppelt und betrug 1981 rd. 41 Mrd. Tonnenkilometer. Abgesehen von den Rückgängen während der Rezessionen 1966/67 und 1974/75 stieg die Transportmenge bis zum Jahr 1980 stetig an; für das Jahr 1981 war ein leichter Rückgang des Transportaufkommens zu beobachten.

Die im Vergleich zum Eisenbahnverkehr deutlich stetigere Entwicklung des Transportaufkommens beim Straßenverkehr ist zum großen Teil aus der Güterstruktur zu erklären. Während von den Eisenbahnen überwiegend konjunkturresistente Massenguttransporte durchgeführt werden, stammt ein großer Teil des Beförderungsaufkommens im gewerblichen Straßengüterfernverkehr aus dem Bereich Maschinen und sonstige Halb- und Fertigwaren. Der Anteil dieser Güter am Transportaufkommen im gewerblichen Straßengüterfernverkehr hat sich während der letzten zwei Jahrzehnte laufend vergrößert und betrug im Jahr 1981 mit rd. 61 Mill. t 44 %. Der Transportanteil von Steinen und Erden verminderte sich während dieses Zeitraumes um die Hälfte auf 13 %. Der Anteil von Nahrungs- und Futtermitteln war 1981 mit 14% etwa gleich groß

**Tabelle 30: Gewerblicher Straßengüterfernverkehr nach Hauptgütergruppen**  
Mill. t

Hauptgütergruppe	1960	1970	1981
Land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse	6,5	5,8	6,7
Nahrungs- und Futtermittel	8,5	13,9	19,0
Kohle	1,3	0,5	1,6
Mineralölserzeugnisse	4,3	6,6	4,5
Erze und Metallabfälle	0,5	0,7	1,1
Eisen, Stahl, NE-Metalle	9,0	10,2	10,7
Steine und Erden	19,4	19,6	17,7
Düngemittel	0,1	0,2	1,2
Chemische Erzeugnisse	3,5	9,0	15,2
Fahrzeuge, Maschinen, sonstige Halb- und Fertigwaren	18,2	38,3	61,4
Insgesamt	71,2	104,8	139,1

wie 1960, während sich der Anteil der chemischen Erzeugnisse auf 11 % verdoppelte.

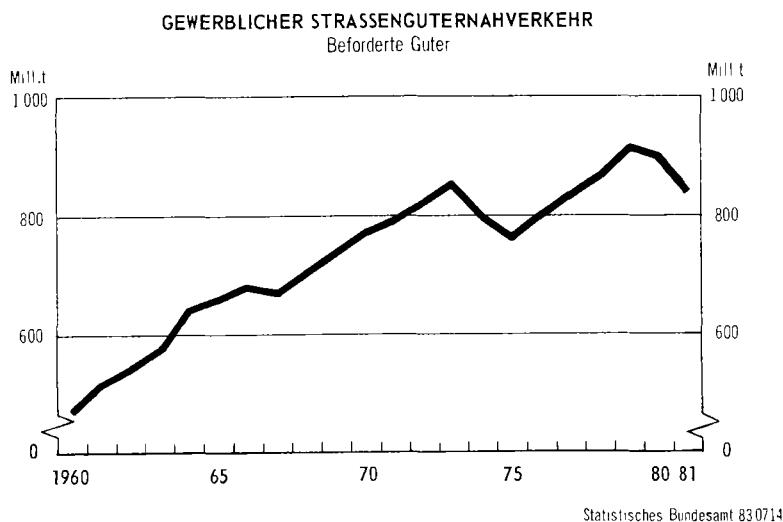
Der Anteil des gewerblichen Straßengüterfernverkehrs am gesamten Straßengüterfernverkehr ist zugunsten des Werkverkehrs und des Verkehrs ausländischer Lastkraftfahrzeuge seit 1960 um ein Drittel zurückgegangen. Zur Zeit entfällt etwa die Hälfte der gesamten Verkehrsleistung im Straßengüterfernverkehr auf den gewerblichen Verkehr

Im gewerblichen Straßengüterfernverkehr ist das Beförderungsaufkommen seit 1960 um fast das Doppelte gestiegen. Für das Jahr 1981 wurden eine Transportmenge von 840 Mill. t und eine Transportleistung von 20,0 Mrd Tonnenkilometern geschätzt. Der Anteil des Werkverkehrs am gesamten Straßengüterfernverkehr ist — gemessen an der tonnenkilometrischen Leistung — leicht zurückgegangen, beträgt aber immer noch mehr als 50 %



## Einnahmen

Die Einnahmen im Guterkraftverkehr beliefen sich im Jahr 1981 auf knapp 34 Mrd. DM einschließlich Mehrwertsteuer, die Einnahmen im Verkehrsnebenbertrieb betrugen 19 Mrd. DM



### 3.4.4 Binnenschifffahrt

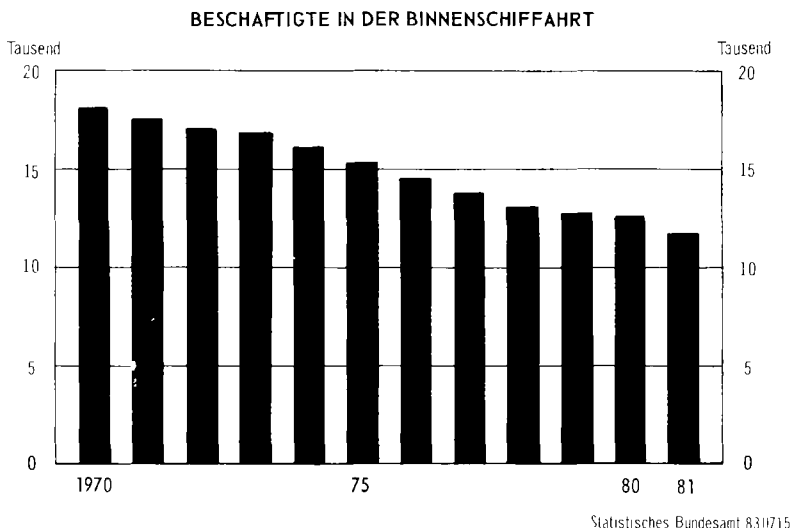
#### Unternehmen

Die Zahl der Unternehmen mit gewerblicher Binnenschifffahrt ist seit 1970 um ein Drittel auf 2 040 Unternehmen im Jahr 1981 zurückgegangen. Davon war der überwiegende Teil ausschließlich in der Binnenschifffahrt tätig oder hatte seinen wirtschaftlichen Schwerpunkt in diesem Verkehrszweig. Nur 79 Unternehmen betrieben 1981 Binnenschifffahrt nebenbertrieblich.

Bei der Mehrzahl der Unternehmen handelt es sich um Partikuliere, d. h. kleinere, meist in Familienbesitz befindliche Unternehmen, die Schifffahrt betreiben. Von den im Jahr 1981 in der gewerblichen Binnenschifffahrt tätigen Unternehmen hatten 1 766 höchstens vier Beschäftigte, nur ein Prozent der Unternehmen beschäftigte 100 und mehr Personen.

## Beschäftigte

In der gewerblichen Binnenschifffahrt waren im Jahr 1981 11 668 Personen beschäftigt, 5 462 Personen weniger als im Jahr 1970. Davon gehörten 10 106 Personen zum fahrenden Personal und 1 562 zum Landpersonal



## Schiffsbestand

Die deutsche Binnenflotte umfaßte am Jahresende 1981 3 609 Guterschiffe mit einer Tragfähigkeit von rd. 3,5 Mill. t sowie 439 Schlepper und Schubboote mit einer Maschinenleistung von 142 645 kW. Im Vergleich zu 1960 sind Schiffsbestand und Tonnage erheblich zurückgegangen, die Zahl der Guterschiffe verringerte sich auf rd. die Hälfte, die Tragfähigkeit nahm um etwa ein Viertel ab. Neben dem Trend zum Einsatz größerer Schiffe zeigt sich der Strukturwandel in der Binnenschifffahrt vor allem auch in dem verstärkten Einsatz von Schubverbänden und der Dezimierung des Bestands an Schleppkähnen. Die Anpassung an moderne Transporterfordernisse wurde maßgeblich durch die seit 1969 laufende Abwrackaktion zur Beseitigung von unwirtschaftlichem und veraltetem Schiffsraum unterstützt.

Der Bestand an Fahrgastschiffen erhöhte sich seit 1960 um ungefähr ein Fünftel auf 591 Einheiten mit 168 318 Fahrgastplätzen im Jahr 1981.

**Tabelle 31: Bestand an Binnenschiffen<sup>1)</sup>**

Schiffsgattung	1960		1970		1981	
	Anzahl	1 000 t	Anzahl	1 000 t	Anzahl	1 000 t
Guteschiffe	7 491	4 840	6 336	4 524	3 609	3 548
davon						
Gutermotorschiffe	4 003	2 000	4 443	2 836	2 533	2 134
Tankmotorschiffe	557	381	747	612	499	609
Guterschleppkähne	2 750	2 351	782	690	135	110
Tankschleppkähne	181	108	145	76	34	15
Guterschubleichter			197	279	361	617
Tankschubleichter			22	31	47	63
	Anzahl	1 000 kW	Anzahl	1 000 kW	Anzahl	1 000 kW
Schlepper und Schubboote	1 234	376	698	237	439	143
	Anzahl	1 000 Pers Pl	Anzahl	1 000 Pers Pl	Anzahl	1 000 Pers Pl
Fahrgastschiffe	491	125	515	146	591	168

<sup>1)</sup> Stand 31.12.

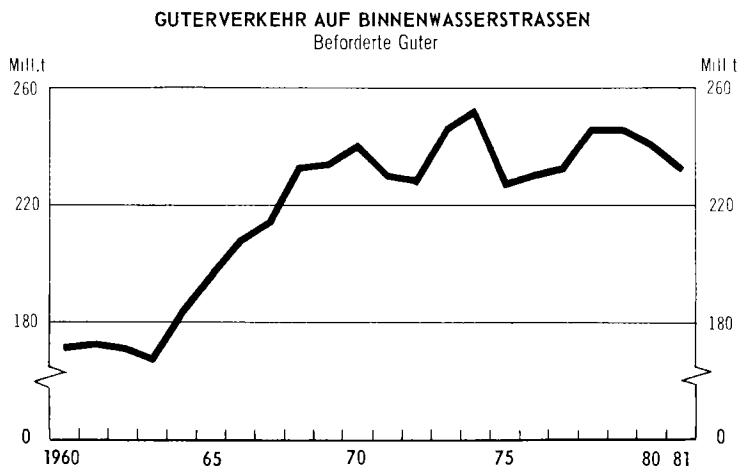
## Verkehrsleistungen

Der Güterverkehr auf den Binnenwasserstraßen des Bundesgebietes verzeichnete während der 60er Jahre eine fast ununterbrochene Aufwertsentwicklung; das Beförderungsaufkommen stieg von 171 Mill. t im Jahr 1960 auf 240 Mill. t im Jahr 1970. Seither schwankt es zwischen 230 und 250 Mill. t. Im Jahr 1981 wurde eine Gütermenge von 232 Mill. t transportiert. Die dabei erbrachte Verkehrsleistung betrug 50 Mrd. Tonnenkilometer.

Der Anteil des Verkehrs innerhalb des Bundesgebietes ist während der vergangenen 10 Jahre vor allem zugunsten des grenzüberschreitenden Verkehrs zurückgegangen und macht heute ungefähr ein Drittel des Gesamtaufkommens aus. Der Transportanteil des Verkehrs über die Grenzen des Bundesgebietes hinaus hat sich auf 62 % des gesamten Beförderungsaufkommens erhöht. Der Durchgangsverkehr hat seinen Anteil nur geringfügig ausgedehnt (1981: 5,3 %).

Die deutsche Binnenflotte beförderte im Jahr 1981 eine Gütermenge von 119 Mill. t. Ihr Anteil am gesamten Transportaufkommen auf den Binnenwasserstraßen des Bundesgebietes ist von 60 % im Jahr 1960 auf 52 % im Jahr 1981 zurückgegangen.

Die Zusammensetzung der auf Binnenschiffen transportierten Gütermenge hat sich während des vergangenen Jahrzehnts kaum verändert. Nach wie vor stellen wenige Massengüter über 80 % der Transportmenge: fast ein Drittel des Beforderungsaufkommens besteht aus Steinen und Erden, ein weiteres Drittel stammt aus dem Montan-Bereich und bei fast einem Fünftel handelt es sich um Mineralölserzeugnisse.



Statistisches Bundesamt 830716

**Tabelle 32: Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen nach Güterabteilungen**  
Mill. t

Güterabteilung	1970	1975	1981
Landwirtschaftliche Erzeugnisse	9,1	7,8	6,6
Andere Nahrungsmittel	6,9	9,4	12,8
Feste mineralische Brennstoffe	24,6	20,8	24,7
Mineralölserzeugnisse	41,6	45,0	42,0
Erze und Metallabfälle	37,5	38,5	39,6
Eisen, Stahl, NE-Metalle	14,8	13,8	14,6
Steine und Erden	87,5	74,9	69,9
Düngemittel	6,2	5,0	5,4
Chemische Erzeugnisse	10,1	10,1	12,3
Andere Halb- und Fertigwaren	1,4	1,2	1,3
Besondere Transportgüter	0,3	0,8	2,4
Insgesamt	240,0	227,3	231,7

## Umsatz

Im Jahr 1981 erzielte die gewerbliche Binnenschifffahrt einen Umsatz von rd 2,0 Mrd. DM ohne Mehrwertsteuer. Davon kamen 71 % aus den Beförderungsleistungen der Güterschifffahrt und fast ein Viertel aus der Tankschifffahrt. Die Personenschifffahrt erreichte einen Anteil von knapp 7 % am Gesamtumsatz. Im Vergleich zu 1970 hat sich der Anteil des aus der Güterschifffahrt stammenden Umsatzes leicht zugunsten der Umsatzanteile aus der Tank- und Personenschifffahrt verringert.

### 3.4.5 Seeschifffahrt

Im Rahmen der Seeschifffahrtsstatistik werden keine Daten über die im Seeverkehr tätigen Unternehmen, ihre Beschäftigten und Umsätze erhoben.

#### Schiffsbestand

Die Ladekapazität der deutschen Handelsflotte wurde bis Anfang der 70er Jahre laufend ausgebaut; seither sind — vor allem aufgrund des Konkurrenzdrucks der sog. „Billigflaggen“ — sogar Kapazitätsverminderungen zu beobachten.

Die Anzahl der unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland fahrenden Handelsschiffe lag im Jahr 1981 mit 1 590 Einheiten um 41 % niedriger als 1960, die eingesetzte Tonnage dagegen mit 7,4 Mill. BRT um 56 % höher. Der Rückgang traf vor allem die konventionellen Stuckgut- und die Massengutfrachter, während Anzahl und Transportkapazität der modernen Containerschiffe stark anstiegen, und zwar auf 91 Vollcontainerschiffe mit einem Raumgehalt von 1,4 Mill. BRT im Jahr 1981. Damit steht die deutsche Handelsflotte in diesem Bereich auf dem vierten Platz der Weltrangliste.

**Tabelle 33: Bestand an Handelsschiffen <sup>1)</sup>**

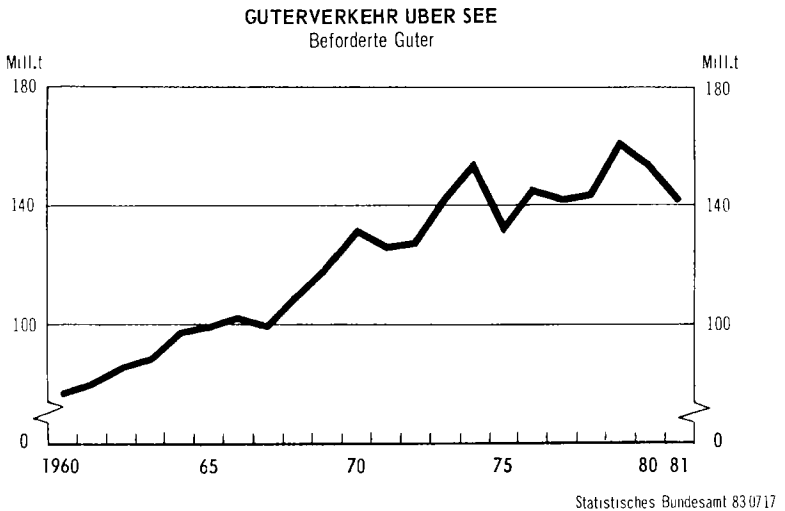
Schiffsart	Einheit	1960	1970	1981
Handelsschiffe insgesamt	Anzahl	2 706	2 690	1 590
	1 000 BRT	4 762	8 441	7 414
darunter Trockenfrachter	Anzahl	2 434	2 315	1 146
	1 000 BRT	3 886	6 124	4 471
Tankschiffe	Anzahl	103	131	162
	1 000 BRT	633	1 825	2 809

<sup>1)</sup> Handelsschiffe mit mehr als 50 m<sup>3</sup> oder 17 65 BRT am Jahresende

Besonders stark ist in den vergangenen Jahrzehnten die Transportkapazität der Tankschiffe gestiegen. Ihr Anteil an der Gesamttonnage der deutschen Handelsflotte hat sich von 13 % im Jahr 1960 auf 38 % im Jahr 1981 erhöht. Auch hier sind neuerdings Tonnagerückgänge zu verzeichnen.

## Verkehrsleistungen

Die im Güterverkehr über See in den Küstenhäfen des Bundesgebietes umgeschlagene Gütermenge lag 1981 mit 142 Mill. t fast doppelt so hoch wie im Jahr 1960. Beinahe die Hälfte des Güteraufkommens wird z. Z. von und nach europäischen Häfen transportiert; etwa ein Fünftel entfällt auf den Verkehr mit Amerika.



Mit einem Güterumschlag von 59 Mill. t im Jahr 1981 ist Hamburg nach wie vor der mit Abstand größte Küstenhafen der Bundesrepublik, gefolgt von Wilhelmshaven mit 25 Mill. t und den Bremischen Häfen mit zusammen 24 Mill. t. Die weitaus bedeutendsten Güterarten sind Erdöl und Mineralöl-erzeugnisse, die knapp ein Drittel des gesamten Güteraufkommens im Seeverkehr ausmachen.

**Tabelle 34: Seeverkehr nach Güterabteilungen**  
Mill. t

Güterabteilung	1970	1975	1981
Landwirtschaftliche Erzeugnisse	12	13	13
Andere Nahrungsmittel	10	11	16
Feste mineralische Brennstoffe	10	6	9
Mineralerzeugnisse	53	51	44
Erze und Metallabfälle	18	18	16
Eisen, Stahl, NE-Metalle	6	7	10
Steine und Erden	6	6	5
Düngemittel	4	3	5
Chemische Erzeugnisse	4	5	9
Andere Halb- und Fertigwaren	13	8	11
Besondere Transportgüter	2	3	5
Insgesamt	138	131	142

### 3.4.6 Luftfahrt

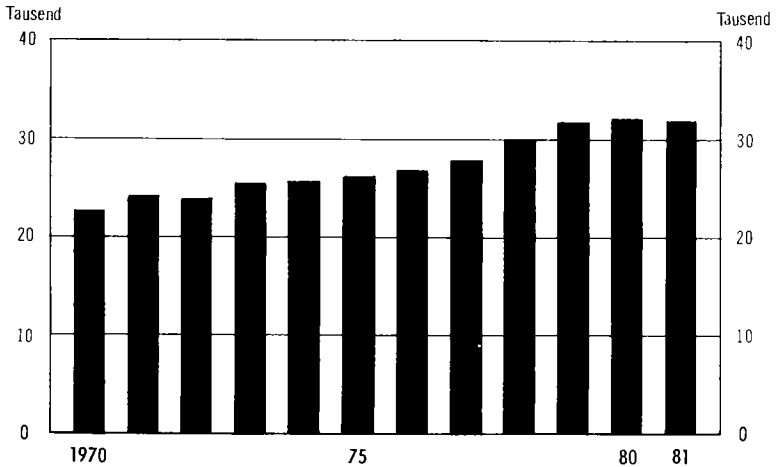
#### Unternehmen

Im Jahr 1981 gab es insgesamt 142 im Bundesgebiet ansässige Unternehmen, die gewerblichen Luftverkehr betrieben, im Jahr 1970 waren es im Vergleich dazu 109 Unternehmen. Davon betrieb die Lufthansa als einziges Unternehmen Linienverkehr. Sieben Unternehmen waren lediglich im Pauschalflugreise- sowie Tramp- und Anforderungsverkehr tätig. Die Zahl der Unternehmen im Taxi- und sonstigen Nahluftverkehr ist seit 1970 von 26 auf 82 im Jahr 1981 gestiegen. Reklame-, Bild- und sonstige Flüge wurden 1981 von 39 Unternehmen durchgeführt. 13 Unternehmen waren nur nebegewerblich in der Luftfahrt tätig.

#### Beschäftigte

Der Personalbestand der Luftfahrtunternehmen hat sich seit 1970 fast ununterbrochen erhöht. Im Jahr 1981 waren mit rd. 31 900 Personen rd. 9 400 mehr in der Luftfahrt beschäftigt als im Jahr 1970. Davon gehörten ein Viertel zum fliegenden Personal und drei Viertel zum Bodenpersonal. Am Beginn der 70er Jahre lag der Anteil des fliegenden Personals lediglich bei 18 %.

# LUFTFAHRTPERSONAL



Statistisches Bundesamt 83 0718

## Luftfahrzeugbestand

Die im Bundesgebiet ansässigen Luftfahrtunternehmen verfügten im Jahr 1981 über 584 Flugzeuge sowie 125 Hubschrauber und Luftschiffe. Gegenüber 1970 ist der Bestand um 76 zurückgegangen bzw. um 79 Einheiten erweitert worden. Die Zahl der kleineren Flugzeuge mit einem höchstzulässigen Startgewicht bis 2 t nahm gegenüber 1970 um 220 auf 243 Einheiten im Jahr 1981 ab, während sich der Flugzeugbestand in den mittleren Startgewichtsklassen verdoppelte. Die Zahl der Großflugzeuge mit einem höchstzulässigen Startgewicht von über 20 t stieg während dieses Zeitraums um 45 % auf 162.

**Tabelle 35: Luftfahrzeugbestand der Luftfahrtunternehmen<sup>1)</sup>**

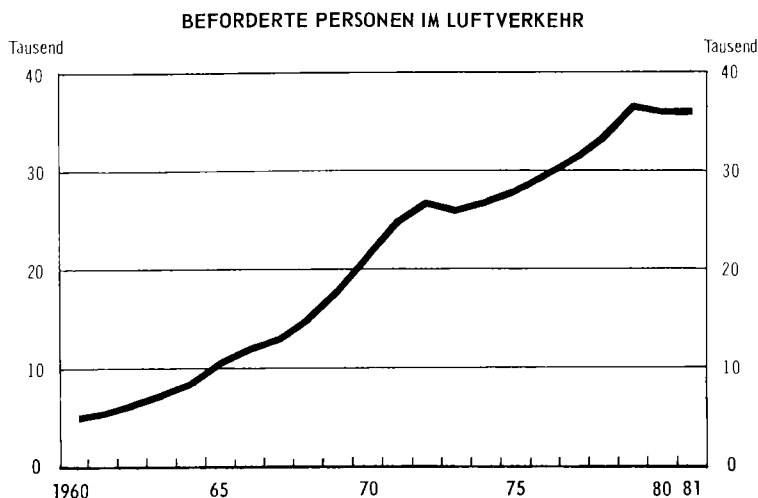
Luftfahrzeugart	1970	1975	1981
Flugzeuge	660	572	584
davon mit höchstzulässigem Startgewicht			
bis 2 t	463	318	243
über 2 bis 5,7 t	63	107	148
über 5,7 bis 14 t	19	10	22
über 14 bis 20 t	3	2	9
über 20 t	112	135	162
Hubschrauber und Luftschiffe	46	67	125

<sup>1)</sup> Stichtag 1.7.



## Verkehrsleistungen im Personenverkehr

Die Personenbeförderung im Luftverkehr verzeichnete während der vergangenen Jahrzehnte hohe Zuwachsraten. Die Zahl der Passagiere ist von 4,9 Mill. im Jahr 1960 auf 35,9 Mill. im Jahr 1981 und damit um mehr als das Sechsfache gestiegen.



Statistisches Bundesamt 830719

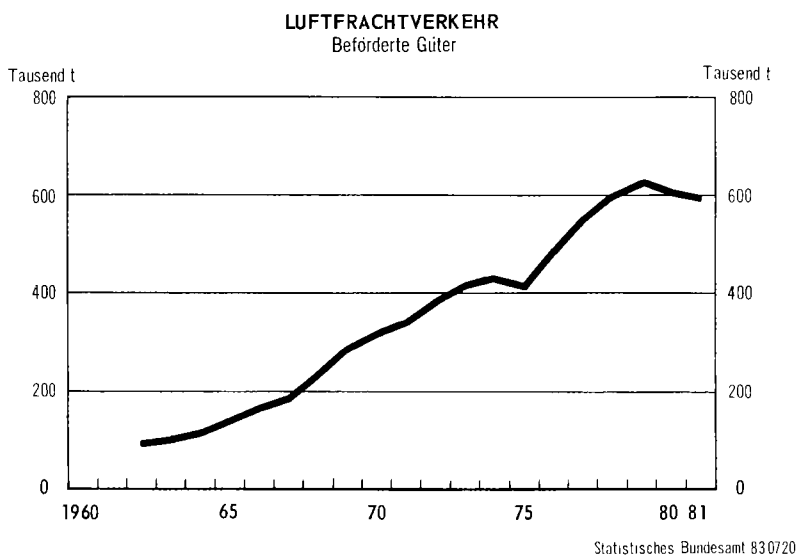
Nach wie vor werden die meisten Passagiere im Linienverkehr befördert. Der Gelegenheitsverkehr konnte allerdings seinen Anteil von 10 % im Jahr 1960 auf ein Drittel im Jahr 1981 ausweiten. Besonders stark hat der Pauschalflugreiseverkehr zugenommen. Die Zahl der in dieser Verkehrsart beförderten Personen stieg von 3,6 Mill. im Jahr 1970 auf 8,6 Mill. im Jahr 1981.

Fast ein Viertel der Passagiere wird z. Z. im Verkehr innerhalb des Bundesgebietes befördert, 1960 waren es noch 45 %. Der Anteil des Verkehrs mit dem Ausland erhöhte sich von 48 % im Jahr 1960 auf knapp drei Viertel des Passagieraufkommens im Jahr 1981. Der Durchgangsverkehr ist mit einem Anteil von 2 % vergleichsweise unbedeutend.

## Verkehrsleistungen im Frachtverkehr

Das Luftfrachtaufkommen ist seit 1960 um fast das Siebenfache gestiegen; im Jahr 1981 betrug es 593 000 t. Der Verkehr mit Gebieten außerhalb der

Bundesrepublik Deutschland, der heute ungefähr drei Viertel des Gesamtaufkommens darstellt, verzeichnete während dieser Zeit den größten Zuwachs. Der Durchgangsverkehr stieg ebenfalls stark an, sein Anteil lag 1981 bei gut einem Fünftel des gesamten Transportaufkommens mit Luftfahrzeugen-



**Tabelle 36: Luftfrachtaufkommen nach Güterabteilungen<sup>1)</sup>**  
**in 1 000 t**

Güterabteilung	1970	1975	1981
Landwirtschaftliche Erzeugnisse	20,1	30,3	62,7
Andere Nahrungsmittel	4,3	9,8	11,3
Feste mineralische Brennstoffe	0,0	0,0	0,0
Mineralölerzeugnisse	0,2	0,3	0,6
Erze und Metallabfälle	0,0	0,0	0,0
Eisen, Stahl, NE-Metalle	1,5	2,1	3,1
Steine und Erden	0,2	0,5	0,4
Düngemittel	0,0	0,0	0,0
Chemische Erzeugnisse	12,9	15,6	28,8
Andere Halb- und Fertigwaren	189,3	223,1	276,8
Besondere Transportgüter	54,7	78,7	162,2
Insgesamt	283,2	360,4	545,9

<sup>1)</sup> Ohne Mehrfachzahlungen des Umladeverkehrs und ohne ungebrochenen Durchgangsverkehr, der nicht nach Gütern aufgliedert werden kann

gen. Der inländische Luftfrachtverkehr spielt in der Bundesrepublik Deutschland nur eine untergeordnete Rolle, sein Anteil am gesamten Luftfrachtaufkommen beträgt etwa 2 %.

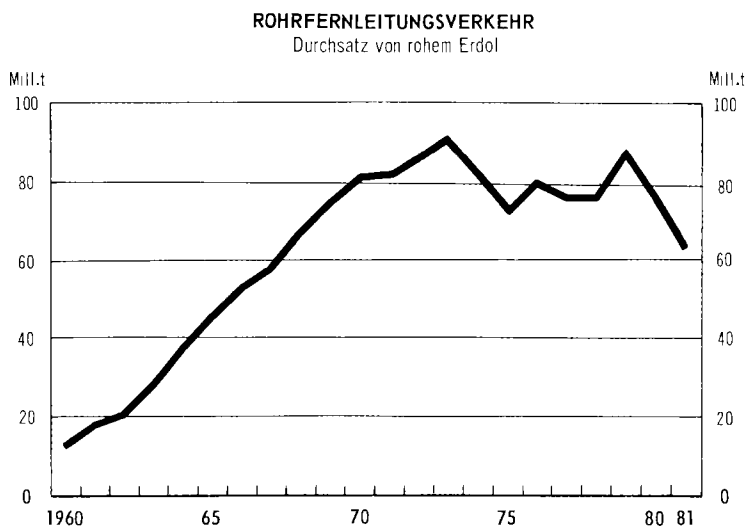
Der überwiegende Teil der Luftfracht besteht nach wie vor aus Halb- und Fertigprodukten (vor allem elektrischen Erzeugnissen und Maschinen), besonderen Transportgütern (z. B. Geschenkartikeln) sowie aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

## Umsatz

Die Luftfahrtunternehmen erzielten im Jahr 1981 einen Umsatz von 8,4 Mrd. DM ohne Umsatzsteuer. Davon stammten — wie auch im Jahr 1970 — 81 % aus Beförderungsleistungen im Personenverkehr, 17 % aus Beförderungsleistungen im Güterverkehr und der Rest aus Flügen für andere Zwecke.

### 3.4.7 Rohrfernleitungen

Der Rohrfernleitungsverkehr verzeichnete bis zur ersten Hälfte der 70er Jahre hohe Zuwachsraten. Danach wirkte sich auch hier der durch den ersten Ölpreisschub verursachte Nachfragerückgang nach Erdölprodukten aus.



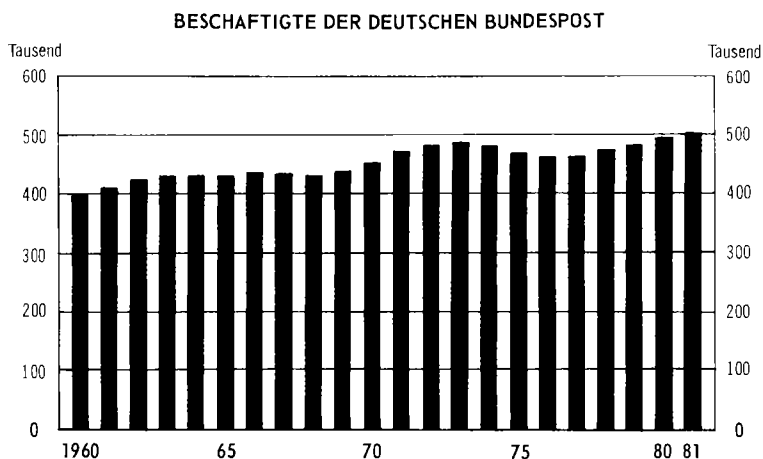
Statistisches Bundesamt 83 0721

Im Vergleich zu 1960 hat sich die Durchsatzmenge von rohem Erdöl mit 63 Mill. t im Jahr 1981 fast vervunffacht. Die dabei erbrachte Verkehrsleistung stieg um das Vierfache auf 11 Mrd. Tonnenkilometer im Jahr 1981 an. Die durch Rohrfernleitungen ins Bundesgebiet eingeführte Menge an Mineralölprodukten belief sich 1981 auf 6,9 Mill. t, der grenzüberschreitende Empfang von Erdgas auf 38 Mill. t.

### 3.4.8 Post- und Fernmeldewesen

#### Unternehmen

Das Post- und Fernmeldewesen wird in der Bundesrepublik Deutschland von der Deutschen Bundespost betrieben. Nur im Paketverkehr sind seit einigen Jahren in beschränktem Umfang weitere Unternehmen tätig. Mit gut einer halben Million Beschäftigten und einer Bilanzsumme von rd. 90 Mrd. DM ist die Deutsche Bundespost das größte Dienstleistungsunternehmen der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist in zahlreichen Verkehrsbereichen tätig: Im Postwesen betreibt sie neben dem traditionellen Postdienst auch Geld-, Bank- und Sparverkehr sowie Personenbeförderung. Im Fernmeldewesen bietet sie neben den Telegrafien- und Fernsprechkdiensten noch weitere Leistungen der Nachrichtenübermittlung — wie z. B. die Rundfunk- und Fernsehversorgung — an.



Statistisches Bundesamt 830722

Die Deutsche Bundespost verfügte Ende 1981 über rd 18 400 Ämter und Amtsstellen im gesamten Bundesgebiet. Gegenüber 1960 hat sich ihre Anzahl um ein Drittel verringert.

## Beschäftigte

Der Personalbestand der Deutschen Bundespost hat sich gegenüber 1960 um etwa ein Viertel auf eine halbe Million Beschäftigte am Jahresende 1981 erhöht.

## Betriebseinrichtungen

Der zunehmenden Bedeutung des Nachrichtenverkehrs begegnete die Deutsche Bundespost mit einer Erweiterung ihrer Betriebseinrichtungen und Kapazitäten. Am Jahresende 1981 standen ihren Kunden rd. 110 000 Postbriefkasten und rd. 528 000 Postfächer zur Verfügung. Die Zahl der Sprechstellen mit Hauptanschluß erhöhte sich von 1960 bis 1981 um mehr als das Fünffache auf 21,9 Mill., die der Nebenanschlüsse um fast das Doppelte auf 8,0 Mill. Die Zahl der öffentlichen Sprechstellen, die sich 1960 noch auf 57 000 belief, lag Ende 1981 bei 158 000 Die Anzahl der Telexanschlüsse stieg um das Dreifache auf 145 500.

**Tabelle 37: Betriebseinrichtungen der Deutschen Bundespost am Jahresende 1 000**

Betriebseinrichtungen	1960	1970	1981
Postbriefkasten	100	109	110
Postfächer	272	393	528
Telefonanschlüsse			
Hauptanschlüsse	3 221	8 700	21 931
Nebenanschlüsse	2 716	5 040	8 033
öffentliche Sprechstellen	57	94	158
Telexanschlüsse	35	80	146

## Verkehrsleistungen

Die Verkehrsleistungen der Deutschen Bundespost sind während der vergangenen Jahrzehnte insgesamt stark gestiegen. Die Zahl der Briefsendungen erhöhte sich von 8,5 Mrd. im Jahr 1960 auf 12,7 Mrd. im Jahr 1981. Beim Paketverkehr lag die Anzahl der Sendungen mit 269 Mill. jährlich allerdings um 5,6% niedriger als 1960. Hier wirkt sich u. a. die Konkurrenz privater Firmen auf einigen besonders nachgefragten Verkehrsstrecken aus.

Die größten Zuwachsraten sind im Fernsprechverkehr zu verzeichnen. Im Vergleich zu 1960 ist die Zahl der Ortsgespräche um das Dreifache auf 14,5 Mrd. Einheiten im Jahr 1981 gestiegen. Die Zahl der Ferngespräche erhöhte sich sogar um fast das Siebenfache auf 8,3 Mrd. Einheiten. Die Zahl der Telegramme ging ständig zurück; sie belief sich 1981 auf rd. 7 Mill. im Vergleich zu rd. 25 Mill. im Jahr 1960. Der Telexverkehr stieg in diesem Zeitraum um mehr als das Doppelte auf 1,8 Mrd. Gebühreneinheiten an.

**Tabelle 38: Verkehrsleistungen der Deutschen Bundespost  
Mill. Einheiten**

Verkehrsleistungen	1960	1970	1981
Briefsendungen	8 498	10 680	12 738
Paketsendungen	285	320	269
Ortsgespräche	3 472	6 878	14 473
Ferngespräche	1 075	3 338	8 306
Telegramme	25	16	7
Telexverkehr	560	1 164	1 840

## Umsatz

Die Entwicklung der Umsatzerlöse ist vor allem durch die ungleiche Ertragssituation in den Produktionsbereichen Post- und Fernmeldewesen gekennzeichnet. Während sich 1960 die Umsatzerlöse der beiden Bereiche noch ungefähr in der gleichen Größenordnung bewegten, waren sie im Jahr 1981 im Fernmeldedienst mit 26,8 Mrd. DM mehr als doppelt so hoch wie im Postdienst, wo ein Umsatz von 10,9 Mrd. DM erzielt wurde.

### 3.4.9 Preise für Verkehrsleistungen

#### Personenverkehr

In der Verbraucherpreisstatistik wird die Preisentwicklung im Eisenbahnverkehr, bei öffentlichen Verkehrsmitteln (Straßenbahnen und Autobussen) sowie im Flugverkehr ermittelt. Die im Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen nachgewiesenen **Eisenbahntarife für die Personenbeförderung** haben sich von 1950 bis 1982 um insgesamt 384,4 % erhöht. Dabei blieben sie von 1952 bis 1957, von

1963 bis 1965 sowie von 1967 auf 1968 konstant, während Tarifänderungen den Index vor allem in den Jahren 1951 (+ 21,3 %), 1952 (+ 8,0 %), 1958 (+ 19,8 %), 1961 (+ 7,1 %), 1963 (+ 11,2 %) sowie 1971 (+ 7,8 %) und anschließend fast jedes Jahr beträchtlich ansteigen ließen (von 1981 auf 1982 um + 12,2 %).

Die im gleichen Preisindex erfaßten Tarife für **örtliche Verkehrsmittel** (für Straßenbahnen und Autobusse, ab 1968 auch für Taxis) sind um insgesamt 585,2 % gestiegen. Dabei erhöhten sich die Preise im ersten Dezennium — von 1950 bis 1960 — um 61,4 %, im zweiten — von 1960 bis 1970 — um 74,6 % und in der Zeit von 1970 bis 1982 um 143,1 %.

**Tabelle 39: Entwicklung der Eisenbahntarife und der Tarife für örtliche Verkehrsmittel<sup>1)</sup>**

Jahr	Eisenbahntarife	Örtliche Verkehrsmittel
	1976 = 100	
1950	32,0	21,0
1960	51,8	33,9
1970	65,7	59,2
1980	120,8	121,0
1981	138,2	131,6
1982	155,0	143,9

<sup>1)</sup> Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen

In dem seit 1962 berechneten Preisindex für die Lebenshaltung **aller** privaten Haushalte geht in die Indexgruppe „Bundesbahn“ die Tarifentwicklung sowohl des Schienen- wie des Busverkehrs ein. Dieser Gruppenindex erhöhte sich von 1962 auf 1982 um 195,8 %. Der Untergruppenindex „örtliche Verkehrsmittel“, der neben den Fahrpreisen für den Straßenbahn- und Omnibusverkehr auch die Taxifahrten berücksichtigt, stieg von 1962 bis 1982 um 268,5 %; dabei lag die Veränderungsrate von 1962 bis 1970 bei + 52,6 % und von 1970 bis 1982 bei + 141,5 %.

Seit 1962 werden auch die Preise für die Personenbeförderung bei Flugreisen in der Verbraucherpreisstatistik berücksichtigt. Die Indexreihe „Flugverkehr“ hat sich von 1962 bis 1982 um 99,0 % erhöht. Nach einer Phase ziemlich konstanter bzw. bis zum Jahr 1970 sogar leicht sinkender Preise stieg der Index bis 1982 beträchtlich (von 1970 bis 1982 um rund 102 %). Am stärksten waren die jährlichen Veränderungen 1974 und 1980 infolge der durch die beiden Erdölkrisen bedingten Treibstoffpreiserhöhungen.

**Tabelle 40: Entwicklung der Bundesbahntarife, der Tarife für örtliche Verkehrsmittel und der Flugpreise<sup>1)</sup>**

Jahr	Bundesbahn- tarife	Örtliche Verkehrsmittel	Flugpreise
	1976 = 100		
1962	53,0	39,0	70,1
1965	58,9	45,8	65,7
1970	63,4	59,5	68,9
1975	99,5	89,7	95,5
1980	122,0	121,0	120,9
1981	139,0	131,6	132,1
1982	156,8	143,7	139,5

<sup>1)</sup> Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte

## Frachten im Eisenbahngüterverkehr

Die für den Leistungsbereich „Güterverkehr“ der Deutschen Bundesbahn nachgewiesenen Wagenladungsfrachten (für ausgewählte Güterarten), die sich nach den maßgeblichen Tarifen richten, haben sich von 1960 auf 1982 um 55 bis 114 % erhöht. Sie hielten sich damit im Rahmen der Teuerungsraten für Transporte, wie sie im gleichen Zeitraum auch bei den Wettbewerbern Binnenschifffahrt und Güterfernverkehr zu verzeichnen waren.

**Tabelle 41: Wagenladungsfrachten im Eisenbahngüterverkehr in der 20-t-Ladeklasse nach Ausnahmetarifen**

DM je 1000 kg

Jahr	Steinkohle <sup>1)</sup> von Gelsenkirchen nach Hamburg	leichtes Heizöl <sup>2)</sup> von Köln nach Kassel	Benzin <sup>2)</sup> von Spellen (Niederr.) nach Kassel	Eisenerz <sup>1)3)</sup> von Aumenau nach Rheinhausen	Stahlhalbzeug von Braunschweig nach Hamburg
1960	18,35	22,80	31,20	8,00	25,10
1965	16,30	19,70	24,20	7,70	19,90
1970	18,09	21,80	24,33	7,95	21,13
1975	29,10	34,00	37,90	13,23	33,00
1980	34,65	40,60	43,25	15,43	38,53
1981	37,35	43,60	46,40	15,90	41,30
1982	39,20	45,62	48,51	16,50	43,23

<sup>1)</sup> Bis 14.3.1966 20-t-Klasse, ab 15.3.1966 25-t-Klasse — <sup>2)</sup> Ladungen in Privatkesselwagen —

<sup>3)</sup> Ab 1.6.1976 Geschlossene Züge



## Tarife im Straßengüterverkehr

Die Stückgutfrachten im Straßengüterverkehr haben sich zwischen 1960 und 1982 mehr als verdoppelt (+ 123 %), während die Frachtsätze für Wagenladungen um rund 76 % stiegen. Dabei bleibt allerdings unberücksichtigt, daß seit März 1960 vom Tarif abweichende Preisvereinbarungen im Rahmen bestimmter Margen zulässig sind.

**Tabelle 42: Frachten und Frachtsätze im Güterfernverkehr**

Jahr	Stückgutfrachten <sup>1)</sup>	Frachtsätze für Wagenladungen <sup>2)</sup>
	DM je Sendung	DM je 100 kg
1960	83,88	3,65
1965	95,60	3,47
1970	96,97	3,49
1975	143,40	4,94
1980	169,60	5,80
1981	177,59	6,09
1982	187,25	6,42

<sup>1)</sup> Transportentfernung 261 – 280 km; Gewicht der Sendung = 1000 kg – <sup>2)</sup> Regelgüterklasse A/B, bis 14. 12. 1964 = 15-t-Klasse, ab 15. 12. 1964 = 20-t-Klasse

## Frachtraten im Güterverkehr auf Binnenschiffen

Im Bereich der Binnenschifffahrt haben sich die Frachten für ausgewählte Güter von 1960 auf 1982 im Durchschnitt um 140 % erhöht. Dabei wiesen die Frachten für Eisen und Stahl mit einem Anstieg um rund 171 % die stärkste Verteuerung auf. Die Steigerungsrate der Transportsätze für Mineralöl lag dagegen mit 108 % deutlich unter dem Durchschnitt.

**Tabelle 43: Frachtsätze der Binnenschifffahrt  
DM je 1000 kg**

Jahr	Kies von Emmerich nach Dortmund	Erz von Emden nach Dortmund	Eisen/Stahl vom Ruhrgebiet nach Karlsruhe	Steinkohle vom Ruhrgebiet nach Mannheim	Mineralöl <sup>1)</sup> von Hamburg nach Berlin-Spandau
1960	3,05	4,52	10,45	8,14	12,80
1965	3,17	4,52	10,45	7,12	12,80
1970	3,32	4,67	11,69	8,51	13,21
1975	5,30	7,72	20,21	14,94	18,24
1980	6,21	9,66	25,19	18,83	23,83
1981	6,64	10,24	26,99	20,22	25,38
1982	6,95	10,67	28,32	21,24	26,62

<sup>1)</sup> Ohne Schiffsabgaben

## Frachtraten in der Seeschifffahrt

Von 1960 bis 1982 sind die Frachtraten in der Seeschifffahrt kräftig gestiegen. Der Index der Linienfahrt erhöhte sich um 274 %. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß diesem Index zu 55 % Raten in US-Dollar, zu 40 % Raten in DM und zu 5 % Raten in anderen Währungen zugrunde liegen. Der sich auf Abschlüsse in US-Dollar beziehende Index der Trampfahrt stieg im gleichen Zeitraum um 58 %.

**Tabelle 44: Indizes der Seefrachtraten  
1965 = 100**

Jahr	Linienfahrt	Trampfahrt (Trockenfracht) <sup>1)</sup>
1960	85,7	85,9
1965	100	100
1970	114,2	133,3
1975	204,3	116,9
1980	285,8	294,4
1981	315,3	234,4
1982	320,9	135,4

<sup>1)</sup> Von 1960 bis 1972 Reisecharter ab 1973 Zeitcharter

## Frachtraten im Luftverkehr

Die von der IATA-Konferenz für den Güterverkehr in der Luft verbindlich festgelegten allgemeinen Frachtraten für Einzelsendungen haben sich von 1960 auf 1982 sehr unterschiedlich entwickelt. Während im innerdeutschen Verkehr von Frankfurt (Main) nach Berlin (West) die Raten um 125 % angehoben wurden, was hauptsächlich auf eine Anpassung an die ab 1973 gestiegenen Treibstoffkosten zurückzuführen ist, lagen die Frachtraten im Atlantikverkehr infolge des starken Wettbewerbs — nach Tiefständen in den Jahren 1962 und 1972 — 1982 nur um 6 % über dem Stand des Jahres 1960.

**Tabelle 45: Frachtraten im Luftverkehr<sup>1)</sup>  
DM je kg**

Jahr	Von Frankfurt a. M. nach	
	Berlin (West)	New York
1960	1,10	13,36
1965	1,08	11,48
1970	1,09	11,04
1975	1,50	12,73
1980	2,15	13,15
1981	2,36	13,46
1982	2,47	14,17

<sup>1)</sup> Normaltarif für Sendungen unter 45 kg

## Post- und Fernmeldegebühren

Von 1950 bis 1981 haben sich die Gebühren im Postdienst — gemessen am Index der Postgebühren — kräftig erhöht (+ 302%). Dabei verstärkte sich der Anstieg von Jahrzehnt zu Jahrzehnt (1950 bis 1960: + 15 %, 1960 bis 1970: + 59 % und 1970 bis 1981: + 118 %). Demgegenüber gaben die Gebühren für Telefongespräche seit 1950 — im ganzen gesehen — deutlich nach (— 24 %). Relativ stark war der Rückgang von 1950 bis 1960 (— 19 %), was auf den hauptsächlich in diesen Zeitraum fallenden Übergang von handvermittelten Ferngesprächen auf Selbstwählverkehr zurückzuführen ist. Im April 1980 wurde nach der Einführung des neuen Tarfsystems (Übergang vom Ortsnetz zum Nahbereich sowie neue Zonenaufteilung für Gespräche über den Nahbereich hinaus) wieder der Gebührenstand des Jahres 1965 erreicht.

**Tabelle 46: Indizes der Post- und Fernspreckgebühren**  
**1970 = 100**

Jahr	Postdienstleistungen	Telefongesprache
1950	54,3	128,3
1955	60,9	122,1
1960	62,7	104,2
1965	76,9	104,0
1970	100,0	100,0
1975	183,0	127,1
1980	217,4	103,7
1981	218,3	98,1

## 3.5 Kreditinstitute

Im Rahmen einer hochentwickelten Volkswirtschaft spielt die Geld- und Kreditwirtschaft und damit das Bankensystem eine zentrale Rolle. Als Kapitalsammelstellen und Finanzierungsinstitute erfüllen die Banken wichtige gesamtwirtschaftliche Aufgaben. Sie vollziehen sich in der Bundesrepublik Deutschland unter der Aufsicht der Deutschen Bundesbank, die als Notenbank Hüterin der Währung ist. Mit verschiedenen Mitteln — wie Zinspolitik, Wertpapiergeschäfte usw. — kann sie innerhalb gewisser Grenzen die Geldversorgung der Volkswirtschaft steuern und damit zugleich Einfluß auf Konjunktur und Wachstum nehmen. Die Deutsche Bundesbank sorgt dabei auch für den nötigen Bargeldumlauf, der 1982 bei 88,6 Mrd. DM lag (siehe dazu auch Kapitel „Wirtschaft im Überblick“).

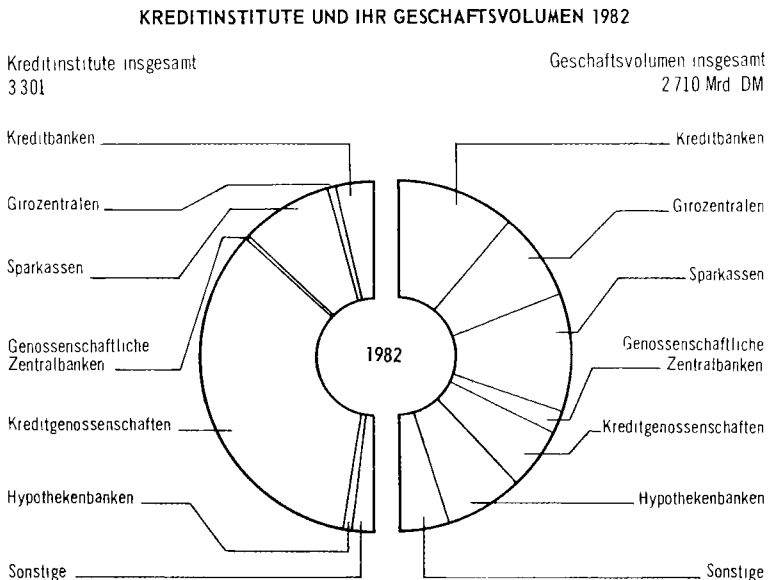
Aus der Zusammenarbeit von Bundesbank und den sogenannten Geschäftsbanken fallen Informationen an, die zu statistischen Ergebnissen

zusammengestellt werden und der Beurteilung von Struktur und Entwicklung des Bankensystems dienen.

### 3.5.1 Unternehmen

Im deutschen Bankenwesen ist seit Jahren ein Fusionsprozeß im Gange. Er hat zu einer abnehmenden Zahl von Kreditinstituten geführt. Während 1973 3 784 berichtspflichtige Kreditinstitute (Kreditinstitute mit einer bestimmten Mindestbilanzsumme) gezählt wurden, gab es 1982 nur noch 3 301. Von ihnen waren 2 263 oder mehr als zwei Drittel Kreditgenossenschaften (Volks- und Raiffeisenbanken) mit einem Anteil von 11 % am gesamten Geschäftsvolumen der Kreditinstitute. Dabei ist zu beachten, daß weitere 1 560 Kreditgenossenschaften nicht berichtspflichtig waren, weil ihre Bilanzsumme unter 10 Millionen lag, ihre Geschäftstätigkeit geht deshalb nicht in die statistischen Ergebnisse ein.

Gemessen am Geschäftsvolumen sind die übrigen Institutsgruppen, z. B. Kreditbanken, Sparkassen und Girozentralen, von weitaus größerer Bedeutung.



Statistisches Bundesamt 83/0723

### 3.5.2 Beschäftigte und Personalkosten

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 1982 waren 597 600 Erwerbstätige in Kredit- oder sonstigen Finanzierungsinstituten tätig, gegenüber 421 000 im Jahr 1970.

Den im Rahmen der Personalkostenerhebung 1981 befragten Kreditinstituten waren im Durchschnitt je Arbeitnehmer und Jahr 53 400 DM an Personalkosten entstanden. Fast die Hälfte entfiel dabei auf die sog. Personalnebenkosten, das sind im wesentlichen Sonderzahlungen, Vergütung arbeitsfreier Tage (Urlaub, Krankheit, gesetzliche Feiertage), Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung sowie für die berufliche Bildung.

**Tabelle 47: Personalkosten der Kreditinstitute 1981**

Personalkostenart	Einheit	Personalkosten
Personalkosten je Arbeitnehmer insgesamt	DM	53 400
davon		
Entgelt für geleistete Arbeit	%	51,2
Personalnebenkosten	%	48,8

### 3.5.3 Geschäftstätigkeit

Bei den Banken verdeutlicht die Bilanz — als Gegenüberstellung von Forderungen und Verbindlichkeiten zu einem bestimmten Stichtag — in

**Tabelle 48: Aktiva und Passiva der Kreditinstitute  
Mill. DM**

Bilanzposten	1970	1982
<b>Aktiva (Forderungen)</b>		
Barreserve	31 241	69 438
Schecks und Inkassopapiere	2 356	5 022
Kredite an Kreditinstitute	214 013	759 139
Kredite an Nichtbanken	543 733	1 788 985
Beteiligungen	4 990	21 787
Sonstige Aktiva	21 528	65 287
Geschäftsvolumen	817 861	2 709 658
<b>Passiva (Verbindlichkeiten)</b>		
Einlagen und aufgenommene Kredite von Kreditinstituten	195 618	664 792
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	447 058	1 328 586
Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf	118 748	530 822
Kapital (einschl. offene Rücklagen gemäß § 10 KWG)	29 473	89 671
Sonstige Passiva	26 964	95 787
Geschäftsvolumen	817 861	2 709 658

besonderem Maß Umfang und Schwerpunkte der geschäftlichen Tätigkeit. Hereinnahme von Einlagen einerseits, Kreditvergabe andererseits sind die wesentlichen Aufgaben des Bankensystems, die entsprechend im Bild der zusammengefaßten Bilanz erscheinen (siehe Tab 48)

Die Kredite an Nichtbanken, der bedeutendste Aktivposten in der Gesamtbilanz der Kreditinstitute, wurden 1982 zu knapp drei Vierteln an inländische Unternehmen und Privatpersonen vergeben, rund 23 % gingen an öffentliche Haushalte im Inland, rund 5 % der Kredite flossen an Kreditnehmer im Ausland.

Auf der Passivseite der Bilanz waren die Einlagen und aufgenommenen Kredite von inländischen Unternehmen und Privatpersonen mit einem Anteil von rund 84 % aller Einlagen und aufgenommenen Kredite von Nichtbanken von besonderer Bedeutung. Darunter hatten die Spareinlagen und Sparbriefe mit rund 49 % den größten Anteil. 13 % der Einlagen und aufgenommenen Kredite von Nichtbanken stammten von inländischen öffentlichen Haushalten, rund 3 % von ausländischen Gläubigern

Die Einlagen der Bausparkassen stellen wegen ihrer Zweckbindung (sie dürfen innerhalb bestimmter Fristen ausschließlich für Wohnungsbauzwecke verwendet werden) Spareinlagen besonderer Art dar. Ende 1981 bestanden 23,5 Mill. Bausparverträge mit den 31 Bausparkassen im Bundesgebiet. Diese Institute hielten Einlagen in Höhe von 116 Mrd. DM und hatten Baudarlehen mit einer Gesamtsumme von 128 Mrd. DM vergeben. Gegenüber 1970, als 9,6 Mill. Verträgen 40,6 Mrd. DM an Einlagen und 33,8 Mrd. DM an Baudarlehen gegenüberstanden, hat sich damit eine deutliche Ausweitung des Bauspargeschäfts ergeben.

Die Ausgabe von Kapitalmarktpapieren (Aktien und festverzinsliche Wertpapiere) ist ein wesentlicher Bestandteil der Geschäftstätigkeit der Banken. Die Emission eigener festverzinslicher Wertpapiere (z. B. Pfandbriefe, Bankobligationen) dient der Beschaffung von Fremdkapital; die Ausgabe von Anleihen der öffentlichen Hand sowie von Anleihen und Aktien der Unternehmen übernehmen die Banken als Dienstleistungen für diese Stellen.

1982 setzten die Kreditinstitute festverzinsliche Papiere inländischer Emittenten — vorwiegend Bankschuldverschreibungen — im Wert von 211 623 Mill. DM ab. Insgesamt waren 1982 festverzinsliche Wertpapiere mit einem Nominalwert (Nennwert) von 690 302 Mill. DM im Umlauf. Der Absatz von DM-Anleihen ausländischer Emittenten betrug 1982 12 868 Mill. DM. Im Umlauf befanden sich entsprechende Papiere mit einem Nominalwert von 83 624 Mill. DM.

Im Vergleich zu den festverzinslichen Wertpapieren sind in der Bundesrepublik Deutschland Absatz und Umlauf von Aktien von geringerer Bedeutung. 1982 waren Aktien mit einem Nominalwert von 97 932 Mill. DM im Umlauf. Der Wert der in diesem Jahr erstmals abgesetzten Aktien betrug 3 093 Mill. DM (Nominalwert).

**Tabelle 49: Absatz und Umlauf von Aktien und festverzinslichen Wertpapieren inländischer Emittenten**

Jahr	Festverzinsliche Wertpapiere		Aktien	
	Absatz	Umlauf	Absatz	Umlauf
	Mill. DM Nominalwert			
1970	20 816	158 005	2 374	55 604
1982	211 623	690 302	3 093	97 932

## 3.6 Versicherungen

Die Versicherungswirtschaft bietet mit einem breitgefächerten Dienstleistungsangebot materielle Absicherung gegen die verschiedenartigsten Risiken. Dadurch macht sie Verluste und Schadensfälle kalkulierbar. Dies wird für Wirtschaft und private Haushalte angesichts wachsender Gefahren und im Hinblick auf die Höhe möglicher Schaden immer wichtiger.

### 3.6.1 Unternehmen und Beschäftigte

Die wachsenden Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der Versicherungswirtschaft sind ein wichtiger Grund für die Unternehmenskonzentration. Die Zahl der unter staatlicher Aufsicht stehenden Versicherungsunternehmen ist allein zwischen 1975 und 1981 von rund 5700 auf 2883 zurückgegangen.

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 1982 waren in Versicherungsunternehmen 313 000 Personen tätig. 1970 waren im Versicherungsgewerbe 223 000 Erwerbstätige ermittelt worden.

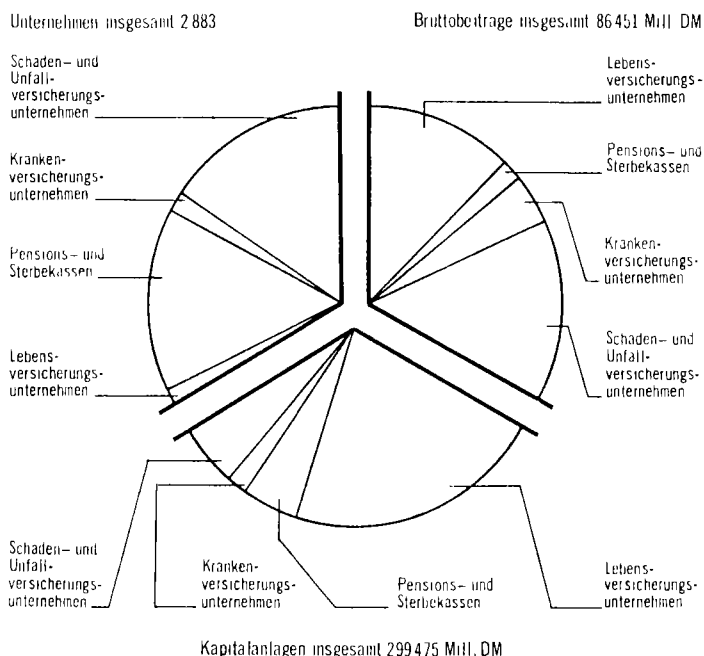
Die Personalkosten beliefen sich im Bereich der Versicherungsunternehmen auf durchschnittlich 57 200 DM je Arbeitnehmer und Jahr (1981), von denen 48 % auf Personalnebenkosten (zur Abgrenzung siehe 3.5.2) entfielen. Die durchschnittlichen Personalkosten je Arbeitnehmer waren damit um rund 4 000 DM höher als bei Kreditinstituten, der Anteil der Personalnebenkosten lag dagegen niedriger als im Bankenbereich.

### 3.6.2 Geschäftstätigkeit

Der Umfang der Geschäftstätigkeit läßt sich vor allem aus den abgeschlossenen Verträgen und den Versicherungssummen ablesen. Er findet seine Entsprechung im Vermögen der Versicherungswirtschaft, die zu den größten Anlegern auf dem Kapitalmarkt gehört.

Das Lebensversicherungsgeschäft betrieben 1982 in der Bundesrepublik Deutschland rund 100 Unternehmen. Gemessen an der Gesamtzahl aller Versicherungsunternehmen waren dies nur 3,5 %. Die Versicherungssumme aller abgeschlossenen Lebensversicherungsverträge erreichte Ende 1982 über 900 Mrd. DM. Das Beitragsaufkommen von über 30 Mrd. DM im Jahr 1982 entsprach einem Anteil von rund 38 % am Beitragsaufkommen aller Versicherungsunternehmen (ohne Rückversicherer). Die Kapitalanlagen dieser Sparte erreichten 1982 einen Anteil von rund 65 % am entsprechenden Wert der gesamten Versicherungswirtschaft (ohne Rückversicherer).

VERSICHERUNGSUNTERNEHMEN, BRUTTOBEITRÄGE, KAPITALANLAGEN 1981  
OHNE RÜCKVERSICHERUNGSUNTERNEHMEN



Statistisches Bundesamt 83 0724



Im Unterschied zu den Lebensversicherungen werden bei den Schaden- und Unfallversicherungen (z. B. Feuer-, Hausrat-, Haftpflichtversicherungen) sowie bei den Krankenversicherungen lediglich aktuelle Risiken abgedeckt. Es wird daher in diesem Bereich nicht im gleichen Maß Kapitalvermögen gebildet wie bei den Lebensversicherungsunternehmen.

Einen Überblick über Beitragsaufkommen und Schadensleistungen der Kranken- sowie Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen gibt Tab. 50

**Tabelle 50: Beiträge und Zahlungen für Versicherungsfälle**  
**Mill. DM**

Jahr	Krankenversicherungs- unternehmen		Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen	
	Brutto- Beiträge	Brutto-Zahlungen für Versicherungsfälle	Brutto- Beiträge	Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle
1970	4 098	2 624	12 791	9 924
1980	9 825	7 096	36 397	28 633
1982	11 824	8 314	40 116 <sup>1)</sup>	31 599 <sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> 1981

An den Zahlungen der privaten Krankenkassen für Versicherungsfälle hatten die Krankheitskosten einen Anteil von 65 %. Bei den Schaden- und Unfallversicherungen waren die Aufwendungen der Kraftfahrtversicherung mit 50 % von besonderem Gewicht.

### 3.7 Freie Berufe

Das Bild des Dienstleistungsbereichs wäre unvollständig, würde man die Freien Berufe außer acht lassen. Allerdings ist das statistische Material über diesen Bereich wegen der Vielfalt der freien Berufe und der besonderen Probleme ihrer Erfassung lückenhaft und ermöglicht nur Teilaussagen

Zum Bereich der Freien Berufe werden alle Personen gerechnet, die selbständig einen Beruf ausüben, der in der Regel eine wissenschaftliche oder künstlerische Vorbildung voraussetzt (nicht jedoch selbständige Gewerbetreibende). Während über die freiberuflich im Gesundheitswesen Tätigen und über einige beratende Berufe, wie Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Architekten und Ingenieure, Material vorliegt, können über selbständige Dolmetscher, Designer usw. und vor allem über selbständige Künstler (Autoren, Musiker, Schauspieler usw.) kaum Angaben gemacht werden.

### 3.7.1 Freiberuflich tätige Personen und deren Einkünfte

Eine Vorstellung von der Zahl der freiberuflich tätigen Personen — zumindest in den wichtigsten freien Berufen — vermitteln die Angaben über die Einkommensteuerpflichtigen. Da die Durchführung der nur alle drei Jahre stattfindenden Einkommensteuerstatistik relativ lange Zeit in Anspruch nimmt, liegen zur Zeit nur Ergebnisse für das Jahr 1977 vor.

**Tabelle 51: Steuerpflichtige freiberuflich tätige Personen und deren Einkünfte aus selbständiger Arbeit 1977**

Berufsgruppe	Steuerpflichtige	Einkünfte aus selbständiger Arbeit
	Anzahl	1000 DM
Rechtsanwälte und Notare	17 203	1 904 649
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, sonstige Wirtschaftsberater	21 794	1 849 923
Ärzte	50 987	8 120 957
Zahnärzte einschl. Dentisten, aber ohne Zahntechniker	21 799	4 490 250
Tierärzte	2 919	202 259
Heilpraktiker	2 130	96 772
Architekten einschl. Innenarchitekten, Vermessungsingenieure, Bauingenieure	24 739	1 677 067
Sonstige Ingenieure und Techniker	8 746	614 860
Chemiker und Chemotechniker	331	24 329
Sonstige freie Berufe	64 109	2 815 388
Zusammenveranlagte Ehepaare, die beide freiberuflich tätig sind	10 732	1 839 000
Insgesamt	225 489	23 635 454

Damals waren rund 225 500 Personen der in Tab. 51 genannten Berufsgruppen steuerpflichtig. Die Höhe der Einkünfte aus selbständiger Arbeit betrug insgesamt 23,6 Mrd. DM (das sind durchschnittlich rund 105 000 DM je Steuerpflichtigen). Der Gesamtbetrag der Einkünfte lag für diese Steuerpflichtigen bei insgesamt 24,6 Mrd. DM, das Einkommen bei 21,8 Mrd. DM, und die festgesetzte Einkommensteuer belief sich 1977 auf 8,6 Mrd. DM.

### 3.7.2 Beschäftigte

Die Zahl der Beschäftigten bei freiberuflich tätigen Personen ist für die Einschätzung dieses Wirtschaftsbereiches von besonderem Interesse.

Die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ermittelt entsprechende Angaben, allerdings in einer etwas von der Untergliederung der Steuerpflichtigen abweichenden Form.

**Tabelle 52: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30. 6. 1981**

Wirtschaftsklasse	Beschäftigte
Freiberufliches Gesundheitswesen	269 710
Freiberufliches Veterinarwesen sowie Anstalten und Einrichtungen	3 706
Rechtsanwaltspraxen, Notariate, sonstige Rechtsberatung	66 782
Wirtsch. Unternehmensberatung, Wirtschaftsprüfung	154 430
Architekten-, Bauingenieur-, Vermessungsbüros und sonstige Ingenieur- und technische Büros	204 267

Bei Ärzten, Zahnärzten und Tierärzten sowie in Anwaltspraxen, Unternehmensberatungs-, Architektur- und Ingenieurbüros waren 1981 rund 699 000 Personen (sozialversicherungspflichtig) beschäftigt, allein 38,6 % davon bei Ärzten.

Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten rechnen auch die Auszubildenden. 1981 wurden rund 124 000 Jugendliche im Ausbildungsbe-  
reich „Freie Berufe“ ausgebildet. Nahezu 96 % waren Mädchen, die vor allem  
eine Ausbildung als Arzt- oder Zahnarzthelferin, als Fachgehilfin in steuer- und  
wirtschaftsberatenden Berufen sowie als Rechtsanwalts- und Notargehilfin  
durchliefen. Insgesamt entfiel auf die freien Berufe 1981 ein Anteil von 7,4 %  
aller Auszubildenden bzw. 18,3 % der weiblichen Auszubildenden. Die freien  
Berufe leisteten damit einen bedeutenden Beitrag zur beruflichen Ausbildung  
junger Menschen.



## Literaturverzeichnis

Bei den in diesem Band enthaltenen Angaben handelt es sich ganz überwiegend um Ergebnisse der amtlichen Statistik. Als grundlegende Quellen dienten folgende allgemeine Querschnittsveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes.

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland (j)

Bevölkerung und Wirtschaft 1872 – 1972

Lange Reihen zur Wirtschaftsentwicklung (2j)

Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung (m)

Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer (j)

Die darüber hinaus verwendete Literatur wird nachstehend kapitelweise aufgeführt. Die Abkürzungen bedeuten:

m monatlich

j jährlich

vj vierteljährlich

hj halbjährlich

ein einmalig

unr unregelmäßig

WiSta Wirtschaft und Statistik (Monatszeitschrift mit Aufsätzen über methodische Fragen sowie mit textlicher und tabellarischer Darstellung von Ergebnissen wichtiger laufender Statistiken)

Eine vollständige Übersicht über alle Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes gibt das jährlich erscheinende Veröffentlichungsverzeichnis (Stand: 1. Januar). Es ist auf Anforderung kostenlos beim Statistischen Bundesamt erhältlich. Weitergehende Fragen beantwortet der

Allgemeine Auskunftsdienst des  
Statistischen Bundesamtes  
Gustav-Stresemann-Ring 11  
Postfach 55 28  
6200 Wiesbaden 1  
Telefon 061 21 / 75 24 05  
Telex 4 186 511 und 4 186 467

Von dort erhalten Interessenten auch allgemeine Informationen zur statistischen Arbeit.

## **Wirtschaft im Überblick**

Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen.

Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland. Essen 1981

Bundesanstalt für Arbeit

Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (m)

Arbeitsstatistik-Jahreszahlen (j)

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.

Langfristige Entwicklung der Bevölkerung, der Erwerbstätigkeit und des Gesundheitswesens in der Bundesrepublik Deutschland (Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 18), Wiesbaden 1980

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:

Arbeits- und Sozialstatistik (j)

Bundesministerium für Wirtschaft:

Jahreswirtschaftsbericht (j)

Leistung in Zahlen (j)

Deutsche Bundesbank

Geschäftsbericht (j)

Monatsberichte (m)

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Jahresgutachten (j)

Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften:

Beschäftigte und Arbeitslosigkeit 1973—1979 (EUROSTAT 1980)

Sozialindikatoren für die Europäische Gemeinschaft 1960—1978

Statistisches Bundesamt:

Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Reihe 4 1.1 Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit (j)

4 1.2 Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen (2j)

Volkszählung vom 27. Mai 1970:

Heft 19 Erwerbstätige in sozialer, sozio-ökonomischer und beruflicher Gliederung

Fachserie 2: Unternehmen und Arbeitsstätten

Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970:

Heft 9 Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten (örtliche Einheiten), Unternehmen (Wirtschaftseinheiten) und Beschäftigte 1970, 1961, 1950 und 1939

Fachserie 6: Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr

Reihe 6 Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) (m, j)

Fachserie 7: Außenhandel

Reihe 1 Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel (m, j)

Reihe 2 Außenhandel nach Waren und Ländern (Spezialhandel) (m)

Reihe 3 Außenhandel nach Ländern und Warengruppen (Spezialhandel) (hj)

Fachserie 14: Finanzen und Steuern

Reihe 8 Umsatzsteuer (2j)

Fachserie 16: Löhne und Gehälter

Reihe 1 Arbeiterverdienste in der Landwirtschaft (j)

Reihe 2 Arbeitnehmerverdienste in Industrie und Handel

Reihe 3 Arbeiterverdienste im Handwerk (hj)

Reihe 4.1 Tariflöhne (hj)

Reihe 4.2 Tarifgehalter (hj)

Reihe 4.3 Index der Tariflöhne und -gehalter (vj)

Reihe 4.4 Dienstbezüge der Bundesbeamten (unr, zuletzt 1982)

Fachserie 17: Preise

Reihe 7 Preise und Preisindizes für die Lebenshaltung (m, j)

Reihe 8 Preise und Preisindizes für die Ein- und Ausfuhr (m, j)

Reihe 10 Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung (m, j)

Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Reihe 1 Konten und Standardtabellen (vj, j)

Reihe S. 5 Revidierte Ergebnisse 1960 – 1981 (unr)

- WiSta 11/79 Zur Neuberechnung der Preisindizes für die Lebenshaltung und des Index der Einzelhandelspreise auf Basis 1976
- WiSta 2/81 Zur Neuberechnung der Außenhandelspreisindizes auf Basis 1976
- WiSta 6/82 Beruf und Tätigkeitsmerkmale der Erwerbstätigen
- WiSta 10/82 Umsätze und ihre Besteuerung 1980
- WiSta 1/83 Außenhandel 1982  
Preise im Jahr 1982  
Sozialprodukt im Jahr 1982
- WiSta 2/83 Schichtung der Angestelltenverdienste 1978 (Weitere Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung)
- WiSta 3/83 Erwerbstätigkeit im April 1982 (Ergebnis des Mikrozensus)  
Tariflöhne und Gehälter 1982  
Verdienste der Arbeitnehmer in Industrie und Handel 1982  
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1982  
Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) 1982  
Zur Neuberechnung der Preisindizes auf Basis 1980
- WiSta 4/83 Altersaufbau des Anlagevermögens nach Wirtschaftsbe-  
reichen  
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Beschäftig-  
tenstatistik und im Mikrozensus

United Nations:  
Yearbook of World Energy Statistics



# Landwirtschaft

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Agrarbericht der Bundesregierung (j)

Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (j)

Statistischer Monatsbericht (m)

Statistisches Bundesamt:

Fachserie 3: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

- Reihe 1      Ausgewählte Zahlen für die Agrarwirtschaft (j)
- Reihe 2      Betriebs-, Arbeits- und Einkommensverhältnisse
- Reihe 2.1    Betriebe
- Reihe 2.1.1   Betriebsgrößenstruktur (j)
- Reihe 2.1.2   Bodennutzung der Betriebe (2j)
- Reihe 2.1.3   Viehhaltung der Betriebe (2j)
- Reihe 2.1.4   Betriebssystem und Standardbetriebseinkommen (2j)
- Reihe 2.1.5   Sozialökonomische Verhältnisse (2j)
- Reihe 2.1.6   Besitzverhältnisse in den landwirtschaftlichen Betrieben (2j)
- Reihe 2.1.7   Außerbetriebliche Einkommen und Arbeitsverhältnisse für ausgewählte Betriebsgruppen (2j)
- Reihe 2.2    Arbeitskräfte (j)
- Reihe 2.3    Technische Betriebsmittel (3j)
- Reihe 2.4    Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz (j)
- Reihe 2.5    Sonderbeiträge
- Reihe 2.5.1   Methodische Grundlagen der Agrarberichterstattung (ein)
- Reihe 3      Bodennutzung und pflanzliche Erzeugung (j)
- Reihe 3.1    Bodennutzung
- Reihe 3.1.1   Gliederung der Gesamtflächen (2j)
- Reihe 3.1.2   Landwirtschaftlich genutzte Flächen (j)
- Reihe 3.1.3   Gemüseanbauflächen (j)
- Reihe 3.1.4   Baumobstflächen (5j)
- Reihe 3.1.5   Rebflächen (j)
- Reihe 3.1.6   Anbau von Zierpflanzen (3j)
- Reihe 3.1.7   Baumschulen, Baumschulflächen und Pflanzenbestände (j)
- Reihe 3.2    Pflanzliche Erzeugung
- Reihe 3.2.1   Wachstum und Ernte — Feldfrüchte, Gemüse, Obst und Trauben — (unr)

- Reihe 3.2.2 Weinerzeugung und -bestand (j)
- Reihe 4 Viehbestand und tierische Erzeugung (j)
- Reihe 4.1 Viehbestand (unr)
- Reihe 4.2 Tierische Erzeugung
- Reihe 4.2.1 Schlachtungen und Fleischgewinnung (vj)
- Reihe 4.2.2 Milcherzeugung und -verwendung (j)
- Reihe 4.2.3 Erzeugung von Geflügel (hj)
- Reihe 4.3 Fleischbeschau und Geflügelfleischuntersuchung (j)
- Reihe 4.5 Hochsee- und Küstenfischerei; Bodenseefischerei (m, j)

#### Gartenbauerhebung 1972/73

- Heft 1 Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen zum Verkauf (ein)
- Heft 2 Betriebe mit Baumobstflächen (ein)

#### Forsterhebung 1972

- Heft 1 Strukturverhältnisse in der Forstwirtschaft (ein)

#### Binnenfischereierhebung 1972 (ein)

#### Landwirtschaftszählung 1979

- Heft 1 Arbeitsverhältnisse in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (ein)
- Heft 2 Betriebe nach dem Schwerpunkt ihrer Viehhaltung (ein)
- Heft 3 Besitzverhältnisse, Zimmervermietung, Wohnhausausstattung (ein)
- Heft 4 Landwirtschaftliche und nichtlandwirtschaftliche Ausbildung, Haushaltsstruktur, soziale Sicherung (ein)

#### Weinbauerhebung 1979/80 (ein)

- Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe
  - Reihe 8.2 Düngemittelversorgung (m, j)

- Fachserie 16: Löhne und Gehälter
  - Reihe 1 Arbeiterverdienste in der Landwirtschaft (j)

Fachserie 17: Preise

Reihe 1 Preise und Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft (m, j)

WiSta 8/76 Programm und Organisation der Agrarberichterstattung

WiSta 7/78 Probleme der Ernteberichterstattung

WiSta 1/79 Neuordnung der Bodennutzungs- und Ernteerhebung

WiSta 4/79 Konzept der Landwirtschaftszählung 1979

WiSta 9/80 Zur Neuberechnung der Preisindizes für die Landwirtschaft auf Basis 1976

WiSta 3/81 Größenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe und Forstbetriebe 1980 und deren Entwicklung seit 1970

WiSta 1/82 Betriebssystem und Standardbetriebseinkommen in der Land- und Forstwirtschaft 1979/80

WiSta 3/82 Struktur der Bodennutzung in den landwirtschaftlichen Betrieben 1979 und ihre Veränderung seit 1971

WiSta 4/82 Landwirtschaftliche Betriebe mit Zimmervermietung an Ferien- und Kurgäste

WiSta 2/83 Außerbetriebliches Einkommen in landwirtschaftlichen Betrieben 1980 (Ergebnis der repräsentativen Agrarberichterstattung 1981)

## **Produzierendes Gewerbe**

Statistisches Bundesamt:

Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe

Reihe 2 Indizes für das Produzierende Gewerbe

Reihe 2.1 Indizes der Produktion und der Arbeitsproduktivität, Produktion ausgewählter Erzeugnisse im Produzierenden Gewerbe (m)

Reihe 2.2 Indizes des Auftragseingangs, des Umsatzes und des Auftragsbestands für das Verarbeitende Gewerbe und für das Bauhauptgewerbe (m)

- Reihe 3      Produktion im Produzierenden Gewerbe
- Reihe 3.1    Produktion im Produzierenden Gewerbe nach  
Gütern und Gütergruppen (vj, j)
- Reihe 3.2    Produktion im Produzierenden Gewerbe nach  
Wirtschaftszweigen und Erzeugnisgruppen (j)
- Reihe 4      Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe
- Reihe 4.1    Beschäftigung, Umsatz u. ä. der Unternehmen  
und Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden  
Gewerbe
- Reihe 4.1.1   Beschäftigung, Umsatz und Energieversorgung  
der Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im  
Verarbeitenden Gewerbe (m, j)
- Reihe 4.1.2   Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Bergbau  
und im Verarbeitenden Gewerbe nach Beschäf-  
tigengrößenklassen (j)
- Reihe 4.1 3   Regionale Verteilung der Betriebe im Bergbau und  
im Verarbeitenden Gewerbe und deren Beschäf-  
tigte (4j)
- Reihe 4.2    Beschäftigung, Umsatz und Investitionen der  
Unternehmen und Betriebe im Bergbau und im  
Verarbeitenden Gewerbe — Investitionen — (ein)
- Reihe 4.2 1   Beschäftigung, Umsatz und Investitionen der  
Unternehmen im Bergbau und im Verarbeitenden  
Gewerbe (j)
- Reihe 4.2 2   Beschäftigung, Umsatz und Investitionen der  
Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden  
Gewerbe (j)
- Reihe 4.3    Kostenstruktur der Unternehmen im Bergbau und  
im Verarbeitenden Gewerbe
- Reihe 4.3.1   Kostenstruktur der Unternehmen im Bergbau,  
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (j)
- Reihe 4.3.2   Kostenstruktur der Unternehmen im Investitions-  
güter produzierenden Gewerbe (j)
- Reihe 4.3 3   Kostenstruktur der Unternehmen im Verbrauchs-  
güter produzierenden Gewerbe und im Nahrungs-  
und Genußmittelgewerbe (j)
- Reihe 5      Baugewerbe

- Reihe 5.1 Beschäftigung, Umsatz und Gerätebestand der Betriebe im Baugewerbe (j)
- Reihe 5.2 Beschäftigung, Umsatz und Investitionen der Unternehmen im Baugewerbe (ein, j)
- Reihe 5.3 Kostenstruktur der Unternehmen im Baugewerbe
- Reihe 6 Energie- und Wasserversorgung
- Reihe 6.1 Beschäftigung, Umsatz, Investitionen und Kostenstruktur der Unternehmen in der Energie- und Wasserversorgung (j)
- Reihe 6.4 Stromerzeugungsanlagen der Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe (j)
- Reihe 7 Handwerk
- Reihe 7 1 Beschäftigte und Umsatz im Handwerk (vj)
- Reihe 8 Fachstatistiken
- Reihe 8 1 Eisen und Stahl (Eisenerzbergbau, Eisen schaffende Industrie, Eisen-, Stahl- und Tempergieße-  
rei) (m, vj)
- Reihe 8.2 Düngemittelversorgung (m, j)
- Reihe S Sonderbeiträge
- Reihe S.1 Neuberechnung der Produktionsindizes und des Index der Arbeitsproduktivität auf Basis 1976 (ein)
- Reihe S.3 Beschäftigte und Umsatz im Handwerk 1978 und 1979 — mit Einführung in die neue Handwerksberichterstattung auf Basis der Handwerkszahlung 1977 — (ein)
- Reihe S.4 Beschäftigte, Lohn- und Gehaltssumme sowie Umsatz der Unternehmen im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe (ein)
- Reihe S.5 Material- und Wareneingang im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe (unr)
- Reihe S 6 Material- und Wareneingang im Baugewerbe (unr)

#### Handwerkszählung 1977

- Vorbericht Unternehmen, Beschäftigte und Umsatz (ein)
- Heft 1 Methodische Einführung; Unternehmen nach Wirtschaftszweigen (ein)
- Heft 2 Unternehmen nach Wirtschaftszweigen und Größenklassen (ein)
- Heft 3 Unternehmen nach Gewerbebezügen; Nebenbetrieben (ein)
- Sonderheft Regionale Verteilung des Handwerks (ein)

## Zensus im Produzierenden Gewerbe 1979

- Heft 2      Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe  
Investitionen und Vorräte der Unternehmen und  
Betriebe nach Wirtschaftszweigen und Größen-  
klassen (ein)
- Heft 6      Baugewerbe  
Beschäftigung, Umsatz, Investitionen, Brutto- und  
Nettoproduktionswerte der Unternehmen nach  
Wirtschaftszweigen und Größenklassen (ein)
- Heft 7      Energie- und Wasserversorgung  
Beschäftigung, Umsatz, Investitionen, Brutto- und  
Nettoproduktionswerte der Unternehmen nach  
Wirtschaftszweigen und Größenklassen (ein)

## Fachserie 5· Bautätigkeit und Wohnungen

- Reihe 1      Bautätigkeit (j)
- Reihe 2      Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau (j)
- Reihe 3      Bestand an Wohnungen (j)
- Reihe S      Sonderbeiträge
- Reihe S.1    Baustatistische Reihen 1960 bis 1980 (ein)
- Reihe S.2    Städtebauliche Festsetzungen und Bautätigkeit  
— Ergebnisse der Baugenehmigungsstatistik  
1980/81 nach siedlungsstrukturellen Gemein-  
detypen — (ein)
- Reihe S.3    Regionale Schwerpunkte der Wohnungsbaufor-  
derung 1976 bis 1980 (ein)

## 1 %-Wohnungsstichprobe 1978

- Heft 1      Grundlagen der Erhebung (ein)
- Heft 2      Ausgewählte Strukturdaten (ein)
- Heft 3      Gebäude- und Wohneinheiten — Struktur,  
Belegung, Modernisierung — (ein)
- Heft 4      Wohnungsmieten und Mietbelastung der Haushal-  
te (ein)
- Heft 5      Wohnungsversorgung der Haushalte und Familien  
(ein)
- Heft 6      Wohnumfeld — Infrastrukturversorgung und  
Umwelteinflüsse — (ein)

Fachserie 16 Löhne und Gehälter

Reihe 2.1 Arbeiterverdienste in der Industrie (vj)

Reihe 2.2 Angestelltenverdienste in Industrie und Handel (vj)

Reihe 3 Arbeiterverdienste im Handwerk (hj)

Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1978

Arbeiter- und Angestelltenverdienste im Produzierenden Gewerbe, im Groß- und Einzelhandel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe — (unr)

Personal- und Personalnebenkostenerhebungen

Heft 1 Aufwendungen der Arbeitgeber im Produzierenden Gewerbe (unr, zuletzt 1981)

Fachserie 17: Preise

Reihe 2 Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise) (m, j)

Reihe 3 Index der Grundstoffpreise (m, j)

Reihe 4 Meßzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke (vj)

Reihe 5 Kaufwerte für Bauland (vj, j)

Das Wohnen in der Bundesrepublik Deutschland 1981

Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft (m)

Ausgewählte Zahlen zur Energiewirtschaft (m, j)

WiSta 7/82 Zur Neuberechnung des Index der Grundstoffpreise auf Basis 1976

WiSta 8/82 Zur Neuberechnung der Baupreisindizes für Einfamilien-Fertighäuser auf Basis 1980

WiSta 2/83 Produktion im Produzierenden Gewerbe 1982

Struktur des Bauhauptgewerbes 1982 (Ergebnis der Totalerhebung)

WiSta 3/83 Arbeitsgemeinschaften im Bauhauptgewerbe (Ergebnisse der jährlichen Unternehmens- und Kostenstrukturerhebung)

Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe 1982

Zur Neuberechnung des Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte auf Basis 1980

- WiSta 4/83 Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 1982  
 Beschäftigte und Umsatz des Handwerks 1982  
 (Ergebnis der Handwerksberichterstattung auf Basis 1976)  
 Bautätigkeit 1982  
 Zur Neuberechnung der Baupreisindizes auf Basis 1980
- WiSta 5/83 Ausbau der Konzentrationsstatistiken im Produzierenden  
 Gewerbe
- WiSta 6/83 Entwicklung der Energie- und Wasserversorgung

## **Dienstleistungsbereich**

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen:  
 Geschäftsbericht (j)

Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen:  
 Geschäftsbericht (j)

Bundesministerium für Verkehr:  
 Verkehr in Zahlen (j)

Bundesministerium für Wirtschaft:  
 Der deutsche Binnenhandel in Zahlen (j)

Deutsche Bundesbank:  
 Monatsberichte

Kraftfahrt-Bundesamt/Bundesanstalt für den Güterfernverkehr:  
 Statistische Mitteilungen des Kraftfahrt-Bundesamtes und der Bundesanstalt  
 für den Güterfernverkehr (m)  
 Gemeinsamer Jahresbericht des Kraftfahrt-Bundesamtes und der Bundesan-  
 stalt für den Güterfernverkehr (j)

Luftfahrt-Bundesamt:  
 Monatsbericht

Posttechnisches Zentralamt  
 Monatliche Bezirksstatistik

Statistisches Bundesamt:  
 Fachserie 1· Bevölkerung und Erwerbstätigkeit  
     Reihe 4.2 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ar-  
                   beitnehmer (vj, j)



Fachserie 2: Unternehmen und Arbeitsstätten

- Reihe 1.2 Großhandel, Handelsvertreter und Handelsmakler, Verlagswesen
- Reihe 1.2.1 Kostenstruktur im Großhandel, bei Buch- u. Verlagen (4j, zuletzt 1980)
- Reihe 1.2.2 Kostenstruktur bei Handelsvertretern und Handelsmaklern (4j, zuletzt 1980)
- Reihe 1.3 Kostenstruktur im Einzelhandel (4j, zuletzt 1977)
- Reihe 1.4 Kostenstruktur im Gastgewerbe (4j, zuletzt 1977)
- Reihe 1.5 Verkehrsgewerbe
- Reihe 1.5.1 Kostenstruktur der nichtbundeseigenen Eisenbahnen, des öffentlichen Straßenverkehrs, der Reiseveranstaltung und Reisevermittlung (Reisebüros) (4j, zuletzt 1979)
- Reihe 1.5.2 Kostenstruktur des gewerblichen Güterkraftverkehrs, der Speditionen und Lagereien, der Binnenschifffahrt (Güterbeförderung) und der See- und Küstenschifffahrt (4j, zuletzt 1979)
- Reihe 1.6 Freie Berufe
- Reihe 1.6.1 Kostenstruktur bei Ärzten, Zahnärzten, Tierärzten (4j, zuletzt 1979)
- Reihe 1.6.2 Kostenstruktur bei Rechtsanwälten und Notaren, bei Wirtschaftsprüfern, Steuerberatern und Steuerbevollmächtigten, bei Architekten und Beratenden Ingenieuren (4j, zuletzt 1979)

Fachserie 6: Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr

- Reihe 1 Großhandel
- Reihe 1.1 Beschäftigte und Umsatz im Großhandel (Meßzahlen) (m)
- Reihe 1.2 Beschäftigung, Umsatz, Wareneinkauf, Lagerbestand und Investitionen im Großhandel (j)
- Reihe 2 Handelsvermittlung  
Beschäftigung, Umsatz, Wareneinkauf, Lagerbestand und Investitionen in der Handelsvermittlung (j)
- Reihe 3 Einzelhandel
- Reihe 3.1 Beschäftigte und Umsatz im Einzelhandel (Meßzahlen) (m)
- Reihe 3.2 Beschäftigung, Umsatz, Wareneinkauf, Lagerbestand und Investitionen im Einzelhandel (j)

Reihe 4	Gastgewerbe
Reihe 4.1	Beschäftigte und Umsatz im Gastgewerbe (Meßzahlen) (m)
Reihe 4.2	Beschäftigung, Umsatz, Wareneinkauf, Lagerbestand und Investitionen im Gastgewerbe (j)
Reihe 7	Reiseverkehr
Reihe 7.1	Übernachtungen in Beherbergungsstätten (m)
Reihe 7.2	Beherbergungskapazität (6j)
Reihe 7.3	Urlaubs- und Erholungsreisen (j)

#### Handels- und Gaststättenzählung 1979

##### Großhandel

Heft 1	Unternehmen des Großhandels (ein)
Heft 2	Mehrbetriebsunternehmen des Großhandels (ein)
Heft 3	Arbeitsstätten des Großhandels (ein)

##### Handelsvermittlung

Heft 1	Unternehmen der Handelsvermittlung (ein)
Heft 2	Mehrbetriebsunternehmen der Handelsvermittlung (ein)
Heft 3	Arbeitsstätten der Handelsvermittlung (ein)

##### Einzelhandel

Heft 1	Unternehmen des Einzelhandels (ein)
Heft 2	Mehrbetriebsunternehmen sowie Unternehmen nach Betriebsformen des Einzelhandels (ein)
Heft 3	Arbeitsstätten des Einzelhandels (ein)
Heft 4	Ladengeschäfte des Einzelhandels (ein)

##### Gastgewerbe

Heft 1	Unternehmen des Gastgewerbes (ein)
Heft 2	Mehrbetriebsunternehmen und Arbeitsstätten des Gastgewerbes (ein)

#### Fachserie 8: Verkehr

Reihe 1	Güterverkehr der Verkehrszweige (vj, j)
Reihe 2	Eisenbahnverkehr (m, j)
Reihe 3	Straßenverkehr
Reihe 3.1	Straßen, Brücken, Parkeinrichtungen (5j, zuletzt 1976)
Reihe 3.2	Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen (m, j)

- Reihe 3.3 Straßenverkehrsunfälle (m, j)
- Reihe 4 Binnenschifffahrt (m, j)
- Reihe 5 Seeschifffahrt (m, j)
- Reihe 6 Luftverkehr (m, j)

Fachserie 14: Finanzen und Steuern

- Reihe 7.1 Einkommensteuer (3j, zuletzt 1977)

Fachserie 16: Löhne und Gehälter

Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1978  
Arbeiter- und Angestelltenverdienste im Produzierenden  
Gewerbe, im Groß- und Einzelhandel, bei Kreditinstituten und  
im Versicherungsgewerbe (unr)

Personal- und Personalnebenkostenerhebungen

- Heft 2 Aufwendungen der Arbeitgeber im Groß- und Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe (unr, zuletzt 1981)

Fachserie 17: Preise

- Reihe 6 Index der Großhandelsverkaufspreise (m, j)
- Reihe 9 Preise für Verkehrsleistungen (j)

- WiSta 7/79 Index der Großhandelsverkaufspreise auf Basis 1976
- WiSta 12/80 Handels- und Gaststättenzählung 1979 (Methode der Zählung und erste Ergebnisse für Unternehmen)
- WiSta 12/81 Urlaubs- und Erholungsreiseverkehr 1979/80
- WiSta 5/82 Handels- und Gaststättenzählung 1979 (Erste Ergebnisse für Arbeitsstätten)
- WiSta 3/83 Verkehrswirtschaft 1982  
Straßenverkehrsunfälle 1982
- WiSta 4/83 Kostenstruktur im Großhandel



## Stichwortverzeichnis

- Abschreibungen 74ff
- Ackerland 41ff
- Ärzte 170f
- Agenturtankstellen 102f
- Aktien 166f
- Angestellte 57, 85
- Anlagevermögen 18ff
- Arbeiter 57, 61, 85
- Arbeiterstunden 60f, 85
- Arbeitgeberbeiträge zur
  - Sozialversicherung 28
- Arbeitnehmer 17f
- Arbeitskräfte in der Landwirtschaft 37f
- Arbeitslose 18
- Arbeitslosenstatistik 18
- Arbeitsproduktivität 12f, 61f
- Arbeitsstättenzählung 59
- Arbeitszeit 28
- Architekten 169ff
- Ausbaugewerbe 78ff.
- Ausbildung 17f, 171
- Ausfuhr 28ff, 53f
- Ausfuhrpreise 31f
- Auslandsgäste 124ff
- Auslandsreisen 127f
- Auslandsumsatz 69
- Ausrüstungsinvestitionen 19
- Außenhandel 28ff, 53ff
- Außenhandelspartner 29, 55
- Außenhandelspreise 31f
- Auszubildende 57, 171
- Autobahnen 21
- Automatische
  - Datenverarbeitungsgeräte 70ff., 76
- Autos 21, 129f.
- Bäcker 106
- Banken 24f, 163ff
- Bargeldumlauf 25
- Bars 116f
- Baufertigstellungen 81ff
- Baugenehmigungen 81ff
- Baugewerbe 11, 14, 20, 78ff.
- Bauhauptgewerbe 78ff
- Bauinvestitionen 19
- Baukosten 82ff
- Baupreise 84ff
- Bausparkassen 166
- Bautätigkeit 81ff.
- Beamte 85
- Beherbergungsgewerbe 112, 116ff
- Beherbergungskapazität 122
- Beherbergungsstätten 121f.
- Bergbau 11, 14, 20, 57ff
- Bergleute 17
- Beschäftigte 12ff
  - Baugewerbe 78ff
  - Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 60ff
  - Binnenschifffahrt 146
  - Eisenbahnen 132
  - Energieversorgung 85ff.
  - Freie Berufe 170f
  - Gastgewerbe 112ff
  - Handel 90ff
  - Kreditinstitute 165
  - Landwirtschaft 37ff
  - Luftverkehr 151f
  - Post- und Fernmeldewesen 157
  - Straßenverkehr 137ff
  - Versicherungen 167
- Betriebe 33ff, 57f
- Bildung 27
- Binnenschifffahrt 131, 145ff.
- Bodennutzung 40ff
- Braunkohle 23f, 88
- Brennstoffe 23f, 27
- Briefsendungen 157f
- Bruttoproduktionswert 63ff
- Bruttosozialprodukt 9f
- Bruttowertschöpfung 10ff

Buromaschinen 70ff, 76  
Bundesbank 24f, 163f.  
Butter 48

Cafés 116f  
Campingplätze 122  
Chemische Industrie 61, 68, 70, 73  
Containerschiffe 149

Datenverarbeitungsgeräte 70ff, 76  
Dienstleistungsberufe 17  
Dienstleistungsbilanz 30f  
Dienstleistungsunternehmen 11ff, 89ff  
Druckerei 71f  
Dungemittel 39f

Eier 48  
Einfuhr 28ff, 53ff  
Einfuhrpreise 31f  
Einkaufspreise landwirtschaftlicher  
Betriebsmittel 50f  
Einkommensteuerstatistik 170  
Einnahmen  
— Eisenbahnverkehr 136f  
— Straßengüterverkehr 145  
Einzelhandel 89ff  
Einzelhandelspreise 111f  
Eisdielen 116f  
Eisenbahnen 130ff, 159f.  
Eisenbahntarife 159f  
Eisenschaffende Industrie 61, 67, 70, 73  
Elektrizitätsversorgung 85ff  
Elektroinstallation 78ff  
Elektrotechnische Industrie 61, 68, 70  
Energie- und Wasserversorgung 11, 14,  
20ff, 85ff  
Energieverbrauch 73f  
Erdgas 23f, 73f, 87f  
Erdöl 23f, 155f  
Erholungsorte 123  
Erholungsreisen 126ff  
Ernährungsgewerbe 61, 68ff

Ernährungswirtschaft 54f  
Ernte 43ff  
Erwerbspersonen 12f  
Erwerbstätige 12ff, 17f, 56f  
Erzeugerpreise  
— gewerbliche Produkte 77f  
— landwirtschaftliche Produkte 51f  
Export 28ff, 53ff  
Exportquote 69f

Fachschul-,  
Fachhochschulausbildung 18  
Fahrgastschiffe 146f  
Feinkeramik 70, 76  
Feinmechanik 70, 76  
Ferienhauser, -wohnungen,  
-zentren 118, 122  
Ferngespräche 158  
Fernmeldegebühren 163  
Fernmeldewesen 156ff  
Fernsprechstellen 157f  
Fernwärmeverbrauch 23f  
Fernwärmeverversorgung 85ff  
Fertigungsberufe 17  
Fertigwaren 30  
Filialunternehmen 107  
Finanzen 24f  
Fischerei 19, 49f  
Fischereiberufe 17  
Fläche, landwirtschaftl. 33ff  
Fleischer 106  
Fleischerzeugung 48f  
Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerei 79  
Flugzeuge 152  
Forstwirtschaft 11ff, 33ff  
Frachttarife, Frachtraten  
— Binnenschiffe 161  
— Eisenbahnen 160  
— Luftverkehr 162  
— Seeschiffe 162  
— Straßengüterverkehr 161  
Freie Berufe 169ff.  
Fremdenheime 122, 126

- Gästeankünfte 120ff
- Gastebetten 121ff.
- Gasteubernachtungen 120ff
- Gastgewerbe 112ff
- Gasthöfe 117f., 122, 125f.
- Gaststätten 112ff
- Gasverbrauch 23, 27, 73
- Gasversorgung 85ff
- Gebäude 82ff
- Gebaudefläche 40f
- Gehälter 25ff., 62
- Geld 24f.
- Gemeindestraßen 21
- Gemüse 42ff
- Genußmittel 54f
- Gerste 42ff
- Getreide 42ff
- Gießerei 67
- Girozentralen 164
- Glas, Herstellung und Bearbeitung  
von 71f
- Großhandel 89ff
- Großhandelspreise 111f
- Grundstoffpreise 77f
- Grundstoff- und  
Produktionsgutergewerbe 57ff.
- Guterschiffe 147
- Güterverkehr 131ff
  - Binnenschifffahrt 147ff
  - Eisenbahnverkehr 134ff
  - Luftverkehr 153ff.
  - Seeschifffahrt 149ff.
  - Straßenverkehr 142ff
- Guterwagen 133
  
- Hackfruchte 42ff
- Hafer 42ff
- Halbwaren 30
- Handel 10ff., 19f., 89ff
- Handelsbilanz 30
- Handelsschiffe 149f
- Handels- und Gaststättenzählung 90ff
- Handelsunternehmen 10ff.
  
- Handelsvermittlung 89ff
- Hausierhandel 106
- Heilbäder 123
- Heilpraktiker 170
- Heilstätten 122
- Heizöl 23, 73, 87f
- Heizungsanlagen 78ff
- Heringe 49
- Hochbau 78ff
- Hochschulausbildung 18
- Hochseefischerei 49f
- Hotels 112ff., 117ff
- Hubschrauber 152
- Huhn 47
  
- Imbißhallen 116f
- Import 28ff
- Individualverkehr 130
- Infrastruktur 21
- Ingenieure 169ff
- Innenarchitekten 170f
- Installationsgewerbe 78ff
- Investitionen 18, 71ff., 80f., 86f
- Investitionsgüter produzierendes  
Gewerbe 57ff
- Investitionsquote 72
  
- Jugendherbergen 122
  
- Kabeljau 49
- Käse 48
- Kantinen 112, 116f
- Kapazitätsauslastung 120ff
- Kapitalintensität 14
- Kartoffeln 42ff
- Kaufhäuser 104ff
- Keramik 70
- Kernenergie 87
- Kinderheime 122
- Klimaanlagen 78ff.
- Klempnerei 78ff.
- Kohle 23f., 73, 87f

Konzentration 59f, 93  
 Kostenstruktur  
 — Bergbau und Verarbeitendes  
 Gewerbe 74ff  
 — Gastgewerbe 118f  
 — Handel 98ff  
 Kraftfahrtversicherung 168f  
 Kraftstoffe 23  
 Kraftwerke 87  
 Krankenversicherung 168f  
 Kreditinstitute 14, 20, 163ff  
 Küstenfischerei 49f  
 Kuraufenthalte 123  
 Kurorte 123

Ladepazitat 142f, 149f  
 Landwirtschaftliche Betriebe 10ff, 19,  
 33ff  
 Lastkraftfahrzeuge 142ff  
 Lebensversicherung 168f  
 Linienverkehr  
 — Luftfahrt 151ff  
 — Straße 137ff  
 Löhne 25ff, 62  
 Lohnarbeiten 74ff  
 Lokomotiven 133  
 Lüftungsanlagen 78ff  
 Luftfahrt 151ff  
 Luftfrachtverkehr 153ff  
 Luftkurorte 123  
 Luftschiffe 152  
 Luft- und Raumfahrzeugbau 76  
 Luftverkehr 130, 151ff

Mähdrescher 39  
 Mais 42ff  
 Maler- und Lackierergewerbe 78ff  
 Maschinenbau 61, 67ff  
 Melkmaschinen 39  
 Mikrozensus 18, 165, 167  
 Milch 48  
 Milchkuhe 46f.  
 Mineralölprodukte 69

Mineralölverbrauch 22ff, 87f  
 Mineralölverarbeitung 67, 70  
 Mithelfende Familienangehörige 17, 57

Nachrichtenubermittlung 14, 20  
 Nahrungs- und  
 Genußmittelgewerbe 57ff  
 Nettoproduktionsindex 66  
 Nettoproduktionswert 64ff  
 Nettowertschöpfung zu  
 Faktorkosten 64f  
 Nichtwohnbau 82ff  
 Notare 170

Obst 42ff  
 Obusse, Omnibusse 138ff.  
 Omnibustarife 159  
 Optik 70, 76

Paketsendungen 158  
 Pensionen 112, 117f, 122, 126  
 Pensions- und Sterbekassen 168  
 Personalkosten 28  
 — Bergbau und Verarbeitendes  
 Gewerbe 74ff  
 — Gastgewerbe 118f  
 — Handel 98ff  
 — Kreditinstitute 165  
 — Versicherungen 167  
 Personenkraftwagen 21, 129ff.  
 Personenverkehr 129ff  
 Personenwagen der Eisenbahnen 21,  
 133  
 Pferde 47  
 Pflanzenbau 17  
 Pipelines 21, 155f  
 Postbriefkästen 157  
 Postfächer 157  
 Postgebühren 163  
 Post- und Fernmeldewesen 156ff



Preise 25ff  
 – Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 67ff, 76ff  
 – Gastgewerbe 119  
 – Handel 111f  
 – Investitionsgüter produzierendes Gewerbe 72  
 – Landwirtschaft 50f  
 – Verkehr 158ff  
 Primärenergie 22ff  
 Private Haushalte 11f  
 Produktion 62ff  
 – pflanzliche 43ff  
 – tierische 47ff.  
 Produktionsindex 66f  
 Produktivität 13f, 28  
 Produzierendes Gewerbe 56ff

Rechtsanwälte 169ff  
 Reiseverkehr 120ff  
 Rinder 46ff.  
 Roggen 42ff  
 Rohertrag  
 – Handel 98ff.  
 – Gastgewerbe 118f  
 Rohrfernleitungen 21, 131, 155f  
 Rohstoffe 21ff  
 Rotbarsche 49

Saisonverläufe im Handel 109ff  
 Sanatorien 122  
 Schadenversicherung 167ff.  
 Schafe 47ff  
 Schankwirtschaften 116f  
 Schienennetz 21  
 Schiffbau 67  
 Schiffbestand  
 – Binnenschifffahrt 145ff.  
 – Seeschifffahrt 149ff.  
 Schifffahrt 145ff  
 Schlachtungen 48f  
 Schlepper  
 – Binnenschifffahrt 146f  
 – Landwirtschaft 39

Schweine 46ff  
 Seebäder 123  
 Seeschifffahrt 149ff  
 Selbständige 17f  
 Selbstbedienungsladen 99  
 Selbstversorgungsgrad 52f  
 Sichteinlagen 25  
 Sozialprodukt 9ff  
 Sparbriefe 166  
 Spareinlagen 25, 166  
 Sparkassen 164ff  
 Speisewirtschaften 116f  
 Staat 10f, 19  
 Stadtbahnen 138ff  
 Steine und Erden, Gewinnung und Verarbeitung von 71f  
 Steinkohle 23f, 87f  
 Steuerberater 169f  
 Steuerpflichtige  
 – Freie Berufe 170  
 – Unternehmen 14ff  
 Straßenbahnen 138ff  
 Straßenbahntarife 159  
 Straßenbau 80f.  
 Straßenfahrzeugbau 61, 68ff  
 Straßengüterverkehr 131, 141ff.  
 Straßenhandel 106  
 Straßennetz 21  
 Straßenverkehr 21, 130f, 137ff  
 Streckennetz 132  
 Strom 21ff, 73f., 87f  
 Stückgutverkehr 135f

Tabakverarbeitung 75  
 Tankschiffe 149f  
 Tankstellen 102ff  
 Tanzlokale 116f  
 Tapetenkleberei 79ff  
 Taxipreise 159  
 Taxis 138f  
 Technische Berufe 17, 170f  
 Telefongespräche 158  
 Telefonstellen 157f.  
 Telegramme 158

- Telexanschlüsse 157f
- Telexverkehr 158
- Termingelder 25
- Tertiärer Sektor 11ff.
- Textilgewerbe 61, 67, 70
- Tiefbau 78ff
- Tierärzte 170f
- Tiere, lebende 54f.
- Tierzüchter 17
- Tourismus 123f
- Trinkhallen 116f
  
- Übernachtungen 120ff
- Übertragungsbilanz 30
- Uhren, Herstellung von 76
- Umsatz 14ff
  - Baugewerbe 78ff
  - Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 58f, 67ff
  - Binnenschifffahrt 149
  - Energie- und Wasserversorgung 85
  - Gastgewerbe 115ff
  - Handel 94ff
  - Luftfahrt 155
  - Post 158
  - Straßenverkehr 140f
- Umsatzsteuerstatistik 14ff.
- Unfallversicherung 168f
- Unternehmen 11ff., 14ff
  - Baugewerbe 78ff
  - Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 57ff
  - Binnenschifffahrt 145
  - Eisenbahnen 132
  - Energie- und Wasserversorgung 85
  - Gastgewerbe 112ff
  - Handel 90ff
  - Kreditinstitute 164
  - Luftfahrt 151
  - Straßenverkehr 129, 137ff
  - Versicherungen 167ff.
- Unternehmensgrößen 92f
- Urlaubsreisen 126ff
  
- Verarbeitendes Gewerbe 11ff., 19f., 57ff
- Verbrauchermarkte 104f
- Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe 57ff
- Verdienste 62
- Verkehr 14ff., 129ff
- Verkehrsfläche 40f
- Verkehrsinfrastruktur 21
- Verkehrsunternehmen 11ff., 129ff
- Versandhandel 102ff
- Versicherungen 14, 20, 167ff
- Viehbestände 46f
  
- Wagenladungsverkehr 135f
- Waldfläche 40f
- Warenhäuser 104ff
- Wasserfläche 40f
- Wasserkraft 87
- Wasserstraßen 21
- Wasserversorgung 11ff., 20, 85ff
- Wein 43ff
- Weizen 42ff
- Werkverkehr 143
- Wertpapiere 163ff
- Wertschöpfung 10ff., 98ff
- Wirtschaftsprüfer 169ff
- Wohnbau 82ff
- Wohnungen 81ff
- Wohnungsmieten 27
- Wohnungsvermietung 19f
  
- Zahlungsbilanz 30f
- Zahnärzte 170f
- Ziegen 49
- Zuckerrüben 42ff